

Nr. 6 '88

Juni

Postver-
triebsstück

G 7426 E

Erscheint
monatlich

19. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Einzelpreis

3,- DM



AIB

DRITTE

WELT

ZEITSCHRIFT

Schuldenkrise, IWF-Kampagne

Palästina weiter im Aufstand

Nicaragua: Contras zerstritten

FRIEDE DEN Abzug der Sowjets AFGHANEN



Von AIB zu DRITTE WELT

Liebe Leserinnen und Leser,

sicher ist auch Ihnen die neue Aufmachung des AIB ins Auge gefallen. Sie werden sich fragen, was wohl dahinter steckt. Nun, zunächst einmal kommt die neue Titelaufmachung nicht aus heiterem Himmel. Schon im Herbst vorigen Jahres begannen wir, scheinbarweise das Lay out zu verändern. Gleichlaufend diskutierten wir über verschiedene Titelentwürfe. Dabei stießen wir sehr bald auf die Grenzen unserer Gestaltungsmöglichkeiten. Aus Kostengründen verzichteten wir weiterhin auf den Lichtsatz, den computergesteuerten Umbruch, bleiben wir bei der Zweifarbigkeit. Dies und das Belassen von Lay out, Umbruch bei der Redaktion macht es uns im übrigen nur möglich, das niedrige Preisniveau beizubehalten.

Lay-out-Veränderungen müssen wir also mit bescheidenem Mitteleinsatz bewerkstelligen, ohne auf Originalität verzichten zu wollen. Verbessert werden sollen gleichfalls Lesbarkeit und Übersichtlichkeit. Es gilt, die Zeitschrift stärker an vorherrschende Medien- bzw. Lesegewohnheiten anzunähern.

Andererseits geht es uns darum, über die Reihen der Solidaritätsbewegung hinaus ein breiteres Publikum anzusprechen. Dazu bedarf es eines modernen Images, einer auf den ersten Blick eingängigeren Produktbezeichnung. Deshalb haben wir im Titel den Hauptgegenstand unserer Berichterstattung, die Dritte Welt, in den Vordergrund gerückt, das Traditionssymbol AIB hingegen kleiner gehalten. Unseren StammeslerInnen geht damit das AIB nicht ganz verloren. Unseren Neudressaten versperren die vormalige Übermächtigkeit des Kürzels AIB und die umständliche Erläuterung, einstmals Antiimperialistisches Informationsbulletin, nicht mehr länger den Zugang. Dies erhöht, so meinen wir, unsere Chancen, den Kreis der derzeit rund 10.000 Leser noch ein Stück in der Dritte-Welt-Szene, unter Friedenskräften und sozialen Bewegungen zu erweitern.

Ihnen gegenüber hat das AIB in den letzten Jahren schon eine stärkere Öffnung, Kooperation und Diskussionsbereitschaft angezeigt. Das soll vertieft werden, ohne von unserer konsequenten Parteilichkeit für die Befreiungskräfte der Dritten Welt abzurücken, ohne an der Kritik des Neokolonialismus Abstriche zu machen.

Was wir für eine Weiterentwicklung vom AIB zur DRITTEN WELT allerdings dringend brauchen, ist eine stärkere mitgestaltete Kritik, sind Ideen, Vorschläge, Hinweise, Fragen unserer LeserInnen. Vielleicht gibt Ihnen die neue Verpackung Anstoß dazu. Schreiben Sie uns, streiten Sie mit uns, gewinnen Sie neue Leser für uns und für die Sache der Völker der Dritten Welt.

Ihre DRITTE-WELT-Redaktion

Inhalt

Kommentar
Genfer Auflösung des „afghanischen Knotens“ 3

Afghanistan
Nach Genf: Trümpfe der Nationalen Aussöhnungspolitik 5

Genfer Abkommen im Wortlaut 6

Interview mit dem afghanischen Außenminister Abdul Wakil 12

Palästina
Der Palästinenseraufstand läßt sich nicht abriegeln 14

Israel mit 40: im Zeichen der Siedlerjustiz 16

SONDERTEIL zur Schuldenkrise 17-53

Palästina
Erich Fried zur Frage der bundesdeutschen Mitverantwortung an Israels Besatzungspolitik 53

Mosambik
Interview mit Gertrudes Vitorino zu den Auswirkungen des Krieges 54

Nicaragua
Die Contra in der Zerreißprobe 56

Kirche
Die neue päpstliche Sozialzyklika gibt den Armen Vorrang, aber sachte 58

Kultur
García Marquez' Lust am Abenteuer 60

Rezension
Das Gespenst der Islamisierung 63

Lesermeinungen 64

Infos zur Solidarität
Kinohandbuch, AAB-Bilanz, EG-Sanktionen gegen Apartheid angemahnt, Buchtips zu Palästina/Israel 65

Kurzinformationen
Südkorea, Sri Lanka, Persischer Golf, Kolumbien, Neukaledonien, Panama, Südafrika, China 66

Impressum

Dritte Welt Zeitschrift. Gegr. 1970 als AIB. Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: Dritte Welt, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Heribert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtahaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Stefan Flaig, Wilfried Helms, Adalbert Krims, Urte Sperling.

Redaktionsschluß: 6. Mai 1988

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

Dritte-Welt-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 21 / 1 60 01 27.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 10050), Stadtparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Anzeigen: AG SPAK, Der Andere Buchladen, IKA, Dietz Verlag Berlin, SP-Verlag, südostasien informationen, BUKO, PROCA-RES, Pahl-Rugenstein Verlag, Medico international.

Fotonachweis: W. Brönnner, AIB-Archiv, AP, AFP, USN&WR, IHT, Newsweek, Bakhtiar, Der Überblick, South, Time, N. Biver, Kommentar, Le Monde

Die Genfer Auflösung des „afghanischen Knotens“

Wolfram Bröner



Die Auflösung des „afghanischen Knotens“ hat begonnen. Dies nicht nur auf dem Papier, sondern auch mit ersten Taten.

Der Unterzeichnung des Genfer Afghanistan-Abkommenspakets am 14. April d.J. folgte vereinbarungsgemäß am 15. Mai der Beginn des sowjetischen Truppenabzugs. Bis Mitte August d.J. soll die erste Hälfte, nämlich – laut Vize-Außenminister Yuli M. Vorontsov – 50.000 Mann, sodann bis Mitte Februar 1989 die andere Hälfte des Kontingents der Roten Armee aus dem Krisenzentrum am Hindukusch zurückgezogen werden.

Mit dem Abzug der Sowjets wird ein Kernelement des Genfer Pakets aufgeschnürt. Und es meint insbesondere, daß Pakistan die Stützpunkte der afghanischen Contra dicht zu machen und deren Grenzübertritte und Waffentransporte vom eigenen Territorium aus zu unterbinden hat. Die UdSSR und die USA verpflichteten sich, als Garantiemächte ihrerseits mit dafür zu sorgen, daß diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten aufhört.

Gewiß ist damit der „afghanische Knoten“ nicht ganz durchtrennt. Das Genfer Verhandlungsergebnis beinhaltet keinen Waffenstillstand im Innern, zwischen afghanischer Regierung und Mojahedin. Die beiderseitige Militärhilfe von UdSSR und USA wird vorerst nicht gestoppt, nur „symmetrisch“ gedrosselt. Und Genf sagt auch nichts darüber aus, ob es in absehbarer Zeit in Afghanistan zur nationalen Aussöhnung, etwa in Gestalt einer breiten Koalitionsregierung, kommen wird.

So manche Kritiker erklären daher heute die Genfer Vereinbarungen als nichtsnutzig, weil sie keine endgültige politische Lösung im Innern, keinen sofortigen Frieden bringen. Dies mag auf den ersten Blick sogar einleuchten, vor allem dann, wenn man/frau die Unzulänglichkeiten des Genfer Pakets mit der Angstvorstellung verbindet, die fundamentalistischen Contraführer in Peshawar könnten ihre Ankündigung einer „Nacht der langen Messer“ nach dem 15. Februar 1989 wahr machen. Doch diese Sicht der Dinge greift in mehrfacher Hinsicht zu kurz.

Zunächst einmal verkennt sie, daß mit den Abkommen der unabdingbare erste Schritt zur Entschärfung eines regionalen Konflikts vollzogen wird, in den einige Mächte (Afghanistan, Pakistan, die UdSSR, die USA, der Iran und China) verstrickt sind. Das Genfer Paket aufzuschnüren heißt somit, die seit 1978/79 schwelende Gefahr eines Krieges Afghanistan-Pakistan zu bannen. Ein solches Szenario aber bleibt umso eskalationsträchtiger, je größer das beiderseitige militärische Engagement der Weltmächte UdSSR (Truppenpräsenz) und USA (Militärberater, Waffenlieferant Nr. 1 für Contra und Pakistan) im Konfliktgeschehen ist. Genf entschärft diese Gefahr.

Genf schafft damit zugleich neue Voraussetzungen, sprich die nötigen äußeren Rahmenbedingungen, um einem inneren Frieden näherzukommen. Obendrein erklären die Garantiemächte die politische Lösung der afghanischen Frage zur internen Sache der Afghanen, was deren Selbstbestimmungsrecht honoriert.

So gesehen bringen die Anwendung der Genfer Vereinbarungen bereits neue Realitäten hervor. Und diese begünstigen all jene Kräfte Afghanistans, die für eine baldigstmögliche politische Verhandlungslösung, einen Kompromißfrieden im Innern eintreten. Daß dieser Prozeß, wie US-Regierungsvertreter voraussagen, schließlich im Kollaps der regierenden Revolutionärdemokraten und der Alleinherrschaft der Fundamentalisten enden muß, ist keineswegs zwangsläufig.

Die Aussöhnungspolitik Najibullahs ist nicht von vornherein chancenlos, sofern Kabul die in Gang kommende Friedensdynamik flexibel zu nutzen versteht (siehe Titelstory). In diesem Sinne warnen derzeit in den USA selbst liberale außenpolitische Experten wie Selig S. Harrison oder Ted G. Carpenter die Reagan-Administration davor, von einem sowjetischen „Saigon“ zu träumen und um eines vermeintlichen Triumphes willen allein auf die sog. „Freiheitskämpfer“, die Mojahedin, zu setzen.

Harrison wendet sich gegen die „hochriskante Strategie“ der Unterstützung einer auf afghanischem Boden ausgegerufenen „Provisorischen Regierung“ der Contra. Carpenter rät zur Zurückhaltung, da Washington genausowenig wie Moskau von einem totalen Sieg der afghanischen Fundamentalisten zu erwarten hätte. Vielmehr drohe in diesem Fall ein neuer Iran bzw. Libanon, und ein solcher Triumph käme für die USA einem „Pyrrhus-Sieg“ gleich.

Die Auflösung des „afghanischen Knotens“ hat jedoch noch eine ganz andere, eine weltpolitische Dimension. Mit dem Genfer Paket machen die UdSSR und USA ihre Ankündigung des Washingtoner Gipfels (Dezember 1987) wahr, parallel zu den ersten Abrüstungsvereinbarungen auch bei der Lösung von Regionalkonflikten konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Die Afghanistan-Abkommen und die Garantenrolle der beiden Weltmächte ist ein erster Schritt dahin. Für Michael Gorbatschow ist dies „ein wichtiger Durchbruch in der Kette der regionalen Konflikte“, wonach es unbedingt weitere politische Regelungen von Regionalkonflikten geben werde. Dies mag zu hoch gegriffen sein. Aber immerhin waren vor dem Moskauer Gipfel Reagan-Gorbatschow hier Anstöße zu Kamputschcha, Mittelamerika oder Angola im Gespräch.

Umgekehrt entfällt mit der politischen Beilegung des Afghanistan-Traumas ein gewichtiger Bremsklotz des Ost-West-Verständigungsprozesses, für weitere globale Abrüstungsschritte. Die Auflösung des „afghanischen Knotens“ setzt somit Signale der Hoffnung für die Dritte Welt wie die ganze Welt.

**Christoph Kolumbus!
Ein Abenteurer?**

**Gil González Dávila!
Ein Entdecker?**

**Sir Cecil Rhodes!
Ein Unternehmer?**



Nicht nur Abenteuer, Entdeckung und Unternehmungen haben sie uns hinterlassen.

Zum Beispiel in Nicaragua. Wie dort aus einer „enteigneten Geschichte“ die Geschichte Nicaraguas wird, zeigt Frank Niess. Er hat die Kontinuität der kolonialen Verfügungsgewalt über das nicaraguanische Volk aufgezeichnet. Seine umfassende, historisch-chronologische Gesamtübersicht zeigt das Engagement des Autors für dieses geprüfte Volk und bleibt dennoch in allen Punkten genau.

Frank Niess
DAS ERBE DER CONQUISTA
Geschichte Nicaraguas
KB 406, 498 Seiten, DM 19,80

Zum Beispiel subtile Strategien. Herbert Schui belegt die These, daß die US-Zinspolitik eine bewußte Strategie ist – Fortsetzung der kolonialen Gewalt über die Länder der Dritten Welt, Hindernis für soziale Reformen und lang erstrebte Unabhängigkeit.

Herbert Schui
DIE SCHULDENFALLE
Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA
KB 465, 182 Seiten, DM 14,80

Abenteuerlich im schlimmsten Sinne ist die Situation der Menschen in Südafrika. Ihren Widerstand und Befreiungskampf stellt Rainer Falk dar. Das Buch enthält Texte von Nelson Mandela, Albert Luthuli, Allan Boesak und Desmond Tutu.

Rainer Falk
SÜDAFRIKA
KB 384, 285 Seiten, DM 14,80

„Ein eindringliches und oft beklemmendes Bild vom Leben afrikanischer Frauen. Ein spannendes und packendes Buch mit vielen eindringlichen Fotos.“

Vukani-Makhosikazi-Kollektiv
FRAUEN IN SÜDAFRIKA
Ein Bild-Text-Band.
KB 420, 286 Seiten, DM 16,80

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

Wilfried Helms

Nach dem Genfer Abkommen Trümpfe der Nationalen Aussöhnungspolitik

Am 15. Mai 1988 trat das in Genf vereinbarte Paket über eine Regelung des Konflikts um Afghanistan endgültig in Kraft. Ihm gemäß ziehen die Sowjets ihre Truppen binnen neun Monaten zurück, wobei die erste Hälfte bereits nach drei Monaten, bis zum 15. August 1988, die Heimat wiedersehen soll.

Ob die anderen Aspekte des Abkommens erfüllt werden, bleibt zunächst ungewiß. Die Rückführung der Flüchtlinge, die Einstellung jeglicher Hilfe an die Mojahedin, die gegenseitige afghanisch-pakistanische Nichteinmischung — darüber steht zwar viel konstruktives im Genfer Abkommen, doch waren vor Ort nach der Unterzeichnung ganz andere Töne zu hören: Pakistans Ministerpräsident Junejo machte weiter den Anspruch auf eine Kabuler Regierung unter Teilnahme der Siebener-Allianz (Sitz Peshawar) geltend; US-Außenminister Shultz sagte den Mojahedin weitere Waffenlieferungen zu; Afghanistans Präsident Najibullah erklärte, daß es keine Anerkennung der pakistanisch-afghanischen Grenze (Durand-Linie) geben werde, weil Pakistan noch nicht existiert habe, als diese Grenze seinerzeit von den Briten gezogen wurde...¹

Das alles verstößt für den Laien gegen den Geist des Genfer Abkommens.² Nun ist aber bekanntlich die Diplomatie findig, und sicherlich werden Junejo, Shultz und Najibullah den Nachweis erbringen, daß dies alles doch mit dem Abkommen in Einklang steht.

Das Genfer Abkommen ist denn in der Tat so angelegt, daß es in erster Linie der Sowjetunion den ehrenvollen Abzug und damit die Wahrung des Gesichts ermöglicht, welches sie in der Weltöffentlichkeit ohnehin schon verloren hatte: Ihre Anwesenheit in Afghanistan war innen- wie außenpolitisch sinnlos geworden. Innenpolitisch wegen der hohen materiellen und ideologischen Kosten, außenpolitisch, weil alle am Konflikt beteiligten afghanischen Kräfte heute quasi garantieren, Afghanistan blockfrei

Die Präsenz der Sowjetunion in Afghanistan war sinnlos geworden. Zudem bot der Krieg auf Dauer keine Lösung, weil ihn niemand gewinnen konnte

und neutral zu halten — das waren die eigentlichen Ziele der Intervention. Zudem bot der Krieg auf Dauer keine Lösung, weil ihn niemand gewinnen konnte.

Das Genfer Abkommen kommt aber auch den pakistanischen Interessen entgegen: Zia ul-Haq kann nicht einfach 3 Mio Flüchtlinge und einige zehntausend schwerbewaffnete Mojahedin des Landes verweisen, ohne einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Der Abzug der Sowjets verschafft Pakistan mehr Spielraum, langfristig das Genfer Abkommen ohne innenpolitische Destabilisierung erfüllen zu können.



Afghanistans Präsident Najibullah bei der Verabschiedung sowjetischer Truppen

Und nicht zuletzt bleiben die US-imperialistischen Interessen gewahrt, nach denen es nun einmal keine antiimperialistische Regierung auf der Welt geben darf. Das Genfer Abkommen macht hier eine klare Aussage, indem es schweigt: Die UdSSR erkennt in aller Stille an, daß die Mojahedin weiterhin US-Waffen erhalten, solange Kabul mit Sowjetwaffen versorgt wird. Hierfür wurde der Begriff „positive Symmetrie“ geprägt (= jeder kriegt Waffen).

Mojahedin und Kabuler Regierung sollen nun aber unter sich ausmachen, wer der Stärkere ist. Dahinter steckt, daß die Sowjetunion sich sicher zu sein scheint, die regierende Demokratische Volkspartei (DVPA) werde sich halten. Die USA sehen das anders. Sollten sie Unrecht behalten, können sie die Waffenlieferungen immer noch einstellen und sich dann auf das Genfer Abkommen berufen, wo sie dazu ja verpflichtet sind.

In der Tat liegt hierin der Schlüssel zur Anwendung des Abkommens. Es kann nur in dem Maße vollständig verwirklicht werden, wie sich auf die eine oder andere Weise eine Stabilisierung ergibt.

Die entscheidende Frage ist also, ob sich die von der DVPA geführten Kräfte mit der Politik der „Nationalen Aussöhnung“ durchsetzen können.

Die Grundzüge der Nationalen Aussöhnung wurden bekanntlich Ende 1986 ausgearbeitet.³ Ihre Grundlage war die Erkenntnis, daß der Krieg niemandem nutzte, weil niemand ihn gewinnen konnte, und er die weitere Entwicklung des Landes hemmte. Es wurde eine Neubestimmung der sozial-ökonomi-



Erfolgreicher Afghanistan-Vermittler der UNO, Diego Cordovez (Ecuador)

schen Strukturen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse vorgenommen, in deren Ergebnis die DVPA auf die Alleinherrschaft verzichtete. Alle Kräfte, die die Waffen aus der Hand legen würden, sollten an der Staatsführung beteiligt werden. Die Grundlagen des zukünftigen Afghanistan sollten sein: Die Beibehaltung und Entwicklung unterschiedlicher ökonomischer Strukturen, wie Staatssektor, Genossenschaften, kapitalistisches Privateigentum, subsistenzwirtschaftliche Verhältnisse, und politisch die Entfaltung eines Mehrparteiensystems und einer Koalitionsregierung. Der Islam wurde zur Staatsreligion erhoben, dem segmentären Charakter der Gesellschaft wurde durch die Erhöhung der lokalen Verantwortung Rechnung getragen. Außenpolitisch legte sich die Aussöhnung der Unabhängigkeit, Neutralität und Blockfreiheit fest.

Die DVPA formulierte, an wen sie das Angebot zur Aussöhnung richten wollte: „Mit wem wollen wir uns versöhnen? Mit den Unterstützern Mohammad Zahirs, des früheren Königs; der Allianz der drei moderaten politischen Parteien (gemeint sind die drei 'traditionalistischen Gruppen' in Peshawar; d. Verf.), den sozialen und politischen Persönlichkeiten früherer Regierungen, den Köpfen zweitrangiger bewaffneter Gruppen, Stammesführern, linken demokratischen Organisationen, Geistlichen, Kapitalisten und privaten Händlern, Kommandanten

Das Genfer Afghanistan-Abkommen

Die am 14. April 1988 in Genf von den Außenministern Afghanistans, Pakistans, der Sowjetunion und der USA, in Anwesenheit von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, unterzeichneten Vereinbarungen bestehen aus insgesamt fünf Teilvereinbarungen bzw. Kapiteln. Sie wurden in Paschtu, Urdu, russischer und englischer Sprache abgefaßt und liegen bislang in einer leicht gekürzten Fassung vor.

Zweiseitiges Abkommen zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die Grundzüge der beiderseitigen Beziehungen, vor allem über Nichteinmischung und Nichtintervention

Im Verlangen nach einer Normalisierung der Beziehungen und der Förderung guter Nachbarschaft sowie der Zusammenarbeit, aber auch der Festigung des Weltfriedens und der regionalen Sicherheit haben die Republik Afghanistan und die Islamische Republik Pakistan, im weiteren Text als hohe vertragschließende Parteien bezeichnet, wie folgt vereinbart:

Artikel I

Die Beziehungen zwischen den hohen vertragschließenden Parteien sollen sich strikt nach dem Prinzip der Nichteinmischung und Nichtintervention von Staaten in die Angelegenheiten anderer Staaten richten.

Artikel II

Zum Zwecke der Verwirklichung des Prinzips der Nichteinmischung und Nichtintervention geht jede hohe vertragschließende Partei fol-

gende Verpflichtungen ein:

- 1) die Souveränität, politische Unabhängigkeit, territoriale Unantastbarkeit, nationale Einheit, Sicherheit und den Status der Nichtpaktgebundenheit der anderen hohen vertragschließenden Partei wie auch die nationale Identität und das kulturelle Erbe ihres Volkes zu respektieren;
- 2) das souveräne und unveräußerliche Recht der anderen hohen vertragschließenden Seite zu achten, ihr eigenes politisches, wirtschaftliches, kulturelles und gesellschaftliches System frei zu bestimmen, ihre nationalen Beziehungen zu entwickeln und in Übereinstimmung mit dem Willen ihres Volkes sowie ohne Intervention, Einmischung, Subversion, Druck und Drohungen jeglicher Art von außen ständige Souveränität über ihre Naturreichtümer auszuüben;

- 3) sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in jeglicher Form zu enthalten, so beispielsweise der Verletzung der Grenzen des anderen, der Untergrabung der politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Ordnung der anderen hohen vertragschließenden Partei, des Umsturzes oder der Veränderung des politischen Systems der anderen hohen vertragschließenden Partei oder ihrer Regierung oder der Verursachung von Spannungen zwischen den hohen vertragschließenden Seiten;

- 4) zu gewährleisten, daß ihr Gebiet nicht dazu benutzt wird, gegen die Souveränität, die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unantastbarkeit und die nationale Einheit zu verstoßen oder die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität der anderen hohen vertragschließenden Partei zu untergraben;

Genfer Mitunterzeichner: die Außenminister der USA und der UdSSR, Shultz (l.) und Schewardnadse



bewaffneter Gruppen innerhalb des Landes, den Emigranten, anderen Parteien, Gruppen und Organisationen und Persönlichkeiten inner- und außerhalb des Landes, insofern sie Interesse an der Realisierung der Nationalen Aussöhnung zeigen.“⁴

Dies heißt zunächst einmal: Die Nationale Aussöhnung richtet sich **nicht** an die vier fundamentalistischen Führer innerhalb der Siebener-Allianz, Gulbuddin Hekmatyar (Hezb-e Islami), Maulana Junus Khales (Hezb-e Islami II), Burhanuddin Rabbani (Jamiyat-e Islami) und Abdul Rasul Sayyaf (Ittihad i Islami).

Da diese Gruppen vordergründig die meisten Kämpfer stellen, erhebt sich die Frage, ob die Nationale Aussöhnung sich hier nicht selbst ihrer Chancen auf Erfolg begibt. Mitnichten: Die Fundamentalisten sind lediglich deshalb so stark, weil sie den Löwenanteil der von Pakistan verteilten US-Hilfe erhalten (siehe AIB 5/1988).

Denn erstens stehen die Fundamentalisten ideologisch der Moslembruderschaft und dem Wahabismus nahe, die den pakistanischen Staatsapparat beherrschen. Zweitens wenden sie sich scharf gegen jeden paschtunischen Tribalismus. Das kommt Pakistan entgegen, das den Tribalismus von 8 Mio Pashtunen fürchtet und deshalb Interesse an dem fundamentalistischen Ziel eines starken Zentralstaates in Afghanistan hat.

Mit dieser ideologischen und politischen Ausrichtung stehen die

Fundamentalisten jedoch in Widerspruch zur afghanischen Wirklichkeit. Der etablierte Klerus gehört der Hanafi-Schule des Islamischen Rechts und verschiedenen Sufi-Orden an, die eine mystische Ausrichtung des Islam verkörpern. Die Macht des Klerus leitet sich aus seiner symbiotischen Verquickung mit den Clanführern her.

Gerade dieses System wollen die Fundamentalisten sprengen. Mit ihrem doktrinären Purismus, wie er aus Pakistan und Iran

Die Nationale Aussöhnungs-offerte der regierenden DVPA richtete sich an alle relevanten sozialen Kräfte und Gruppierungen inner- und außerhalb des Landes, ausgenommen die fundamentalistischen Führer in Peshawar

bekannt ist, stehen sie sich in Widerspruch zur Auffassung der Mehrheit der Afghanen. Sayyaf z.B. gibt sich betont lustfeindlich, schwört dem Musikhören und Zigarettenrauchen ab. Er bekämpft den Sufismus.

Frauen werden massiv unterdrückt und aus der Öffentlichkeit ferngehalten. Der Kampf der Fundamentalisten richtet sich auch in der Praxis gegen die paschtunische Stammesorganisation.

5) sich der bewaffneten Intervention, Subversion, militärischen Besetzung oder jeder anderen Art der Intervention und Einmischung, seien sie offen oder verdeckt, zu enthalten, die gegen die andere hohe vertragschließende Partei gerichtet sind, sowie jeder Handlung militärischer, politischer oder wirtschaftlicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen hohen vertragschließenden Partei, einschließlich Vergeltungsakten mit Gewaltanwendung;

6) sich jedes Handelns und jedes Versuchs in welcher Form oder unter welchem Vorwand auch immer zu enthalten, mit denen die Stabilität der andern hohen vertragschließenden Partei oder einer ihrer Institutionen destabilisiert oder untergraben werden könnte.

7) sich der direkten oder indirekten Förderung, Ermunterung oder Unterstützung rebellischer oder separatistischer Handlungen gegen die andere hohe vertragschließende Seite oder jeder anderen Handlung zu enthalten, die zum

Ziel hat, die Einheit oder die politische Ordnung zu anderen hohen vertragschließenden Partei zu untergraben oder umzustürzen;

8) auf ihrem Territorium nicht zuzulassen, daß Söldner, welcher Herkunft auch immer, zum Zweck feindseliger Handlungen gegen die andere hohe vertragschließende Partei ausgebildet, ausgerüstet, finanziert und angeworben oder daß solche Söldner auf das Territorium der anderen hohen vertragschließenden Seite entsandt werden, und ihnen dementsprechend solchen Söldnern den Beistand, einschließlich der Finanzierung der Ausbildung, der Ausrüstung und des Transits zu verweigern;

9) sich des Abschlusses jedweder Abkommen oder Vereinbarungen mit anderen Staaten zu enthalten, die eine Intervention oder Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten der anderen hohen vertragschließenden Seite bezwecken;

10) sich jeder Verleumdungskampagne, der Diffamierung oder feindseligen Propaganda zum Zwecke der Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen hohen vertragschließenden Partei zu enthalten;

11) jede Unterstützung, Benutzung oder Duldung terroristischer Gruppen, Saboteure oder Diversanten gegen die andere hohe vertragschließende Partei zu verhindern;

12) nicht zuzulassen, daß auf ihrem Territorium in Lagern, Stützpunkten oder andernorts Einzelpersonen oder Gruppen politischer, ethnischer oder jeglicher anderen Art untergebracht, organisiert, ausgebildet, finanziert, ausgerüstet und bewaffnet werden, damit sie auf dem Territorium der anderen hohen vertragschließenden Seite Subversion, Unordnung oder Unruhe stiften, dementsprechend auch nicht zuzulassen, daß sich solche Einzelpersonen und Gruppen der Massenmedien bedienen und Waffen, Munition und Ausrüstung transportieren;

13) jegliche andere Handlungen nicht zu unternehmen oder zuzulassen, die als Einmischung und Intervention bewertet werden könnten.

Artikel III

Pakistan soll die freiwillige, geordnete und friedliche Rückführung aller afghanischen

Flüchtlinge, die sich auf seinem Gebiet aufhalten, fördern und verpflichtet sich, im Rahmen seiner Möglichkeiten beim Repatriierungsverfahren jede erforderliche Hilfe zu gewähren.

Artikel IV

Für die Organisierung, Koordinierung und Überwachung der Operationen, mit denen die freiwillige, geordnete und friedliche Repatriierung der afghanischen Flüchtlinge verwirklicht werden sollte, soll in Übereinstimmung mit herkömmlicher internationaler Praxis eine gemischte Kommission gebildet werden. (...)

Artikel V

Hinsichtlich der geordneten Bewegung der Rückkehrer soll die Kommission Grenzübergangspunkte bestimmen und notwendige Durchgangszentren einrichten. (...)

Artikel VI

Auf Ersuchen der beteiligten Regierungen wird der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge mit ihnen zusammenwirken und beim Verfahren der freiwilligen Rückführung von Flüchtlingen gemäß dem vorliegenden Abkommen Unterstützung gewähren. (...)

Artikel VII

Das vorliegende Abkommen soll am 15. Mai 1988 in Kraft treten.

Die in den Artikel IV und V dargelegten Regelungen sollen für einen Zeitraum von 18 Monaten in Kraft bleiben. Nach diesem Zeitraum sollen die hohen vertragschließenden Parteien die Ergebnisse der Repatriierung überprüfen und, falls notwendig, weitere Regelungen in Erwägung ziehen, die geboten sein könnten.

Deklaration über internationale Garantien

Die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, die Unterstützung für die auf dem Verhandlungsweg zwischen der Republik Afghanistan



Schon manche Clan-Gruppe wurde von den Hezbe-Islami-Kämpfern angegriffen und vernichtet.

Entsprechend verhaßt sind die Fundamentalisten. Deshalb ist es auch eine Farce, daß zum Oberhaupt der Schattenregierung der Mojahedin Ahmad Shah gewählt wurde: Er ist Wahabit aus der Gruppe Sayyafs. Damit hat er schon mal das gesamte Hazarajat gegen sich, immerhin fünf Provinzen mit 7.000 Dörfern. Der Wahabismus gilt den Hazara als Erzfeind ihrer Religion.

Ähnlich geht es den übrigen Afghanen. Allgemein erkennen die Afghanen vier Rechtsschulen des Sunismus und eine der Shia an. Der Wahabismus fällt nicht darunter und gilt als Häresie. Denkbar schlechte Voraussetzungen für einen Regierungschef, so Ahmad Shah dies jemals werden sollte.

Doch Ahmad Shah bekam ohnehin nur die Stimmen von Hekmatyar, Rabbani und Khaled, Sayyaf enthielt sich, Gailani und Mohammadi stimmten für den Sohn Mojadidis, der sich deshalb auch enthalten mußte.

Man kann sich vorstellen, was für Folgen eine fundamentalistische Machtergreifung in Afghanistan hätte. Doch da ihr die Massenbasis fehlt, ist sie auch nicht wahrscheinlich.

Die Ablehnung Najibullahs, die Aussöhnung auch auf die fundamentalistischen Führer auszudehnen, hebt also geradezu seine Glaubwürdigkeit, da sie nicht der afghanischen Lebensform



Warten auf die Rückkehr: afghanische Flüchtlinge im Munda-Camp in Pakistan

und der Islamischen Republik Pakistan erreichte politische Regelung, die auf Normalisierung der Beziehungen und Entwicklung der guten Nachbarschaft zwischen den beiden Ländern sowie auf Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit in der Region gerichtet ist, zum Ausdruck bringend, im Bestreben, ihrerseits zur Erreichung der Ziele beizutragen, die sich die Republik Afghanistan und die Islamische Republik Pakistan gestellt haben, und eingedenk der Gewährleistung der Respektierung ihrer Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Integrität und des Status der Nichtpaktgebundenen Staaten,

verpflichten sich, sich der Einmischung und Intervention in jeglicher Form in die internen Angelegenheiten der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan zu enthalten und Verpflichtungen zu respektieren, die im bilateralen Abkommen zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen und insbesondere über die Nichteinmischung und den Verzicht auf die Intervention, enthalten sind, appellieren nachdrücklich an alle Staaten, auf dieselbe Art und Weise zu verfahren. Die vorliegende Deklaration tritt am 15. Mai 1988 in Kraft.

Zweiseitiges Abkommen zwischen der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan über die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen

Artikel I

Allen afghanischen Flüchtlingen, die sich zeitweilig auf dem Gebiet der Islamischen Republik Pakistan befinden, wird die Möglichkeit geboten, in Übereinstimmung mit den in dem vorliegenden Abkommen dargelegten Übereinkünften und Bedingungen freiwillig in ihre Heimat zurückzukehren.

Artikel II

Die Regierung der Republik Afghanistan soll alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung folgender Voraussetzungen für die freiwillige Rückkehr von afghanischen Flüchtlingen in ihre Heimat zu treffen:

- a) allen afghanischen Flüchtlingen wird gestattet sein, ungehindert in ihre Heimat zurückzukehren,
- b) alle Heimkehrer werden das Recht auf die freie Wahl des Wohnsitzes und das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Republik Afghanistan haben,
- c) alle Heimkehrer werden ihr Recht auf Arbeit, entsprechende Lebensbedingungen und auf einen Teil des staatlichen Wohlstandes in Anspruch nehmen,
- d) alle Heimkehrer werden das Recht auf Mitbestimmung an den zivilen Angelegenheiten der Republik Afghanistan auf gleicher Grundlage in Anspruch nehmen. Ihnen wird die gleiche Teilnahme an der Lösung der Bodenfrage aufgrund der Boden-Wasser-Reform gesichert sein,
- e) alle Heimkehrer werden die gleichen Rechte und Privilegien ausüben, einschließlich der Religionsfreiheit, und die gleichen Pflichten und Verantwortung haben wie auch die anderen Bürger der Republik Afghanistan, ohne Diskriminierung.

Die Regierung der Republik übernimmt die Verpflichtung, diese Maßnahmen zu verwirklichen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten in vollem Umfang die Unterstützung zu sichern, die für den Prozeß der Repatriierung erforderlich ist.

Artikel III

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan wird die freiwillige, geregelte und friedliche Repatriierung aller afghanischen Flüchtlinge erleichtern, die sich auf ihrem Territorium befinden, und verpflichtet sich, nach ihren Möglichkeiten in vollem Umfang die Unterstützung zu sichern, die für den Prozeß der Repatriierung erforderlich ist.

Artikel IV

Um die Operationen, die sich auf eine freiwillige, geregelte und friedliche Repatriierung der

afghanischen Flüchtlinge beziehen werden, zu organisieren, zu koordinieren und zu beobachten, werden in Übereinstimmung mit der bestehenden internationalen Praxis gemischte Kommissionen gebildet, um den Mitgliedern dieser Kommissionen und ihrem Personal die Ausübung ihrer Funktionen zu ermöglichen, werden ihnen erforderliche Mittel und Zugang zu entsprechenden Regionen in den Grenzen des Territoriums der hohen vertragschließenden Seiten gewährt werden.

Artikel V

Zwecks einer geregelten Rückkehr der Heimkehrer werden die Kommissionen die Grenzübergangsstellen bestimmen und erforderliche Transitzentren schaffen. Sie werden auch alle anderen Bedingungen für die etappenweise Rückkehr der Flüchtlinge bestimmen, einschließlich der Durchführung einer Registrierung und Übergabe von Namen aller Flüchtlinge, die zurückkehren wollen an das Rückkehrland.

Artikel VI

Auf Ersuchen der interessierten Regierungen wird der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge mit ihnen zusammenarbeiten und Hilfe im Prozeß der freiwilligen Repatriierung von Flüchtlingen in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Abkommen erweisen. Zu diesem Zweck können zwischen dem UNHCR und den hohen vertragschließenden Seiten spezielle Abkommen geschlossen werden.

Artikel VII

Das vorliegende Abkommen tritt am 15. Mai 1988 in Kraft. In dieser Zeit sollen gemischte Kommissionen gebildet werden, die in Artikel IV vorgesehen sind, und Operationen zur freiwilligen Heimkehr der Flüchtlinge gemäß diesem Abkommen beginnen.

Die Vereinbarungen, die in den Artikeln IV und V dargelegt sind, sollen im Laufe von 18 Monaten gültig werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die hohen vertragschließenden Seiten die Ergebnisse der Repatriierung erörtern und gegebenenfalls beliebig weitere Vereinbarungen besprechen, die benötigt werden können.



entsprechen.

Welche Erfolge kann Najibullah aber bei der Gewinnung von neuen Kräften für die Aussöhnung verzeichnen?

Die Regierung in Kabul ist schon lange keine exklusive DVPA-Runde mehr. So werden die Nationale Vaterländische Front und der Hohe Rat der Ulema und Geistlichkeit von Parteilosen angeführt.

Einige Ministerien sind nicht mehr in der Hand der DVPA. So wird das Justizministerium von Mohammad Bashir Baghlani geführt, der Vorsitzende der Revolutionären Organisation der Werktätigen Afghanistans (ROWA) ist. Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten wird gleichfalls von einem Parteilosen geführt.

In den Ministerrat aufgenommen wurde u.a. Niyamatollah Pashwak, ehemals hoher Beamter des Königs. Insgesamt werden der Opposition 28 hohe Regierungsämter angeboten, darunter das Amt des Vizepräsidenten, des Ministerpräsidenten, des Außenministers, des Landwirtschafts- und des Industrieministers. Alles keine unbedeutenden Positionen also.⁵

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung werden der Opposition 45 Plätze freigehalten, die eigentlich aus den von ihr kontrollierten Gebieten zu besetzen sind.

An der Basis beteiligten sich bereits über 1.150 Repräsentanten des Widerstands an lokalen Räten, 6.000 an den Versöhnungs-

Artikel VIII

Das vorliegende Abkommen wurde in Paschtu, Urdu und englischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Im Falle irgendwelcher Divergenzen bei der Interpretation wird dem englischen Wortlaut der Vorrang eingeräumt.

Abkommen über die Wechselbeziehungen einer Regelung der Afghanistan betreffenden Situation

1. Der diplomatische Prozeß, der auf Initiative des UNO-Generalsekretärs mit Unterstützung aller interessierten Regierungen eingeleitet wurde und auf Erreichung einer politischen Regelung der Lage in bezug auf Afghanistan mittels Verhandlungen abzielte, ist erfolgreich abgeschlossen. (...)

5. Das bilaterale Abkommen über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen und insbesondere über die Nichteinmischung und den Verzicht auf die Intervention, die Deklaration über internationale Garantien, das bilaterale Abkommen über die freiwillige Heimkehr der Flüchtlinge und das vorliegende Abkommen treten am 15. Mai 1988 in Kraft. Gemäß dem zwischen der Republik Afghanistan und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vereinbarten Zeitplan wird der etappenweise Abzug ausländischer Truppen vorgenommen, der am erwähnten Tag des Inkrafttretens beginnt. Die Hälfte der Truppen wird bis zum 15. August 1988 abgezogen, und der Abzug sämtlicher Truppen wird im Laufe von neun Monaten abgeschlossen.

6. Die unter Paragraph 5 dargelegten wechselseitigen Verbindungen wurden zum Zweck vereinbart, das Ziel der politischen Regelung effektiv zu erreichen, und zwar soll es ab 15. Mai 1988 keine Einmischung oder Intervention in beliebiger Form in die Angelegenheiten der Seiten geben, werden internationale Garantien gelten, wird die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat beginnen und im Laufe der im Abkommen über die freiwillige Heimkehr der Flüchtlinge festgelegten Frist abgeschlossen werden, wird der etappen-

weise Abzug ausländischer Truppen gemäß dem unter Paragraph 5 vorgesehenen Zeitplan beginnen und abgeschlossen werden. Deshalb ist von großer Bedeutung, daß alle Verpflichtungen, die sich aus den als Bestandteile der Regelung geschlossenen Dokumenten ergeben, im Geiste des guten Willens strikt erfüllt und alle Schritte unternommen werden, die erforderlich sind, um die vollständige Erfüllung aller Bestimmungen der Dokumente zu gewährleisten.

7. Zur Prüfung vermutlicher Verletzungen und zur Ausarbeitung rascher und beide Seiten zufriedenstellender Lösungen von Fragen, die sich bei der Erfüllung der Dokumente, die die Regelung bilden, ergeben können, werden Vertreter der Republik Afghanistan und der Islamischen Republik Pakistan nach Maßgabe der Notwendigkeit zusammenkommen. (...)

Verständigungsmemorandum

Anlage

1. Hauptforderungen

a) Die Seiten sichern dem Vertreter des UNO-Generalsekretärs und sämtlichem Personal, das ihm zugewiesen sein wird, volle Unterstützung und Zusammenwirken zu.

b) Dem Vertreter des Generalsekretärs und seinem Personal werden alle Möglichkeiten sowie rechtzeitige und wirksame Hilfe gewährt, darunter in bezug auf die Gewährleistung der Bewegungs- und Verbindungsfreiheit, der Unterbringung, des Transports und sonstige Erfordernisse, die sich für die Erfüllung ihrer Mission ergeben können. Afghanistan und Pakistan übernehmen die Verpflichtung, dem UN-Vertreter und seinem Personal alle entsprechenden Vorrechte und Immunitäten einzuräumen, wie sie in der Konvention über Privilegien und Immunitäten der Organisation der Vereinten Nationen vorgesehen sind. (...)

3. Handlungsweise (modus operandi) und Aufbau des Personals

Der UNO-Generalsekretär setzt als Stellvertreter des UN-Vertreters einen Militärexperten – einen hohen Offizier – ein, der sich als Chef zweier kleinerer Stabsseinheiten – einer in Kabul und einer anderen in Islamabad – in der

Region aufhalten soll. Beide werden sich jeweils aus fünf Militärfachleuten zusammensetzen, die aus dem Bestand der vorhandenen UN-Kräfte zur Aufrechterhaltung des Friedens und einem zahlenmäßig kleinen Zivilpersonal zu bilden sind.

Der Stellvertreter des Vertreters des Generalsekretärs wird in Namen des UN-Vertreters und in Kontakt mit den Seiten agieren. Beide Seiten werden zu diesem Zweck jeweils einen Verbindungsoffizier zur Verfügung stellen.

Zum organisatorischen Aufbau beider Stäbe sollen zwei Inspektionsgruppen zur Überprüfung an Ort und Stelle beliebiger Verletzungen der Dokumente, die die Regelung bilden, gehören. In dem Fall, da es vom Vertreter des UNO-Generalsekretärs bzw. von seinem Stellvertreter als notwendig erachtet wird, sollen zusätzlich bis zu 40 Militärfachleute (ca. 10 zusätzliche Inspektionsgruppen) in möglichst kurzer Frist (in der Regel innerhalb von 48 Stunden) aus Orten verlegt werden, wo derzeit Operationen zur Aufrechterhaltung des Friedens durchgeführt werden.

Die nationale Zugehörigkeit der Fachleute wird nach Abstimmung mit den Seiten festgelegt werden.

Immer, wenn es erforderlich sein wird, wird der Vertreter des UNO-Generalsekretärs, der die Region zu Konsultationen mit den Seiten und zur Überprüfung der Arbeit seines Personals regelmäßig aufsuchen wird, für die Arbeit in der Region auch Mitglieder seiner eigenen Kanzlei und andere Zivilbeamte des UN-Sekretariats nach Bedarf entsenden. Sein Stellvertreter wird sich abwechselnd in einer der beiden Stabsseinheiten aufhalten und ständig einen engen Kontakt mit ihnen unterhalten. (...)

5. Geltungsdauer

Der Stellvertreter des Vertreters des UNO-Generalsekretärs wird sich spätestens 20 Tage vor dem Inkrafttreten der Dokumente samt seinen Mitarbeitern in seinem Tätigkeitsgebiet niedersetzen. Die Verwirklichung der Maßnahmen wird zwei Monate nach Ablauf aller Zeitpläne eingestellt, deren Einhaltung durch die Dokumente vorgesehen ist. (...)

(Quelle: Associated Press und APN, Genf, 14.4.1988)

räten. 361 ehemalige Mojahedin-Führer hatten leitende lokale Verwaltungsfunktionen übernommen. In vier Provinzen werden die Gouverneursposten nicht von der DVPA besetzt.⁶

Mit dem im November 1987 verabschiedeten Parteiengesetz hat die DVPA die Regierungsbasis weiter verbreitern können: Einige kleine Splittergruppen von insgesamt 1.000 Mitgliedern traten zur DVPA über. Andere traten in die Legalität: So die vorgenannte ROWA und die Organisation der Werktätigen Afghanistans. Die Voraussetzung zur Parteigründung ist die Anerkennung der Prinzipien der Aussöhnung, wie sie weiter oben benannt sind.

Schichtenspezifische Parteien haben sich ebenfalls gegründet: Die Islamische Partei, die die Interessen der Geistlichkeit wahrnimmt, die Bauernpartei und die Demokratische Partei, in der sich die nationale Bourgeoisie organisiert, sind hier zu nennen.⁷ Sie bilden den Demokratischen Linksblock, der vorbehaltlos die Aussöhnung unterstützt mit dem Ziel der Überwindung der rückständigen Verhältnisse. So zart die Parteien auch noch sind, zeigt sich hier doch ein Durchbruch, indem die linken Kräfte insgesamt organisiert wurden und sich vereinheitlichten.

Der alles entscheidende Durchbruch der Aussöhnung kann aber nur erzielt werden, wenn es gelingt, die Opposition für die Regierung zu gewinnen. Hier setzt die Regierung an vier Punkten an: dem Ex-König, den traditionellen Gruppen in Peshawar, den rund 10-15 Kommandanten und den vielen lokalen Clan- und Stammesführern.

Der Ex-König Zahir Shah gilt als große Integrationsfigur in Afghanistan. Mit ihm verbinden sich Erinnerungen an Frieden und eine Zeit, in der die Peripherie Ruhe vor der Zentralregierung hatte. Seine Rückkehr wird von der DVPA, den traditiona-



Zeichen des Krieges: Ruinenlandschaft in Kandahar

so bekannt wie ihre Aufgeschlossenheit gegenüber einer Modernisierung Afghanistans. Das Landreformgesetz von 1986 und die Gesetze zur Religionsausübung geben ihnen die Möglichkeit, ihre alten Positionen wieder voll einzunehmen.

Auf einer Tagung in der BRD sprach Gailanis Sohn unlängst den Fundamentalisten einen Vertretungsanspruch für das afghanische Volk ab; die DVPA blieb unerwähnt. Gleichzeitig befürwortete er eine Loya Jirgah, die über Afghanistans Zukunft entscheiden sollte – eine Variante, der auch die jetzige Regierung etwas abgewinnen könnte.⁹

Desweiteren hat die Regierung Kontakte zu den Kommandanten im Innern des Landes aufgenommen.¹⁰ Zwei prominente Führer, Ismat Muslim (Kandahar) und Mulla Syed Amin (Herat), der der fundamentalistischen Rabbani-Gruppe angehört, haben sich der Aussöhnung angeschlossen. Die Regierung verhandelt weiterhin mit Ahmed Massoud, der das Panshir-Tal beherrscht und ebenfalls zur Rabbani-Gruppe zählt, mit Syed Jagran, einem moderaten Führer aus den Provinzen Ghazni und Logar, und mit Jalaluddin Hakani, einem fundamentalistischen Führer der Provinz Paktia, der der Khales-Gruppe angehört.¹¹ Die Verhandlungen werden auf der Basis geführt, daß die Regierung ihnen freie Hand in den von ihnen kontrollierten Gebieten läßt, Hilfsgüter nur auf Anforderung schickt und im Gegenzug die Mojahedin nicht mehr in solchen Gegenden operieren, in denen sie nicht über die alleinige Kontrolle verfügen.

Darüber hinaus verhandelt die Regierung mit den Hazara und den Nooristani um eine Autonomieregelung für deren Gebiete. Klappt das, fallen der Aussöhnung allein bei den Hazara fünf Provinzen und 7.000 Dörfer zu!¹² Zusätzlich verhandelt die Regierung mit einzelnen Stämmen und Clans. Im Zuge dieser Verhandlungen haben sich bisher 160 Gruppen mit 42.000 Kämpfern der Aussöhnung angeschlossen. 749 Gruppen mit 120.000 Kämpfern stehen noch in Verhandlungen und befolgen einen Waffenstillstand.¹³

Das alles sind nun zwar noch keine überzeugenden Ergebnisse, die die Aussöhnung unumkehrbar machen.¹⁴ Aber sie zeigen eine Tendenz an: Die Gesprächsbereitschaft mit der Regierung und der DVPA wächst in dem Maße, wie beide zu einem realistischen Afghanistan-Bild kommen und die Besonderheiten der Gesellschaft zu berücksichtigen lernen.



König Zahir Shah (l.), Schlüsselfigur für die Nationale Aussöhnung; Gegenpol Fundamentalistenführer der Siebener-Allianz in Peshawar, Gulbuddin Hekmatjar (r.)

listischen Peshawar-Gruppen und nach einer Umfrage auch von 71% der Flüchtlinge befürwortet.

Eine Rückkehr machte er bisher davon abhängig, daß die DVPA entscheidende Führungspositionen wie das Amt des Präsidenten, die Armeeführung, den Geheimdienst und andere wichtige Ministerien abgibt. Er will nicht von der DVPA gerufen werden, sondern von einer Loya Jirgah, einer großen Versammlung aller Stammesführer und wichtigen politischen und sozialen Persönlichkeiten. In letzter Zeit scheinen die erstgenannten Vorbedingungen von ihm fallengelassen worden zu sein.⁸

Eine Einbeziehung der 'traditionalistischen Gruppen' um Sayed Ahmad Gailani (Mahaz-e Melli-e Islami), Maulaawi Nabi Mohammadi (Harakat-e Enquelab-e Islami) und Sebghatullah Mojaidi (Jabba-e Nejat-e Melli) ist nicht mehr unwahrscheinlich. Ihre tiefe Abneigung gegen die Fundamentalisten ist eben-

Natürlich gibt es immer wieder Rückschläge. Doch andererseits muß gesehen werden, daß alles, was eben beschrieben wurde, vor 18 Monaten noch unmöglich schien. Und dennoch, die Schwächen der Aussöhnung dürfen nicht verschwiegen werden: Da ist die Fraktionierung innerhalb der DVPA, die oft lähmend wirkt.¹⁵ Dann ist es der DVPA in keiner Weise gelungen, eine Massenbasis unter den Bauern zu finden. Ebenso wurde die Unterstützung geschlossener Volksgruppen nicht erreicht.¹⁶ In einem Land, dessen Bevölkerung in Ethnien aufgesplittet lebt und zu 85% auf dem Lande wohnt, sind dies alarmierende Fakten.

Die Landreform hat völlig versagt: Bis heute verfügen die 340.000 Bauern, die Land erhielten, über keine Wasserrechte. Die Bürokratie ist unfähig, Technik vergammelt in Millionenwerten. Es gibt kein funktionierendes System der Düngemittel- und Saatgutverteilung.

Das Genossenschaftswesen existiert faktisch nicht. Nur 0,1% des landwirtschaftlichen Produkts werden hier erzeugt, bei fallender Tendenz.¹⁷

Dazu kommt, daß zwei Drittel aller Dörfer vom Widerstand kontrolliert werden. Niemand weiß, ob die Flüchtlinge heimkehren und wie sie sich verhalten werden. Immerhin haben sie selten etwas für die DVPA übrig.

Doch auf der anderen Seite ist das Verhalten der Stämme, Clans und Flüchtlinge nicht beliebig: Afghanistan ist von Grund auf in seiner Infrastruktur zerstört. Wer immer etwas aufbauen will, ist auf die Hilfe Kabuls angewiesen, von der Kleidung über Nahrung zu Baustoffen und anderem.

Bei der gegebenen afghanischen Mentalität, die sich durch hohen Pragmatismus auszeichnet, gibt es hier Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit der Peripherie mit der Zentrale. Aber jeder unbedachte Schritt, der die Traditionen verletzt, kann wieder zum Kampf führen. Und schon die Annahme dieser Hilfe ist manchem Afghanen eine entwürdigende Handlung...

Dennoch: Die Kabuler Regierung ist als einzige Kraft in der Lage, überhaupt etwas für Afghanistan zu tun. Das ist ihr entscheidender Vorteil, der alle Chancen zu ihrer Stabilisierung offen läßt.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. zu diesen Äußerungen: Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 15.4.1988 und South London, Mai 1988, S. 14ff.
- 2) Siehe Wortlaut des Abkommens nachstehend
- 3) Siehe hierzu im folgenden die Broschüren: 20th Plenum of PDPA CC, Documents, Kabul 1986; Comrade Najib's speech at Extraordinary Plenum of PDPA CC, Kabul, Januar 1987; National Reconciliation Documents, Kabul, 3.1.1987
- 4) Comrade Najib's Address to the Nation from Juli 14th 1987, in: Aktueller Informationsdienst Moderner Orient, Nr. 16/1987, S. 39ff., hier S. 40
- 5) Ebd. Zu den angegebenen Ämtern siehe u.a.: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 28.4.1988, S. 35; Neue Zeit, Moskau, Nr. 13/1988, S. 7
- 6) Alle Angaben nach: Second National Conference of PDPA on National Reconciliation, Kabul, Oct. 1987, Documents, Rede Najibullahs
- 7) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 30.6.1987; Neue Zeit, Nr. 13/1988, S. 7
- 8) Jedenfalls tauchen sie in einem Bericht der FR zufolge neuerdings nicht mehr auf. FR, 4.5.1988
- 9) Tagung am 30. Januar 1988 in Iserlohn (Mitschrift von A. Kramer-Schwitalla)
- 10) Diese Kommandanten nennen sich übrigens richtig schön deutsch „Kommandant“. Sie beherrschen größere Regionen mit einem „Stehenden Heer“ zwischen mehreren hundert und 15.000 Kriegern. Sie operieren beweglich und sind weniger an Stammesterritorien gebunden. Manche kümmern sich um die zivile Versorgung der Bevölkerung.
- 11) Es fällt auf, daß auf dieser Ebene mit Fundamentalisten verhandelt wird, so mit Massoud und Hakani. Dies geschieht deshalb, weil sie zwar von den fundamentalistischen Gruppen ausgerüstet werden, nicht aber doktrinär fundamentalistische Ziele verfolgen, sondern vielmehr regionalen, tribalen Interessen folgen und keinen Anspruch auf einen fundamentalistischen Zentralstaat haben.
- 12) Daten nach: Second Conference, a.a.O., Rede Najibullahs
- 13) Diese hohen Kämpferzahlen entstehen dadurch, daß sie die gesamte männliche Bevölkerung erfassen. Gerade die Pashtunen operieren nach einem Rotationssystem, bei dem die Kämpfer alle paar Wochen ausgetauscht werden. Zahlen nach: FEER, 28.4.1988, S. 36
- 14) Das sieht Najibullah auch so, vgl. AIB 5/1988
- 15) Ebd.
- 16) SZ, 27.4.1988
- 17) Alle Daten nach der Rede von Keshmand auf der Second Conference, a.a.O., S. 100ff.

Sofortiges Asyl der von Todesstrafe bedrohten Chilenen!

„... Ich streite keineswegs ab, daß ich im Widerstand gegen das diktatorische Regime von Pinochet stehe, denn unter den gegebenen Umständen und angesichts der verbrecherischen Handlungen der Diktatur seit dem Putsch 1973 ist die würdigste Haltung eines demokratischen Chilenen, für den Sturz Pinochets und für die Wiederherstellung der Rechte des chilenischen Volkes zu kämpfen.“

(Pedro Burgos, einer der von der Todesstrafe bedrohten Chilenen, Sept. '86)

Wir fordern Asyl für die Chilenen, die das faschistische Regime Pinochets bekämpfen und denen deshalb die Todesstrafe droht. Die chilenischen Militärgerichte beantragten bereits letztes Jahr die Todesstrafe für 15 politische Gefangene, denen unter Folterungen Geständnisse abgepreßt wurden. Jederzeit können in Chile Widerstandskämpfer festgenommen und gefoltert werden. Zum Beispiel wurden Ende 1987 die Geschwister Juan Carlos und Patricia Cancino sowie Max Diaz Trujillo und Karin Eitel verhaftet. Ihnen wird die Beteiligung an der Entführung des Obersten Carreño vorgeworfen.

Wir fürchten um das Leben der Gefangenen. Die Diktatur Pinochets hat schon Tausende ihrer Gegner brutal liquidiert. Allein in der sog. „1. Demokratisierungsphase“ Pinochets vom März '81 bis Dezember '87 beging die faschistische Junta folgende Verbrechen:

384 Morde und 3188 versuchte Morde
1462 Folterfälle (ohne Dunkelziffer)
1052 Verbannungen und 2869 Morddrohungen
4717 Mißhandlungen Verhafteter.

Die von der Todesstrafe bedrohten Chilenen können in die BRD abgeschoben werden, wenn die Bundesregierung ihnen die Aufnahme zusagt. Aber dazu ist diese bis heute nicht bereit. Ihre Reden über Menschenrechte im letzten Sommer sollten lediglich den Protest hier im Lande beruhigen. Tatsächlich verleugnet sie das Widerstandsrecht gegen die faschistische Diktatur. Sie unterstützt mit ihrer Zustimmung zu einem 250-Mio.-\$-Kredit der Weltbank Pinochet's Regime. Angesichts des anstehenden Referendums, durch das Pinochet sich bestätigen lassen will, benötigt er dringend Kredit: Ein Chilene, der an einer Manifestation für Pinochet teilnimmt, bekommt z. B. ein Paar Schuhe. Diese Propaganda will bezahlt sein in einem Land, wo Elend und Arbeitslosigkeit immer mehr wachsen und große Teile der Bevölkerung betreffen, und wo auf der anderen Seite das gehobene Bürgertum durch Luxus bei der Stange gehalten werden will.

Wir dagegen wollen den Widerstand im Volk gegen die Diktatur unterstützen, der sich in Protesttagen, Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Aktionen ausdrückt.

Und wir fordern die sofortige Einreiseerlaubnis für die politischen Gefangenen, die Asyl beantragt haben!

Setzen auch Sie sich ein:

- Für das sofortige Asyl der von Todesstrafe bedrohten Chilenen!
- Für die Abschaffung der Sicherheitsüberprüfung für chilenische Oppositionelle!
- Für uneingeschränktes Asylrecht!
- Gegen die Unterstützung faschistischer Regime durch die Bundesrepublik!

Auch Sie können den Kampf um das Leben dieser Gefangenen unterstützen. Der beste Schutz ist Öffentlichkeit. Nur öffentlicher Druck kann die Bundesregierung zur Aufnahme der Gefangenen bewegen.

Informieren Sie sich und andere!

Informationen, Adressen chilenischer Gefangener, Protestpostkarten, Plakate sowie die Broschüre „In Chile von der Todesstrafe bedroht - in der BRD zum Sicherheitsrisiko erklärt“ zu beziehen bei „Asyl für die zum Tode verurteilten Chilenen“, c/o Dritte Welt Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt/Main 90.

Spenden: „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile“, BfG HH, BLZ 20010111, Kto.-Nr. 138-5509501 oder Cintras, Stadtparkasse Ffm, Kto.-Nr. 1800, Postscheckamt Köln, Kto.-Nr. 6999-508

Genf schuf die äußeren Bedingungen für den Frieden

Vom Juni 1982 bis zum April 1988 zogen sich in Genf die afghanisch-pakistanischen Verhandlungen hin. Die Prozedur war ebenso ungewöhnlich wie langwierig. Abdul Wakil, der in den letzten 14 Monaten die Delegation Afghanistans als Außenminister leitete, bilanziert und bewertet die Verhandlungsergebnisse des 14. April 1988. An jenem Tag gehörte er neben seinen Amtskollegen Zain Noorani, George Shultz und Eduard Schewardnadse sowie UN-Generalsekretär Perez de Cuellar und seinem Sonderbeauftragten Diego Cordovez zu den Genfer Hauptdarstellern der Unterzeichnungszeremonie.

FRAGE: Welches war die Ihrer Meinung nach schwierigste Verhandlungsetappe?

A. WAKIL: Der Verhandlungsprozeß war von Anfang an schwierig. Jede Einzelabmachung mußte unter großem Kraftaufwand erzielt werden. Trotzdem verblassen diese Schwierigkeiten vor denen, die in der letzten Verhandlungsetappe auftraten, als es nämlich darum ging, ob die Gespräche ergebnisreich abgeschlossen werden, oder ob man sie platzen läßt.

Im Abschlußstadium seit dem 2. März schien das Schicksal der Verhandlungen besiegelt zu sein. Es gab einen Augenblick, da sah es so aus, als seien die Hindernisse unüberwindbar. Die starre Position, die die andere Seite bezogen hatte, hätte die Gespräche fast in die Sackgasse geführt. Zu diesem Zeitpunkt waren die jetzt unterzeichneten Dokumente doch schon praktisch vollständig ausgearbeitet.

Als wir zum Auftakt dieser letzten Verhandlungsrunde Zeitpunkt und Etappen des sowjetischen Truppenabzugs nannten, eröffneten wir die Möglichkeit, den Genfer-Prozeß erfolgreich abzuschließen (siehe Gorbatschow- und Tschakent- Erklärung). Zum selben Zeitpunkt aber warteten Pakistan und die USA mit neuen Vorschlägen auf, mit neuen Bedingungen, die den Rahmen der Tagesordnung dieser Verhandlungen sprengten. Das stand eindeutig im Widerspruch zu der früher erzielten Vereinbarung, daß neue Fragen, die nicht auf der Tagesordnung standen, nicht aufgeworfen werden sollten.

FRAGE: Trotzdem gewann der gesunde Menschenverstand die Oberhand. Wie oft mußten Sie und Ihr pakistanischer Kollege Ihre Unterschriften unter die verschiedenen Ausfertigungen der Genfer Dokumente setzen?

A. WAKIL: 45 mal.

FRAGE: Und Sie sind sich das erste Mal in dem Saal begegnet, in dem Sie die Dokumente unterzeichnet haben?

A. WAKIL: Ja, das erste Mal.

Wir haben von Anfang an darauf bestanden, direkte Verhandlungen zu führen. Unsere Partner sind darauf leider nicht eingegangen. Deshalb wurde auch die Vermittlung von Diego Cordovez erforderlich.

Die afghanische und die pakistanische Delegation befanden sich immer in verschiedenen Räumen, und erst am Abschlußtag waren wir in ein und demselben Saal. (...)

FRAGE: Worin besteht für Sie die Bedeutung des „Genfer Pakets“?

A. WAKIL: Alle hierzu gehörenden Dokumente sind sehr wichtig. Sie stehen alle miteinander in Zusammenhang und stellen insgesamt die Grundlage für die Regelung der außenpolitischen Aspekte der Afghanistanfrage dar.

Dennoch komme ich nicht umhin zu sagen, daß die für uns wichtigste grundlegende Regelung in der afghanisch-pakistanischen Vereinbarung über die Prinzipien der beiderseitigen Beziehungen und insbesondere über die Nichteinmischung in die Angelegenheiten des jeweils anderen und im Verzicht auf Intervention besteht. Die darin festgelegten wichtigsten völkerrechtlichen Bestimmungen erlauben uns, unsere bilateralen Beziehungen zu normalisieren.

Wenn diese Bestimmungen beachtet werden, wird es keine äußere Einmischung mehr geben, und eine Wiederholung für die Zukunft sollte ausgeschlossen sein. Diese Vereinbarung wird den nationalen Interessen beider Länder gerecht.

Die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung über internationale Garantien sollte die praktische Umsetzung dieser Bestimmungen der ersten Vereinbarung unterstützen.

FRAGE: Jede erzielte Vereinbarung setzt Kompromisse, setzt ein Entgegenkommen der vertragschließenden Seiten voraus. Glauben Sie, daß Ihre Regierung die wichtigsten Ziele durchsetzen konnte, die Sie sich, bevor Sie nach Genf fuhren, gesetzt hatten?

A. WAKIL: Natürlich müssen sich beide Seiten auf Kompromisse einlassen. Dagegen gibt es bestimmte Grenzen, über die man nicht hinausgehen darf.

Ich denke, wir können zufrieden sein, daß wir das Wichtigste erreicht haben: Wir waren kompromißbereit, um die Verhandlungen aus der Sackgasse zu führen und haben trotzdem keine Prinzipien und Werte preisgegeben, die wir als unabhängiges Land für unverzichtbar erachten. Ich glaube sagen zu können, daß die afghanische Seite, um die Gespräche vor dem Fiasko zu bewahren, größtmögliches Entgegenkommen gezeigt und sich sehr flexibel verhalten hat.

Damit haben wir die Hauptaufgabe erfüllt: die Herstellung friedlicher äußerer Bedingungen um Afghanistan. Und im Land selbst für Frieden zu sorgen, ist dann schon Sache der Afghanen allein.

FRAGE: Womit erklären Sie sich, daß die Extremisten von Peshawar die Genfer Vereinbarungen ablehnen? Darin ist doch schließlich der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan festgelegt, die sie immer nur als Okkupanten bezeichnet und auf deren Abzug sie so bestanden hatten.

A. WAKIL: Diese Frage müßten Sie ihnen einmal selbst stellen. Ich kann dazu nur sagen, daß nur diejenigen die Genfer Vereinbarungen zurückweisen können, die kein Ende des Krieges auf unserem Boden wollen, die wollen, daß das Blutvergießen weitergeht.

Das sind Leute ohne jedes Verantwortungsgefühl, denen nichts an der Zukunft ihres Landes, am Schicksal ihrer Nation gelegen ist. Ihnen fehlt jeder Sinn für politische Weitsicht, und letzten Endes treten sie die nationalen und islamischen Wertvorstellungen mit Füßen, von denen sie gerne reden.

Trotzdem hoffe ich, daß vereinzelte Elemente aus den Reihen der Opposition allmählich zur Vernunft kommen und die objektive Realität anerkennen, die jetzt nach Abschluß des Vertragswerks von Genf entstanden ist. Und die Handvoll unverbesserlicher Extremisten, die die Vereinbarungen schlichtweg ignorieren, wird sich mit der Zeit immer tiefer in ihre Isolation verrennen.

Das Volk von Afghanistan, alle Länder und Völker, die eine politische Regelung dieses sich in diesem Gebiet hinschleppenden regionalen Konflikts unterstützen, werden sich von ihnen abwenden. Die Genfer Vereinbarungen sind schließlich eine zuverlässige Grundlage, auf der der Prozeß der nationalen Versöhnung beschleunigt und nationale Eintracht erzielt werden können.

FRAGE: Es gab Meldungen, daß Diego Cordovez zwischen der afghanischen Regierung und Oppositionellen vermitteln soll, um eine Koalitionsregierung für Afghanistan aufzustellen. Stimmen diese Informationen?

A. WAKIL: Wir bleiben dabei, daß der nationale Aussöhnungsprozeß, die Herstellung nationaler Eintracht und die Regierungsbildung ausschließliches Vorrecht der Afghanen selbst sind. Wenn nun jemand, der an den Genfer Verhandlungen teilgenommen hat, seine Dienste anbietet, um die Angelegenheit weiter voranzubringen, haben wir natürlich nichts dagegen einzuwenden.

Wir würden auch jede persönliche Initiative von Herrn Cordovez begrüßen, wenn damit ein Kontakt zwischen uns und der Opposition herzustellen ist. Er verfügt schließlich über beträchtliche Erfahrungen bei der Einfädelung von Kontakten in den verfahrensten Angelegenheiten. Er ist sehr geduldig und kann sich durchsetzen. Cordovez hat schon an verschiedenen Bemühungen von Seiten der UNO teilgenommen, um Konfliktsituationen in verschiedenen Gebieten der Welt zu entschärfen. Den größten Erfolg aber hatte er jetzt bei seiner Vermittlungsmision in Sachen Afghanistan.

Hierbei muß man allerdings darauf hinweisen, daß dieser Erfolg in erster Linie durch die Flexibilität Afghanistans und der Sowjetunion ermöglicht wurde. Unsere Verhandlungspartner Pakistan und die USA sollten unsere konstruktive Position zu schätzen wissen, wie auch wir schließlich ihre Haltung würdigen, die einen erfolgreichen Abschluß der Gespräche erlaubt hat.

FRAGE: Jetzt zur Flüchtlingsfrage. Die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge aus Pakistan ist theoretisch geklärt. Darüber wurde eine besondere Vereinbarung getroffen. Wie steht es aber um die afghanischen Flüchtlinge im Iran, der an den Genfer Verhandlungen nicht beteiligt war? Gab es zu diesem Thema Kontakt mit Teheran?

A. WAKIL: Die Vereinbarung über eine Rückkehr von Flüchtlingen erstreckt sich auf alle Afghanen, die sich außerhalb der afghanischen Grenzen aufhalten, egal, in welchem Land, also auch im Iran. Das Dokument wurde von Pakistan unterzeichnet, weil die überwiegende Masse der Flüchtlinge sich eben auf pakistanischem Territorium befindet und dort unter menschenunwürdigen Bedingungen lebt. Gerade dort werden sie doch manipuliert.

Obwohl die Iraner nicht am Prozeß von Genf teilgenommen haben, informierten sie Diego Cordovez darüber, daß sie einige

Verpflichtungen, die in Hinsicht auf Pakistan ausgearbeitet werden, auch selbst übernehmen wollen. Wir hoffen, daß sie sich daran halten.

Denn aus dem Iran kamen bekanntlich schon vor Unterzeichnung der Genfer Verträge die ersten Flüchtlinge wieder nach Afghanistan zurück, und wir rechnen damit, daß in nächster Zukunft die meisten von ihnen wieder in ihre Heimat zurückkehren.

FRAGE: Werden also die UNO-Missionen, die bei der Repatriierung der Flüchtlinge helfen sollen, nicht nur an der Grenze zu Pakistan, sondern auch an der zum Iran ihre Tätigkeit aufnehmen?

A. WAKIL: Gegenwärtig ist in Übereinstimmung mit den in Genf unterzeichneten Dokumenten der Abschluß von praktischen Sondervereinbarungen zwischen dem UNO-Hochkommissar für Flüchtlingsangelegenheiten, Pakistan und Afghanistan vorgesehen. Soweit ich das anhand der Atmosphäre bei den Vorgesprächen beurteilen kann, die ich zweimal mit Herrn Hocke, dem UNO-Hochkommissar, in Genf geführt habe, ist davon auszugehen, daß die Tätigkeit der ihm unterstellten Agentur sich auch auf die afghanischen Flüchtlinge im Iran, wie übrigens auch in anderen Ländern, erstrecken wird.

**Die für uns
wichtigste Regelung der
afghanisch-pakistanischen Vereinbarungen
ist der Verzicht auf Intervention,
damit eine Wiederholung der
äußeren Einmischung künftig
ausgeschlossen werden kann**

FRAGE: Bei der Begegnung zwischen Michail Gorbatschow und Najibullah in Taschkent wurde doch gesagt, daß jetzt die sowjetisch-afghanischen Beziehungen in eine neue Etappe eintreten. Wodurch zeichnet sich Ihrer Meinung nach diese neue Etappe besonders aus?

A. WAKIL: Ich denke, daß die sowjetisch-afghanische Zusammenarbeit in allen Bereichen noch ausgebaut wird: im wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Bereich. Damit wurde schon vor Abzug des sowjetischen Truppenkontingents aus Afghanistan begonnen.

In unseren bilateralen Beziehungen machen sich bereits neue Züge dieser Zusammenarbeit bemerkbar. Jetzt arbeitet die Sowjetunion zum Beispiel schon mit dem afghanischen Privatsektor zusammen und baut mit unseren nationalen Unternehmern gemeinsame Betriebe auf. Man stellt Direktverbindungen her zwischen Republiken und Gebieten der UdSSR und afghanischen Provinzen, schließt Partnerschaften zwischen sowjetischen und afghanischen Städten, alles neue Formen der Kontaktaufnahme.

Die allseitigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden also ein höheres Niveau erreichen, mit einer einzigen Ausnahme: Es wird keine sowjetischen Truppen auf afghanischem Territorium geben. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß enge freundschaftliche Beziehungen für die Sowjetunion und Afghanistan schon Tradition haben. Sie reichen noch in die Zeiten Lenins und Amanullah Khans (afghanischer Reformkönig der 20er Jahre; d. Red.) zurück.

Zum Abschluß unseres Gesprächs möchte ich noch einmal hervorheben, daß das afghanische Volk Ruhe und Frieden für seine Erde herbeisehnt. Es ist des langen Blutvergießens und des Krieges überdrüssig. Die in Genf unterzeichneten Vereinbarungen bedeuten noch nicht, daß jetzt automatisch Frieden ist. Sie schaffen allerdings die äußeren Bedingungen dafür, daß auf afghanischem Boden möglichst bald Frieden einkehrt.

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 17/1988, S. 6-8)



Ingrid El-Masry

Der Palästinenseraufstand läßt sich nicht abriegeln!

Israels Regierende begingen den 40. Unabhängigkeitstag auf ihre Weise. Im Vorfeld ordneten sie die Ermordung Abu Jihads, des Stellvertreters Yassir Arafats und Zuständigen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) für die besetzten Gebiete, an. Zu den Jubiläumsfeierlichkeiten am 20./21. April 1988, verfügten sie die zweite Abriegelung von Westbank und Gazastreifen. Und generell hielten sie die Besatzungstruppen zum verschärften Gewalteininsatz gegen die Aufstandsbewegung an, die nun schon ein halbes Jahr andauert.



sen Aufstand kennzeichnenden neuen Grad an Geschlossenheit, Mut und Durchhaltevermögen unter Beweis, als die israelische Führung versucht hatte, die Aktionen mit vorbeugenden Gegenmaßnahmen und einer Eskalation der Unterdrückung zu vereiteln.

So war die israelische Regierung bereits am 28. März d.J. zu einem mit Präventivhaftungen und einer bisher beispiellosen, vollständigen Abriegelung der besetzten Gebiete in die Offensive gegangen. Über den Gazastreifen wurde, zusätzlich zur Schließung der Grenzen, eine Ausgangssperre verhängt.

Damit nicht genug, sorgte die Besatzungsmacht zum anderen für eine weitgehende Aussperrung der Weltöffentlichkeit aus den besetzten Gebieten. Bereits mit der Erklärung der besetzten Gebiete zum „militärischen Sperrgebiet“ war der Zugang ausländischer Journalisten prinzipiell unterbunden. Sodann brachte man mit der Unterbrechung der Telefonverbindungen und mit der Verfügung eines sechsmonatigen Tätigkeitsverbotes für den palästinensischen Pressedienst (PPS) auch die als zuverlässig geltende, einzige arabische Informationsquelle aus den besetzten Gebieten zum Schweigen.¹

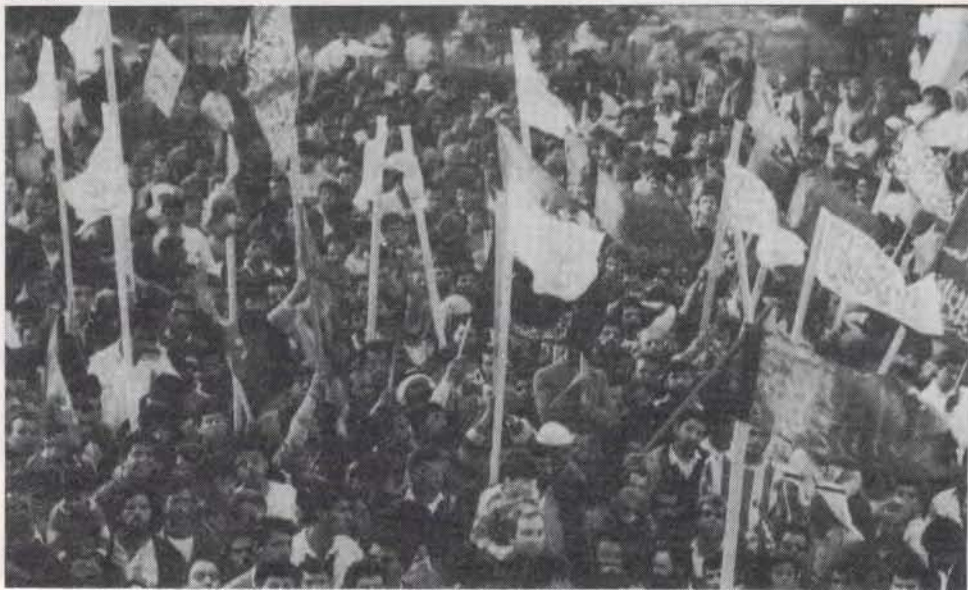
Die Verhängung der vollständigen Nachrichtensperre zeigt ebenso wie die erstmalige vollständige Abriegelung der besetzten Gebiete, daß auch die Regierung Schamir/Peres die neue Qualität des organisierten palästinensischen Volksaufstandes erkannt hat.

Ein zweites Motiv für die drakonischen

Zu einem der Höhepunkte der palästinensischen Volkserhebung gestalteten die Bewohner der besetzten Westbank und Gazas den „Tag des Bodens“ am 30. März d.J.

An diesem Erinnerungstag gedenken die Palästinenser Israels und der besetzten Gebiete alljährlich der sechs Araber, die am 30. März 1976 bei Protesten und Demonstrationen gegen die Enteignung palästinensischen Bodens getötet wurden. Dieser Tag des Bodens entwickelte sich zum bisher umfangreichsten und erfolgreichsten Generalstreik seit Beginn des Aufstandes am 8. Dezember 1987. Die rebellierende palästinensische Bevölkerung stellte damit umso mehr den die-

Israelischer Besatzer bei der Festnahme eines Palästinensers in Ramallah (oben); arabische Demonstration zum „Tag des Bodens“



Abriegelungsmaßnahmen war offensichtlich die Befürchtung, die Unruhen zum Tag des Bodens könnten übergreifen auf das israelische Kernland. Dies wurde mit dem Einsatz von mehr als 4.000 israelischen Bereitschaftspolizisten in Israel selbst sowie einem massiven Militäraufgebot in den besetzten Gebieten verhindert.

Die blutige Bilanz: In über 72 Zwischenfällen wurden zwischen dem 30. März und dem 1. April sieben Palästinenser getötet, davon alleine vier am Tag des Bodens. Israelische Soldaten feuerten wahllos in eine demonstrierende Menschenmenge, verletzten 45 und verhafteten 16 Palästinenser.²

Und dies, obwohl nach offiziellen israelischen Angaben bereits seit Mitte März 1988 1.000 Palästinenser in Präventivmaßnahmen festgenommen worden waren, womit sich die Zahl der Verhafteten seit Beginn des Aufstandes auf über 5.000 Anfang April d.J. erhöhte.³

Längst reichen die israelischen Gefängnisse zur Aufnahme der massenhaft – meist im Schnellverfahren verurteilten oder gar nicht erst vor Gericht gestellten – Verhafteten nicht mehr aus. Schulen wurden zu Haftanstalten umfunktioniert, neue Gefangenlager in der Negev-Wüste errichtet.

Augenscheinlich sind die israelischen Falken bereit, die „Politik der eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten fortzusetzen und zu eskalieren. Mit den kombinierten Mitteln von Wirtschaftsanktionen und der Aushungerung der besetzten Gebiete, von Deportationen, Abriegelung, Ausgangsverboten und physischer Gewaltanwendung gibt man sich derzeit noch siegessicher. Damit hofft man, die Motivation der rebellie-

**Fast überall
in der Westbank
und Gaza sind inzwischen
Volkskomitees gegrün-
det worden**

renden palästinensischen Bevölkerung unterminieren, sog. Rädelführer ausschalten und die Koordination des Aufstandes mit palästinensischen Führern außerhalb der besetzten Gebiete verhindern zu können.

Anfang April erhielt das israelische Militär die Anweisung, wieder zum Einsatz scharfer Munition zurückzukehren, bei bewußtem Streben nach Konfrontation mit demonstrierenden Palästinensern.⁴ Das Ergebnis: Der 4. April d.J., für den die Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes anlässlich des erneuten Shultz-Besuches in Israel zu einem allgemeinen Generalstreik aufgerufen hatte (Aufruf Nr. 12), wurde zu einem neuen blutigen Höhepunkt mit mindestens 12 toten Palästinensern und Dutzenden

Verletzter.

Inzwischen mehren sich auch die Hinweise darauf, daß Israel keineswegs lediglich konventionelles Tränengas gegen die palästinensische Bevölkerung einsetzt. Vielmehr handelt es sich bei dem verwendeten Gas nach Angaben des für Gesundheitsfragen zuständigen Direktors des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, Hiddlestone, um ein hochgiftiges Nervengas mit bisher unbekannter Zusammensetzung. Das Giftgas hat bis Mitte April zum Tod mindestens zweier palästinensischer Jugendlicher und zu zahlreichen Fehlgeburten Schwangerer geführt.⁵

Zu einer regelrechten Pogromstimmung gegen die palästinensische Bevölkerung führte hingegen der Tod der fünfzehnjährigen Israelin Tirza Porat, des ersten zivilen israelischen Opfers der Unruhen. Sie starb bei einer Auseinandersetzung mit Palästinensern in der Nähe des Dorfes Beita am 6. April d.J., wobei auch zwei palästinensische Jugendliche getötet wurden.

Während der abschließende Obduktionsbericht, welcher wohlweislich erst nach der Beerdigung des Mädchens veröffentlicht wurde, eindeutig ergab, daß Tirza Porat durch eine verirrte Kugel aus dem Gewehr eines ihrer israelischen Begleiter starb,⁶ begann unmittelbar der israelische Vergeltungsfeldzug gegen Beita. Das Dorf wurde vollständig von der Außenwelt abriegelt, 14 Häuser wurden gesprengt, 15 Palästinenser verhaftet, die Bewohner des Dorfes von randalierenden Siedlern terrorisiert.

Dennoch, der Zwischenfall in Beita hat zumindest Teilen der israelischen Gesellschaft verdeutlicht, daß die „Politik der eisernen Faust“ in wachsendem Maße selbstzerstörerische Züge annimmt. 500 Mio \$ kostete die militärische Bekämpfung des Palästinenseraufstandes den Staat Israel bis Anfang April – bei einem Rückgang der Steuereinnahmen aus den besetzten Gebieten auf 20%.

Der seit Monaten anhaltende Streik von mehr als 50.000 in Israel beschäftigten Palästinensern führt schon heute dazu, daß zahlreiche israelische Unternehmen insbesondere in der Bauwirtschaft, den Großschlachtereien und den Gemüseplantagen aus Mangel an Arbeitskräften schließen mußten. Die Einstellung der Lieferungen billigen Gemüses aus den besetzten Gebieten schraubt die Inflationsrate in Israel weiter in die Höhe.⁷

Zwar mehren sich im polarisierten Israel die Stimmen derer, die zu der Erkenntnis gelangt sind, daß „Israel von einem unabhängigen Palästinenserstaat weniger zu befürchten (habe) als von der Fortdauer des Status Quo“, welcher die Gefahr eines neuen israelisch-arabischen Krieges beinhaltet.⁸ Aber der Einfluß der Friedenskräfte auf die Regierungspolitik

bleibt begrenzt (siehe AIB 5/1988, S. 41-43).

Die Verfechter einer harten Linie bleiben in Israel tonangebend, worauf sich der palästinensische Widerstand einzustellen hat.

Die israelischen Wirtschaftssanktionen gegen die besetzten Gebiete sind nicht ohne Auswirkungen auf den ohnehin niedrigen Lebensstandard der palästinensischen Bevölkerung geblieben: Der Konsum ist deutlich zurückgegangen, die Einnahmen der Händler schrumpfen und aufgrund der Dauerstreiks haben zahlreiche in Israel tätige Arbeitskräfte ihr Einkommen faktisch verloren.

Zwar ist es bisher gelungen, mit einer beispielhaften Solidarität und Improvisation die knappen Güter zu verteilen und die Selbstversorgung zu steigern. Doch kommt es nunmehr darauf an, die Abhängigkeit von Israel organisiert abzubauen. Der Aufstand tritt gegenwärtig in seine zweite, entscheidende Phase ein.

Das Ziel einer erfolgreichen Weiterfüh-



Ermordeter Abu Jihad (r.) und PLO-Vorsitzender Yasser Arafat

rung des Aufstandes bis hin zu einem unabhängigen palästinensischen Staat erfordert, daß qualitativ neue Kampfformen entwickelt werden. Diese Problematik war Gegenstand eines Auswertungs- und Strategiepapiers, das seit Ende Februar d.J. in Führungskreisen der PLO diskutiert wurde.⁹

Die palästinensische Führung befürchtete, daß der Widerstandsbewegung ansonsten irgendwann der Atem ausgehen könne. Auch vor negativen Auswirkungen auf die Psyche der palästinensischen Bevölkerung wurde gewarnt.

Ein vollständiger ziviler Ungehorsam wurde in dem Papier für den damaligen Zeitpunkt noch verworfen. Vorläufig brauche die palästinensische Bevölkerung noch einige der Brücken, die sie mit der Besatzungsmacht verbinde.

Die PLO befürchtete z.B., daß den Palästinensern Strom und Wasser abgestellt würden, wenn diese die Rechnungen nicht beglichen. Diese und andere Dienstleistungen gelte es gerade für den

Aufstand zu nutzen. Das Papier schlug stattdessen Teilboykotte und gezielte Verweigerungsaktionen vor, wie die Verweigerung von Einkommens- und Mehrwertsteuern, das Verbrennen israelischer Kennkarten u.a.m.

Als lobenswertes Beispiel hob der Aufruf Nr. 12 der Vereinigten Nationalen Führung vom 2.4.1988 in diesem Zusammenhang die Standhaftigkeit von 300 Händlern in Ramallah hervor, die den israelischen Behörden bereits keine Steuern mehr zahlten. Betont wurde außerdem, daß der Aufruf an die Stadt- und Gemeinderäte, von ihren Posten zurückzutreten, weitgehend befolgt worden sei. Erfolgreich ausgedehnt wurde die Rücktrittswelle Anfang April auch bereits auf die Berufsgruppen der palästinensischen Steuer- und Zollbeamten sowie der Polizisten im Gazastreifen.

Für alle noch in ihren Ämtern verblie-



Verstimmter Premier Yitzhak Schamir (l.) bei Reagan in Washington. Für Schamir gehören die Besatzerpolitik der „eisernen Faust“ und der Siedlerterror zusammen

Anthony Lewis

Israel mit 40: Siedlerjustiz prägt die Politik

Welche Chance es auch immer für erste Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn gegeben haben mag, jetzt sind sie dahin. Die zerbrechlichen Hoffnungen, die Außenminister Shultz hatte aufbauen können, sind durch die Ereignisse der letzten drei Wochen zerstört worden.

Die Ermordung Abu Jihads, der Nummer Zwei unter den PLO-Führern, hat zur Stärkung der radikalsten Elemente in der PLO geführt. Kein Palästinenser von Gewicht wird nun bereit sein, mit Israel über Frieden zu sprechen; und aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht König Hussein oder irgendein anderer arabischer Führer.

Ezer Weizmann, ein Mitglied des inneren israelischen Kabinetts, der nach einem Weg zum Frieden mit den Palästinensern sucht, nannte die Tatsachen im Rundfunk der israelischen Armee beim Namen. Der Mord, sagte er, „wird den Friedensprozeß in weite Ferne rücken und die Feindseligkeit vergrößern.“

Das war in der Tat ein voraussehbares Ergebnis der Ermordung Abu Jihads. Als die Regierung den Angriff anordnete, mußte ihr das von vorneherein bewußt sein. Der Mordanschlag zeigte mithin, daß die tatsächliche politische Macht gegenwärtig in den Händen von Männern liegt, die sich wenig um Friedensverhandlungen scheren, ja, die eigentlich gegen solche Verhandlungen sind.

Hinter der Fassade der israelischen Regierung der nationalen Einheit wird die bestimmende Politik von der Rechten gemacht: Von Premier Yitzhak Schamir, seiner Likud-Partei und selbst noch extremeren Elementen. Das wurde an einem anderen bedeutenden Ereignis der letzten Wochen deutlich, dem Zwischenfall vom 6. April im Westbankendorf Beita, wo zwei Palästinenser und ein 15jähriges israelisches Mädchen getötet wurden. Das Mädchen, das nach ersten Berichten durch einen Steinwurf getötet worden sein soll, war – wie eine Untersuchung der Armee ergab – erschossen worden. Die Kugel kam aus dem Gewehr eines Wachmannes, der die Gruppe israelischer Ausflügler begleitete. (...)

Viel Schlimmeres hätte noch geschehen können, wenn nicht ein Einwohner von Beita, Mahmoud Gurub Ben Shamma, die Waffe an sich gerissen, den Lauf verbogen und sie damit unbrauchbar gemacht hätte. Israel deportierte Ben Shamma und fünf weitere Einwohner von Beita. Wie immer in solchen Fällen gab es keine Anklage und kein Verfahren. Die Männer wurden in einer Nacht- und Nebelaktion in den Libanon verbracht. Wie immer wies Israel Einwände der USA, daß eine Besatzungsmacht das Völkerrecht verletze, wenn sie Personen aus ihrer Heimat deportiere, verächtlich zurück.

Vor 60 Jahren schrieb der Richter Louis Brandeis, daß die Deportation einen Menschen all dessen beraube, „was das Leben lebenswert mache“. Zu welcher Form von Gerechtigkeit hat Israel gefunden, daß es einen Palästinenser deportiert, der vielleicht Leben gerettet hat, als er einem bekannten Fanatiker und Killer das Gewehr entriß? (...)

Die Beita-Affäre hat klar gezeigt, wie wenig Mäßigung die Arbeiterpartei gegenwärtig in die Regierung einbringt. Ihr Führer, Außenminister Shimon Peres, verteidigte die summarischen Deportationen mit den Worten: „Wir deportieren keine Einwohner, sondern Anführer, Agitatoren und Extremisten.“ Eine weitere Verurteilung ohne Verfahren.

Und was nach Beita getan war, war immer noch nicht genug, um die Siedler zufriedenzustellen. Sie verlangten jetzt, daß die Regierung auch gemäßigte Palästinenser deportiere, die sich in der Vergangenheit für Verhandlungen und Frieden ausgesprochen hatten. (...)

Die bitterste Ironie der israelischen Politik der „eisernen Faust“ in der Westbank und in Gaza liegt darin, daß sie von hochrangigen Offizieren der Armee privat abgelehnt wird. Die Kommandeure wissen, daß ein Kotau vor den Siedlern die Aufrechterhaltung der Sicherheit nicht leichter, sondern schwieriger macht. Sie fürchten, daß der Kurs der Verweigerung und der Ungerechtigkeit die Spannungen mit den Palästinensern nur verschärfen und den Staat nur verderben kann.

(Quelle: International Herald Tribune, Paris, 26.4.1988)

benen öffentlichen Bediensteten gilt die Rücktrittsaufforderung weiterhin. Dergleichen wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Gründung von Aktionskomitees überall in den besetzten Gebieten fortzusetzen.

In Aufruf Nr. 13 von Mitte April d.J. wurde diese Orientierung so formuliert: „Wir müssen unseren Aufstand eskalieren und zur zivilen Revolution führen. Der Aufstand hat bereits zur Spaltung innerhalb der Zivilverwaltung geführt... Eine beträchtliche Anzahl der ernannten Gemeinderäte ist zurückgetreten, die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung zahlt keine Steuern mehr, der Boykott zionistischer Waren ist erfolgreich, unsere Arbeiter arbeiten nicht mehr in zionistischen Unternehmen, unser Volk bestellt sein Land wieder, um unsere heimische Wirtschaft anzukurbeln... Fast überall in unserem besetzten Land sind Volkskomitees gegründet worden. Unser Volk hat damit begonnen, sein Leben selbst zu organisieren, um unsere nationale Autorität zu stärken.“¹⁰

Die aktuelle Strategie des Aufstandes, wie sie im Flugblatt Nr. 15 der Vereinigten Nationalen Führung vom 1. Mai d.J. vorgegeben ist, besteht im Kern darin, die Kampagne des zivilen Ungehorsams in Teilbereichen auszudehnen und den Aufbau von Alternativstrukturen beschleunigt voranzutreiben. Dies mit dem Ziel, schrittweise und organisiert auf die Unabhängigkeit der besetzten Gebiete von der Wirtschaft, den Institutionen und den Auflagen der Besatzungsmacht hinzuwirken.¹¹

Schon heute hat der palästinensische Volksaufstand Erfolge zu verzeichnen, wie sie in 20 Jahren zuvor nicht erreicht wurden – auf die Zeit vor dem 9. Dezember 1987 ist die Bewegung kaum mehr zurückzustufen. Israel, das gehofft hatte, sich der Weltöffentlichkeit zum 40. Jahrestag seiner Staatsgründung in einem „strahlenden Glanz“ präsentieren zu können, mußte seine Feierlichkeiten unter dem Eindruck einer erneuten, vollständigen Abriegelung der besetzten Gebiete und der internationalen Mißbilligung sowie ohne die Repräsentanz ausländischer Staatsoberhäupter begehen. Auch auf internationaler Ebene hat der Aufstand bereits wichtige Veränderungen bewirkt. So erwies sich u.a. die israelisch-US-amerikanische Option einer Aufrechterhaltung des Status quo der besetzten Gebiete endgültig als Illusion.

Als Verdienst des Aufstandes dürfte schließlich auch die im April erfolgte Annäherung zwischen dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat und Syriens Präsident Hafez al-Assad bezeichnet werden.

Fortsetzung S. 53

AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT



Schuldenkrise

**Bezahlt
wird nicht.**



Inhalt

Peter Wahl
Die Verschuldung ist kein Modethema II

Heidi Czapek
Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas IV

Christoph Sodemann
Die moderne Geißel Afrikas heißt Verschuldung VIII

Rainer Falk
Die Schulden der Dritten Welt als Problem der Ersten Welt XI

Ute Kampmann
Die Rolle von IWF und Weltbank XIV

Peter Imbusch
Alternative Lösungsansätze zur Schuldenkrise XXIII

DOKUMENTATION Vorschläge zur Lösung der Schuldenkrise XXVII
Wilhelm Hankel
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
SPD-Bundestagsfraktion
ASK
Ludger Vollmer (GRÜNE)
Fidel Castro

Rezension
Neuerscheinungen zur Schuldenkrise XXXII

Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne XXXIV

Aktions- und Materialspiegel
Bücher, Materialien, Film, IWF/Weltbank-Kampagne XXXV

Impressum

Dritte Welt Zeitschrift, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72

ASK (Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069 / 70 90 60; Sprecher: Prof. Dr. Erich Wulff.

Verantwortlich für dieses Heft: Wolfram Bröner (Dritte Welt), Peter Wahl (ASK)

MitarbeiterInnen: Nico Biver, Heidi Czapek, Rainer Falk, Peter Imbusch, Ute Kampmann, Charles Paull, Christoph Sodemann, Peter Wahl

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221 / 36002-0

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Redaktionsschluss: 6. Mai 1988

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: Kommentar, AIB-Archiv, N. Biver, Le Monde, South, Time, Newsweek, USN&WR, Der Überblick

Peter Wahl

Die Verschuldung ist kein Modethema

Jahrelang waren Entwicklungspolitik und die politische Ökonomie der Dritten Welt kein Thema. Auch nicht in der Solidaritätsbewegung. Der Nord-Süd-Dialog war tot, die sozialreaktionäre Variante kapitalistischer Wirtschaftspolitik, die Reaganomics, beherrschte alternativlos die Weltwirtschaft.

Die Gegenkräfte hatten alle Hände voll damit zu tun, wenigstens die schlimmsten Bedrohungen der militarisierten Konfrontationspolitik der Washingtoner Administration abzuwehren: Nicaragua, El Salvador, der Libanon usw. Da blieb für Anderes nicht viel Luft.

So wie es jetzt aussieht, könnte das aggressive Roll-back des Imperialismus von einer weltpolitischen Entspannungsphase abgelöst werden. Das gibt Raum, andere Probleme anzupacken, und erfreulicherweise tut sich auch einiges. Die Verschuldungskrise der Dritten Welt kommt auf die Tagesordnung; eine Kampagne rollt an. Von Kirchenkreisen bis zu den Autonomen, von Robin Wood bis zu den Kommunisten – dazwischen die Grünen und die SPD – ist Bewegung aufgekommen.

Es ist auch allerhöchste Zeit. Mit der Verschuldung der Dritten Welt in Höhe von 1.200.000.000.000 (1,2 Bio) \$ ist ein Problemstau entstanden, dessen Folgen mindestens so katastrophal sein können wie Kanonenbootpolitik und militärische Intervention. Schon jetzt sterben jährlich so viel Menschen an den Auswirkungen der Unterentwicklung wie im gesamten 2. Weltkrieg: 50 Mio. Daran wird sich nichts ändern können, solange die Schuldenkrise ungelöst ist. Sie ist das entwicklungspolitische Schlüsselproblem Nr. 1. Der Schuldenberg blockiert derzeit jeden Versuch, aus der Unterentwicklung herauszukommen. In den meisten Entwicklungsländern besteht Wirtschaftspolitik nur noch aus Krisenmanagement; die Regierungen handeln sich von Umschuldung zu Umschuldung.

Es ist ein epochaler Skandal, daß der Schuldendienst zu einem Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord geführt hat. Dabei müßte es umgekehrt sein! In einigen afrikanischen Staaten führt die Krise schon zu regelrechter Auflösung der Gesellschaft. Da braucht niemand mehr in die Steinzeit zurückgebombt werden,



„Mehr nehmen als geben“ ist die Devise des BMZ-Ministers Klein

das funktioniert auch mittels Kreditkonditionen und IWF-Auflagenpolitik. Die Dritte Welt – und das sind 3 Mrd Menschen – treibt auf einen Abgrund zu, und es sind gewaltige Anstrengungen notwendig – auch und gerade hier in den Metropolen –, einen Absturz zu verhindern. Unerheblich ist es dabei, ob man dies mit christlicher Nächstenliebe, mit antiimperialistischer Solidarität, mit Humanismus oder proletarischem Internationalismus begründet. Obgleich alle diese Motive Respekt verdienen – Tatsache ist, daß die Überwindung der Unterentwicklung (und als Einstieg dazu die Lösung der Schuldenkrise) auch für die Metropolen perspektivisch zur Überlebensfrage wird.

Denn es geht ja nicht um ein finanzpolitisches Spezialistenproblem – auch wenn die Präsentation der IWF-Kampagne noch stark den Eindruck erweckt, daß man erst nach sieben Semestern Volkswirtschaft mitreden kann. Während der Schuldenberg wächst, wachsen die anderen Probleme der Dritten Welt mit: Bevölkerungsexplosion, Nahrungsmittelknappheit, fehlende Ressourcen, ökologische Katastrophen und, und, und...

Z.B. ist die Ausbreitung der Wüstengürtel nicht allein das Problem Malis und Äthiopiens; die Abholzung der tropischen Regenwälder ist nicht nur eine An-

gelegenheit Brasiliens; diese Probleme können zu einer globalen Klimakatastrophe führen, die den ganzen Planeten unbewohnbar macht.

Und die politische Instabilität, als notwendige Konsequenz aus dem Teufelskreis von Massenelend, Repression und Militärdiktatur, sie macht sich schon heute in unserem Alltag als Arbeitsimmigration, Asylfrage und Flugzeugentführungen bemerkbar. Ein harmloser Anfang im Vergleich zu den explosiven Konflikten aus dem Gemisch von sozial bedingter Verzweiflung, religiösem Fundamentalismus und ethnischen Widersprüchen, die kommen werden.

Niemand gebe sich der Illusion hin, daß derartige Eruptionen den historischen Fortschritt fördern. Vorherrschen wird der Konflikt vom Typus Golfkrieg und Sikh-Problem, und die Khomeinis und Husseins werden das Bild prägen, nicht die Che Guevaras und Amílcar Cabrals. Ebenso ist es Illusion zu glauben, daß wir in unserer vergleichsweise heilen Welt von den kommenden Bürgerkriegen und Regionalkonflikten verschont bleiben könnten. Es ist kein Zufall, daß die meisten Szenarien, die die NATO für den Ausbruch eines Weltkrieges erstellt hat, vom Kriegsausbruch in der Dritten Welt ausgehen.

Man kann Zusammenhänge auch an den Haaren herbeiziehen, aber die Verbindung Rheinhausen und Schuldenkrise ist enger, als es auf den ersten Blick erscheint. Gemeint ist hier nicht nur der gemeinsame Gegner in Gestalt des großen Kapitals und dessen gleicher Variante von Kapitalverwertungsstrategie in Rheinhausen wie in Sao Paulo, in Völklingen wie in Lagos.

Vielmehr rückt immer deutlicher ins Blickfeld, daß fortschrittliche Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik nicht mehr diskutiert werden können, ohne die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen miteinzubeziehen. Und das heißt allemal, auch die politische Ökonomie der Nord-Süd-Beziehungen.

Eine ganze Reihe von unbeantworteten Fragen gilt es hier noch aufzuarbeiten: Z.B. wie die Zukunft der extremen Exportorientierung der BRD und wie eine alternative Rohstoffsicherung in diesem Lande aussehen soll, was unter einer demokratischen Entwicklungspolitik zu

verstehen sei und welche Auswirkungen ein massiver Ressourcentransfer in die Dritte Welt auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen in den Metropolen hätte. Interessant ist auch der Zusammenhang von technologischer Umwälzung und Dritte Welt sowie der zwischen Konversion und Entwicklung.

Man sieht, Klassenkampf und internationale Solidarität stehen in einem bisher ungeahnten Wechselverhältnis. Es ist an der Zeit, daß die respektiven sozialen Bewegungen und ihre Organisationen sich dessen bewußt werden und dementsprechend kooperieren.

Im September d.J. werden in Westberlin der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zu ihren Jahrestagungen zusammenkommen. Die Wahl des Tagungsortes ist an sich schon Programm. Die alte „Frontstadt“ soll international weiter aufgemöbelt und ein Signal gen Osteuropa gesetzt werden.

Gleichzeitig wird nach innen das politische Klima angeheizt, um Kritik an den Praktiken des internationalen Finanzkapitals schon im Frühstadium abzuwürgen. So versuchte z.B. der Senat, auf die Kirche Druck auszuüben, ein eigenes Forum über die Verschuldung abzuzagen. Erfolglos zum Glück.

Auch Bonn hat sich eingeschaltet. Der Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein (CSU), und die Stahlhelmfraktion geben den Ton an. So wird gegen einen der Initiatoren der Anti-IWF-Kampagne, den Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Stimmung gemacht, indem man das Gespenst der kommunistischen Steuerung und terroristischer Unterwanderung an die Wand malt. Gelder, die der BUKO in einem anderen Zusammenhang beantragte, wurden nicht bewilligt. Die gesamte Bewegung der Kritiker von IWF und Weltbank soll so diskriminiert und isoliert werden.

Und natürlich mischt die Springer-Journaille – in trauter Komplizenschaft mit Innensenator, Verfassungsschutz und BKA – kräftig mit, die rechte Hysterie



Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer 1981-87

	1981	1983	1985	1987
109 DRS-Länder ¹	672	808	949	1085
Langfristig	498	639	784	930
Öffentliche Quellen	181	222	296	375
Private Quellen	317	417	489	555
Kreditaufnahme	124	99	89	90
(davon privat)	91	67	57	49
Schuldendienst	89	92	110	119
Nettotransfer	35	7	-21	-29
Kurzfristig	159	138	128	113
Schulden beim IWF	15	30	38	43
Andere Länder	83	86	89	105
Gesamtschulden ²	755	894	1038	1190

1) Länder, die im Schuldnerberichtssystem (DRS) regelmäßig die Weltbank über ihre Verschuldung informieren

2) Schließt auch die europäischen Länder Rumänien, Portugal, Jugoslawien, Griechenland, Polen und Ungarn ein

(Quelle: The World Bank, World Debt Tables, 1987-88 edition, Jg. I, Analysis and Summary Tables, Washington 1988, S. viii und xii)

zu erzeugen. Offenbar soll damit der Boden bereitet werden, die Sicherheitsmaßnahmen zum Gipfel in eine Bürgerkriegsübung ausarten zu lassen, wie dies beim Reagan-Besuch in Westberlin 1987 schon einmal versucht wurde.

Das Thema hat also innenpolitische Brisanz gewonnen. An ihm wird ein Lehrstück Demokratie durchgespielt werden.

Die Kritiker von IWF und Weltbank lassen sich jedoch nicht beirren. Es wird eine ganze Reihe von Aktionen geben: einen Gegenkongreß mit internationaler Beteiligung, eine Tagung des Völkertribunals der Lelio-Basso-Stiftung sowie eine Demonstration/Kundgebung und ein halbes Dutzend Konferenzen, Symposien, Seminare.

Es ist gut, daß die beiden Spitzeninstitutionen des internationalen Finanzkapitals nicht ohne Protest tagen können. Aber eine Kampagne aus diesem Anlaß ist nicht genug. Die Verschuldungskrise darf kein Modethema sein.

Eine Lösung der Schuldenkrise wird nur im Ergebnis massiven Drucks aus der Dritten Welt wie innerhalb des metropoliten Kapitalismus durchzusetzen sein. Und selbst wenn dann eine Lösung im Interesse der Dritten Welt gefunden würde – sie wäre nur der Einstieg in eine neue gerechte internationale Wirtschaftsordnung, die nicht nur der Verschuldung, sondern auch den anderen Mechanismen neokolonialer Ausbeutung, wie dem ungleichen Tausch, den Praktiken der transnationalen Konzerne usw. ein Ende setzt und wirkliche Entwicklung ermöglicht. Der sprichwörtliche lange Atem ist dazu nötig, aber der ist – siehe oben – auch für uns eine Überlebensfrage.



Argentinien: Verschuldung und IWF-Programme führen zu wachsender Verarmung

Heidi Czapek

Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas

Der lateinamerikanische Kontinent, Großschuldner der Dritten Welt, steckt seit Anfang der 80er Jahre in der „längsten und tiefsten Wirtschaftskrise der letzten 50 Jahre“.¹ Die sog. „Schwellenländer“ Argentinien, Brasilien und Mexiko, denen einst der baldige „take off“ zum Anschluß an die Industriestaaten prophezeit wurde, sind heute die Spitzenreiter der lateinamerikanischen Schuldentabelle.

Nach nunmehr sechsjährigem Krisenmanagement zeichnet sich in der gesamten Region keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ab. Die Weltbank, die im Verein mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) seit dem offenen Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 bei Rettungsaktionen für die Forderungen der Gläubiger aktiv ist, kommt in ihren im Januar d.J. veröffentlichten „World Debt Tables“ zu dem ernüchternden Schluß, daß es seit 1982 keinem der 17 am höchsten verschuldeten Staaten (von denen 13 lateinamerikanische sind) gelungen ist, die Schuldenkennzahlen entscheidend zu verbessern.²

Der Schuldenberg hat Ende 1987 die astronomische Höhe von 410 Mrd \$ erreicht.³ Obwohl diese Staaten von 1980-87 (und besonders stark 1983-85) ihr Exportvolumen um 32% gesteigert haben, ist das durchschnittliche Verhältnis von Zinsendienst und Exporterlösen nur unwesentlich auf 30% gesunken.⁴ Der Nettokapitalexport beläuft sich seit 1983 auf mehr als 150 Mrd \$. Allein im vergangenen Jahr wurden knapp 25 Mrd \$ in die Industrienationen transferiert.⁵ 1987 mußten sich sieben lateinamerikanische Staaten für zahlungsunfähig erklären. Nach Ecuador erklärte sich An-

fang d.J. auch Kuba, das erstmals 1987 einen Wirtschaftsrückgang zu verzeichnen hatte, für unfähig, 1988 den Schuldendienst zu bezahlen.⁶

Hinter dem wirtschaftlichen Desaster verbirgt sich das soziale Elend der Bevölkerung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist die Region auf das Niveau von 1978 abgerutscht. D.h. ein ganzes Jahrzehnt ging für die Entwicklung verloren. Einzelne Länder, wie El Salvador, Chile, Bolivien, Uruguay, sind sogar auf den Stand der 60er Jahre zurückgefallen. Angesichts der Austeritätspolitik (Sparpolitik) verbirgt sich hinter diesen Durchschnittszahlen jedoch ein stärkerer Einkommensrückgang für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) belegte 1987 in ihrem „World Labour Report“, daß für die Mehrzahl der Arbeiter auf dem Subkontinent in den 80er Jahren das Realeinkommen um 40% gesunken sei. Das Kinderhilfswerk der UNO (UNICEF) verwies im selben Jahr auf die Tragödie der Kinder, die im Vorschulalter zu einem Drittel schweres und zu 20% leichtes Untergewicht hätten. Auf 130 Mio bezifferte der Bericht die Zahl der Menschen, die 1980 in extremer Armut lebten, und rechnet bis

zum Jahr 2000 mit einem Anwachsen um weitere 20 Mio.

Die finanzielle Ausplünderung, die wachsende Armut und der durch die Verschuldungskrise zunehmende Verlust der wirtschaftlichen und politischen Souveränität provozierte die Gegenwehr vieler lateinamerikanischer Regierungen. Ihre gemeinsamen Appelle und einzelnen Konfrontationsversuche können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Region bisher nicht zu kollektiven Handlungen durchringen konnte. In ihren Konferenzen des Jahres 1984 betonten die in der Cartagena-Gruppe zusammengeschlossenen 11 wichtigsten Schuldner Lateinamerikas immer wieder ihre Zahlungsbereitschaft, forderten jedoch bessere Bedingungen, günstigere Umschuldungen und eine politische Lösung der Probleme.

Forderungen nach einer radikalen und kollektiven Gegenwehr erhielten erstmals 1985 verstärkten Auftrieb. Der Aufruf des kubanischen Staatschefs Fidel Castro, eine Schuldnerfront zu bilden, der auf mehreren Konferenzen von Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen aus Gesamt-Lateinamerika untermauert wurde, sorgte für Aufregung im Gläubigerlager.

Castro schlug ein allgemeines Schuldenmoratorium vor, um damit die Gläubiger zur Streichung eines Großteils der Schulden zu veranlassen, was durch eine Senkung der weltweiten Rüstungsausgaben um 12% finanziert werden sollte. Eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung sei die Voraussetzung dafür, daß die Schuldenspirale nicht wieder in Gang käme.

Für einen Paukenschlag sorgte der peruanische Präsident García, als er im September 1985 ankündigte, Peru werde nur noch 10% der Exporterlöse für den Schuldendienst verwenden.

Um einer Radikalisierung der Schuldnerländer zuvorzukommen, wurde auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Seoul 1985 der Baker-Plan verabschiedet, der die Auszahlung von zusätzlich 29 Mrd \$ an Krediten unter den Auflagen des IWF vorsah. Die Cartagena-Gruppe beurteilte im Dezember 1985 bei einem Treffen in Montevideo (Uruguay) die Neukredite des Plans als nicht ausreichend.⁷ Brasilien, Peru und Kolumbien als potentielle Baker-Kandidaten lehnten jegliche neue Abkommen mit dem IWF ab.

Schützenhilfe erhielten die Schuldnerstaaten auch von der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL). Diese erarbeitete ein umfassendes Reformprogramm, das sich wirtschaftlich zwar an den ostasiatischen Schwellenländern orientiert, aber auch die Wichtigkeit von weitreichenden sozialen (und ökologischen) Kursände-

rungen betont sowie eine politische Dezentralisierung fordert.

Diese Strategie, als „CEPALISMUS“ oder auch „Desarrollismus“ bezeichnet, lehnt sowohl die auf kurzfristige Erfolge zielende IWF- und Bankenpolitik als auch das bisher verfolgte Modell der binnenmarktorientierten Industrialisierung ab. Sie verlangt als ersten Schritt aus der Krise eine großzügige Um- und Entschuldung der Entwicklungsländer. Eine Erhöhung der Finanzierungsspielräume müsse folgen, um die Strukturreform zu ermöglichen.

Die Schuldnerländer seien ihrerseits verpflichtet, eine kontrollierte Ausgabenpolitik durch den Verzicht auf überdimensionierte Großprojekte und Subventionen für Großunternehmer zu betreiben. Bessere Zugangsbedingungen zu den Märkten der Industrieländer seien notwendig, um die Wirtschaften anzukurbeln und dadurch von ausländischen Finanzspritzen unabhängig(er) zu werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die CEPAL den Binnenmärkten der Schuldnerländer, die durch verschiedene Maßnahmen der Regierungen gefördert werden sollen. Eine langfristige Strategie fordert die Kommission auch für den sozialen Bereich, die Infrastrukturplanung und die Energiepolitik. Und sie verweist auf die Wichtigkeit der Stärkung der demokratischen Institutionen. Im Programm der CEPAL findet sich auch der Gedanke der regionalen Integration Lateinamerikas wieder, der die Strukturveränderungen extern absichern soll.⁸

Das Jahr 1987 zeigte erneut, daß die Schuldner weiterhin nicht fähig sind, sich gemeinsam zu wehren und die Gläubiger es verstehen, sie gegeneinander auszuspielen. Als der brasilianische Präsident José Sarney im Februar ein einseitiges Zinsenmoratorium verkündete, schien es kurze Zeit, als ob die übrigen lateinamerikanischen Staaten nur auf die Vorreiterrolle des Schuldenriesen gewartet hätten.

Argentinien drohte sich anzuschließen, Perus Präsident feierte den Akt als „historische Tat“, andere Schuldner zollten lautstark Beifall. Doch kein weiteres Land tat es Brasilien gleich. Viel-

Lateinamerika: Verschuldungs- und Wirtschaftskennziffern

	1981	1983	1985	1987
Verschuldung (in Mrd \$)	287,8	353,3	376,6	409,8
Zinsen/Exporte (in %)	28,0	36,2	35,2	30,5
Schulden/Exporte (in %)	247,0	345,0	346,0	387,0
BIP/Einwohner (1980 = 100)	98,4	90,4	92,7	94,5
Inflation (in %)	57,6	131,1	275,3	187,1
Exporte (in Mrd \$)	95,9	87,5	91,9	88,3
Importe (in Mrd \$)	97,8	56,0	58,5	65,5

(Quelle: CEPAL, Balance preliminar de la economía latinoamericana 1987, in: CEPAL, Notas sobre la economía y el desarrollo, Santiago, Nr. 455/456, Dezember 1987)

mehr nutzten Argentinien, Venezuela und Chile die Gunst der Stunde, um mit den verunsicherten Gläubigern einmalig günstige Umschuldungsabkommen auszuhandeln.

Die geringe Konfliktbereitschaft der Schuldner wurde auch auf dem Gipfel von acht lateinamerikanischen Staatsoberhäuptern (darunter Brasilien, Mexiko und Argentinien) in Acapulco (26.-29. November 1987) deutlich. In ihrer Erklärung, die sich auch mit der Schuldenkrise befaßt, beschränken sie sich darauf, eine Erhöhung des Kreditzuflusses und eine Obergrenze der Zinsrate zu fordern. Außerdem verlangten sie, der IWF solle eine Politik verfolgen, die zu Wachstum führt, Kredite von Privatbanken sollten nicht von Abkommen mit IWF oder Weltbank abhängig gemacht werden und der Schuldendienst solle an die Exportmöglichkeiten geknüpft werden.⁹ Schuldenstreichungen und eine gemeinsame Gegenwehr standen auch bei dieser Konferenz nicht auf dem Programm.

Hierzu können die jeweiligen Regierungen nur durch den verstärkten Druck derjenigen gezwungen werden, die mit Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit die Zeche bezahlen. Die meisten Gewerkschaften des Kontinents haben den Kampf gegen die Sparpolitik, für die Aussetzung der Schuldzahlung und den Bruch mit dem IWF auf ihre Fahnen geschrieben. Neben spontanen sozialen Unruhen, den sog. „IWF-Aufständen“ kam es in mehreren Ländern auch zu organisierten Protesten und Generalstreiks gegen die Sparprogramme (Bolivien, Brasilien, Ecuador, Dominikanische Republik, Argentinien).

Seit 1985 versuchen die Gewerkschaften jedoch im Gegensatz zu ihren Regierungen, gemeinsam gegen die Verschuldungspolitik vorzugehen. Eine Konferenz, an der in Havanna vom 15.-18. Juli 1985 46 Gewerkschaftsverbände aus 29 Staaten teilnahmen, erklärte die Schulden für unbezahlbar. Die Teilnehmer forderten eine Annullierung der Schulden oder zumindest ein Moratorium für den Schuldendienst.

An einer weiteren Konferenz in Brasilien Ende Mai 1987 beteiligten sich bereits 57 Verbände. Auf beiden Konferenzen wurden kontinentalweite Aktionstage gegen die Verschuldung beschlossen.

Probleme bleiben jedoch weiterhin bestehen, weil etwa die reformistische Interamerikanische Regionalorganisation der Werktätigen (ORIT), die zwar die IWF-Politik ablehnt und ein Schuldenmoratorium fordert, noch nicht zur Zusammenarbeit mit den Klassengewerkschaften des Ständigen Kongresses der Gewerkschaftseinheit der Werktätigen Lateinamerikas (CRUSTAL) bereit ist. Dennoch beteiligten sich Einzelgewerkschaften der ORIT an den o.g. Konferenzen.

Widerstand gegen die Verschuldung macht sich jedoch auch in anderen Bevölkerungsgruppen breit. So tagte Ende Januar d.J. in Lima (Peru) eine Verschuldungskonferenz, an der 200 Basisorganisationen aus ganz Lateinamerika teilnahmen. Frauen, Gewerkschafter, Sozialarbeiter, Entwicklungshelfer, Bauern- und Kirchenvertreter analysierten die sozialen Auswirkungen der IWF-Politik und erklärten: „Lateinamerika kann und soll seine Schulden nicht bezahlen.“ Noch aber reicht der Druck der Volksbewegungen nicht aus, um die Herrschenden zu einer härteren Haltung gegenüber den Gläubigern zu zwingen. Allenfalls konnten einzelnen Regierungen Teilzugeständnisse abgerungen werden, was auch seinen Niederschlag in ihrem Verhalten gegenüber den Kreditgebern findet.

Sieht man von den Staaten ab, die den Schuldendienst einstellen, weil sie zahlungsunfähig sind, lassen sich unter den lateinamerikanischen Ländern mehrere Verhaltensmuster in der Schuldenpolitik feststellen, deren Extreme die Konfrontation mit den Gläubigern und die vorbehaltlose Befolgung der IWF-Austeritätspolitik bilden. Exemplarisch hierfür stehen Peru und Chile.

Peru, dessen Präsident García den Schuldendienst offiziell auf 10% der Exporterlöse begrenzte und im August 1986 den IWF des Landes verwies, zahlt zwar

Selbsthilfe der Armen: Plünderung in Rio de Janeiro



in Wirklichkeit noch 29%.¹⁰ Er erhält aber aufgrund der „Kreditunwürdigkeitserklärung“ kein Geld mehr von IWF und Weltbank. Die USA verweigern ebenfalls den Zufluß von „fresh money“.

Die Regierung, die durch die Einsparungen beim Schuldendienst und durch Kaufkraftsteigerungen im Innern ein kräftiges Wirtschaftswachstum erzielen konnte, muß seit 1987 auf die einset-



Straßenhändlerinnen in Arequipa (Peru)

zende Rezession und weiterhin steigende Auslandsverschuldung (1987: 16,7 Mrd \$) jedoch mit einer Sparpolitik reagieren, die in ihren Grundzügen der IWF-Politik ähnelt.

Ganz anders der Kurs des südlichen Nachbarn Chile, der sich nach dem Putsch 1973 als gehorsamster lateinamerikanischer IWF-Schüler erwies. Die tiefe Krise von 1981-83 konnte in den darauffolgenden Jahren überwunden werden, aber den Preis der respektablen Wachstumsziffern zahlt die Masse der Bevölkerung: Die Löhne fielen 1987 trotz des Aufschwungs nach offiziellen Angaben um weitere 1,6%, der gesetzliche Mindestlohn liegt derzeit um rund 50% unter dem von 1981.¹¹

Chile war auch als erstes Land des Subkontinents bereit, seine Schuldenlast durch den Verkauf von Unternehmen an ausländische Investoren zu verringern (debt-equity swaps). Seit 1985 verscherbelte die Pinochet-Diktatur Unternehmen im Wert von knapp 3 Mrd \$ und konnte die Verschuldung damit um fast 10% verringern.¹² Durch das Ansteigen der Abflüsse von Gewinnen transnationaler Konzerne (1987 allein 1,6 Mrd \$) dürfte die Verschuldung in absehbarer Zeit jedoch wieder ansteigen.¹³

Im Zuge des Brasilien-Moratoriums vereinbarte das Land Ende Februar 1987 ein Umschuldungsabkommen mit seinen Gläubigerbanken, das dem Regime

sagenhafte Vergünstigungen gewährte. Die Banken erklärten sich nicht nur bereit, sämtliche Fälligkeiten von 1983-87 auf 15 Jahre mit 6 Freijahren umzuschulden, sondern auch einer Umschuldung der Fälligkeiten 1988-91 auf 13 Jahre bei 4 Freijahren zuzustimmen.¹⁴ Zwischen diesen beiden Extrempositionen bewegen sich die „Großen Drei“ (Mexiko, Brasilien, Argentinien), die zusammen mit 268,9 Mrd \$ verschuldet sind.¹⁵ Um zu verhindern, daß eines dieser Länder zahlungsunfähig wird oder sich weigert den Schuldendienst zu begleichen, legen die Gläubiger eine größere Flexibilität an den Tag und sind zu Teilzugeständnissen bereit.

Mexiko, das 1982 mit seiner Zahlungsunfähigkeit die lateinamerikanische Schuldenkrise einläutete, gilt seitdem als äußerst gefährdeter Schuldner. Ende 1985 mußte sich die Regierung de la Madrid erneut für zahlungsunfähig erklären. Sie wurde daraufhin im Sommer 1986 zum ersten und bisher einzigen Baker-Plan-Kunden. Im Windschatten des Brasilien-Moratoriums setzte ein Umschuldungsabkommen mit den Gläubigerbanken neue Maßstäbe. Erstmals verpflichteten sich die Banken, Kredite an die Entwicklung des Erdölpreises und des Wirtschaftswachstums zu koppeln.

In der Folgezeit erwies sich aber, daß auch diese Sonderbehandlungen die Schuldenkrankheit nicht lindern konnten. Ende 1987 erreichten die Wirtschaftskennzahlen einen neuen Negativrekord: die Verschuldung war auf 105 Mrd \$ und die Inflation auf 140% angestiegen. Mit einem „Pakt zur wirtschaftlichen Stabilität“ band die Regierung die Gewerkschafts-, Bauern- und Unternehmerverbände an einen Stillhaltevertrag, mit dem sie weitere drastische Sparmaßnahmen durchsetzen wollte.

In die Schlagzeilen geriet das Land im Dezember 1987 mit dem sog. „Mexiko-Deal“, der zusammen mit der US-Bank Morgan Guarantee Trust und dem US-Finanzministerium ausgehandelt worden war. Von ihm versprach man sich eine Reduzierung der Schulden um 10%. Der Plan sah vor, daß die Gläubigerbanken von Mexiko alte Schuldscheine mit einem Abschlag aufkaufen und die neu ausgegebenen Papiere von der US-Zentralbank garantiert werden.

Enttäuschung machte sich breit, als die Auktion beendet war. Im Tausch gegen alte Schuldverschreibungen für 3,5 Mrd \$ (und nicht 20 Mrd wie geplant) wurden neue Papiere im Wert von nur 2,5 Mrd \$ ausgegeben. Damit wird sich der Schuldendienst Mexikos in den nächsten 20 Jahren lediglich um etwa 2,6 Mrd \$ verringern.¹⁶ Die Regierung ist nun wieder gezwungen, auf hausgemachte Austeritätsrezepte zu vertrauen.

Die Zivilregierung Brasiliens unter Präsident Sarney laviert seit ihrem Amtsantritt im März 1985 in der Schuldenfrage zwischen Zahlungsstopps und fristgerechten Zahlungen, um – möglichst am IWF vorbei – mit den Banken günstigere Abkommen abzuschließen. Als sich 1985 immer deutlicher die Gefahr einer Hyperinflation abzeichnete, erließ die Regierung 1986 das Antiinflationprogramm „Cruzado-Plan“ und, als dieser nach einigen Monaten noch immer keine Wende zum Positiven bewirkte, den verschärften „Cruzado-Plan II“. Angesichts der Erfolgslosigkeit auch dieses Konzepts wurden selbst innerhalb der Regierungspartei Rufe nach einseitigen Gegenmaßnahmen immer lauter.

Der Pariser Club¹⁷ zeigte sich jedoch zufrieden und vereinbarte im Januar 1987 mit Brasilien ein Umschuldungsabkommen und Neukredite, obwohl die Regierung zuvor kein Abkommen mit dem IWF abgeschlossen hatte. Schon einen Monat später brüskierte Sarney die Banken mit einem Zahlungsstopp, um den Weg für bessere Zahlungsbedingun-

Um die Zahlungsunfähigkeit Mexikos, Brasiliens und Argentinens zu verhindern, sind die Gläubiger zu Teilkompromissen bereit

gen und „fresh money“ zu ebnen.

Die Sanktionen der US-Banken folgten prompt. Die Bank of America stufte als erste die Brasilien-Kredite als notleidend ein und bildete Reserven. Andere Institute folgten. Der lateinamerikanische Schuldengigant war damit praktisch von Neukrediten abgeschnitten.

Seitdem geht das Pingpongspiel zwischen Brasilien und seinen Gläubigerbanken weiter. Das Land zahlte Teilbeträge, handelte Umschuldungen und Neukredite aus. Beim geringsten Anzeichen

Zeitungsschlagzeilen kündigen das Zinsmoratorium Brasiliens an

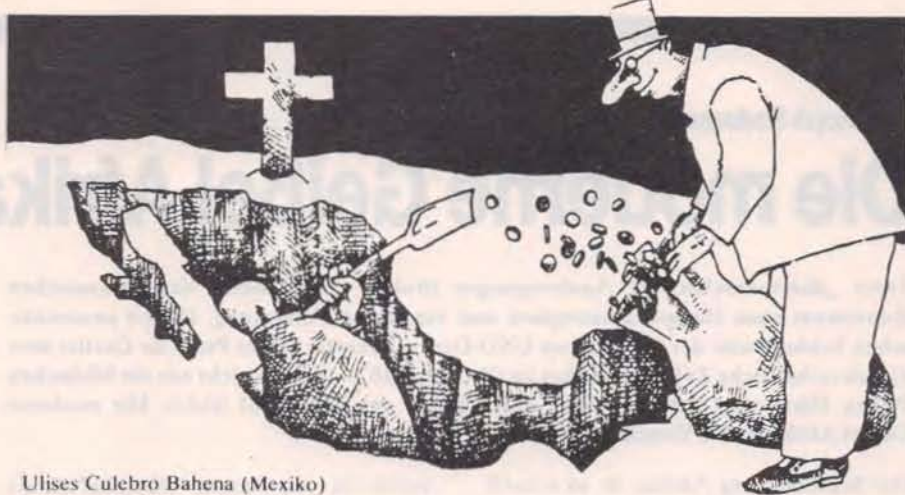


dafür, daß die Banken ihre Versprechungen nicht zu erfüllen gedenken, droht Finanzminister Mailson da Nobrega mit einem erneuten Moratorium. Die brasilianische Regierung macht sich damit in der internationalen Finanzwelt unbeliebt. Im eigenen Land wird ihr Konfrontationskurs zwar weitgehend unterstützt, die self-made-Sparpolitik aber kritisiert.

Jüngste unpopuläre Maßnahme Sarneys ist ein zweimonatiges Einfrieren der Gehälter der Staatsbediensteten. Für die Bezieher kleiner Einkommen soll ein Ausgleich geschaffen werden. Doch die erwarteten Einkommensverluste von 30-40%¹⁸ können dadurch nicht aufgefangen werden. Inzwischen machte Sarney den Gläubigern ein Friedensangebot. Die Banken können jetzt in debt-swap-Geschäfte einsteigen, und Brasilien nahm die Verhandlungen mit dem IWF wieder auf.

Ähnlich wechselvoll sind auch die Beziehungen Argentiniens zu seinen Gläubigern. Nach dem Abtritt der Militärs im Dezember 1983 erklärte der gewählte Präsident, Raúl Alfonsín, das Land sei nicht bereit, die illegitimen Schulden der Diktatur zu zahlen. Er verkündete ein Moratorium und lehnte Verhandlungen mit dem IWF ab. Da sich die Banken jedoch ohne das IWF-Gütesiegel nicht zu Umschuldungsverhandlungen bereit erklärten, unterzeichnete Argentinien schließlich im Dezember 1984 ein Abkommen mit dem IWF. Im August 1985 sperrte dieser weitere Kreditauszahlungen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Argentinien geforderte Maßnahmen nicht erfüllt hatte.

Um dem wirtschaftlichen Chaos zu begegnen, leitete die Regierung im Juni 1985 das Antiinflationprogramm „Plan Austral“ ein. Die ausländischen Kredite flossen wieder, und die Verschuldung stieg auf 52 Mrd \$¹⁹ die Schuldendienstquote auf 76%. Das Vorbild Brasilien vor Augen, drohte Finanzminister



Ulises Culebro Bahena (Mexiko)

Brodersohn im Februar 1987 mit einem Zinszahlungsstopp, falls sich die Banken weiteren Finanzzusagen verweigern sollten. Er verordnete gleichzeitig „Notstandsmaßnahmen“ zur Senkung der Inflation.²⁰ Eingeschüchert vom Gespenst des „Schuldenstreiks“ schnürten die Banken im April 1987 ein großzügiges Umschuldungspaket und sagten Neukredite zu.

Als im August 1987 ein Umschuldungsabkommen mit den Banken und dem IWF sowie Kreditzusagen durch internationale Finanzorganisationen und Privatbanken folgten, verfolgten Argentinien sämtliche Konfrontationsdrohungen. Alfonsín beeilte sich zu versichern, daß eine Zahlungseinstellung eine „Katastrophe für Argentinien wäre“.²¹ Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich trotzdem, und führende Nationalökonompropheten für dieses Jahr ein noch größeres Desaster.²²

Von den Gläubigern enttäuscht und mit schwindender Hoffnung auf eine baldige Besserung der Finanz- und Handelsbeziehungen mit den Industrienationen, starteten Brasilien und Argentinien im August 1986 einen weithin beachteten Versuch, einen eigenen Ausweg aus der Krise zu suchen. Beide Länder unterzeichneten im Dezember 1986 bilaterale Integrationsverträge, die im Februar des darauffolgenden Jahres in Kraft traten. Im Februar 1988 schloß sich Uruguay den Integrationsbemühungen an.

Um die Handelsbeziehungen zwischen den drei Staaten auf einer relativ gleichberechtigten Basis zu entwickeln, wurde nicht nur der Zollabbau für bestimmte Produkte beschlossen und als Verrechnungseinheit der „Gaucho“ (statt des Dollars) eingeführt, sondern es wurden auch Ausgleichsmechanismen geschaffen, die einen gemeinsamen Investitionsfonds zur Finanzierung von nationalen Investitionen beinhalteten. Dieser Zusammenschluß könnte die Grundlage für die Einbeziehung weiterer Staaten abgeben.

Auf dem Acapulco-Gipfel war die Notwendigkeit der regionalen Integration unterstrichen worden. Sie ergibt sich u.a. aus den schwindenden Exportmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Außerdem ermöglicht die Wirtschaftsintegration eine Reduzierung der Importe aus den Industriestaaten. Damit steht zwar noch keine Lösung der Schuldenkrise an, ihre Auswirkungen könnten jedoch abgefedert und die Verhandlungsposition der lateinamerikanischen Staaten vereinheitlicht und gestärkt werden.

Anmerkungen:

- 1) Jahresbericht 1986 der CEPAL, zit nach: Frankfurter Rundschau (FR), 26.1.1987
- 2) The World Bank, World Debt Tables. External Debt of Developing Countries, Washington 1987-88, Jg. I, S. ix
- 3) Siehe: Balance preliminar de la economia latinoamericana 1987, in: CEPAL, Notas sobre la economia y el desarrollo, Santiago, Nr. 455/456, Dezember 1987
- 4) Vgl. ebenda
- 5) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3.3.1988 und Die Wirtschaftswoche, Düsseldorf, Nr. 4/22.1.1988
- 6) Vgl. Handelsblatt (HB), Düsseldorf, 17.3.1988
- 7) Siehe Erklärung in: D. Boris u.a. (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Köln 1987, S. 212f.
- 8) Siehe: Th. Hurtienne in: E. Altvater u.a., Die Armut der Nationen, West-Berlin 1987, S. 128-149
- 9) Siehe: Compromiso de Acapulco, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 94/März-April 1988, S. 81ff.
- 10) Vgl. Peru-Report, Hamburg, Juli 1987, S. 3. Der peruanische Zentralbankpräsident nannte für 1988 20% (vgl. epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 9/1987, S. 20)
- 11) Vgl. FR, 20.1.1988
- 12) Angaben nach: HB, 28.3.1988
- 13) Vgl. die tageszeitung, West-Berlin, 27.4.1988
- 14) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 27.2.1987 und FAZ, 6.4.1987
- 15) Vgl. The World Bank, World Debt Tables..., a.a.O., S. xiv
- 16) Vgl. FAZ, 5.3.1988
- 17) Zusammenschluß der Gläubigerstaaten
- 18) Vgl. FAZ, 22.3.1988
- 19) Vgl. FR, 16.6.1986
- 20) Vgl. FR, 27.2.1988
- 21) FAZ, 5.9.1987
- 22) Siehe: FR, 20.1.1988



Christoph Sodemann

Die moderne Geißel Afrikas

Trotz „übermenschlicher“ Anstrengungen drohen den Ländern des afrikanischen Kontinents neue Hungerkatastrophen und verstärkte Verarmung. Diesen pessimistischen Schluß zieht der Bericht von UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar über die wirtschaftliche Zukunft Afrikas im Oktober 1987.¹ Es sind nicht nur die biblischen Plagen Dürre und Heuschrecken, unter denen der Kontinent leidet. Die moderne Geißel Afrikas heißt Verschuldung.

Der Schuldenberg Afrikas ist so schnell gewachsen wie in keinem anderen Erdteil. In den vergangenen 10 Jahren hat er sich verfünffacht. Nach Angaben der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) waren die Länder Afrikas Ende 1987 mit mehr als 200 Mrd \$ im Ausland verschuldet.² Die Schuldenbürde blockiert die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents.

Zwischen 1970 und 1980 erhöhte sich die Auslandsschuld der subsaharischen Länder jährlich um über 23%. In einigen Ländern verzehnfachten sich gar die Schulden in diesem Zeitraum. Nach dem ersten Ölpreisschock im Jahre 1973 versuchten viele Länder die daraus resultierenden wirtschaftlichen Probleme mit einer erhöhten Kreditaufnahme auszugleichen. Zinsgünstige Kredite waren aufgrund der Kapitalüberschüsse der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) bei den westlichen Banken leicht zu bekommen. Die Zinsen schossen erst seit 1979 in die Höhe. Die jährliche Zuwachsrates der Schulden ist dann seit 1980 beträchtlich gesunken, nämlich auf etwa 9%.³

Der Schuldenberg steht im völligen Miß-

verhältnis zur realen Wirtschaftskraft Afrikas. Nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) entsprachen die Schulden des Kontinents 1986 durchschnittlich 54% des Bruttoinlandprodukts (BIP), d.h. etwa der Hälfte dessen, was die einzelnen Länder jährlich zu produzieren und zu leisten imstande sind. Die gesamte Auslandsschuld Afrikas überstieg 1986 die jährlichen Exporteinkünfte der afrikanischen Länder um fast 440%. Für die Gruppe der 29 einkommensschwachen Länder mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von in der Regel unter 400 \$⁴ sind die Schulden eine noch drückendere Last: Hier haben sie durchschnittlich eine Höhe von 75-100% des BIP erreicht, in Einzelfällen wie Gambia, Mauretanien, Sambia und Zaire sogar von weit über 150%.⁵

In keinem anderen Kontinent ist das Verhältnis von Schuldendienst und Exporten so hoch wie in Afrika. 1986 wendeten die afrikanischen Länder etwa 15 Mrd \$ für den Schuldendienst auf, d.h. für Zinsen und die Tilgung von Krediten. Dadurch flossen durchschnittlich über 59% ihrer Deviseneinnahmen aus Expor-

ten direkt in den Schuldendienst. Bei Ländern wie Somalia und Guinea-Bissau erreicht diese Schuldendienststrategie fast die 100%-Marke. Sudan mußte 1986/87 die irrealen Summe von 150% der Exporteinkünfte für den Schuldendienst aufbringen.⁶

Die Zusammensetzung der afrikanischen Schulden zeigt, daß Afrika als Anlagemarkt von den privaten Banken weitgehend verschmäht wird. Nur etwa ein Viertel des aktuellen Schuldendienstes der ärmeren Länder des subsaharischen Afrika geht an private Gläubiger. Rund 75% ihres Schuldendienstes entrichten die 29 einkommensschwachen Staaten an multilaterale öffentliche Kreditgeber, davon 20% an den IWF.

Anders verhält es sich bei den wirtschaftlich stärker entwickelten Ländern wie Elfenbeinküste, Gabun, Kongo oder Nigeria: Diese stehen zu etwa 70% bei Privatbanken in der Pflicht. Bei den bilateralen Kreditabkommen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Geldgeber — ein Umstand, der die Bildung eines afrikanischen Schuldnerkartells erschwert.⁷

Tatsächlich können die afrikanischen Länder ihren Verpflichtungen kaum noch nachkommen. Die meisten Länder des subsaharischen Afrika mußten in den vergangenen Jahren vorübergehend ihren Schuldendienst einstellen bzw. beschränken.

Das Schuldenproblem ist indes nur Teil einer umfassenden „afrikanischen Krise“. Seit Jahren erlebt der ganze Kontinent einen dramatischen wirtschaftlichen Niedergang. Immer weniger sind die afrikanischen Länder in der Lage, mit eigenen Kräften und Mitteln zur Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme beizutragen. 1986 sind die Preise zahlreicher Rohstoffe erneut drastisch gefallen. Dadurch gingen Afrikas Exporteinnahmen von 64 Mrd \$ 1985 auf 45,6 Mrd \$ 1986 zurück.⁸ Und dieser Trend setzt sich fort. Die Weltbank schätzt, daß 1990 der Index der Terms of Trade um ein Drittel niedriger liegen wird als 1970.⁹

Aufgrund der schweren Dürre der Jahre 1983-85, vor allem im Südlichen und in Ostafrika sowie in der Sahelzone, ist die Nahrungsmittelproduktion in diesen Ländern teilweise zusammengebrochen. Dank guter Regenfälle und einer stärkeren Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf die Landwirtschaft verbesserte sich die Lage in den Jahren 1985

Der Export von Erdnüssen erwirtschaftet immer weniger Devisen in der Elfenbeinküste



und 1986. Für 1988 werden allerdings schon wieder Katastrophenwarnungen ausgegeben. Durch ungünstige Witterung und Bürgerkriege ist die Nahrungsmittelversorgung in Äthiopien, Niger, Tschad, Angola und Mosambik problematisch geworden.¹⁰

Seit Anfang dieses Jahrzehnts ist das Pro-Kopf-Einkommen in den einkommensschwachen Ländern Afrikas um 12% gesunken, in Ländern wie Tschad, Niger, Tansania und Togo sogar um 30%. Die Weltbank bringt die Situation auf eine schlichte Formel: „Das einkommensschwache Afrika ist heute ärmer als 1960.“¹¹

Afrikas Entwicklungsperspektiven sind also denkbar schlecht. Ohne umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfe von außen können die afrikanischen Staaten die Krise nicht bewältigen. In einer Modellrechnung kam die Weltbank 1986



Äthiopische Hungerflüchtlinge

Netto-Rückfluß von 1 Mrd \$ verbuchen.¹⁵

Über die Ursachen der Krise urteilt der ehemalige tansanische Staatschef Julius K. Nyerere: „Die schwere Schuldenlast der Dritten Welt ist durch die Kombination bescheidener Entwicklungsambitionen und eine Reihe äußerer Faktoren entstanden, die außerhalb der Kontrolle der Entwicklungsländer lagen.“¹⁶

In Afrika ist das vor allem die kolonial deformierte Wirtschaftsstruktur, deren Folge eine Exportorientierung auf wenige agrarische und mineralische Rohstoffe ist. Die Preise und Absatzchancen für diese Produkte haben sich zuungunsten der afrikanischen Staaten entwickelt, die weiterhin industrielle Fertigprodukte zum Großteil importieren müssen.

Die negative wirtschaftliche Entwicklung wurde zudem von afrikanischen Regierungen verschärft, „die unter dem Einfluß derjenigen sozialen Gruppen und herrschenden Eliten (standen), die nicht unmittelbar produktiv sind und ihren Reichtum durch Ausbeutung, Spekulation und Mißbrauch öffentlicher Gelder erlangten“.¹⁷

Für die Finanzinstitutionen der westlichen Industrieländer hingegen ist die „afrikanische Krise“ ausschließlich „hausgemacht“. Insbesondere der IWF hält den afrikanischen Staaten ein ganzes „Sündenregister“ vor: Die Staatsapparate seien aufgebläht, staatlicher Dirigismus und Subventionismus hemme die freie Entfaltung der Marktkräfte, in den Staatsbetrieben herrsche Mißwirtschaft, der Agrarsektor werde vernachlässigt und die nationalen Währungen seien überbewertet.

Zur Behebung ihrer wirtschaftlichen Probleme verordnet der IWF denn auch allen afrikanischen Regierungen, die Kredite wollen, ganz schematisch ein Patentrezept. Seine Zauberformel heißt „strukturelle Anpassung“. Ihre Kernpunkte sind:

- Abwertung der Währungen und Einführung freier Wechselkurse;
- Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft und des Handels;

- Abschaffung bzw. Reduzierung der staatlichen Subventionen, insbesondere für Massenkonsumgüter;

- Sparpolitik im Staatshaushalt;

- Aufhebung von Preiskontrollen bei gleichzeitigem Lohnstopp.

Mit diesen „Strukturanpassungsprogrammen“ sollen die Außenhandelsbilanzdefizite der afrikanischen Länder gesenkt, die Produktion für den Export gefördert und die nationalen Märkte attraktiver für ausländisches Kapital gemacht werden. Dadurch soll das Wachstum gefördert werden.

Nur Staaten, die sich diesen harten Auflagen unterwerfen, erhalten das „Gütesiegel“ des IWF – heute die entscheidende Voraussetzung, um Kredite des IWF selbst, der Weltbank und praktisch auch aller anderen Geldgeber zu bekommen.

Die sozialen Folgen der „Strukturanpassungsprogramme“ lassen sich unschwer vorhersagen. In der Regel führen sie zu einem Einbruch bei den sozialen Dienstleistungen. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis: „Alle Stimmen (sind sich) einig, daß die Anpassungskosten bisher hauptsächlich zu Lasten der sozial Schwachen gehen, (...) und zwar nicht nur der städtischen (Bevölkerung), sondern gerade auch der ländlichen.“¹⁸

In den Ländern wie Ägypten 1977, Sudan 1985 und Sambia 1986 hat die Streichung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel zu „Brotrevolten“ geführt. Heiß umstritten ist der „Canossa-Gang“ zum IWF überall: Nigeria hat nach langen öffentlichen Diskussionen im Herbst 1985 einen Kredit des IWF wegen der damit verbundenen Auflagen abgelehnt. Die Regierung von General Babangida verabschiedete im Sommer 1986 jedoch ein eigenes Reformpaket, das sogar noch über die Vorgaben des IWF hinausging.

Sitzen die Staaten erst einmal in der Schuldenklemme, müssen sie sich wohl oder übel dem IWF beugen. Unter dem Druck dringend benötigter Devisenspritzen stimmten inzwischen über 25 afrikanische Länder den IWF-Auflagen zu, nach langem Widerstand z.B. auch Sam-

Die Auszehrung Afrikas



zu dem Ergebnis, daß für Strukturanpassungsprogramme allein den 29 einkommensschwachen Ländern Afrikas bis 1990 jährlich 2,5 Mrd \$ fehlen – selbst unter optimalen Bedingungen.¹² Das „Prioritätsprogramm“ der OAU nennt einen zusätzlichen Kapitalbedarf von insgesamt 44,5 Mrd \$ für die Jahre 1986-90.¹³

Doch finanzielle Hilfen der Industrieländer in dem notwendigen Umfang sind bislang ausgeblieben. Der Exekutivsekretär der ECA, A. Adedeji (Nigeria), konstatierte Anfang 1987 sogar einen realen Rückgang der internationalen Entwicklungshilfe.¹⁴

Eine Bilanz der Wirtschaftshilfe ist erschreckend: Denn unterm Strich muß Afrika weit mehr bezahlen, als es bekommt. Tatsächlich flossen die Finanzströme in den letzten Jahren hauptsächlich von Süden nach Norden. 1986 betrug der Nettofinanztransfer von Afrika in die Industrieländer 16 Mrd \$ (siehe Schaubild). Der IWF konnte dabei einen

bia und Tansania. „Dies alles läuft auf eine wachsende Tendenz einer Art internationalen Autoritarismus hinaus. Wirtschaftliche Macht wird als Ersatz für Kanonenboote eingesetzt“, klagt Nyerere den IWF an.¹⁹

Die wirtschaftlichen Erfolge der „strukturellen Anpassung“ sind dabei zweifelhaft: Aufgrund der monetaristischen Politik von Geldabwertung und beschränktem Geldmengenverkehr fehlt in vielen Ländern nach der Strukturreform das nötige Kapital für die angestrebten Investitionen. Die Schocktherapie des IWF setzt auf eine schnelle Regulierung der Handelsbilanzen – was dann kurzfristig als Erfolg gefeiert werden kann. Die fast ausschließliche Stimulierung der exportorientierten Wirtschaftssektoren verfestigt aber noch die alten Abhängig-

gen die Lasten des Wiederaufbauprogramms vornehmlich jene, in deren Namen der PNDC (Provisorischer Nationaler Verteidigungsrat; C.S.) die Revolution ausgerufen hatte: Arbeiter, untere Lohnbezieher und an den Rand Gedrängte.²³

Profilierte afrikanische Politiker wie der Tansanier Nyerere haben die afrikanischen Schuldnerländer aufgefordert, ihre Zahlungen an die Gläubigerländer gänzlich einzustellen. Eine Streichung der Schulden bzw. ihre Umwandlung in Entwicklungshilfe forderte im Dezember 1987 auch ein Kongreß von 26 nationalen Gewerkschaften.²⁴ Der sambische Staatspräsident Kenneth Kaunda hat im Mai 1987 verkündet, die Schulden zwar weiter zu bedienen, aber höchstens 10% der Exporterlöse für den Schuldendienst bereitzustellen.

Ein afrikanisches Schuldnerkartell gibt es aber nicht, und in ihren gemeinsam formulierten Forderungen an die Gläubigerländer sind die afrikanischen Staaten bislang recht gemäßigt geblieben. Auf ihrem „Schuldengipfel“ Anfang Dezember 1987 forderte die OAU: Die Gläubiger sollen auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, die Schulden für die ärmsten Staaten generell erlassen. Für die übrigen Länder soll der Schuldendienst für 10 Jahre ausgesetzt werden. Kredite sollen künftig auch in lokaler Währung rückzahlbar sein. Die bisherige „Kooperation statt Konfrontation“ mit den Gläubigern, so der amtierende OAU-Präsident Kaunda, gelte allerdings nur bis zu der für 1988 geforderten „internationalen afrikanischen Schuldenkonferenz“, die die großen Geldgeber bislang ablehnen.²⁵

Immerhin hat die OAU es geschafft, mit einer Reihe von Konferenzen die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die drängenden afrikanischen Probleme zu lenken.²⁶ Da die Schuldenkrise den wirtschaftlichen Niedergang verstärkt und bei vielen Staaten auch langfristig keine Schuldendienstzahlungen mehr zu erwarten sind, läßt sich in letzter Zeit in Einzelfällen ein Einlenken der Gläubiger feststellen.

Kanada, Großbritannien und auch die Bundesrepublik haben einen Teil der Schulden der ärmsten Staaten in Schenkungen verwandelt. Der Pariser Club, der Zusammenschluß der öffentlichen Kreditgeber, räumte Anfang 1988 u.a. Mosambik und Senegal mit Laufzeiten von bis zu 20 Jahren und bis zu 10 Freijahren die bislang günstigsten Umschuldungskonditionen ein. Im Dezember 1987 stellte die Weltbank zusätzliche 6,4 Mrd \$ für die nächsten drei Jahre zur Verfügung.

Ein grundlegender Wandel wird mit solchen kurzfristigen Finanzspritzen jeden-

falls nicht eingeleitet. In einer „Erklärung von Zaria“ forderten deshalb afrikanische Sozialwissenschaftler „einen radikalen Bruch mit dem IWF und der Weltbank, was die Verpflichtung zu einer grundlegenden Veränderung der existierenden internationalen Arbeitsteilung und die ernsthafte Suche nach alternativen Entwicklungsmodellen bedeutet, basierend auf regionaler, kontinentaler und 'Süd-Süd-Kooperation'“.²⁷

Anmerkungen:

- 1) Siehe: „One year later“-Report of Secretary-General on the economic crisis in Africa a year after the UN-Special Session, UN-New York, 1.10.1987
- 2) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 2.12.1987
- 3) Siehe: World Bank-Report, Financing Adjustment with Growth in Sub-Saharan Africa, 1986-90, Washington D.C. 1986, S. 49ff.
- 4) So die Definition der Weltbank
- 5) Angaben nach: „One year later“, S. 12
- 6) Angaben nach: World Bank-Report, S. 54f.
- 7) Siehe: World Bank-Report, S. 49ff.
- 8) Angaben nach: „One year later“, S. 11
- 9) Angaben nach: World Bank-Report, S. 9f.
- 10) Vgl. „One year later“, S. 10
- 11) World Bank-Report, S. 9
- 12) Vgl. World Bank-Report, S. 40. Für die Staaten mit mittlerem Einkommen errechnete die Weltbank einen zusätzlichen Fehlbetrag von etwa 1-3 Mrd \$, ebd., S. 43
- 13) Vgl. epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 9/1987
- 14) Siehe: Die tageszeitung, West-Berlin, 7.1.1987
- 15) Vgl. South, London, Dezember 1987
- 16) J. K. Nyerere, Afrika und die Schuldenkrise, in: D. Boris u.a. (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Köln 1987, S. 142
- 17) Die Erklärung afrikanischer Sozialwissenschaftler von Zaria über „Anpassung der afrikanischen Ökonomien gegenüber der Wirtschaftskrise, in: ebd., S. 153
- 18) G. Lachenmann, Die gesellschaftliche Problematik der Strukturanpassungspolitik in Afrika, in: epd-Entwicklungspolitik, Materialien VII/87 „Zur Verschuldungsproblematik der Dritten Welt“, S. 29
- 19) J.K. Nyerere, Afrika..., a.a.O., S. 147
- 20) Indirekt übt auch der World Bank-Report Kritik an der Exportorientierung, da er bezweifelt, daß eine schnelle Expansion der Exporte zu erreichen ist. Ebd., S. 38
- 21) F. Lachenmann, Die gesellschaftliche Problematik..., a.a.O. S. 37
- 22) Vgl. dazu den Artikel in der IWF-Zeitschrift Finanzierung & Entwicklung, Hamburg, Nr. 3/1988
- 23) T. Siebold, Testfall Ghana. IWF und Weltbank in Ghana – eine Zwischenbilanz, in: der überblick, Stuttgart, Nr. 1/1988, S. 68
- 24) Siehe: Gewerkschaftserklärung von Addis Abeba zu Schulden und Schuldendienst in Afrika, in: Weltgewerkschaftsbewegung, Prag, 2/1988
- 25) FR, 2.12.1987
- 26) Siehe z.B. die 13. UNO-Sondergeneralversammlung (27. Mai - 1. Juni 1986) und das dort angenommene „Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die Wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas (1986-1990)“
- 27) Die Erklärung afrikanischer Sozialwissenschaftler..., a.a.O., S. 160f.



Die ghanaische Regierung verspricht Produktionsanreize für das Exportgut Kakao

keiten vom Weltmarkt. Die Binnenmarktstrukturen werden nicht erweitert.²⁰

Die gesellschaftlichen Folgen der „Strukturanpassung“ werden immer deutlicher: Einheimische Staatsfunktionäre werden z.T. durch eine externe Bürokratie ersetzt. „Autoritäre Reimes werden tendenziell eher stabilisiert und noch repressiver, während reformerische politisch eher destabilisiert werden, da sie ihre Programme einschränken müssen.“²¹

In Ghana – momentan vom IWF als Musterschüler hochgelobt²² – gab die Regierung von Jerry Rawlings unter dem Druck des IWF offenkundig ihre revolutionären Ambitionen auf. Sie wendet sich heute den Mittelklassen zu. „So tru-



Zwei Seiten einer Medaille: Verelendung in der Dritten Welt und Arbeitslosigkeit in den Metropolen

Rainer Falk

Die Schulden der Dritten Welt als Problem der Ersten

Gemeinsam gilt die Verschuldungskrise – auch unter Linken – nahezu ausschließlich als Problem der Dritten Welt. Dort werden Industrialisierungs- und Entwicklungsprozesse blockiert, dort nehmen soziale Verelendung und ökologische Zerstörungen unter der Last des Schuldendienstes kaum mehr ermeßliche Dimensionen an. Die Rückwirkungen auf die Metropolen wurden bisher kaum thematisiert.

Der Aderlaß der Dritten Welt im wirtschaftlichen und finanziellen „Austausch“ mit dem kapitalistischen Norden steigt in Größenordnungen, die alles bisher dagewesene übertreffen: „Seit 1982, dem Beginn der Schuldenkrise“, so bilanziert selbst die gutbürgerliche

100 Mrd als Gewinne und Abgaben an ausländische Investoren oder für den Einsatz ausländischer Technologien zahlen. In der Summe macht das rund 500 Mrd \$, die im Verlauf von fünf Jahren transferiert wurden.“¹

Als Problem für die Erste Welt wurde die Schuldenkrise allenfalls dort wahrgenommen, wo sich im Gefolge von Zahlungsunfähigkeiten der Schuldnerländer Stockungen in diesem gigantischen Finanzfluß von Süd und Nord (oder besser: West) abzeichneten. Dies ging und geht bis hin zu periodisch wiederkehrenden Warnungen (seien sie jetzt realistisch oder nicht), der ausbleibende Schuldendienst könnte den großen Crash auslösen und über den Zusammenbruch einzelner Großbanken den Bestand des gesamten herrschenden Finanzsystems gefährden – ein Szenario, von dem dann alle Beteiligten (mehr oder weniger) negativ getroffen würden.

Doch die Zusammenhänge liegen tiefer. Ungeachtet globaler Gefahren- und Widerspruchspotentiale, die es hervorbringt, funktioniert das herrschende Weltwirtschafts- und Finanzsystem nicht einfach zugunsten der Ersten Welt (ebensowenig übrigens wie schlechthin zum Schaden der Dritten Welt). Lasten und Nutzen, Kosten und Vorteile waren auch innerhalb dieser „Welten“ schon immer ungleich verteilt.

Und sollte diese simple Erkenntnis während der langen Prosperitätsperiode nach dem 2. Weltkrieg aufgrund sozialstaat-

licher Vergünstigungen und Zugeständnisse, die das System für die Masse der Bevölkerung in den Metropolen bereit hielt, abhanden gekommen sein – die wirtschaftliche und soziale Entwicklung seit dem krisenhaften Einschnitt Mitte der 70er Jahre hat sie wieder ins Bewußtsein gerückt: Der Widerspruch zwischen Reichtum und Armut – auch in krassen Formen, die lange Zeit in die Dritte Welt verbannt schienen – ist in die Metropolen zurückgekehrt. Die Bundesrepublik macht hier keine Ausnahme. Und: Nicht zufällig verläuft diese Rückkehr parallel zur Zuspitzung der Schuldenproblematik und der damit einhergehenden Ausbreitung von Elend in der Entwicklungswelt.²

Schon die Entstehung der Schuldenkrise kann nicht losgelöst von der realwirtschaftlichen und monetären (d.h. „geldlichen“) Struktur des Weltmarktes und der diesen Weltmarkt dominierenden Akkumulationsdynamik in den kapitalistischen Metropolen analysiert werden.³ Denn die Verschuldung der Dritten Welt setzte wachsende Kapitalüberschüsse in der Ersten Welt voraus, die von den Banken verliehen werden konnten. Die Schuldenproblematik ist so gesehen vor allem ein Moment weltwirtschaftlicher Umbruchtendenzen, die die kapitalistische Entwicklungsdynamik seit Mitte der 70er Jahre prägen.

Dieser krisenhafte Umbruch drückte sich vor allem in einem grundlegenden Wandel des Investitionsverhaltens des Kapi-

Die Zunahme der Armut in den Metropolen verläuft nicht zufällig parallel zur Zuspitzung der Schuldenkrise

„Wirtschaftswoche“, „hat die Dritte Welt einen Netto-Transfer von ungefähr 200 Mrd \$ geleistet. Davon mußte Lateinamerika 135 Mrd, Afrika 50 Mrd aufbringen. Hinzu kam Kapitalflucht in Höhe von schätzungsweise 100 Mrd \$... Außerdem mußte die Dritte Welt 100 Mrd \$ Einkommenseinbußen durch gesunkene Exportpreise und verschlechterte Terms of Trade hinnehmen und

tals aus, und zwar in doppelter Weise: Vor dem Hintergrund rückläufiger Profitorate, abnehmender Gewinnerwartungen und stagnativer Grundtendenzen kommt es zunächst auf der Ebene der Realinvestitionen zu einer Gewichtsverlagerung; statt wie bisher auf vorrangig „extensivem“ Weg, d.h. über echte Kapazitätserweiterungen, Produktions- und Nachfragesteigerungen, versuchen vor allem die Großunternehmen das Ziel der Gewinnmaximierung jetzt mehr und mehr auf „intensivem“ Weg zu erreichen.

In den Mittelpunkt der unternehmerischen Investitionspolitik rücken Kostensenkung und Flexibilisierung. Dazu gehören der bevorzugte Einsatz arbeits- und kapitalsparender Technologie, die tendenzielle Beschränkung auf die Vornahme von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, aber auch der beschleunigte Aufbau von Produktionspotentialen im Ausland und die wachsende Nutzung kostengünstiger Produktionsstandorte in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt.

Schon dieser Wandel war in den meisten kapitalistischen Zentren mit der Herausbildung von struktureller Massenarbeitslosigkeit verbunden, die unabhängig von zwischenzeitlichen konjunkturellen Belebungsstendenzen auf hohem Niveau verblieb bzw. bei erneuten Konjunktur-einbrüchen noch stärker anstieg. Der „Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung“ (Huffschild) in den meisten Industrieländern schien in vielen Ländern der Dritten Welt die Einleitung von Teilindustrialisierungsprozessen zu entsprechen, die diesen einen neuen

Die Schulden zahlt die Natur: Regenwaldabholzung in Kamerun



Platz in der internationalen Arbeitsteilung verließ.

Doch beide Tendenzen wurden zusätzlich beeinflusst durch eine weitere Veränderung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in der Krise: die Verlagerung der Gewichte von der realwirtschaftlichen (produktionsmäßigen) auf die monetäre (geldliche) Ebene. Dies spiegelt sich wider in der Aufblähung des internationalen Kreditsystems, über das die Kapitalüberschüsse der erdölexportierenden Staaten und die Gewinnüberschüsse der Metropolen gewinnbringend in die Dritte Welt kanalisiert wurden, und im Anwachsen aller möglichen Formen der vornehmlich zinstragenden Kapitalanlage, von der Zunahme der Spekulationsgeschäfte bis hin zum tönernen Börsenboom der 80er Jahre.

Es ist also vor allem dieser auf doppelte Weise veränderte Akkumulations- und Investitionstyp des Kapitals selbst, der das soziale Schicksal der abhängigen Mehrheiten in den kapitalistischen Industrieländern mit der wirtschaftlichen und sozialen Krisenentwicklung in der Dritten Welt verknüpft: Während er in den Metropolen die Krise des Beschäftigungssystems, das Auftreten „neuer Armut“ und die Aushöhlung traditioneller sozialer Sicherungssysteme als soziale Dauerprobleme hervorbringt, wird spätestens seit Anfang der 80er Jahre unübersehbar, daß er auch in der Dritten Welt jene Hoffnungen auf einen durchgreifenden Wachstumsimpuls enttäuscht, die in die kreditfinanzierten Modelle nachholender Industrialisierung gesetzt worden waren.

Die auf das explosionsartige Wachstum der Auslandsverschuldung gestützte Industrialisierung von Entwicklungsländern konnte nur so lange „gutgehen“, wie diese in der Lage waren, die damit verbundenen hohen Kosten (in Form von Tilgungen und Zinsleistungen, die ihnen das internationale Bankensystem abverlangte) auch zu tragen. Spätestens mit dem Ausbruch der Verschuldungskrise (Mexiko 1982!) war jedoch klar, daß auf dem Weg der „verschuldeten Industrialisierung“ (J. Frieden) die strukturellen Deformationen und Abhängigkeiten der wirtschaftlichen Systeme der Dritten Welt nicht überwunden worden waren. Vielmehr hatte sich die Anfälligkeit der meisten von ihnen für von außen kommende Störungen sogar noch erhöht.

Natürlich werden die Parameter dieser Tendenz, in der sich die neuen sozialen Krisenphänomene in der Ersten Welt als Kehrseite von Verschuldung und Verelendung in der Dritten Welt herausstellen, nicht mit zwangsläufig durchschlagender Logik durch die weltweite Bewegung der kapitalistischen Akkumulation bestimmt. Sie werden vielmehr auf viel-

fältige Weise nationalstaatlich und politisch vermittelt.

Der aktuelle Ausbruch der Verschuldungskrise war ebenso durch politische Faktoren veranlaßt wie das nachfolgende Krisenmanagement weitgehend von politischen Entscheidungen geprägt. Und auch die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit in der Ersten Welt „stellt kein universelles Phänomen unter Ländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand und vergleichbarer Systemgrundlage dar“, sondern ist „weitgehend politisch bestimmt“.⁴

In beiderlei Hinsicht wirkte verschärfend der Politikwechsel in den größten kapitalistischen Industrieländern: Übergang vom (zuletzt nur noch halbherzig praktizierten) Keynesianismus zum Monetarismus, von nachfragegesteuerten zu angebotsorientierten Wachstumskonzeptionen. Dazu gehörten die Aufgabe des Vollbeschäftigungsziels und wachsender staatlicher Druck auf Löhne und gewerkschaftliche Bewegungsspielräume, vorrangige Orientierung auf die Modernisierung der „eigenen“ Volkswirtschaft, die Erhöhung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ und die Steigerung der privaten Kapitalrentabilität und wachsender Protektionismus. Diese Merkmale kennzeichneten eine betont aggressive wirtschaftspolitische Linie nach innen und außen, die – mit gewissen Abstufungen – sukzessive in Großbritannien, den USA, der BRD, Japan und auch Frankreich dominant wurde. Die Dritte Welt bekam die Konsequenzen dieses neuen Kurses unmittelbar in der Verdreifachung des Zinssatzes im Gefolge der Hochzinspolitik der Reagan-Administration und im Abbruch des „Nord-Süd-Dialoges“ zu spüren. Dem folgte, auch weil damit allen Bemühungen um eine Stabilisierung der Rohstoffpreise eine Absage erteilt worden war, ein beispielloser Niedergang der Exportpreise der Entwicklungsländer. Beides führte unmittelbar zum Ausbruch der Schuldenkrise.

In den größten kapitalistischen Industrieländern wurden die abhängig Beschäftigten jetzt mit Politikkonzepten konfrontiert, die in den 70er Jahren ihr Testfeld – wenngleich dort unter ungleich brutaleren Bedingungen – unter Militärdiktaturen vom Schlage Pinochets oder der argentinischen Militärjunta gefunden hatten. Sozialpartnerschaftliches Konsensbemühen wurde vielfach abgelöst von sozialreaktionärem Konfrontationskurs, sozialstaatliche Absicherungssysteme durch eine Politik des gezielten Sozialabbaus bedroht.

Neue Formen der Segmentierung und der sozialen Ausgrenzung relevanter Bevölkerungsgruppen traten an die Stelle vormals (zumindest verbal) deklariert Beschäftigungssicherheit für alle. Unge-



schützte, „flexibilisierte“ Beschäftigungsverhältnisse nahmen ebenso zu wie Formen der absoluten Verarmung und Verelendung.

Es kann nachgewiesen werden, daß der Trend in die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, die große Teile der Bevölkerung auf Dauer ins soziale Abseits stellt, in den Ländern der Ersten Welt am krassen zutage tritt, in denen die Konzepte des Monetarismus und der sozialreaktionären Konfrontation am rücksichtslosesten verfolgt worden sind. Und nicht zufällig sind dies jene Länder, deren Regierungen gegenüber den Schuldnerländern der Dritten Welt den härtesten und unnachgiebigsten Kurs verfolgen.

Die Schuldenkrise der Dritten Welt ist also auch ein Problem der Ersten Welt, vor allem ihrer abhängigen Mehrheit. Es ist falsch zu behaupten, daß diese automatisch von gesteigerter Ausbeutung der Dritten Welt profitiert.⁵ Im Gegenteil: Stagnierende oder rückläufige Reallöhne und die Ausbreitung neuer Formen und Dimensionen sozialer Armut in den Metropolen zeigen, daß auch hier die Masse der Bevölkerung von der im Zuge der Schuldenkrise auf die Spitze getriebenen Ausplünderung der Dritten Welt nichts abbekommen hat.

Wachsende Internationalisierung der Produktion und internationale Konzentration des Kapitals bringen Interdependenzen hervor, die sich unter den gegebenen Verhältnissen offensichtlich ganz anders auswirken: als zunehmende soziale Unsicherheit, als Belastung der Masse der Bevölkerung hier wie dort mit den

Risiken unkontrollierter und ungeplanter internationaler Verflechtung.

Die Schuldenkrise hat so gesehen wie kaum ein anderes weltwirtschaftliches Krisenproblem internationale Regulierungsdefizite sichtbar werden lassen. Diese wiegen umso schwerer, als gleichzeitig sowohl die objektive Fähigkeit als auch der subjektive politische Wille zur nationalstaatlichen Regulierung abgenommen haben (Stichwort: Deregulierung). Sie erweist sich als erstrangiges und ernsthaftes Problem mangelnder nationalstaatlicher und internationaler Steuerungskapazität.

Die Rückwirkungen sind beträchtlich; sie betreffen nicht nur die erwähnten neuen sozialen Krisenprozesse, sondern das Gesamtsystem:

- Auch ökonomisch macht es keinen Sinn, wenn Schuldnerländer lebenswichtige Importe streichen und fast nur noch für den Export produzieren müssen. Die „ordnungsgemäße“ Bedienung der aufgelaufenen Auslandsschulden setzt bei den gegebenen Dimensionen die Erwirtschaftung außenwirtschaftlicher Überschüsse durch die Entwicklungsländer auf lange Sicht voraus. Deren Kehrseite wären notwendigerweise dauerhafte Defizite im Außenhandel der Industrieländer.

Wachsende Arbeitslosigkeit, internationale Ungleichgewichte und chaotischer Handelsprotektionismus, wie sie heute schon Störfaktoren ersten Ranges für die Stabilität und Ausgewogenheit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind, wären die Folge. Die Gefahren ergeben sich also nicht nur aus plötzlichen Zusammenbrüchen einzelner Banken infolge des Ausbleibens von Zins- und Til-

Da die Auswirkungen der Schuldenkrise heute schon global negativ zu Buche schlagen, kann die Alternative nicht in Zusammenbruchsvisionen gesucht werden

gungsleistungen von Großschuldnern, sondern auch langfristig gerade aus der „ordnungsgemäßen“ Abwicklung des Schuldendienstes.

- Die Schulden sind auch ein Faktor wachsender politischer Instabilität und Kriegsgefahr. Wenn der Zwang zum Schuldendienst wie bei dem gegenwärtigen Auflagenregime des Internationalen Währungsfonds auf Kosten der Masse der Bevölkerung in den Schuldnerländern realisiert wird, sind Brotrevolten und Aufstände, wie wir sie in vielen Ländern beobachten können, unvermeidlich. Wirtschaftliche und soziale Instabilität in den Schuldnerländern aber erhöht den

Stellenwert militärischer Formen der Herrschaftssicherung innerhalb des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems mit der Folge zunehmender Interventions- und Eskalationsgefahren.

- o Die Schuldenkrise verschärft schließlich auch die ökologischen Gefahrenpotentiale der heutigen Weltentwicklung. Wenn zur Bezahlung der Auslandsschuld wie beispielsweise in Brasilien ganze Regenwälder abgeholzt werden, hat dies unwiderrufliche Rückwirkungen auf den Sauerstoffhaushalt und das Ökosystem der gesamten Welt.

Wenn aber die Schuldenkrise und die mit ihr verbundenen Gefahrenpotentiale heute schon weltweit negativ zu Buche schlagen, kann auch die Alternative nicht in kruden Zusammenbruchsvorstellungen und -visionen gesucht werden. Das gegenwärtige Krisenmanagement der internationalen Schulden hat die Probleme nur verschärft und neue Widerspruchskomplexe und Gefahren hervorgebracht.

Als zugespitzter Ausdruck globaler Umbruchprozesse stellt die Schuldenkrise nicht nur eine Bedrohung für die Existenz von Millionen Menschen in der Dritten Welt, sondern auch für die soziale Lebenslage der Mehrheiten in den Metropolen und die Stabilität der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen insgesamt dar. Insofern erhöht sie den objektiven Problemdruck auf das politische Handeln und birgt auch die Chance eines Neubeginns im Sinne alternativer Entwicklungslogiken.

Lösungen in diesem Sinne können von einer Politik, die auf Hochrüstung, wirtschaftlicher Ungleichheit, struktureller Abhängigkeit und neokolonialer Ausplünderung aufbaut, nicht erwartet werden, sondern erfordern die Mobilisierung der Betroffenen. Konkrete Alternativen müssen unter Anknüpfung an die offenkundigen Widersprüche und Defizite des herrschenden Systems der Schulden und der Weltwirtschaft entwickelt werden und über diese hinausweisen.

Solche Defizite liegen heute vor allem in den Bereichen unzureichender Planung und Regulierung, mangelnder Gleichheit und Demokratie. Die nächstliegende Perspektive der Diskussion um Alternativen zum herrschenden Status quo in der Weltwirtschaft liegt deshalb in der gemeinsamen Suche nach Konzepten der umfassenden weltpolitischen weltwirtschaftlichen Demokratisierung, bei der vermeintliche Systemzwänge, überkommene Privilegien und Asymmetrien zugunsten von mehr gleichberechtigter Kooperation und demokratischen Regulierungsmechanismen überwunden werden.

Eine solche Perspektive zielt noch nicht

auf den Bruch mit dem internationalen Kapitalismus, wohl aber auf die Erweiterung des politischen Spielraums auf dem Weg dahin.

Anmerkungen:

- 1) Wirtschaftswoche, Düsseldorf, 20.11.1987
- 2) Damit ist nicht gemeint, daß Armuts- und Verelendungstendenzen in „Erster“ und „Dritter“ Welt hinsichtlich ihrer Dimensionen und Qualitäten schlicht gleichgesetzt werden können, wohl aber, daß alle Hoffnungen auf dauerhafte Inseln auch rela-

tiven Wohlstands sich als Illusion erwiesen haben.

- 3) Dies kann hier nur thesenartig erfolgen, so wie sich der gesamte Beitrag in dem Sinne versteht, daß zur Diskussion über ein Problem angeregt werden soll, das die Solidaritätsbewegung bislang zu wenig beachtet hat.
- 4) G. Therborn, Nationale Politik der internationalen Arbeitslosigkeit. Der Fall der Bundesrepublik im Lichte der OECD-Daten von 1973-1985, in: H. Abromeit/B. Blanke (Hg.), Arbeitsmarkt, Arbeitsbezie-

hungen und Politik in den 80er Jahren, Leviathan, Opladen, Sonderheft 8, S. 39f. Der Beitrag zeigt, daß kleinere kapitalistische Länder, deren Regierungen am Vollbeschäftigungsziel festhielten, auch in der Krise wesentlich bessere arbeitsmarktpolitische Ergebnisse erzielt haben als die großen Fünf.

- 5) So jetzt erneut die Behauptung bei: M. Mies, Die Krise ist eine Chance: Subsistenz statt „Entwicklung“, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 188ff.

Die Rolle von IWF und Weltbank



Weltbankpräsident Barber B. Conable und IWF-Exekutivdirektor Michel Camdessus

Im Juli 1944 wurde auf der Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods (USA) die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, genauer der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), beschlossen. 1946 nahmen sie ihre Tätigkeiten auf. Beide Institutionen haben heute 151 Mitglieder. Die Sowjetunion und die meisten RGW-Länder sind nicht Mitglied.

Mit dem sog. Bretton-Woods-System wurde nach dem 2. Weltkrieg eine internationale Wirtschaftsordnung etabliert, bei der unter der Hegemonie der USA eine Ausweitung des Welthandels auf der Basis fester Wechselkurse und konvertibler Währungen angestrebt wurde. Die Wechselkurse aller Währungen standen in einem festen Verhältnis zum US-Dollar.

Die Aufgabe des IWF in diesem System bestand darin, bei Zahlungsbilanzdefiziten den Mitgliedsländern Überbrückungskredite in den gewünschten Währungen zur Verfügung zu stellen. Die Höhe der Kredite, die ein Land „ziehen“ kann, wird von der Höhe seiner Einzahlungen bestimmt.

Nach diesen Quoten, die nach der wirtschaftlichen Stärke eines Landes festgelegt wurden, richten sich auch die Stimmanteile der einzelnen Länder. Da für wichtige Entscheidungen 85% der Stimmen notwendig sind, besitzen die USA mit ihrem Anteil von knapp über 20% ebenso wie die EG-Länder eine Sperrminorität.

Als Anfang der 70er Jahre mit der Aufhebung der festen Wechselkurse und der Goldinlösepflicht des \$ das Bretton Woods-System zusammengebrochen war, verlor der IWF an Bedeutung. Die 1969 als künstliches Reservemedium geschaffenen Sonderziehungsrechte (SZR), mit denen unabhängig vom Gold oder von nationalen Währungen internationale Liquidität geschaffen werden sollte, blieben gegenüber dem \$ relativ unbedeutend. Angesichts des Wachstums des Euro-Dollar-Marktes war es für Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten leicht, den IWF zu umgehen und Kredite bei

Privatbanken aufzunehmen. Mit Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 wurde der IWF wieder zu einer zentralen weltwirtschaftlichen Institution. Durch sein Krisenmanagement wurde die Bedienung der Kredite durch die Entwicklungsländer gewährleistet und so der mögliche Bankrott der Gläubigerbanken verhindert. Dabei spielte weniger die Höhe der vom IWF vergebenen Kredite eine Rolle als vielmehr die daran gebundenen wirtschaftspolitischen Auflagen.

Die von ihm verfaßten Stabilisierungsprogramme weisen meist folgendes Muster auf: Einschränkung der Staatsausgaben, Streichung von Lebensmittelsubventionen und Sozialleistungen, Einfrieren der Löhne, Aufhebung von Preiskontrollen, Liberalisierung der Importe und des Devisenverkehrs sowie Förderung des privatwirtschaftlichen Sektors.

Trotz der erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und der daraus folgenden sozialen Unruhen haben sich die Entwicklungsländer mit nur wenigen Ausnahmen diesem Diktat gebeugt, da die Gläubigerbanken eine Einigung mit dem IWF meist zur Voraussetzung für Umschuldungsabkommen und neue Kredite machte.

Der Weltbank war bei ihrer Gründung die Aufgabe zugeordnet, längerfristige Kredite für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa und die Entwicklung der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen. Nachdem Westeuropa ab 1948 vornehmlich mit Marshall-Plan-Geldern unterstützt wurde, konzentrierte sich die Weltbank ganz auf die Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Sie wurde damit die einflussreichste multilaterale Entwicklungsinstitution.

Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Weltbank ist der Beitritt zum IWF. Wie bei diesem richtet sich die Stimmverteilung nach den eingezahlten Quoten der Mitgliedsländer. Auch bei der Weltbank haben die Industrieländer so eine deutliche Stimmenmehrheit. Das Grundkapital beläuft sich mittlerweile auf 174

Mrd \$. Den Großteil der Finanzmittel beschafft sich die Weltbank jedoch durch Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten.

Die Kredite der Weltbank haben eine Laufzeit von maximal 20 Jahren bei fünf tilgungsfreien Jahren. Die Zinssätze orientieren sich an den Kosten für die Mittelbeschaffung. In den 60er Jahren wurden die Kredite hauptsächlich für Infrastrukturprojekte vergeben, wodurch v.a. die Voraussetzungen für private Investitionen verbessert werden sollten.

Da die Weltbank Kredite nur an Regierungen bzw. Zentralbanken vergeben kann, wurde 1956 die Internationale Finanzgesellschaft (IFC) als eine Tochtergesellschaft der Weltbank gegründet. Die IFC hat die Aufgabe, Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern direkt durch Kapitalbeteiligungen, Kreditvergabe, Vermittlung zusätzlichen Kapitals, Beratungsleistungen und technische Hilfe zu stimulieren.

Weder die Weltbank- noch die IFC-Kredite entsprachen aber den Finanzbedürfnissen der ärmeren Entwicklungsländer. Um deren Integration in den kapitalistischen Weltmarkt nicht zu gefährden, wurde 1960 die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) gegründet, die an diese Länder relativ günstige Kredite (unverzinslich, 50 Jahre Laufzeit, 10 tilgungsfreie Jahre) vergibt.

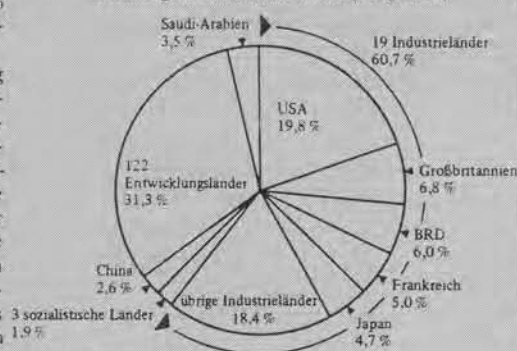
1973 verkündete der damalige Weltbankpräsident McNamara seine Strategie zur Bekämpfung der Armut und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, in deren Rahmen der landwirtschaftliche Sektor stärker gefördert wurde. Zu Beginn der 80er Jahre wurden die McNamara-Strategie und die Projektorientierung jedoch von den „Strukturanpassungsprogrammen“ abgelöst, mit denen die „Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur“ abgebaut und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder stärker zur Geltung gebracht werden sollen. Damit rückte die Weltbank von ihrer traditionellen Projektorientierung zugunsten umfangreicher gesamtwirtschaftlicher Interventionen ab.

Ähnlich wie beim IWF werden die Kreditzusagen an eine Erklärung des Empfängerlandes gebunden, in der es sich zur Umsetzung bestimmter Auflagen verpflichtet. Meistens ist diese Zusage sogar an den Abschluß eines IWF-Abkommens gebunden.

Als ein neues Instrument zur Förderung der privaten Investitionen in Entwicklungsländern wurde 1985 die Einrichtung der Multilateralen Investitionsgarantie Agentur (MIGA) beschlossen, die als dritte Weltbank-Tochter die Versicherung privater Auslandsinvestitionen gegen politische Risiken übernehmen und Informationen über Investitionsmöglichkeiten liefern soll.

Ute Kampmann

Verteilung der Stimmrechte im IWF (Stand: 1984)



(Quelle: Körner u. a. 1984: 65)

Neue Gläubigerstrategien

Wie das Ausschachten eines alten Autos

Baker Plan, Mexiko-Deal, debt-equity swaps sind nur einige Begriffe, mit denen neue Ansätze des Schuldenmanagements umschrieben werden. Im folgenden Beitrag sollen die Grundzüge der Gläubigerstrategien gegenüber den Ländern der Dritten Welt erläutert werden. Nicht technische Details, sondern die Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte und die Auswirkungen auf die betroffenen Länder, stehen im Vordergrund.

Die Marktwirtschaft ist bekanntlich effektiv, sie funktioniert und sichert jedem ein Auskommen. Diese Lehrsätze der bürgerlichen Ökonomie werden nirgendwo so drastisch widerlegt wie im Bereich der Finanz- und Kapitalmarktbeziehungen zwischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern.

Dabei ist der Bereich dieser Finanzbeziehungen keineswegs nebensächlich. Der Finanzsektor insgesamt, die Kreditvergabe, der Kapitalexport erhalten schon seit Beginn dieses Jahrhunderts eine zunehmende Bedeutung gegenüber den Warenexporten.

Nicht zuletzt der Börsencrash vom 19. Oktober 1987 hat gezeigt, daß heute Fragen der realen Produktion zeitweise in den Hintergrund treten. Die Anlage von Geldkapital, d.h. Spekulation, Aktien, Wertpapier- und Devisenhandel sowie Vergabe von Krediten bekommt im Gegensatz zur Anlage von Produktivkapital einen immer größeren Stellenwert. An den Weltbörsen waren vor dem 19. Oktober über 8.000 Mrd \$ in Aktien angelegt. Das ist etwa das Siebenfache des Bruttosozialprodukts der BRD.

Finanzanlagen in Form von Krediten wurden auch in den 70er Jahren ein wesentliches Geschäft im Verkehr mit der Dritten Welt. Während in diesen Ländern rund 100 Mrd \$ in produktiven Anlagen getätigt wurden, waren an Krediten von Banken über 400 Mrd \$ angelegt. Dazu kamen noch einmal rund 300 Mrd \$ an Regierungskrediten.

Die Abflüsse in Form von Zinsen waren erheblich und lagen Anfang der 80er Jahre bei etwa 70 Mrd \$ pro Jahr. Diese Zinszahlungen wurden zum hauptsächlichen Mittel, Mehrwert aus den verschuldeten Ländern zu ziehen.



Trotz der stets behaupteten Effektivität und Rationalität der Kapitalmärkte führten diese Finanzbeziehungen in die Krise. 1982 war Mexiko zahlungsunfähig, die Pleitenwelle breitete sich aus, führte zur Schuldenkrise. Die reale Wirtschaft der unterentwickelten Länder war nicht mehr in der Lage, die Zins- und Tilgungszahlungen auf die Kredite zu erarbeiten.

Das Finanzsystem hatte sich, was die unterentwickelten Länder angeht, in einen ersten Widerspruch begeben: Um die Kredite zurückzahlen oder auch nur die Zinsen leisten zu können, hätten unterentwickelte Länder auf dem Weltmarkt, d.h. in erster Linie auf den Märkten der Industriestaaten, verkaufen müssen. Aufgrund ihrer Produktivitätsrückstände sind sie jedoch nicht konkurrenzfähig.

Die Schuldner hatten trotz eines teilweisen Industrieaufbaus in den 60er und 70er Jahren keine Möglichkeit, die nötigen Devisen für die stark angestiegenen Kredite zu bezahlen, wozu die steigenden Zinssätze und Ölpreise verstärkend beitrugen. Seitdem beweist der Kapitalismus wieder seine Effektivität und Flexibilität – beim Schuldenmanagement.

Die erste Etappe des Krisenmanagements läßt sich als Zwang zu einer Austeritätspolitik (Sparpolitik) beschreiben, die vom Internationalen

Währungsfonds (IWF) koordiniert und kontrolliert wurde. Er setzte die wesentlichen Forderungen durch, die nach Meinung der Banken und Wirtschaftspolitiker geeignet sein sollten, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner wiederherzustellen. Begleitet wurden die wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF von kurzfristigen Zahlungsbilanzhilfen und Umschuldungen, in denen die Schuldnerückzahlungen gestreckt wurden und die Banken neue Kredite (fresh money) vergaben, mit denen die verschuldeten Länder dann denselben Banken ihre Zinsen zahlen konnten.

In dieser Phase, die sich bis etwa 1984/85 ansetzen läßt, herrschte noch vielfach die Ansicht vor, daß es kurzfristig möglich sein werde, die Zahlungsbilanzen zu sanieren und daß die geforderten wirtschaftspolitischen Umstellungen rasche Ergebnisse zeigen würden. Trotzdem zogen sich die Geschäftsbanken soweit als möglich aus der Neuvergabe von längerfristigen Krediten zurück (die Neuvergabe fiel von 66 Mrd 1981 auf 18 Mrd \$ 1983).

Dennoch war es den Banken unmöglich, gänzlich aus der Schuldenkrise „auszusteigen“. Sie mußten fresh money zur Verfügung stellen. Die Alternative dazu wäre gewesen, die vergebenen Kredite als verloren abzuschreiben. Das ging vor allem bei US-Banken nicht, da sie aufgrund fehlender Rücklagen und hoher

Südamerika-Kredite bei Ausfällen teilweise an den Rand des Ruins geraten wären. Also wurde der IWF vorge-schickt, um ganzen Völkern den Gürtel enger zu schnallen.

Die Regierungen hielten in dieser Situation ihre Kreditvergabe im wesentlichen konstant. Sie verhielten sich so, daß die Forderungen der Banken und des IWF zur Geltung kommen konnten, da die unterentwickelten Länder von ihnen keinen Ersatz für die zurückgegangenen Bankausleihungen erwarten konnten. Ab 1984/85 wurde klarer, daß eine kurzfristige Austeritätspolitik nichts bewirken würde. Zwar konnten die Leistungsbilanzdefizite und damit die Schuldenzunahme etwas gesenkt werden, aber um den Preis, daß die Wirtschaftskraft der

betroffenen Länder weiter ruiniert wurde. Das Finanzkapital störte dabei nicht die Verelendung von Millionen, sondern die verschlechterten Investitionsmöglichkeiten sowie die Tatsache, daß wirtschaftliche Zusammenbrüche mit den entsprechenden politischen Konsequenzen nicht förderlich für das Geschäft gewesen wären. Die Banken wären dadurch gezwungen worden, ihre dem jeweiligen Land vergebenen Kredite endgültig als Verluste abzubuchen.

In dieser Phase wurde dann entdeckt, daß wachstumsfördernde Programme zur Unterstützung der Sanierungspolitik nötig seien. Es war die Geburtsstunde der großen Pläne. Auf jeder internationalen Konferenz wurden neue weltumspannende Strategien zum Schuldenmanagement vorgelegt. Die bekannteste davon war der Baker-Plan, entwickelt vom amerikanischen Finanzminister James Baker. Er sah vor, für den Zeitraum von 1986-88 29 Mrd \$ zusätzlich an Entwicklungsländer zu vergeben.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) definierte die Ziele des Baker-Plans folgendermaßen: „Die Erkenntnis, daß mehrere Jahre der Beschränkungen und Entbehrungen nicht vermochten die Schuldenquoten zu mindern, und daß deshalb eine neue Strategie zur Behandlung des internationalen Schuldenproblems notwendig sei, war auch einer der Hauptgründe hinter der neuen Initiative des US-Finanzministers. Anstelle kurzfristiger Zahlungsbilanzanpassungen, zu welchen Kosten auch immer, liegt der Schwerpunkt dieser neuen Strategie auf strukturellen Reformen: Diese würden die Schuldnerländer auf einen höheren wirtschaftlichen Wachstumspfad heben und dabei das relative Gewicht ihrer Auslandsschulden schrittweise verringern.“¹

Der Zugang zu den Baker-Planmitteln ist an die Umsetzung weiterer wirtschaftlicher Auflagen gebunden. Der Plan setzt also da an, wo der IWF aufhört, und schreibt weitere strukturelle Umgestaltungen vor. Das Ziel dabei ist „mehr Marktwirtschaft“, sprich mehr Investitions- und Gewinnmöglichkeiten für die Konzerne und eine verstärkte Einbindung in die imperialistische Form des Weltmarktes, in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Dies ist der springende Punkt des gesamten Themenkomplexes Verschuldung und Entwicklung: Sollte die verstärkte Einbindung in den Weltmarkt gelingen, würde dies einen Verzicht auf alle Versuche der nachholenden Entwicklung bedeuten. Das Konzept der internationalen Arbeitsteilung legt den Ländern nahe, durch Spezialisierung auf Güter, bei deren Produktion sie relative (komparative) Vorteile haben, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Faktisch

bedeutet das die Neuaufgabe und Neuformulierung der kolonialistischen Konzeption von der Dritten Welt als dem Lieferanten von Rohstoffen, billigen Arbeitskräften, landwirtschaftlichen Produkten und exotischen Gebrauchsgütern.

Eine so spezialisierte Wirtschaft ist zwangsläufig exportorientiert und soll, laut Theorie, in der Lage sein, Industriewaren und andere nicht produzierte Waren importieren zu können. Das Problem besteht darin, daß unterentwickelte Länder damit unterentwickelt bleiben und sich auf Produktionen und Produkte spezialisieren, deren Märkte anteilmäßig schrumpfen und die weltwirtschaftlich unbedeutend sind. Ein Funktionieren der Konzeption der internationalen Arbeitsteilung in dem Sinne, daß dadurch die Lebensumstände der Menschen verbessert werden, ist demzufolge so gut wie ausgeschlossen.

In der Praxis scheiterten die Pläne zur Umstrukturierung der Dritten Welt sehr bald daran, daß es kaum interessante Bereiche der Spezialisierung in größerem Umfang gab. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb bereits vier Monate nach der groß angekündigten Baker-Initiative: „Verflogene Euphorie um den Bakerplan“.² Dabei blieb es bis heute. Das Problem war, daß die Banken ganz andere Vorstellungen hatten, als weitere Milliarden in überschuldete Länder zu stecken.

Daß die Umstrukturierung des Weltmarkts als Wachstums- und Entwicklungskonzept weder praktisch noch theoretisch funktioniert, heißt aber nicht, daß überhaupt keine Umstrukturierung auf Weltmarkt- und Exportproduktion stattfände; allerdings hat das nichts mit Entwicklung zu tun und vollzieht sich nur in wenigen Bereichen.

Der Baker-Plan verkündete, es würden mittels politischer Abmachungen Gelder zur Verfügung gestellt, um Umstrukturierungen plus Wachstum zu schaffen – und es blieb bei der tönenden Erklärung. Da, wo wirklich umstrukturiert wird, erfolgt das nach den Gesetzen des Marktes und unter Verzicht auf eine nach innen gerichtete ökonomische und soziale Entwicklung.

Nachdem in fünf Jahren Krisenmanagement die Zahlungsfähigkeit der unterentwickelten Länder nicht wieder hergestellt werden konnte und auch keine Anzeichen bestehen, daß dies in absehbarer Zeit geschehen könnte, versuchen immer mehr Banken die wenigen verwertbaren Teile ihrer Kredite aus den Gesamtforderungen herauszulösen und zusammen mit internationalen Industriemonopolen oder Kapitalanlegern „marktmäßig“ zu verwerten.

Der Vorgang läßt sich mit dem Ausschachten alter Autos vergleichen, bei denen brauchbare Teile vor dem Ver-

Schuldenstrategien

Bei den „neuen Schuldenstrategien“ oder „neuen Instrumenten der Schuldenpolitik“ geht es in der Regel darum, daß Banken Forderungen, die sie gegenüber unterentwickelten Ländern haben, entweder gegen bar verkaufen, in andersgeartete Forderungen oder in Forderungen gegen andere Schuldner tauschen. Dafür gibt es unterschiedliche Möglichkeiten und Formen, die teilweise ineinander übergehen. Einige davon sollen hier kurz beschrieben werden.

- **Asset sales:** Verkauf von Forderungen gegen bar, normalerweise mit Abschlägen auf die ursprüngliche Forderungssumme. Oft sind die Versuche, Forderungen aus den Büchern zu bekommen mit einer Verbriefung (securisation) verbunden, d.h. ein Kredit wird in eine Auflage von festverzinslichen und handelbaren Wertpapieren umgewandelt und diese Wertpapiere (Bonds) werden an den Kapitalmärkten mit Abschlägen verkauft.

- **Asset swaps:** Tausch von Forderungen an das Land A gegen Forderungen an das Land B. Wird zwischen Banken abgewickelt, die ihre Forderungen umschichten wollen.

- **Debt-equity swaps:** Forderungen an unterentwickelte Länder können mit Einverständnis der jeweiligen Regierung in Beteiligungen an einheimischen Firmen umgewandelt werden bzw. in einheimische Währung für die Errichtung von Fabriken, Hotels, Handelsgesellschaften usw. umgetauscht werden. Daneben entstehen Fabriken die die Neukreditvergabe an Privatkapital erleichtern.

- **Onlending:** Die Banken vergeben einen Kredit an den Staat, der sich verpflichtet, die Gelder an Privatfirmen weiterzuleiten. D.h. der Staat bürgt für den Kredit, der letztendlich einem Privatunternehmen, oft der Niederlassung eines multinationalen Konzerns, zufließt.

- **Relending:** Kredite, die ein Schuldnerstaat zurückzahlt, werden direkt an Privatkonzerne im jeweiligen Land weitergereicht.

- **Leaseback-Verfahren:** Leaseback wird gegenüber Ländern angewendet, die den Erwerb von Beteiligungen durch Ausländer verbieten oder anderweitig den Kapitalverkehr einschränken. Statt direkt einen Kredit zu vergeben oder eine Beteiligung zu zeichnen, werden Maschinen an ausländische Unternehmer verliehen. Die verleihende Bank bzw. der verleihende Konzern bekommt einen Teil des Gewinns, die Abschreibungen, und bleibt rechtlich im Besitz der Maschinen.

Neues aus unserem Programm

Nicaragua-Solidaritäts-Hemden

Sie werden in der selbstverwalteten Frauencooperative NUEVA NICARAGUA in Managua hergestellt, welche als wichtiger Beitrag zu den Emanzipations-Anstrengungen der Frauen in Nicaragua eng mit dem Kulturministerium zusammenarbeitet. Zur Herstellung dieser Hemden hat die Cooperative von hier einen Zuschuß in Höhe von 6000 DM für die Anschaffung produktionsnotwendiger Materialien erhalten; insofern sind im Kaufpreis jeweils 3,- DM an Spende zur Unterstützung dieses Projekts enthalten. Die Hemden sind aus Baumwolle mit schwarzem Aufdruck „nicaragua libre“ und dem Symbol der zwei Hände. Es gibt davon drei Größen. **14,- DM**



NICARAGUA-RUM

„flor de canã“

Neu eingetroffen
0,75 l, 4 Sorten
23,- bis 28,- DM

Original
Cordoba-Solimünzen

Wir werten den Cordoba auf und machen aus 5000 „wertlosen“ nicaragua-nischen 1-Cordoba-Münzen 10 000 DM Unterstützung für das Land! Sie sind mit einem Konterfei Sandinos von uns versilbert und mit einem Anhänger versehen worden. Im Verkaufspreis haben wir je 2,- DM Spende für Nicaragua einkalkuliert, so daß dann so 10 000 DM zusammenkommen können. **8,- DM**



An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Absender:



AUS NICARAGUA

3 Pfund im
Monats-Abo
35,- DM (incl. Versand)

*Eure kleine Spende,
die gut
tut!*

Unsere Idee: **Nicaragua-Kaffee** im Soli-Abonnement, Regelmäßig und pünktlich – direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Für **Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen u. Initiativen**

Ab 30 Pfd. genötigt oder in Büchsen 250 g **5,15 DM**
500 g **9,90 DM**

Ab 100 Pfd. genötigt oder in Büchsen 250 g **5,00 DM**
500 g **9,60 DM**

(incl. MwSt, Verpackung + Porto)

Verfassung der Republik Nicaragua

Paperback, 60 Seiten

6,80 DM

Nicaragua-Plakatmappe

15 Original-Motive, DIN A3.

Sonderpreis 10,- DM

POSTKARTENSET *Die Kinder des freien Nicaragua*

12 farbige Motive.

10,- DM

Südafrika-Kunstkarten-Set

7 verschiedene Postkarten (12 x 17 cm) nach Plakatmotiven von H. Schröter.

8,- DM

Nelson-Mandela-Motiv einzeln

1,50 DM

Kunstdruckposter

WINNIE MANDELA, farbig, DIN A2.

10,- DM

NELSON MANDELA, farbig, 61 x 43 cm.

6,- DM

Chile-Kochbuch

6,80 DM

Chile-Kunstdruckposter DIN A1

10,- DM

Briefkartenset

4 Motive, DIN A5, nach Vorlagen des chilenischen Malers Guillermo Duran (inkl. Umschlägen).

8,- DM

POSTER *Die Welt des Ronald Reagan*

farbig, DIN A2.

5,- DM

Solidaritätsshop Dritte Welt

Hamburger Allee 52 6000 Frankfurt/Main 90 Tel 069/77 88 63

Hiermit bestelle ich zu angeführten Lieferbedingungen folgendes Material an meine Adresse (s. u.):

Anzahl	Artikel	Preis
	Versandkostenpauschale	3,50
	plus Nachnahme/Rollenversand	

Ich wünsche Nachnahmeversand für 2,50 DM Mehrkosten

Rechnung

Für den Versand meiner bestellten Plakate wünsche ich Rollenversand für 2,00 DM Mehrkosten

Bankeinzug (siehe unten)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Datum/Unterschrift

Ziehen Sie die Kosten zuzüglich Porto und Verpackung nach erfolgtem Versand von meinem Konto ein.

Die Einzugsermächtigung erteile ich hiermit

Konto-NR.

Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut

Ort

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen gegenüber der Solishop GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum/Unterschrift

Bestellung

Ich bestelle:

- ein Normal-Abo ab Nr.
 ein Probe-Abo
 ein Förder-Abo ab Nr.
 Expl. Sonderheft Nr.

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): DM.
 Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eingegangen sein.
 Probe-Abo: 4 Ausgaben für 10 DM; das Probe-Abo wird nicht automatisch verlängert, d. h. es muß nicht gekündigt werden. Sonderhefte: 2,50 DM; 33% Rabatt ab 10 Exemplaren.

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- Rechnung

Name, Vorname

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort, Nr. des Zustellpostamtes Tel.

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
 Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum



Geschenkabo

Ja, ich möchte die Dritte Welt zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab Nr. _____ verschenken.

- befristet für ein Jahr unbefristet *

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut Ort

- Rechnung

Datum

Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
 Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum

Unterschrift

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem Dritte-Welt-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

**Ich bitte um Zusendung von Probe-
exemplaren an:**

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

**Dritte Welt
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68**

5000 Köln 51

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem Dritte-Welt-Angebot:

Mein Name:

Meine Adresse:

**Der/Die umseitig aufgeführte neue Dritte-Welt-Abon-
nent/in wurde von mir geworben:**

**Dritte Welt
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68
5000 Köln 51**

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen



US-Finanzminister Baker während einer IWF-Tagung

schrotten herausmontiert werden. Dabei findet dieses Ausschichten in doppelter Weise statt: Einerseits bei den Forderungen, andererseits gegenüber den Industrien der verschuldeten Länder, denen mit ihren Schulden die letzten profitablen und brauchbaren Produktionsstätten abgekauft werden sollen. Vor allem seit letztem Jahr findet unter der Bezeichnung „neue Bankenstrategien“ ein Spekulieren, Tauschen und Verschleudern von Entwicklungsländerforderungen statt (siehe Kasten).

Der Hintergrund der beschriebenen Praxis des fresh money ist, daß Kredite, auf die längere Zeit keine Zinsen und Tilgungen geleistet werden, als Verluste abgeschrieben werden müssen. Im Verlauf der 80er Jahre konnten gerade im Bank- und Finanzsektor hohe Gewinne erzielt werden, die es ermöglichten, im Rahmen der Risikovorsorge bei westdeutschen Banken große Teile der Entwicklungsländerkredite mit Rücklagen abzudecken bzw. abzuschreiben. Die Deutsche Bank hat derzeit rund 70% ihrer Forderungen abgeschrieben, die Commerzbank rund 50%.

Im Mai 1987 zogen die US-Banken nach. Die Citibank, das größte Institut, nahm 3 Mrd \$ Rückstellungen vor. Die anderen Großbanken folgten innerhalb weniger Wochen und schrieben bis zu 25% ihrer Entwicklungsländerkredite auf einen Satz ab.

Dies bedeutet zunächst, daß Verluste ohne weitere Dividendenkürzungen aus den angesammelten Rücklagen abgedeckt werden können. Besonders erleichtert wird dieses Verfahren übrigens, weil die Bildung derartiger Rückstellungen steuerlich begünstigt wird. Politisch folgt daraus, daß die Kreditgeber weniger Rücksichten auf die unterentwickelten Länder nehmen müssen. Die Pleite und der endgültige Ruin des einen oder anderen Landes kann durchaus hin-

genommen werden. Es besteht kein Zwang mehr, neue Gelder an die Regierungen in der Dritten Welt zu vergeben. Die Umschuldungsverhandlungen sind damit nicht vom Tisch. Die Banken haben aber aufgrund ihrer Abschreibungen mehr Erpressungsmöglichkeiten. Theoretiker des Finanzkapitals formulieren das in der üblichen pseudowissenschaftlichen Verkleidung so: „Erstens haben diese Banken sich damit besser gegen Ausfallrisiken aus diesem Geschäft abgesichert und sind so explizit von der Fiktion der Unmöglichkeit einer Staatsschuldnerinsolvenz abgerückt. Zweitens wurde damit signalisiert, daß zukünftige Neukreditvergaben nicht zu den Bedingungen bestehender Kreditverträge erfolgen sollen.“³

Das soll heißen: Entweder ihr tut, was wir sagen, oder es gibt kein Geld mehr, und wenn überhaupt, dann zu höheren Zinsen als früher.

Daneben eröffnen Rücklagen die Möglichkeit, Forderungen mit Abschlägen zu verkaufen. Für die Banken hat das den Vorteil, daß sie für ihre in unterentwickelten Ländern festliegenden Kredite wieder Bares in die Kassen bekommen und damit arbeiten können.

Wie so etwas funktioniert und was es für Folgen für die Schuldner hat, läßt sich am besten anhand der debt-equity swaps erklären: Eine Bank verkauft eine 10 Mio Forderung gegenüber einem Land X an einen Industriekonzern mit einem Abschlag von 20% (also für 8 Mio). Die Bank hat damit zumindest 80% ihres Geldes wieder, der Rest von 20% ist über Rückstellungen abgedeckt.

Der Industriekonzern läßt sich die 10-Mio-Forderung, die er für 8 Mio gekauft hat, von der Regierung des Landes X in Landeswährung umtauschen und errichtet mit diesem Geld einen Betrieb in X oder kauft dort Aktien usw. Er hat bei diesem Swap-Geschäft 2 Mio eingespart.

Für die Regierung von X springt dabei heraus: 10 Mio weniger Schulden in Auslandswährung, ohne dafür Auslandswährung zurückgezahlt zu haben.

Ähnlich funktionieren andere „neue Schuldenstrategien“ wie beispielsweise der um die Jahreswende vieldiskutierte Mexiko-Plan, bei dem Kredite in markt-

gängige Wertpapiere umgewandelt wurden. Ihre spätere Rückzahlung wird durch die US-Regierung abgesichert.

In der laufenden Diskussion wurden verschiedentlich auch von fortschrittlicher Seite diese „neuen Instrumente als Anzeichen der Entspannung an der Schuldenfront“ gedeutet und vermutet, die Banken gingen damit von ihrer harten Linie ab.

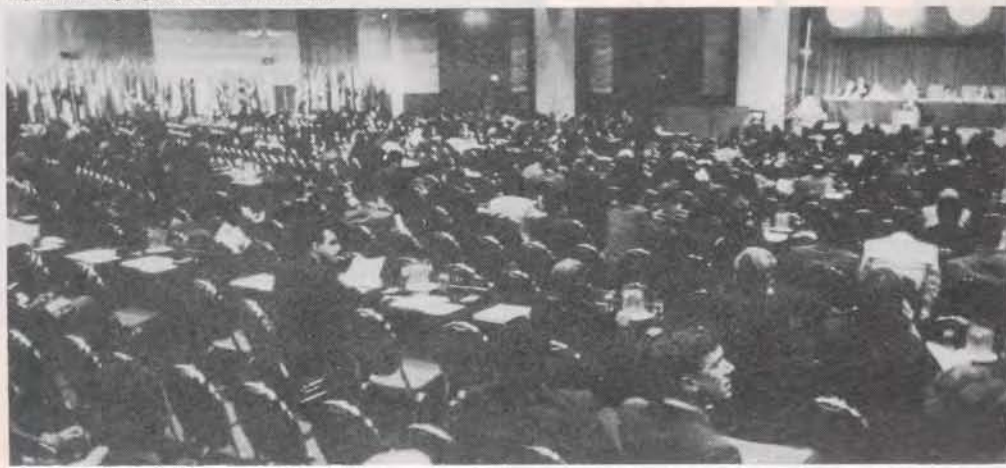
Dem widerspricht, daß die Banken nach wie vor erhebliche Forderungen in ihren Büchern halten und durch Rückstellungen prinzipiell die Möglichkeit zu härterem Vorgehen geschaffen haben. Außerdem lehnen Banken und westliche Regierungen Schuldenstreichungen unverändert ab. Ausnahmen gelten lediglich für öffentliche Schulden der am wenigsten entwickelten Länder Afrikas, da hier auch langfristig mit einer Rückzahlung nicht gerechnet werden kann.

Vor allem die debt-equity swaps zeigen auch, daß es bei diesen Instrumenten darum geht, die wirtschaftspolitischen Umstellungen, die durch die IWF-Programme erzwungen wurden, zu nutzen. Wenn aufgrund dieser Umstellungen Konzerne zu Investitionen bereit sind, stellen debt-equity swaps eine billige Finanzierung und damit einen zusätzlichen Investitionsanreiz dar. Sie gedeihen somit auf dem Boden der Verelendungspolitik und setzen diese fort, indem sie die ökonomische Beherrschung durch ausländisches Kapital erweitern. Sie stellen ein Mittel dar, sich die wenigen profitablen Bereiche der unterentwickelten Wirtschaften mittels des Schuldendrucks aneignen zu können.

Die gezielte Neuvergabe von Krediten an vorwiegend private Schuldner, auch durch Techniken wie „relending“ und „onlending“ (siehe Kasten), zielt auf denselben Punkt. Es werden ausgewählte, profitable Projekte gefördert. Eine eigenständige wirtschaftspolitische Ausrichtung, die auf den Großteil der Bevölkerung bezogene Entwicklungs-, Sozial- und Infrastrukturvorhaben anstrebt, wird damit von den Mechanismen der internationalen Finanzmärkte boykottiert. Finanziert wird lediglich die Orientierung auf die internationale Arbeitsteilung.

Die neuen Instrumente sind deshalb

Alljährliche Tagung von IWF und Weltbank



nicht Anzeichen einer Entspannung, sondern dienen zusammen mit den IWF-Programmen dem Prozeß der Neokolonialisierung. Überdies muß festgehalten werden, daß die neuen Schuldenstrategien aber auch für das Finanzkapital keineswegs eine ihm angemessene Lösung der Schuldenkrise darstellen. Eine solche Interpretation wäre ein Mißverständnis. Die swaps sind nicht wesentlich mehr als eine Randerscheinung. Viel Brauchbares ergibt sich nicht beim Ausschichten der Dritten Welt. Bei über 1000 Mrd \$ Schulden wird der gesamte Sekundärmarkt für 1987 auf etwa 14 Mrd \$ geschätzt.

Der neueste Hinweis auf diese Tatsache war das Ergebnis des Mexiko-Deals Ende Februar d.J.: statt der geplanten 20 Mrd \$ konnte Mexiko gerade 3,7 Mrd \$ in Wertpapiere umtauschen. Mit diesen Instrumenten kann die Schuldenkrise einer Lösung nicht nähergebracht werden. Derweilen ändert sich bei den internationalen Institutionen nicht sehr viel. Auf ihrer Frühjahrstagung Mitte April d.J. in Washington haben IWF und Weltbank erneut eine globale Reduzierung der Schulden abgelehnt. Die Tendenzen gehen auch hier in die Richtung auf Förderung der Weltmarktintegration. So überlegt der IWF, ob er neben seiner eher kurzfristig angelegten Zahlungsbi-

lanzfinanzierung nicht auch langfristige sog. Anpassungsprogramme finanzieren soll. Auf der Frühjahrstagung beschloß der Interimsausschuß des IWF, eine neue „Fazilität für Eventualfälle“ (ECM) zu schaffen, um die Durchsetzung der von ihm verordneten Anpassungsprogramme abzusichern, wenn ein Land durch plötzliche Veränderungen auf dem Weltmarkt in Zahlungsschwierigkeiten gerät.

Auch die Weltbank will neben ihrer bisherigen Schwerpunktsetzung, der Projektfinanzierung, verstärkt solche Programme durchsetzen, die in erster Linie dazu gedacht sind, die Infrastrukturen für exportorientierte Wirtschaftsprojekte und für ausländische Investitionen zu schaffen. Dabei ergibt sich jedoch, ähnlich wie beim privaten Finanzkapital, das Problem der mangelnden Gelegenheiten. Bei der Weltbank bleiben die Ausleihungen weit unter dem geplanten Niveau, beim IWF besteht derzeit sogar die Situation, daß die Rückzahlungen die Neukreditvergabe übersteigen. Deshalb will sie jetzt Geschäftsbanken eine spätere Tilgung von Krediten garantieren, wenn diese zur Finanzierung von Anpassungsprogrammen dienen. Die Rolle der Bundesregierung in der Schuldenkrise läßt sich durch den der-

zeitigen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit charakterisieren. Der CSU-Mann Hans Klein scheint alle Vorstellungen von Souveränität oder sozialen Veränderungen endgültig ad acta gelegt zu haben und sieht Entwicklungshilfe verstärkt unter dem Aspekt, daß sie dazu beizutragen habe, die Welt nach den politischen und wirtschaftlichen Wünschen des hiesigen Kapitals zuzurichten.

Dies machte Klein in einem Spiegel-Interview deutlich. Auf den Vorwurf: „Sie verteilen Entwicklungshilfe nach politischem Gusto, Herr Klein!“ antwortete er: „Es ist doch keine Frage des Westschwanks, sondern einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ... in dem Sinne, sich stärker marktwirtschaftlich zu orientieren... Ich wünsche mir nichts lieber, als in Angola, Mosambik, in Äthiopien, in Nicaragua Verhältnisse zu haben, in denen es Sinn macht, staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu treiben.“⁴

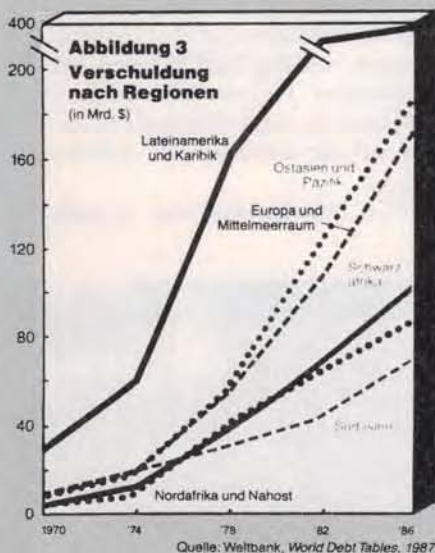
Anmerkungen:

- 1) Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 56. Jahresbericht, Basel 1986, S. 125ff.
- 2) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 19.12.1986
- 3) W. Berger in: Sparkasse, Stuttgart, Nr. 3/1988, S. 123
- 4) Spiegel, Hamburg, 4.1.1988

Ungebremstes Wachstum des Schuldenbergs

Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer sind nach einer ersten Schätzung der Weltbank 1987 um 6,25% auf 1.190 Mrd \$ angewachsen.¹ Trotz Anpassungsanstrengungen hat sich die Lage der meisten Länder in der Dritten Welt seit 1982 weiter verschlechtert. In ihrer Lagebeurteilung befürchtet die Weltbank eine „Periode der Konfrontation zwischen Schuldnern und Gläubigern“.²

Für Weltbankdirektor Jean Baneth, der die „World Debt Tables“ in ihrer jüngsten Auflage für 1987/88 präsentierte, ist dies eine düstere



Bilanz. Sie bedeutet, daß die Schuldner nach fünf Jahren Krisenmanagement noch keine signifikanten Fortschritte zur Wiederankurbelung ihrer Kreditwürdigkeit gemacht haben.

Der Nettokapitalfluß, d.h. die Neukredite, minus Amortisationen, in die 109 Berichtsländer ging von 66,8 Mrd \$ (1982) auf 25,0 Mrd \$ zurück (oder 62,6%). Besonders dramatisch verlief dieser Trend bei den 17 am höchsten verschuldeten Ländern, der sog. „Baker-Gruppe“, in der Hauptsache Lateinamerika, Marokko, Nigeria, Jugoslawien und die Philippinen: Erhielten sie 1982 noch netto 34,6 Mrd \$ an frischen Krediten, so sank das Darlehensvolumen bis 1986 auf nur noch 5,2 Mrd \$ ab. Das entspricht einem Rückgang von 85%.

Die Zinslast der Entwicklungsländer nahm, trotz des rapiden Kreditvergabestopps und der seit 1981 (18,5% Libor-Satz) um zwei Drittel gesunkenen Kreditkosten (1986 6% Libor-Rate)³, um 17,3% zu (von 48,9 Mrd \$ auf 55,6 Mrd \$). Die „Baker-Länder“ zahlten trotz des 85%igen Kreditrückgangs nur 2,4% weniger Zinsen als 1982 (30,0 Mrd \$ statt 30,8 Mrd \$).⁴ Der Grund: Die Gesamtverschuldung der Dritten Welt stieg von 1982 bis 1986 um 245 Mrd \$.⁵ Die „Baker-Gruppe“ hatte seit 1981 einen Schuldenanstieg von 105,7 Mrd \$ zu verzeichnen.⁶

Der Netto-Ressourcentransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurde erneut negativ: Blieben 1982 von den netto geleisteten 66,8 Mrd \$ Krediten abzüglich 48,9 Mrd \$ Zinsen noch 17,8 Mrd \$ in den Schuldnerländern, so wurden sie seit 1983 zu Nettokapi-

talexporturen. 30,6 Mrd \$ flossen allein 1986 in die Gläubigerländer. Der Kapitalexport der „Baker-Länder“ machte dabei allein 24,8 Mrd \$ (oder 81%) der gesamten Kapitalabflüsse aus. Im Zentrum der internationalen Schuldenkrise stehen nach wie vor die hochverschuldeten Länder, die in der Hauptsache in Lateinamerika liegen. Nach einer Kalkulation der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) betrug die Schuldenlast Lateinamerikas 1987 rund 410 Mrd \$.⁷ Neu-Krediten von 37,8 Mrd \$ (1982-88) standen Zahlungsmittelabflüsse (Zinsen und Gewinntransfer) in Höhe von 144 Mrd \$ gegenüber, d.h. ein Nettoexport von Finanzmitteln von 106,3 Mrd \$.⁸ 1987 flossen zwischen 35-40% der Exporterlöse des Subkontinents direkt in den externen Schuldendienst.⁹

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 20.1.1988
- 2) Zit. nach: NZZ, 20.1.1988
- 3) Vgl. Die Zeit, Hamburg, 5.6.1987
- 4) Vgl. NZZ, 20.1.1988
- 5) Vgl. IWF-Tabelle von Ende 1986
- 6) Vgl. Die Zeit, 5.6.1987
- 7) Vgl. Handelsblatt (HB), Düsseldorf, 8.2.1988
- 8) Vgl. Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen, hg. von IMSF und ASK, Frankfurt/M. 1986, S. 16; vgl. auch: CEPAL-Review, Nr. 30, Dezember 1986, S. 69
- 9) Vgl. Frankfurter Rundschau, 15.3.1988

Wege aus der Krise



Protestdemonstration im Hauptschuldnerland Brasilien gegen die Auflagenpolitik des IWF

Seit Ausbruch der Verschuldungskrise macht man sich nicht nur bei Gläubigern, Geschäftsbanken, IWF und Weltbank Gedanken, wie ihre Auswirkungen in den Griff zu bekommen sind. Es wurden auch weltweit alternative Vorschläge erarbeitet, wie die Krise im Interesse der Dritten Welt gelöst werden könnte.

Diese Ansätze, die in deutlichem Gegensatz zum herrschenden Krisenmanagement stehen, reichen von reformistischen Vorschlägen, etwa der hiesigen Sozialdemokratie, bis hin zu radikaleren Konzeptionen, wie sie von Fidel Castro, den GRÜNEN, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, dem ASK und dem BUKO (siehe Dokumentation) vertreten werden.

All diesen Konzeptionen ist gemein, daß sie einen Großteil der Schulden für nicht rückzahlbar erachten, daß sie keine Umwälzung der vorherrschenden Produktionsverhältnisse voraussetzen, und daß von einer Lösung der Schuldenkrise die Menschen in den unterentwickelten und industrialisierten Ländern profitieren würden – wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Unterschiede ergeben sich vor allem darin, wer und inwieweit die Kosten einer Lösung tragen soll, wie weit eine Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems gehen muß und wie die Forderungen

durchgesetzt werden sollen. Schließlich unterschieden sich die Konzeptionen auch hinsichtlich der Frage, ob sie zu einer dauerhaften Lösung der Verschuldungskrise und der Probleme der Unterentwicklung beitragen können und inwieweit sie durchsetzbar sind.

Stellvertretend für sozialdemokratische Positionen wird hier der Antrag der SPD-Fraktion diskutiert, der am 8.10.1987 im Bundestag behandelt wurde (siehe Dokumentation).¹ Er geht davon aus, daß die Verschuldung den sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern, ihre politische Stabilität und das internationale Finanzsystem gefährdet. Um zu einer Lösung der Verschuldungskrise zu kommen, hält er einen Schuldenerlaß für die am wenigsten entwickelten Länder (v.a. jene südlich der Sahara) und eine teilweise Streichung für andere Entwicklungsländer für notwendig. Die verbleibende Auslandsschuld soll umgeschuldet, die Rückzahlungsfristen verlängert und die Zinssätze begrenzt werden. Für den Schuldendienst wird eine Obergrenze als Anteil an den Exporterlösen festgesetzt, der bei höchstens 20% liegen soll.

Im Rahmen dieses Konzepts finden auch Einzelmaßnahmen wie die Übertragung von Gläubigerrechten auf nationale Entwicklungsfonds und die Umwandlung von Kreditforderungen in Beteiligungen ihren Platz. Um eine Lösung in diesem

Sinn zu realisieren, hält die SPD eine internationale Schuldenkonferenz für erforderlich.

Schließlich sollen die Schuldnerländer eine Politik verfolgen, die auf die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen abzielt, und die Gläubigerländer die Absatzchancen von Waren der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt verbessern. Die Möglichkeiten von IWF und Weltbank zur Lösung müßten ebenfalls verbessert werden (Ausrichtung der Aufgabepolitik an den langfristigen Wachstumsbedingungen, Erhöhung ihrer finanziellen Ausstattung, Verbesserung des Stimmrechts der Entwicklungsländer usw.). Die privaten Banken sollen v.a. neue Finanzmittel bereitstellen und auf Zinsen und Tilgungen teilweise verzichten.

Quasi als Sofortprogramm soll die BRD öffentliche Schulden von Fall zu Fall erlassen und auf Tilgungsbeträge aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit verzichten. Schließlich sollen durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt 1 Mrd DM der Weltbanktochter Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) zur Verfügung gestellt werden, bis ein „Internationaler Sonderfonds“ für durch Abrüstung in Ost und West freiwerdende Mittel eingerichtet ist.

Was hier zunächst wie ein Ansatz zur Veränderung aussieht, erweist sich bei näherem Hinsehen als Beitrag zur Stabilisierung der beklagten Verhältnisse. Die Ursachen der Verschuldungskrise werden nicht benannt und folglich fehlen auch Forderungen nach einer grundlegenden Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Der Antrag sieht allenfalls eine Reihe von wünschenswerten Reformen des Weltwirtschaftssystems

**Der SPD-Vorschlag
kann allenfalls eine
Erleichterung der Krise zur
Folge haben, ist aber
leichter durchsetzbar**

vor, die die Hauptprobleme jedoch nicht beseitigen können. Die Notwendigkeit der Rückzahlung der Schulden wird anerkannt, nur soll sie unter günstigeren Bedingungen erfolgen.

Besonders deutlich wird die Ablehnung einer Umstrukturierung der Beziehun-

gen zwischen Dritter Welt und Metropolen auch an Vorschlägen wie der Übertragung von Gläubigerrechten und debt-equity-swaps, die tendenziell auf den Ausverkauf der Dritten Welt hinauslaufen.

Auch die Begrenzung des Schuldendienstes auf 20% der Exporterlöse ist nicht unbedingt im Interesse der Entwicklungsländer. Viele Länder sind nicht einmal in der Lage dies aufzubringen. Da die SPD aber auch die von den Gläubigern diktierte Exportorientierung nicht in Frage stellt, ergibt sich ein weiteres Problem. Damit der Anteil von 20% real möglichst hoch ausfällt, dürften IWF und Gläubiger mit allen Mitteln die Weltmarktintegration und damit den Export der Entwicklungsländer fördern. Damit könnte eine stärkere Binnenorientierung verhindert werden.

Dementsprechend sieht der Antrag bei den flankierenden Maßnahmen vor, daß die Industrieländer den Welthandel beleben sollen und daß die Banken neue Mittel bereitstellen, um der Dritten Welt zunächst einmal wieder auf die Füße zu helfen.

Eine von der SPD geforderte alternative Auflagenpolitik von IWF und Weltbank, die auf der Umgestaltung der Wirtschaft nach demokratischen, sozialen oder ökologischen Kriterien beruht, mag zwar vom Ziel her unterstützenswert sein, von den Methoden her ist sie jedoch fragwürdig.² Warum sollten IWF und Weltbank, die von den westlichen Industrieländern beherrscht werden, plötzlich eine völlige Umkehr der von ihnen in der Vergangenheit vertretenen Programme vollziehen? Die Voraussetzung hierfür wäre eine Veränderung des Stimmrechts in diesen Organisationen nach dem Prinzip „Ein Land – eine Stimme“. Die SPD fordert aber lediglich eine Verbesserung des Stimmrechts – was immer das heißen mag.

Wenn aber der äußere Druck auf diese Institutionen ausreicht, um das Stimmrecht zu verändern und um sie zum Eingeständnis des Bankrotts ihrer Politik zu bewegen, müßte man sich allerdings fragen, warum dann nicht auch die Chance zur Veränderung weltwirtschaftlicher Strukturen genutzt werden soll, anstatt sich mit immanenten Reformen zufriedenzugeben.

Zudem wirft auch eine alternative Konditionalität das Problem auf, daß in die Souveränität eines Staates eingegriffen wird. Selbst die auf den ersten Blick sinnvolle Auflage, den Rüstungshaushalt zu begrenzen, kann sich in ihr Gegenteil verkehren, wenn dies etwa von Nicaragua gefordert wird.

Gerade, weil der SPD-Vorschlag keine grundlegenden Reformen verlangt, besitzt er größere Durchsetzungschancen als die folgenden Vorschläge. Er hat reale

Anknüpfungspunkte mit Konzeptionen aus dem Schuldnerlager, die angesichts der Krise der Dritten Welt ihre Exportchancen schwinden sehen. Dadurch können Widersprüche im herrschenden Krisenmanagement ausgenutzt werden, da es bisher nicht gelungen ist, die Lage in den Griff zu bekommen.

Geringere Durchsetzungschancen dürfte bereits der Vorschlag von Wilhelm Hankel, ehemaliger Chef der Hessischen Landesbank und keynesianischer Währungsspezialist, haben.³ Er setzt sich für eine Streichung der Schulden ein. Seine Grundüberlegung ist, daß Auslandsschulden real immer nur aus Exportüberschüssen getilgt werden können. Ein Schuldendienst im derzeitigen Ausmaß muß bei Gläubigerländern Beschäftigungsrückgänge zur Folge haben. Eine Schuldentilgung sei aus volks- und weltwirtschaftlichen Gründen nicht zu verantworten.

Nach Hankel müssen die Kredite, die die Dritte Welt erhalten hat, als das begriffen werden, was sie ihrer Funktion nach sind, nämlich Entwicklungshilfe. Daher

**Die Forderung nach
Schuldenstreichung ist für
die GRÜNEN der erste Schritt für
den Einstieg in eine Neue
Weltwirtschaftsordnung**

sollte der Schuldendienst für eine gewisse Zeit von den Entwicklungshilfebudgets der Industrieländer übernommen werden. Außerdem sollen die Banken auf die Eintreibung der Schulden verzichten, die sie bereits abgeschrieben haben. Hankel beziffert die damit erreichbare jährliche Entschuldung auf jeweils 50 Mrd \$.

Die Schulden sollen nicht erlassen werden. Vielmehr soll der Schuldendienst in einheimischer Währung an die eigene Regierung bzw. deren Entwicklungsbank in einen nationalen „Gegenwertfonds“ eingebracht werden.

Die Gegenwertfonds könnten die Grundlage für einen funktionsfähigen nationalen Kapitalmarkt bilden und die finanzielle Abhängigkeit der Entwicklungsländer verringern. Ein „Lernschock“ der Dritten Welt würde eine zukünftige Wiederholung der Verschuldungskrise verhindern.

Etwas spärlich erscheinen hier die Maßnahmen zur zukünftigen Verhinderung von Verschuldungskrisen. Hankel hat jedoch an anderer Stelle auch für eine stärkere Kontrolle der Eurogeldmärkte und damit der Aktivitäten der transnationalen Banken plädiert.

Ob es tatsächlich so etwas wie einen Lernschock gegeben hat, der zur freiwilligen Begrenzung der Kreditaufnahme



führt, kann trefflich bezweifelt werden, da diejenigen, die über Entwicklungspfade und Wirtschaftsprozesse entscheiden, nicht Leidtragende im eigentlichen Sinne sind bzw. waren. Sieht man mal vom Plädoyer gegen eine exportorientierte Entwicklung ab, kommen Vorschläge für eine Reform der Weltwirtschaft in Richtung auf eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO), die wahrscheinlich ein weit effektiveres Mittel zur zukünftigen Verhinderung von Verschuldungskrisen wären als eine freiwillige Selbstbeschränkung, zu kurz.

Bleibt als reale Entlastung nur der Verzicht der Banken auf die Forderungen, die sie bereits abgeschrieben haben. Diese werden sich dann in Zukunft hüten, weitere Forderungen abzuschreiben, zumal die Entwicklungshilfe den Schuldendienst übernehmen soll. Konkret heißt dies, daß die Dritte Welt keine Entwicklungshilfe mehr erhält, dafür aber den gesamten Schuldendienst, den sie ohnehin nicht aufbringen kann, für die eigene Entwicklung verwendet.

Was die Folgen einer Schuldenrückzahlung angeht, vertritt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe) ähnliche Positionen, wobei ihre Lösungsvorschläge jedoch weit realistischer erscheinen (siehe Dokumentation).⁴ Sie geht davon aus, daß die Schulden nicht zu bedienen sind, da dies jährliche Leistungsbilanzüberschüsse in Höhe von 160 Mrd \$ erfordern würde, denen gleich hohe Defizite in den Industrieländern gegenüber stehen würden. Dies würde die Entwicklung der Dritten Welt hemmen und hierzulande beschäftigungs- und wachstumsdämpfend wirken. Gegenüber den gegenwärtigen Fall-zu-Fall-Lösungen schlägt die Memo-Gruppe eine multilaterale Regelung der Schuldenkrise vor, die in ein international ausgehandeltes Gesamtkonzept eingebettet wird, das mindestens die folgenden Punkte umfaßt: Die öffentlich vergebene Kredite werden weitgehend gestrichen, wobei die Kosten die Entwicklungshilfeetats der Gläubigerländer zu tragen hätten. Im Gegensatz zum Hankel-Vorschlag sollen diese jedoch entsprechend aufgestockt werden.

Die Entschuldung privater Kredite wird

von einer neu einzurichtenden internationalen Organisation übernehmen. Diese Organisation würde die Forderungen der Privatbanken mit einem Abschlag von 50% erwerben. Die Refinanzierung der Bankforderungen erfolgt durch Wertpapiere, die in Form unverzinslicher Zwangsanleihen durch jene Personen und Unternehmen in den Entwicklungsländern erworben werden müssen, welche Auslandsvermögen in den Gläubigerländern halten. Die beträchtlichen Kapitalfluchtgelder sollen vorrangig zur Lösung der Verschuldungskrise eingesetzt werden.

Durch diese Maßnahmen würden die Schulden auf etwa 240 Mrd \$ und der Schuldendienst auf ca. 24 Mrd \$ jährlich verringert werden. Die Teilnahme an diesem Entschuldungsplan soll erst möglich sein, wenn vom betreffenden Land die UN-Menschenrechtscharta eingehalten wird.

Die Reduzierung des Schuldendienstes stellt nach Meinung der Memo-Gruppe zwar für die Lösung der Krise eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dar, da damit zukünftigen Verschuldungskrisen keineswegs vorgebeugt würde. Dafür müssen die hohen Leistungsbilanzüberschüsse einiger Industrieländer abgebaut und die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen neu reguliert werden, um zu einer Stabilisierung der Rohstoff- und Agrarpreise zu kommen.

Der auch weiterhin hohe Bedarf an neuen Krediten für den Aufbau eines Investitionsgütersektors soll ausschließlich aus öffentlichen Quellen stammen. Projektbezogene Auflagen, die eine sinnvolle investive bzw. soziale Verwendung der Kredite sicherstellen, sollen zusammen mit demokratischen Institutionen des Schuldnerlandes erarbeitet werden. Obwohl dieses Konzept sicherlich die Schuldenkrise und auch die Entwicklungsprobleme einer Lösung näher bringen würde, bleiben einige Fragen offen. Der Vorschlag enthält keine Hinweise darauf, wie die Forderungen durchgesetzt werden können. Außerdem wird nicht erklärt, wie die Aufstockung der Entwicklungshilfeeats zur Bedienung der öffentlichen Schulden finanziert werden soll.

Problematisch sind aber auch einige darin enthaltene Punkte. Dazu gehört die Koppelung von Teilnahme am Entschuldungsplan und Einhaltung der UN-Menschenrechtscharta. Natürlich wäre die Einhaltung der Menschenrechte durch Dritte-Welt-Regierungen ein großer Fortschritt. Doch wer soll bewerten, welches Entwicklungsland bis zu welchem Grad die UN-Charta eingehalten hat?

Diese Art von Koppelung weist einen weiteren Mangel auf. Sie beinhaltet

nämlich die Drohung, die zur Not auch wahrgemacht werden müßte, die Entwicklungsländer nicht am Entschuldungsplan teilnehmen zu lassen und auf die Schuldenstreichungen zu verzichten. Dem liegt offensichtlich die falsche Vorstellung zugrunde, daß die Nichtgewährung der Streichung die herrschenden Klassen selbst treffe. Da aber die Kosten von Anpassung und Krise auf die Bevölkerung überwälzbar sind, würden sich deren Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Damit hätte sich der humanistische Anspruch dieses Konzepts in sein Gegenteil verkehrt.⁵

Die Entscheidung, ob ein Land von der Entschuldung ausgenommen wird, sollte deshalb den dort lebenden Menschen und ihren demokratischen Organisationen vorbehalten werden. Nur in Fällen wie Südafrika, wo die Opposition eindeutig Wirtschaftssanktionen fordert, sollte auf eine Schuldenstreichung verzichtet werden.

Um zu verhindern, daß volksfeindliche Regimes in der Dritten Welt von einer Entschuldung profitieren, wäre es sinnvoller, die Befreiungskräfte in den jeweiligen Ländern stärker zu unterstützen, wie dies etwa von den GRÜNEN vorgeschlagen wird.⁷

In einem Antrag, den sie dem Bundestag unterbreitet haben, plädieren sie für eine umfassende Streichung der Schulden, da diese zu einer Überlebensfrage für breite Schichten der Bevölkerung geworden sei. Zielpunkt für eine alternative Lösungsstrategie ist hier die Befriedigung der Grundbedürfnisse der armen Schichten.

Um Alternativen zum herrschenden Schuldenmanagement durchzusetzen, ist auch in den Metropolen eine breite Mobilisierung notwendig

Die Streichung der Schulden sei für die Banken über ihre hohen Gewinne und Abschreibungen finanzierbar. Falls der Staat einspringen muß, soll dies nur gegen die Überlassung von Kontroll- und Eigentumsrechten durch die Banken geschehen. Die öffentliche Hand könnte die Streichung durch entsprechende Kürzungen im Rüstungsbudget leicht verkraften.

Diese Forderung bedeutet nach Ansicht des grünen Abgeordneten Ludger Vollmer (siehe Dokumentation) nur eine Chance, nicht aber die Gewißheit, daß sich nach der Überwindung der Krise eine grundbedürfnis- und binnenmarkt-orientierte Art des Wirtschaftens durchsetzt.⁷ Zum anderen zielt der Vorschlag zunächst auf die Überwindung einer besonderen Art internationaler Ausbeu-

tung – des finanzpolitischen Neokolonialismus – ab.

Unberührt bleiben die „normalen“ kapitalistischen Ausbeutungsformen. Für die GRÜNEN ist deshalb die Schuldenstreichung ein strategischer Ansatzpunkt zur Veränderung weltwirtschaftlicher Strukturen in Richtung auf eine Neue Weltwirtschaftsordnung.

„Die Schulden“, so Vollmer, „sollen (also) global nach einem einheitlichen Muster umfassend gestrichen werden, wobei länderspezifische Varianten möglich sein sollen.“ Der globale Ansatz bedeutet nach seiner Ansicht immanent, daß die von den Industrieländern kontrollierte Weltwirtschaft nachteilig für alle Entwicklungsländer ist. Durch die umfassende Schuldenstreichung wendet er sich gleichzeitig gegen die herrschende Methode, erst dann Zugeständnisse zu machen, wenn alle Erpressungsmethoden ausgereizt sind. Er setzt somit die Notwendigkeit der Streichung eines Großteils der Schulden voraus. Die Streichung bildet die Ausgangsprämisse von Verhandlungen, der sich andere Elemente flankierend bei- und unterordnen. Bei der Streichung der Schulden soll aber ein politisch festzulegender Restbetrag offenbleiben, der nicht ohne weiteres mitgestrichen wird. Dieser Punkt zielt auf die Mitschuld zahlreicher Dritte-Welt-Regierungen an der Verschärfung der Krise.

Vordringlich für eine solche Lösungsstrategie erscheinen den GRÜNEN ein sofortiges Moratorium, eine internationale Entschuldungskonferenz, die unter gleichberechtigter Teilnahme die Modalitäten für eine Streichung festlegt, eine Reform des IWF hin zum Prinzip „ein Land – eine Stimme“ und die Dezentralisierung der Weltbank. Beide sollen schließlich einen eigenständigen binnenorientierten Entwicklungsweg fördern.⁸

Die Strategie beinhaltet laut Vollmer die Umkehr der Entwicklungsrichtung von maximaler Weltmarktintegration hin zu einer Binnenmarktintegration und zu regionaler wirtschaftlicher Integration. Die zum Aufbau einer tragfähigen Industriestruktur benötigten externen Mittel wären geringer als heute, da ein Teil des Schuldendienstes investiert werden könnte. Der Rest müßte als Kompensation für die jahrhundertlange Ausbeutung aus den Industrieländern kommen. Die Mittel könnten durch Abrüstung leicht finanziert werden.

Ob eine Schuldenstreichung durchgesetzt werden kann und die sich daraus ergebenden Chancen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der Dritten Welt und für eine NIWO genutzt werden können, hängt laut Vollmer von den Kräfteverhältnissen in den Entwicklungs- und Industrieländern und

denen auf internationaler Ebene ab. Vollmer, der es versteht, seine Forderung nach globaler Schuldenstreichung gegen Kritik von rechts und links zu verteidigen, und der die Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Oppositionskräfte weltweit betont, versäumt es jedoch, genauer den Nutzen herauszuarbeiten, den die Menschen in den Metropolen von einer Schuldenstreichung haben. Dies ist notwendig, um breitere Kreise für den Kampf gegen die jetzige Verschuldungspolitik zu gewinnen.

Obwohl der kubanische Staatschef Fidel Castro bei seinen Vorschlägen zur Lösung der Verschuldungskrise von den Interessen der Dritten Welt ausgeht, hat er zwei wichtige Punkte ausgemacht, wieso eine umfassende Schuldenstreichung auch im Interesse der Einwohner der Metropolen ist (siehe Dokumentation).⁹ Durch ihre Finanzierung über den Rüstungshaushalt würde der Frieden sicherer. Außerdem würden dann die Importe der Dritten Welt steigen und damit Ar-

schlag". Dieser nichtlegitime Schuldenanteil beziffert den durch Wucherzinsen entstandenen Zuwachs sowie den durch die künstliche Aufwertung des Dollar hervorgerufenen Teil. Eine globale Neuverhandlung der Schulden auf Regierungsebene – womit der politische Charakter der Verschuldungskrise herausgestrichen wird – muß dahingehend geführt werden, daß ersterer bezahlt, letzterer annulliert wird.

Nach Castro müßten und könnten die Verluste nicht nur aus Rücklagen und Gewinnen der Banken finanziert werden, ohne daß das internationale Finanzsystem in Mitleidenschaft gezogen würde, sondern auch durch eine Kürzung der Militärausgaben um 12%. Damit würde zudem die Grundlage für eine neue internationale Entspannungsphase geschaffen. Mittel- und langfristig müßte eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung geschaffen werden, damit nicht die alten Verschuldungsmechanismen wieder einsetzten. Ebenso wie bei Vollmer soll in einer NIWO der IWF beibehalten, jedoch grundlegend reformiert werden.

Ob der von Castro vorgeschlagene Weg durchsetzbar ist, (dies gilt für die Vorschläge der Memo-Gruppe und der GRÜNEN), hängt nicht nur von den internen Kräfteverhältnissen in den Entwicklungsländern selbst und der breiten Mobilisierung für eine alternative Wirtschaftspolitik ab. Es hängt auch ab von der Vereinheitlichung der Lösungsvorstellungen unter den einzelnen Entwicklungsländern.

Schließlich müßte sich eine solche Strategie zwischenimperialistische Widersprüche und Differenzen, wie sie etwa zwischen US- und europäischen Kapitalen bestehen, zunutze machen. Nicht zuletzt hat dieser Vorschlag eine weltpolitische Dimension. Er erfordert nämlich die globale Verringerung von Vernichtungskapazitäten, die ein erster Schritt zu einer vollständigen Abrüstung in Ost und West darstellen könnte.¹⁰

Vorschläge wie die von Castro, Vollmer und teilweise auch der Memo-Gruppe sehen in einer radikalen Entschuldung, die vor allem auf Kosten der Banken und der Rüstungshaushalte gehen soll, den Einstieg in eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Perspektive ist ein Kapitalismus, der ohne Neokolonialismus auskommen müßte. Aus diesen Gründen sind sie auch schwer durchsetzbar, obwohl sie unabdingbar sind für eine Lösung der Verschuldungskrise.

Nicht nur hier, sondern auch in den Ländern der Dritten Welt müßten die Bewegungen, die für eine solche Perspektive eintreten, eine weit größere Kraft erlangen. So wird z.B. zwar in Lateinamerika die Forderung nach Schulden-

streichung und Ablehnung der IWF-Politik von Linksparteien und Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen erhoben, jedoch hat deren Kraft bisher nicht ausgereicht, ihre jeweiligen Regierungen zu kollektiver Gegenwehr zu drängen. Zwischenlösungen, wie sie etwa in Peru praktiziert oder von der SPD vorgeschlagen werden, haben somit größere Realisierungschancen.

Aber auch sie werden nur durchzusetzen sein, wenn hier entsprechender Druck ausgeübt wird und die Gegenkräfte in der Dritten Welt unterstützt werden. Dazu ist es jedoch notwendig, daß unterschiedliche soziale Bewegungen – Gewerkschaften, Friedensbewegung, Ökologie-, Frauen- und Solidaritätsbewegung – stärker zusammenarbeiten. Voraussetzung ist, daß die Betroffenheit der Metropolen durch die Schuldenkrise und die Vorteile, die sich bei einer Lösung ergeben würden, genauer analysiert werden. Die verschiedenen Lösungsvorschläge krankten vor allem daran, daß bisher kaum Analysen über die Zusammenhänge zwischen ökologischer Zerstörung und Verschuldung, zwischen Abrüstung und Entschuldung sowie über die Auswirkungen einer Schuldenstreichung auf die Entwicklungsländer und die Metropolen vorliegen.

Eine Präzisierung der alternativen Konzepte in diesen Punkten könnte zur Stärkung und Vereinheitlichung der Bewegung gegen die Verschuldungs- und IWF-Politik beitragen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Antrag der Abgeordneten Hauchler u.a. und der SPD-Fraktion in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/826, 17.9.1987
- 2) Vgl. L. Vollmer, Schulden streichen! Plädoyer für einen strategischen Schritt zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 149-168, hier S. 159f.
- 3) Vgl. W. Hankel, Schulden streichen, bevor der Kessel platzt, in: Der Gewerkschafter, Köln, Nr. 10/1987
- 4) Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '88. Im Abschwung: Gegensteuern statt Steuerreform – Alternativen der Wirtschaftspolitik. Kurzfassung, Bremen 1988, S. 7-8
- 5) Vgl. L. Vollmer, Die Schulden streichen! ebd.
- 6) Vgl. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Bundesdeutsche Beiträge zu Lösungsansätzen für die internationale Verschuldungskrise, in: Deutscher Bundestag. 11. Wahlperiode, Drucksache 11/893, 6.10.1987
- 7) Vgl. L. Vollmer, Die Schulden streichen! ebd.
- 8) Vgl. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, ebd.
- 9) F. Castro, Die Verschuldungskrise der Weltwirtschaft und die aufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken, in: Leviathan, Opladen, Nr. 4/1985
- 10) Vgl. D. Boris, in: D. Boris u.a., Schuldenkrise und Dritte Welt, Köln 1987, S. 49



beitsplätze in den entwickelten Ländern gesichert.

Castro hat nachgewiesen, daß die Bedienung der Schulden der Dritten Welt schon rechnerisch und ökonomisch unmöglich ist. Sie von ihren hauptsächlichen Entstehungsmomenten her zu legitimieren und ihre Eintreibung durch die Gläubigerländer sei nicht zuletzt völlig unmoralisch, da dies das Elend breiter Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt vergrößern würde. Die Rückzahlung der Schulden beinhaltet einen mehrjährigen einseitigen Ressourcentransfer aus den Entwicklungsländern in die kapitalistischen Industrieländer, der negative Auswirkungen auf den Welthandel haben müsse.

Castro unterteilt die Schulden in einen legitimen Betrag und einen – weit größeren – nicht zu legitimierenden „Zu-

Alternativen zur Schuldenkrise

Wilhelm Hankel

Die Entwicklungshilfe soll den Schuldendienst übernehmen

Dr. Wilhelm Hankel, ehemaliger Präsident der Hessischen Landesbank, hat einen Vorschlag zur Lösung der Schuldenkrise unterbreitet, der im wesentlichen eine Entschuldung über den Entwicklungshilfshaushalt und die Abschreibungen der Banken vorsieht. Im folgenden Interview erläutert er sein Konzept.

FRAGE: Über 1000 Milliarden Dollar Auslandsschulden der Dritten Welt, eine Eins mit zwölf Nullen, einfach streichen – wie kann das im Interesse der Gläubigerländer liegen?

W. HANKEL: Das ist eine sehr einfache Überlegung, die noch nicht einmal viel mit Selbstlosigkeit zu tun hat. Man muß sich nur an die ökonomischen Gesetze erinnern.

Schulden von Nation zu Nation lassen sich nur über Exportüberschüsse tilgen. Wenn jetzt von der Dritten Welt in unvorstellbarem Maße Schuldendienst verlangt wird, heißt das: Sie soll Exportüberschüsse in dieser Höhe erzielen. Wenn wir darauf beharren, daß die Dritte Welt ihre Schulden bezahlt, müßten wir nicht nur auf eigene Exportüberschüsse verzichten, sondern auch auf Arbeitsplätze in allen Produktionsbereichen, in denen die Dritte Welt liefern kann oder könnte. (...)

FRAGE: Wenn die Dritte Welt die Schulden nicht begleicht – wer übernimmt die gigantische Zeche?

W. HANKEL: Ich habe vorgeschlagen, daß die öffentliche Entwicklungshilfe für eine begrenzte Zeit den Schuldendienst übernimmt, statt immer neue Projekte in den Sand der Entwicklungsländer zu setzen, was ja doch so etwas wie Industrieförderung für die Erste Welt darstellt.

FRAGE: Dadurch würden die Außenstände der Banken erst einmal wieder sicher.

W. HANKEL: Das hätte nicht nur segensreiche Folgen für die Bankwelt, sondern auch für die Weltwirtschaft. Die in den internationalen Zinsen verpackten Risikozuschläge fielen weg, und wir hätten mit einem Schlag die Möglichkeit, das Weltzinsniveau zu senken.

FRAGE: Und die Banken sollen ungeschoren aus dem von ihnen mitverursachten Desaster hervorgehen?

W. HANKEL: Wenn die Entwicklungshilfe auf diese Weise zu einer Art Hilfe für die Gläubigerbanken wird, dann sollen die dafür auch etwas zahlen, und zwar mindestens diejenigen Kredite, die sie bereits abgeschlossen haben. Viele Banken – besonders in Deutschland – schreiben ja notleidende Kredite an die Dritte Welt zu Lasten des Fiskus, also der Steuerzahler, ab. (...)

FRAGE: Würden die so beschafften Mittel zur Entschuldung der Dritten Welt ausreichen?

W. HANKEL: Die Weltentwicklungshilfe hat seit Jahren ziemlich konstant ein Nominalvolumen von etwa 50 Milliarden Dollar. Wenn ich dazu noch einmal 50 Milliarden nehme, die

die Banken aus ihren abgeschriebenen, also bereits voll finanzierten Forderungen einschließen, kämen wir auf ein ganz beachtliches Entschuldungsprogramm mit einem Jahresvolumen von 100 Milliarden Dollar. Das deckt ziemlich genau den Schuldendienst, den die Dritte Welt inzwischen allein bei den Privatbanken zu leisten hat.

FRAGE: Wenn die Entwicklungshilfe voll in den Schuldendienst flösse, wäre die Dritte Welt zwar entlastet. Aber neues Geld käme dort dann nicht mehr an.

W. HANKEL: Um hier einen Ersatz zu schaffen, habe ich vorgeschlagen, nach dem Muster des Marshall-Plans zu verfahren, der ja ein hervorragendes Modell zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Das heißt: Die Entwicklungshilfe soll den Devisentransfer an die Banken übernehmen, aber der Schuldner im Entwicklungsland, der früher irgendwann den Kredit erhalten hat, soll seine Schulden nicht erlassen bekommen. Er soll Zins und Tilgung nur nicht mehr an die Gläubigerbank im Ausland zahlen, sondern an die eigene Regierung oder deren Entwicklungsbank.

FRAGE: Was soll mit diesem Geld geschehen?

W. HANKEL: Damit ließen sich nationale Entwicklungsbudgets speisen, aus denen die Regierungen der Dritten Welt eine inländische Währung finanzierte Aufbauarbeit leisten könnten. (...)

FRAGE: Die entschuldeten Länder wären wieder kreditwürdig. Wie wollen Sie sicherstellen, daß dann nicht alles von vorn beginnt?

W. HANKEL: Dieses alte Schuldenspiel darf sich nie wiederholen. Aber ich glaube, die Drit-

te Welt hat einen Lernschock erlebt. Außerdem gehört zu dem Modell der Entschuldung neben der Gegenwertbildung noch ein zweites Element: Die Dritte Welt müßte als Gegenleistung dafür, daß ihr die Schulden abgenommen werden, bereit sein, ihren Schuldenstand künftig zu begrenzen.

Das ist die Lehre aus der Schuldenkrise, und ich meine, daß die Dritte Welt heute mehr Verständnis hat für eine solche Kontrollbestimmung als vor der Krise.

FRAGE: Ihr Entschuldungsmodell würde bedeuten, daß die meisten Entwicklungsländer eine völlig andere Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik betreiben müßten, als es heute mit Hilfe und auch auf Druck des Westens geschieht.

W. HANKEL: Ja, ich würde sagen: eine wesentlich vernünftigeren Politik. Denn dadurch, daß die Entwicklungshilfe in Devisen gegeben wurde, ist in fast allen Entwicklungsländern ein Drall zu devisenaufwendigen Investitionen entstanden.

Es ist sehr fraglich, ob das richtig und vernünftig war. Es war schon immer falsch zu glauben, daß Entwicklung mit Weltmarktintegration beginne. Unsere eigene Entwicklung zeigt, daß keines der heutigen Industrieländer sich vom Export her entwickelt hat. Alle haben erst einmal Binnenwirtschaften aufbauen müssen. Erst als unsere Binnenproduktion größer wurde, als wir selbst zu Hause aufnehmen konnten, wurden wir zu Exportnationen.

In der Dritten Welt verhält es sich kein bißchen anders. Sie muß sich von innen her entwickeln, sie muß leistungsfähige Binnenmärkte aufbauen. Und sie darf auch nicht durch die Schuldenkrise dazu gezwungen werden, Exportüberschüsse zu machen. Eigentlich steht dahinter etwas ganz Schreckliches, nämlich der Zugriff auf die Ressourcen der Dritten Welt, die ihr durch die herrschende Schuldendienst-Philosophie weggenommen und den Kreditgläubigern nutzbar gemacht werden. (...)

(Quelle: Der Gewerkschafter, Köln, Nr. 10/1987)

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Wege zur Lösung der internationalen Schuldenkrise

In ihrem diesjährigen Memorandum '88 unterbreitet die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auch einen Vorschlag zur Lösung der Schuldenkrise. Wir dokumentieren den entsprechenden Abschnitt (Nr. 9) der Kurzfassung des Memorandums.

Dringend erforderlich ist eine Initiative der Bundesrepublik zur Lösung der internationalen Schuldenkrise. Eine vollständige Bedienung der Auslandsschulden durch die hochverschuldeten Entwicklungsländer ist nicht zu erwarten und würde die Weltwirtschaft auf lange Sicht belasten.

Die Entwicklungsländer müßten hierzu jährliche Leistungsbilanzüberschüsse von ca. 160 Mrd US-Dollar erzielen. Ein solcher Ressourcenabfluß aus den Schuldnerländern, wie er durch die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds gegenwärtig erzwungen wird, ist sozial nicht vertretbar und aus entwicklungspolitischer Sicht absurd. Während in den hochentwickelten Industrieländern Exportüberschüsse einkommens- und beschäftigungsfördernd wirken, behindern sie in den Entwicklungsländern den Entwicklungsprozeß. Statt die knappen Produktionskapazitäten und das relativ geringe Potential qualifizierter Arbeitskräfte für den Ausbau der nationalen

Produktions- und Infrastruktur und für die Verbesserung der inneren Güterversorgung nutzen zu können, müßten diese Länder ihre Waren auf überfüllten Märkten in den Industrieländern verschleudern und den Devisenerlös an die Gläubigerbanken abführen.

Umgekehrt müßten die Gläubigerländer über Jahrzehnte hohe wachstumdämpfende Importüberschüsse im Handel mit den Entwicklungsländern hinnehmen, bei gleichzeitig un- ausgelasteten Produktionskapazitäten im Inneren. Große Teile der Welt würden mit dieser Strategie der wirtschaftlichen Stagnation und sozialen Verelendung preisgeben. Dies hätte verheerende Wirkungen für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Weltwirtschaft und bedeutete eine langfristige Hypothek für den Welthandel.

Eine Rückzahlung und Bedienung der Schulden wäre somit zum Nachteil sowohl der Schuldner- als auch der Gläubigerländer. Dies wird zunehmend auch von seiten einiger Regierungen und von Teilen der Gläubigerbanken erkannt. Erste praktische Konsequenzen hieraus wurden z.B. im sogenannten „Mexiko-Deal“ gezogen. Solange es jedoch bei solchen Fall-zu-Fall-Lösungen bleibt, durch die jeweils nur die akutesten Problemfälle angegangen werden, muß mit einem langfristigen „Dahinschwelen“ der Schuldenkrise mit negativen Auswirkungen für die Weltwirtschaft gerechnet werden.

Erforderlich ist demgegenüber eine multilaterale Regelung der Schuldenkrise im Rahmen eines international ausgehandelten Gesamtkonzepts, das im wesentlichen folgende Punkte enthalten muß:

- Öffentlich vergebene Kredite an die Entwicklungsländer müssen weitgehend gestrichen werden. Die Kosten tragen die Entwicklungshilfeeinheiten der Gläubigerländer, die entsprechend aufzustocken sind.
- Die Entschuldung von privat vergebenen Krediten wird einer neu einzurichtenden internationalen Organisation übertragen. Das Verhalten der Vertreter der Regierungen in dieser Institution wird unmittelbar von den nationalen Parlamenten kontrolliert.
- Diese internationale Organisation erwirbt alle gegenüber den Entwicklungsländern bestehenden Forderungen der Privatbanken. Diese geben ihre Forderungen mit einem Abschlag ab, der ca. 50% des ursprünglichen Buchwertes beträgt.
- Die Refinanzierung der Bankenforderungen (bei einem Abschlag von 50% sind das ca. 270 Mrd \$) erfolgt durch die Ausgabe von Wertpapieren. Diese Papiere sind vorrangig in Form von unverzinslichen Zwangsanleihen durch jene Personen bzw. Unternehmen in den Schuldnerländern zu erwerben, die Auslandsvermögen in den Gläubigerländern halten. Vor allem infolge von Kapitalflucht ist z.B. das Auslandsvermögen Lateinamerikas auf ca. 200 Mrd \$ angewachsen, bei ca. 400 Mrd \$ Schulden. Diese Mittel müssen vorrangig zur Lösung der Schuldenkrise mobilisiert werden.
- Durch diese und einige weitere Maßnahmen reduzieren sich die Verbindlichkeiten der Entwicklungsländer auf ca. 240 Mrd \$. Der erforderliche Schuldendienst hierauf dürfte die Größenordnung von 24 Mrd \$ nicht überschreiten und für die meisten Schuldnerländer finanzierbar sein.
- Die Teilnahme eines Schuldnerlandes an diesem Entschuldungsplan setzt voraus, daß die UN-Menschenrechtscharta eingehalten wird. Andere Bedingungen, wie sie z.B. bisher vom Internationalen Währungsfonds gestellt werden, sind nicht zulässig.
- Die drastische Reduzierung der Schuldenlast der Entwicklungsländer stellt eine notwendige Voraussetzung für die Einleitung eines neuen Entwicklungsprozesses dar. Dieser muß mit

Maßnahmen verbunden werden, die zukünftig das Entstehen einer neuen Verschuldungskrise verhindern. Die wichtigsten Ursachen dieser Krise liegen in weltwirtschaftlichen Fehlentwicklungen (u.a. drastische Schwankungen von Rohstoffpreisen, Wechselkursen und Zinsen, Protektionismus der Industrieländer), die von den einzelnen Entwicklungsländern nicht zu beeinflussen waren.

Eine Beendigung der Politik der hohen Leistungsbilanzüberschüsse — hier sind insbesondere die Bundesrepublik und Japan gefordert — und eine Neuregulierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems sind zentrale Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der Entwicklungsländer und der Weltwirtschaft insgesamt. Notwendig ist zudem eine Stabilisierung der Rohstoff- und Agrarpreise (Ausgleichsfonds) und ein Abbau von Handelshemmnissen für Produkte aus den Entwicklungsländern insbesondere im Rahmen der EG. Dies soll nicht der Förderung von Exportoffensiven der Entwicklungsländer dienen, sondern ihnen eine längerfristige Kalkulation und Absicherung ihrer Exporterlöse ermöglichen.

Damit werden die Voraussetzungen für eine kontrollierte Einbindung dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung verbessert. Dabei können für die Mehrzahl der Entwicklungslän-

der Exporte nur ein begrenztes Mittel zur Finanzierung einer inneren Entwicklung darstellen. Die sozialen Verhältnisse im Inneren erfordern vor allem eine Versorgung mit Gütern zur Befriedigung von Grundbedürfnissen (Stärkung der inneren Absorption). Hinzu kommt ein erheblicher Importbedarf bei Investitionsgütern. Deshalb ist auch langfristig mit Handelsbilanzdefiziten und damit Bedarf an neuen Krediten zu rechnen.

Eine wesentliche Lehre aus der gegenwärtigen Verschuldungskrise ist, daß diese Neukredite zukünftig ausschließlich aus öffentlichen, möglichst internationalen Finanzquellen stammen und mit festen und niedrigen (subventionierten) Zinsen ausgestattet sein müssen. Auflagen, die eine allgemeine Steuerung der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Kreditnehmerländer beinhalten, sind dabei unzulässig. Projektbezogene Auflagen hingegen, die eine sinnvolle investive, infrastrukturelle bzw. soziale Verwendung der Kredite gewährleisten, müssen in Zusammenarbeit mit demokratischen Institutionen des Schuldnerlandes erarbeitet werden.

(Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '88. Im Abschwung: Gegensteuern statt Steuerreform — Alternativen der Wirtschaftspolitik. Kurzfassung, Bremen 1988, S. 7-8)

SPD-Bundestagsfraktion

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen verändern

Im Rahmen einer Bundestagsdebatte am 8.10.1987 über die Verschuldungskrise hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem Lösungsvorschläge unterbreitet wurden. Wir dokumentieren ihn in Auszügen.

Die Verschuldung der Dritten Welt hat sich zu einer globalen Herausforderung entwickelt. Sie belastet die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, beeinträchtigt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in vielen Ländern des Südens und gefährdet das internationale Finanzsystem. (...)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit der Europäischen Gemeinschaft die Initiative zu ergreifen, um unverzüglich Grundzüge zur Lösung der Schuldenkrise zu vereinbaren. Dazu gehören:

- Erlaß der Schulden für am wenigsten entwickelte Länder, vor allem der südlich der Sahara gelegenen, sowie — in besonders begründeten Fällen — ein teilweiser Erlaß der Schulden anderer Entwicklungsländer.
- Umschuldung der noch verbleibenden Auslandsschuld der Dritten Welt durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen; (...)
- Einführung einer Obergrenze der Zinssätze ggfs. auch unterhalb des jeweiligen Marktzins für die Schulden der Entwicklungsländer; (...)
- Festlegung einer festen oberen Grenze für den Anteil der Exporterlöse, der für den Schuldendienst verwendet werden soll. Diese obere Grenze sollte in Anlehnung an die noch in den 70er Jahren typische Relation bei höchstens 20% der Exporterlöse liegen;
- Wahlmöglichkeiten für die Schuldnerländer, ihre Verbindlichkeiten in anderen als den ursprünglich vereinbarten Währungen zu erfüllen (z.B. ECU anstelle von US-Dollar). (...)

Im Rahmen eines solchen umfassenden Konzeptes können auch Einzelmaßnahmen wie die Übertragung von Gläubigerrechten auf nationale Entwicklungsfonds, die Umwandlung von Kreditforderungen in Beteiligungen, die Umwandlung von kurzfristigen Forderungen in langfristig verbrieftete Schuldtitel usw. hilfreich sein.

Der beste Weg zur Realisierung eines umfassenden Konzeptes zur Lösung der Schuldenkrise ist eine internationale Schuldenkonferenz. An ihr sollten neben den Schuldner- und Gläubigerstaaten die Gläubigerbanken, der IWF, die Entwicklungsbanken sowie der Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen teilnehmen. Dessenungeachtet müssen wirksamere institutionelle Voraussetzungen für eine Lösung der Schuldenkrise geschaffen werden.

II. Die Schuldnerländer sollten eine Politik verfolgen, die die Einhaltung der Umschuldungsabkommen sichert. Die Abkommen müssen die Erfüllung der Grundbedürfnisse der betroffenen Menschen und die Entwicklungsnotwendigkeiten der jeweiligen Länder berücksichtigen. Den Entwicklungsländern sollen keine Bedingungen gestellt werden, mit denen letztlich die Freiheit des Schuldnerlandes eingeschränkt würde, über sein Wirtschaftssystem selbst zu entscheiden. Die notwendigen Effizienz-Kriterien müssen jedoch beachtet werden. (...)

Die Schuldnerländer sollten auch Maßnahmen ergreifen, um soziale Mindeststandards einzuführen und Rüstungsausgaben zu begrenzen. (...)

Erhebliche Probleme sind der Kapitalexport und die Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern. Eine wirtschaftliche Erholung in den Entwicklungsländern würde von selbst zu einem teilweisen Rückfluß von Kapital führen. Den Entwicklungsländern fällt die Aufgabe zu, dafür durch ihre Wirtschaftspolitik die Voraus-

setzungen zu schaffen. Sie müssen zugleich durch geeignete gesetzliche Maßnahmen die Kapitalflucht bekämpfen. Die Gläubigerländer müssen diese Maßnahmen unterstützen.

III. Die Gläubigerländer sollten durch eine ökologisch untermauerte und sozial vertragliche Wachstumsstrategie zur Belebung des Welthandels beitragen. Dadurch würden sich auch die Absatzchancen der Entwicklungsländer verbessern. Darüber hinaus müssen sie ihre Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer, vor allem auch auf den Sektoren der verarbeiteten und landwirtschaftlichen Produkte, öffnen und Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise unterstützen. (...) Die Gläubigerländer sollten die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit steigern... (...)

IV. Die Möglichkeiten von IWF, Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken zur Lösung der Schuldenkrise beizutragen, müssen gestärkt werden. Dazu gehören insbesondere:

- Der IWF muß bei seiner Auflagenpolitik die Verbesserung der langfristigen Wachstumsbedingungen und damit die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung in den Mittelpunkt stellen. Die Auflagen des IWF müssen sozial verträglich sein;

- der IWF muß stärker als bisher die Politik der Gläubigerländer in seine Kontrolle einbeziehen;

- die Rüstungshaushalte der Schuldnerländer müssen stärker als bisher in die Auflagenpolitik des IWF einbezogen werden;

- die finanzielle Ausstattung von Weltbank, Internationaler Entwicklungsorganisation (IDA) und der regionalen Entwicklungsbanken ist zu erweitern.

Das Stimmrecht der Entwicklungsländer in diesen internationalen Institutionen ist zu verbessern.

V. Die privaten Kreditinstitute müssen ihr finanzielles Engagement zur Lösung der Schuldenkrise verstärken. (...)

VI. Wenn diese Maßnahmen nicht nur eine akute Krise abwenden, sondern langfristig dazu beitragen sollen, das internationale Verschuldungsproblem zu lösen, so müssen die finanzpolitischen und technischen Vorkehrungen durch eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der entwicklungspolitischen Strategie flankiert werden. (...)

Die zukünftige Zahlungs- und Kreditfähigkeit der Schuldner hinsichtlich der alten Schulden wie auch neuer Kredite wird nur zu erreichen sein, wenn die bisherigen strukturellen Nachteile der Entwicklungsländer abgebaut wer-

den. Dies erfordert nicht nur ein Überdenken der Formen der Hilfe, sondern auch eine Verbesserung der Handelsbedingungen für die Dritte Welt. (...)

Letzten Endes muß ein langfristiger Werttransfer von Norden nach Süden in Gang kommen, der nicht allein an der kurzfristigen Rentabilität einzelner Maßnahmen ansetzt, sondern auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz von Wirtschaftspotential, -strukturen und -prozessen in den Entwicklungsländern ausgerichtet ist. Dazu gehören vor allen Dingen ein höheres Know-how, mehr Unternehmens- und Markteffizienz, Ausbau der Infrastruktur und effektivere Verwaltung.

Bei der Vergabe neuer Kredite sollte im Unterschied zu der Praxis der 70er und 80er Jahre von realistischen Wachstums- und Rentabilitätsmaßnahmen ausgegangen werden. Die Zinsen und die Tilgungsfristen sind entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Entwicklungslandes festzusetzen. Neue Finanzmittel müssen in produktive Verwendungen und nicht in ein finanzielles Recycling von Forderungen gesteckt werden.

VII. Unabhängig von den erforderlichen internationalen Vereinbarungen zur Lösung der Schuldenkrise soll die Bundesrepublik Deutschland jetzt schon folgende Maßnahmen ergreifen:

- Die Bundesregierung soll von der jetzt schon haushaltsrechtlich bestehenden Möglichkeit, über den Kreis der ärmsten Länder (LDC) hinaus öffentliche Schulden von Fall zu Fall zu erlassen, entschiedener Gebrauch machen und dies auch in die Verhandlungen des Pariser Clubs entsprechend einbringen.

- Die Rückflüsse aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit (FZ) in den Bundeshaushalt sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Tilgungsbeträge und die Zinsen aus Darlehen sollen nach Prüfung im Einzelfalle erlassen oder nationalen Entwicklungsfonds der betreffenden Länder zur Förderung von vereinbarten Vorhaben zugeführt werden.

- Entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ sollen durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt Mittel in Höhe von 1 Mrd DM in einen Nationalen Fonds der Bundesrepublik eingebracht werden, der der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA zur Verfügung gestellt wird, solange der im „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ vorgesehene Internationale Sonderfonds, in den durch Abrüstung in Ost und West freierwerdende Mittel fließen sollen, noch nicht errichtet ist.

(Quelle: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/826, 17.9.1987)

ASK

Was kann getan werden?

In einem zum Start der IWF-Kampagne erstellten Informationsblatt bezieht das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK) Detailpositionen zu seinen Lösungsvorstellungen in Sachen Schuldenkrise.

Die Schulden der Dritten Welt sind unbezahlbar. Darin sind sich Experten und Politiker einig, von Helmut Schmidt bis Fidel Castro. Umstritten ist nur, wer die Kosten der Krisenbereinigung tragen soll. Ob die Probleme auf Kosten oder zum Nutzen der Mehrheit gelöst werden, hängt deshalb auch von unserem eigenen Handeln ab!

Klar ist: Lösungen im Interesse von Mehrheiten können nicht von einer Politik erwartet werden, die auf Hochrüstung, wirtschaftlicher Abhängigkeit und Ausbeutung, sozialer Ungerechtigkeit und politischer Erpressung gegründet ist. Solche Lösungen sind nur möglich, wenn überkommene Privilegien und Diskriminierungen zugunsten von mehr Gleichheit und gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen Völkern und Staaten überwunden werden. Was innerhalb einzelner Länder als erstrebenswert gilt, muß auch international durchgesetzt werden: Notwendig ist deshalb eine umfassende Demokratisierung der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Die von den Entwicklungsländern seit Jahren geforderte Neue Weltwirtschafts-

AIB-Sonderhefte



3-4/1987: Südliches Afrika



1/1988: Mittelamerika



2/1988: Korea

Preis: 2,50 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte im Heft benutzen!

ordnung wäre ein Schritt in diese Richtung. Doch ohne eine Streichung der Auslandsschulden müssen solche Perspektiven auf Dauer eine Illusion bleiben. Die Forderung nach einem globalen Schuldenerlaß gewinnt deshalb bei immer mehr Menschen an Popularität und Unterstützung.

● Globaler Schuldenerlaß bedeutet: Im Unterschied zu der bislang vorherrschenden Fall-zu-Fall-Praxis, bei der die Entwicklungsländer gegeneinander ausgespielt werden, muß die Schuldenfrage auf politischem Wege geklärt, d.h. global neu ausgehandelt werden. Als einziges universell anerkanntes Forum kommt dafür die UNO in Frage; nur hier können die Entwicklungsländer ihre Interessen gleichberechtigt in die Waagschale werfen.

● Die Zinssätze müssen wieder auf das Niveau der siebziger Jahre zurückgeführt werden. Das ist auch mit Blick auf die Neubestimmung der Auslandsschuld und die Unterscheidung von „legitimen“ und „illegitimen“ Schulden unverzichtbar.

● Der IWF und die Weltbank dürfen nicht länger als ordnungspolitische Interventions- und Erpressungsinstrumente gegen die Ent-

wicklungsländer benutzt werden. Ihre Doktrinen müssen revidiert, ihre Strukturen nach dem Prinzip „Ein Land – eine Stimme“ gründlich demokratisiert werden.

● Um eine Abwälzung der Kosten der unabdingbaren „Entschuldung“ auf die Bevölkerung in den Industriestaaten zu verhindern, sind diese aus eingesparten Rüstungsausgaben zu finanzieren. Der begonnene Abrüstungsprozess muß also auch aus diesem Grund energisch vorangetrieben werden. Die dabei freierwerbenden Finanzmittel sind für Entwicklungszwecke einzusetzen.

Die Verwirklichung solcher Vorstellungen wird bislang durch ein Machtkartell aus privaten Großbanken, Regierungen und internationalen Finanzorganisationen blockiert. Notwendig ist deshalb politischer Druck von unten, in Industrieländern ebenso wie in Entwicklungsländern. Nur wenn immer mehr Menschen begreifen, daß Fragen der Weltwirtschaftsordnung nicht nur eine Angelegenheit für Verhandlungen auf höchster Ebene sind, sondern ihre ureigensten Interessen berühren, können die überfälligen Veränderungen durchgesetzt werden.

wollten gar keine Schuldenstreichung, weil sie damit ihre Kreditwürdigkeit und so den Zugang zu neuen Krediten verlören. Dieser Einwand widerlegt sich selber, gibt er doch selbst den Grund für den vorgeblichen Verzicht der Entwicklungsländer an. Solange einem einzelnen Land Schulden gestrichen werden, führt dies tatsächlich zum Verlust der Kreditwürdigkeit. Das Bild sieht aber völlig anders aus, wenn es zu globalen Erlassen kommt. (...)

Die Behauptung der Konservativen, durch Schuldenstreichung belohne man die schlechten Schuldner und bestrafe indirekt und demotiviere die guten, ist abwegig. Sie unterstellt, daß Zahlungsrückstände reiner Bössartigkeit geschuldet seien. Und sie unterstellt, daß gute Schuldner immer gute bleiben. Für beides gibt es keine Belege. (...)

Das Lieblingsthema der Konservativen, aber auch angeblich Fortschrittlicher, ist die Kapitalflucht. Sie ist, zugegeben, ein wichtiges Element beim Zustandekommen der immensen Schulden gewesen, auch wenn die Höhe überhaupt nicht zu beziffern ist. Die von interessierter Seite vorgelegten Zahlen krankten mindestens daran, daß aus ihnen nicht hervorgeht, welche Gelder im einfachen, normalen, unanstoßigen Geschäftsverkehr ins Ausland gingen und welche spekulativ und zwecks eigener Bereicherung per Flucht transferiert wurden. Es gibt einen zweiten Haken: Warum wollen ausgerechnet diejenigen, die den als Marktwirtschaft bezeichneten Kapitalismus zur globalen Ordnungsform erklären wollen, anderen verbieten, sich genau entsprechend den kapitalistischen Maximen zu verhalten. Nämlich Gelder genau dort anzulegen, wo sie bei möglichst niedrigem Risiko maximale Rendite bringen. (...)

Und dann fragen die Konservativen, wer denn alles bezahlen soll, wenn die Banken ihrer Forderungen verlustig gingen. Hierauf kann es nur eine Antwort geben. Wenn das wirtschaftspolitische Credo der Konservativen gelten soll: „Wem das Risiko – dem der Gewinn“, muß auch umgekehrt klar sein: „Wem der Gewinn – dem das Risiko.“ Seit dem Börsencrash vom Oktober 1987 wissen wir, daß das Finanzsystem – mag man es begrüßen oder nicht – eine drastische Kapitalvernichtung nicht nur aushält, sondern hin und wieder geradezu sucht. Allein in den ersten beiden Tagen des Crashes wurden 1000 Mrd \$ vernichtet, exakt die Summe, mit der die „Dritte Welt“ verschuldet ist. Eine Schuldenstreichung dürfte eine erheblich konstruktivere Form der Kapitalvernichtung sein als der unregelmäßige Zusammenbruch spekulativ angehäufter Geldpyramiden. (...)

Ein mögliches Szenario – völlig utopisch?

Der in der Diskussion entwickelte Bedingungsrahmen für eine Schuldenstreichung muß operationalisiert werden. Es wäre z.B. folgendes grobe Rahmenszenario denkbar:

Ab sofort wird ein Moratorium für die Rückzahlung von Krediten und Zinsen beschlossen. Es wird eine internationale Entschuldungskonferenz einberufen, in der gleichberechtigter Gläubiger- und Schuldnerländer, Regierung und Opposition, Banken und IWF vertreten sind.

Die Vertretungen der Industrieländer gestehen ein, daß ihre aggressive Wirtschafts- und Finanzpolitik die Verschuldung wesentlich mit verschuldet hat. Man einigt sich darauf, diese Mitschuld mit einem hohen Prozentsatz an den gesamten Auslandsschulden der „Dritten Welt“ anzusetzen. Die Industrieländer erklären einen sofortigen Forderungsverzicht in dieser Höhe. Sie tragen das Problem der Verteilung der Kosten dieser Teilstreichung in ihre innenpolitische Diskussion.

Die Entwicklungsländerregierungen akzeptie-

Ludger Vollmer

Die Schulden streichen!

Ludger Vollmer, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN, sieht als Voraussetzung für eine Lösung der Schuldenkrise eine globale und umfassende Streichung der Schulden. Im folgenden Beitrag erläutert er die Notwendigkeit dieser Forderung.

So absurd kann die Realität sein: Ausgerechnet diejenigen, die wirklich überhaupt keine Schuld an der Verschuldung trifft, die armen Bevölkerungsschichten der „Dritten Welt“, sind die TrägerInnen von Last und Leiden. Deshalb kann jemand, der sich rigoros auf den Interessenstandpunkt dieser Menschen stellt, als Alternative zum herrschenden Krisenmanagement nur fordern: Die Schulden müssen umfassend gestrichen werden! (...)

Die Forderung nach globaler, umfassender Schuldenstreichung hat zwei Grenzen. Zunächst einmal bedeutet sie nur die Chance, nicht aber die Gewißheit, daß sich nach Überwindung der zugespitzten Krise in den „Dritte-Welt-Ländern“ eine grundbedürfnis- und binnensorientierte Wirtschaftsweise durchsetzen kann. (...)

Abgesehen von diesem Problem kann die Schuldenstreichung auch ein zweites nicht endgültig lösen. Sie beseitigt nur eine besondere Möglichkeit der Ausbeutung. Aber auch wenn diese Auswüchse des finanzpolitischen Neokolonialismus beseitigt sind, bleibt der ganz normale Kapitalismus, der über Handel und Direktinvestitionen dafür sorgt, daß die Armen ärmer und die Reichen reicher werden. Die Forderung nach Schuldenstreichung kann also nur der Einstieg in eine erneute umfassende Diskussion weltwirtschaftlicher Strukturen sein, die zu der erweiterten Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung führen muß.

In diesem Sinne aber ist die Forderung nach Streichung der Schulden ein zentraler strategischer Ansatz. Die Opposition darf sich nicht damit begnügen, einerseits Universalforderungen wie weltweite Abschaffung des Kapitalismus aufzustellen und andererseits an alternativen Detailkonzepten zum Umbau der bestehenden Institutionen zu basteln. Sie muß dort

mit Vorschlägen und Forderungen gezielt eingreifen, wo gerade an einer wichtigen strategischen Einzelfrage ein objektiver Entscheidungsbedarf besteht. Dies ist bei der Schuldenfrage der Fall. (...)

Diese Forderung unterscheidet sich sehr deutlich von dem Fall-zu-Fall-Ansatz des herrschenden Managements. Der hier vertretene globale Ansatz impliziert, daß die Industrieländer zugeben müssen, daß die von ihnen kontrollierten weltwirtschaftlichen Zusammenhänge für alle Entwicklungsländer gleichermaßen nachteilig sind. (...)

Die Forderung, Schulden umfassend zu streichen, wendet sich gegen die herrschende Methode, erst dann Abstriche an den Verbindlichkeiten zuzulassen, wenn alle Methoden der Erpressung ausgereizt sind. (...)

Der Begriff der umfassenden Streichung läßt einen politisch zu diskutierenden und festzulegenden Restbetrag offen, der nicht oder nicht ohne weiteres gestrichen wird. Dies reflektiert darauf, daß tatsächlich zahlreiche Entwicklungsländerregierungen eine deutliche Mitschuld an der Zuspitzung der Krise trifft. Korruption, Kapitalflucht, Waffenkäufe, hemmungslose Bereicherung sind nicht zu unterschätzende Größen. (...)

Während die Streichung der Schulden, also ein Verzicht von Seiten der Industrieländer, neue Entwicklungschancen eröffnet, ist die Frage, ob die Chancen auch wirklich im Sinne der Armutsbekämpfung genutzt werden, im wesentlichen abhängig von den Kräfteverhältnissen im betroffenen Land. Nur wenn demokratische, emanzipatorische Kräfte sich durchsetzen können, dürfte sich etwas Grundlegendes ändern. Gleichzeitig müssen fundamentale Strukturveränderungen in den Industrieländern vorgenommen werden, wenn von dort nicht wiederum Impulse ausgehen sollen, die erneut in dieselbe Misere führen. (...)

Kritik von rechts

Gegen den von konservativer Seite erhobenen Haupteinwand, die Probleme der Entwicklungsländer seien hausgemacht, wurde schon hinreichend argumentiert. Ein weiterer Einwand ist, die Entwicklungsländer selbst

ren, daß der Restbetrag ihrer Mißwirtschaft geschuldet ist. Sie bitten trotzdem auch um Erlaß eines Großteils dieses Betrages, weil sie nicht in der Lage sind, ihn zurückzuzahlen, sich aber von der Last der Zahlungsverpflichtungen lösen wollen, um die Entwicklung ihrer Länder endlich neu beginnen zu können. Die Industrieländer erklären sich grundsätzlich zu weiteren Forderungsverzichten bereit, wollen aber Sicherheiten für die Versprechungen der Schuldnerregierungen.

Es wird gemeinsam ein Plan entwickelt, wie Zug um Zug ein weiterer Teilschuldenerlaß und eine weitere Demokratisierung von Politik und Wirtschaft im Schuldnerland organisiert werden kann.

Die Konferenzteilnehmer werden sich einig, daß ein Rückfall in die Misere verhindert werden müsse. Sie akzeptieren deshalb erstens die prioritäre Orientierung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer auf die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedarfsmitteln. Die Industrieländer sagen zu diesem Zweck eine Ausweitung ihrer Entwicklungshilfeleistungen zu. Zweitens verständigen sie sich auf ein Recycling von Fluchtkapital. Unproduktive Ausgaben in den Entwicklungsländern für Kriegsgüter sollen drastisch gedrosselt werden; die Industrieländer verzichten völlig auf Waffenexporte.

Beide Seiten werden sich einig, daß die wirtschaftlichen Strukturen einer tiefgreifenden Neuordnung bedürfen, die in anderen Gremien forciert diskutiert werden muß. Die Neuordnung betrifft alle Felder der Finanz- und Währungs-, der Handels- und Investitionspolitik, die nach Kriterien von Solidarität und Gerechtigkeit ausgerichtet werden müssen. Auf der Nicht-Regierungsebene intensiviert sich der Austausch zwischen den emanzipatorischen Strömungen in Süd und Nord.

Umkehr der Entwicklungsrichtung – in Süd und Nord

Natürlich ist dieses Szenario unvollständig und reine Vision. Aber es bewegt sich auf der Ebene mittlerer Reichweite, auf der sich am ehesten die Kräfte organisieren lassen, die solchen Forderungen Nachdruck verleihen können.

Wo das Konzept der Schuldenstreichung Auswirkungen auf unsere Lebenssituation hat, ist das deutlich herauszuarbeiten. Falsche Verbrüderungen oder Verschwisterungen sind fehl am Platze. Eine Schuldenstreichung würde wahrscheinlich zu einem Anstieg der Weltmarktpreise für Produkte aus der „Dritten Welt“ führen. (...)

Doch dürfte die Schuldenstreichung auch Vorteile für eine Umgestaltung unserer eigenen Wirtschaftsstruktur mit sich bringen. Denn gleichzeitig würde das Investitionsklima für Firmen in der „Dritten Welt“ und damit die Verlagerung von Produktionsstätten unattraktiver. So mancher Betrieb würde hierbleiben – arbeitsplatzsichernd und im Einflußbereich der Gewerkschaften. Und nicht zuletzt würde sich wegen der teurer werdenden Rohstoffe die Notwendigkeit einer Ressourcen schonenden Produktion erhöhen. (...)

Ökologische und soziale Umbauprogramme für unser Wirtschaftssystem gewinnen an Realitätsgehalt.

Dies alles bedeutet nicht – wie manchmal fälschlicherweise unterstellt wird – eine Abkopplung vom Weltmarkt. Weder für die Entwicklungsländer, noch für die Bundesrepublik. Aber die Entwicklungsrichtung würde sich von maximaler Weltmarktintegration zu ihrer Minimierung umkehren. (...)

In der Anfangsphase, wenn Investitionsgüter importiert werden müssen und erweiterte Reproduktion noch nicht erreicht ist, mit der die

Importe finanziert werden könnten, wird eine Finanzierung durch zufließendes Geld nötig. Das Ausmaß wäre aber geringer als heute, weil das Geld, das heute für den Schuldendienst exportiert wird, im Lande selbst investiert werden könnte. Der Rest muß durch drastisch erhöhte Zuschüsse aus den Industrieländern finanziert werden. (...)

Auch ohne Bezug auf die „Dritte Welt“ ist Abrüstung ein lohnendes Ziel. Die freiwerdenden Gelder könnten der „Dritten Welt“ geschenkt werden. Der Zweck müßte aber eindeutig darin bestehen, eigenständige Entwicklungswege zu fördern, d.h. den Umbau der jeweiligen Volkswirtschaften mit dem Ziel von Grundbedarfssicherung, Armutsbekämpfung und Importsubstitution zu finanzieren.

Ob sich der reale politische Prozeß in eine

solche Richtung bewegen wird, ist einzig und allein von der Kraft der internationalen Oppositionskräfte abhängig, nicht zuletzt von den Kräfteverhältnissen in den Industrieländern selber. Hier gilt es, die kritische Öffentlichkeit zu einer starken Lobby zu organisieren. Dies ist der Ansatzpunkt, an dem die Interessen der verschiedenen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik nicht mehr nur theoretisch und moralisch aufeinander verwiesen sind. Die Schuldenkrise ist auch ein Medium, über das die Interdependenz von Ökologie und Ökonomie, Entwicklung und Frieden weltweit begriffen werden kann.

(Quelle: E. Altwater/R. Bunzenthal/W. Hankel u.a., Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 149-168)

Fidel Castro

Entschuldung durch Abrüstung

In mehreren Interviews und Reden hat das kubanische Staatsoberhaupt Fidel Castro in den letzten Jahren gefordert, als Ausweg aus der Schuldenkrise die Schulden zu annullieren. Im hier dokumentierten Interview, das der brasilianische Journalist Joelmir Beting führte, erläutert er die Details seines Vorschlags.

FRAGE: Ökonomen sagen, daß die Weltwirtschaftskrise der 80er Jahre schlimmer als die der 30er Jahre sei...

F. CASTRO: Es ist notwendig, folgendes ganz klar zu sagen: Wir leben im 3. Weltkrieg, einem Wirtschaftskrieg. Es handelt sich um einen nicht-erklärten Krieg; es ist der Krieg der Wucherzinsen, des Preisverfalls und des ungleichen Austauschs. (...)

Die ferngesteuerten Raketen der Zinssätze und Terms of Trade töten bislang Millionen von Menschen in der ausgeplünderten Welt. Sie bringen sie um durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Als wäre dieses Massaker der Schulden und des Handels nicht genug, werden die verschuldeten Länder auch noch zusätzlich von außen durch wirtschaftliche „Kurskorrekturen“ zu einer Rezession gezwungen, genau so, wie wenn ein Arzt mit den besten Absichten einen mageren Patienten zwängt, eine Abmagerungskur zu machen.

FRAGE: Ist der Arzt in diesem Beispiel der IWF?

F. CASTRO: Der IWF selbst – als Entscheidungszentrum von Regierungen und nicht von Banken – verdient es, gerettet zu werden. Aber die Methoden, Doktrinen und Statuten müssen revidiert werden. Sonst wird er weiterhin für die Krankheit der armen Länder die Medikamente anwenden, die zur Heilung der Grippe und Allergien der reichen Länder taugen. (...)

FRAGE: Das Defizit (Handelsdefizit der USA; d. Red.) fördert den Protektionismus, und die Schranken der Protektion unterscheiden nicht zwischen Gläubigerländern und Schuldnerländern, zwischen reich und arm, zwischen überschüssig und defizitär. Alles verkehrt, oder nicht?

F. CASTRO: Alles verkehrt, ja. Wir haben dagegen hier in Kuba ein bewährtes Modell entwickelt, das es in bezug auf die Auslandsverschuldung ermöglicht, zwischen einem legitimen und einem nichtlegitimen Teil der Verschuldung Kubas, Brasiliens und ganz Lateinamerikas zu unterscheiden.

Beispiel: Im letzten Jahr hat Lateinamerika insgesamt 70 Mrd \$ an die Gläubigerländer

zahlen müssen. Nach einer detaillierten Bewertung der Rechnung, die wir zahlen sollen, haben die Gläubiger einen legitimen Gesamtbetrag von 25 Mrd \$ und einen nicht-legitimen Zuschlag von 45 Mrd \$ zurückerhalten. Dabei verstehen wir unter nicht-legitimer Schuld den durch Wucherzinsen entstandenen Zuwachs. (...)

Zudem sollen wir uns mit Verlusten aus dem Außenhandel abfinden, die die Gläubigerländer den Schuldnerländern durch den scheinbar unschuldigen Mechanismus des freien Marktes aufbürden. (...)

FRAGE: (...) Wo liegt der politische Ausweg aus der Sackgasse der Verschuldung?

F. CASTRO: In einer globalen Neuverhandlung auf Regierungsebene – in einer Neuverhandlung, die politisch bei der Unterscheidung zwischen legitimer und nicht-legitimer Schuld beginnen muß. Erstere muß bezahlt, letztere annulliert werden. (...)

FRAGE: Sehr gut! Durch einen magischen Zaubertrick würde die Welt plötzlich, unterstützt von der UNO, zu einem Gipfeltreffen nach Genf oder zum Vatikan gehen, um über das Projekt endgültig abzustimmen. Die nicht-legitime Schuld würde annulliert, Lateinamerika unterließe in den nächsten 12 Monaten die Zahlungen von sagen wir 50 Mrd \$... Und der anschließende massenhafte Zusammenbruch der Banken?

F. CASTRO: Liegt das Problem beim Bankrott der Banken? Nun gut, wir werden die Banken retten. Die nicht einzubringende Schuld der Dritten Welt würde mit Billigung der jeweiligen Parlamente von den Regierungen übernommen und in jährliche Ratenzahlungen umgewandelt, finanziert durch folgende einfache Haushaltstransfusion: Ein kleiner Teil des Militärhaushalts würde in das Finanzsystem eingebracht, den Grundpfeiler des Kapitalismus und das Fundament selbst der nationalen Sicherheit.

FRAGE: Würden auch die Schuldnerländer, einschließlich Kuba, vergleichbare Kürzungen bei ihren Militärausgaben vornehmen?

F. CASTRO: Bei einem Szenarium, wo innere Umstrukturierung mit äußerer Entspannung einhergeht, ja.

FRAGE: Da jedoch die Gläubigerländer die Zinsen diktieren und die Preise festlegen, wird dann der Ausweg aus der Schuldenkrise nicht eher ein einseitiges Moratorium sein, um nicht Zahlungsverweigerung zu sagen? Und dann folgen die Repressalien?

F. CASTRO: Moratorium oder Zahlungsverweigerung, dies sind die letzten Auswege. Die

Alternativen einer Neuverhandlung müssen vollkommen ausgeschöpft werden. Oder sind wir keine souveränen Staaten?

Auch Repressalien ziehen nicht. Man verkräftet kommerzielle, finanzielle oder politische Repressalien eines oder mehrerer Gläubigerländer gegenüber einem isolierten Schuldnerland; aber nicht gegenüber allen Schuldnern. Die Industriestaaten benötigen unsere Rohstoffe und unsere Waren. Die transnationalen Firmen sind nicht zufällig transnational: Sie haben die Ökonomien der Schuldnerländer entsprechend durchdrungen, und es ist wichtig, diese strategische Gegebenheit nicht aus den Augen zu verlieren.

Insbesondere Europa und Japan hängen von der Dritten Welt ab, das fängt schon bei der Tasse Kakao oder beim Orangensaft an, die die Europäer und Japaner morgens trinken.

FRAGE: Wo liegt unter ökonomischen Aspekten der Vorteil der Gläubiger bei einem Nachlaß der Schulden der Dritten Welt?

F. CASTRO: In der Neuordnung der Ökonomien der Verschuldeten. Dies würde für die Industrieländer die Wiederherstellung der Wirtschaften bedeuten, die sie mit Rohstoffen versorgen, sowie einen größeren Handel mit den sich entwickelnden Ländern (die wieder zu wachsen beginnen würden) und eine Ausweitung der Geschäfte der Multinationals mit den aktuellen Schuldnern, den Kapital- und Technologieimporteuren. Lateinamerika könnte doppelt soviel wie jetzt auf dem amerikanischen Markt kaufen. Dies würde helfen, die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten – die größte politische Unannehmlichkeit der Reaganomics – zu reduzieren.

Nach meinen Berechnungen würde die Kaufkraft der Dritten Welt auf den europäischen, japanischen und amerikanischen Märkten in den nächsten 12 Jahren um fast 100 Mrd \$ zunehmen. Ein nicht zu verachtender Betrag.

FRAGE: Eine von den Banken erträumte Summe, legitim oder nicht. Wie wäre die Reaktion der Banken?

F. CASTRO: Die eines Vogels Strauß. Sie wollen bislang nicht in die Korrektur des Systems investieren. Sie glauben von sich, Passagiere eines anderen Bootes oder Bewohner eines anderen Planeten zu sein.

Nun, wir stellen uns nicht den Zusammenbruch der Banken vor, wir haben vielmehr die Absicht – wenn auch auf indirektem Weg – die Banken zu retten. Erstens müssen sie daher von den Regierungen, d.h. von den Steuerzahlern, die nicht-legitime Schuld – die durch ein internationales Übereinkommen annulliert werden würde – zurückerhalten. Mit einer Kürzung von nur 10 oder 12% der extensiven Militärausgaben würde dies ohne Steuererhöhungen bezahlbar sein. Und zweitens bedeutet der Frieden in der Zinsfrage auch Frieden in der Frage der ferngesteuerten Raketen. Ein Zehntel der Militärausgaben würde die Grundlage für eine internationale Entspannung schaffen.

FRAGE: Die Angelegenheit würde sich also durch eine einfache mathematische Operation erledigen lassen?

F. CASTRO: Das fast Tragikomische der Verschuldung liegt genau darin: Es ist ganz einfach eine rechnerische Verdrehung, die heute das Leben von mehr als einem Drittel der Menschheit zur Hölle macht. Die Lösung ist genauso einfach. Aber die einfachen Dinge werden nicht ernstgenommen.

Mit dem von mir gemachten Vorschlag werden wir gegen die schreckliche Allianz der Bankiers und Generäle anrennen müssen. Erstere wollen die Spielregeln nicht ändern und letztere wollen die Rechnungen nicht bezahlen.

(Quelle: Leviathan, Opladen, Heft 4/1985, S. 546ff.)

Rezension

Neuerscheinungen zur Schuldenkrise

Besondere politische Ereignisse werfen in der Regel auf dem Büchermarkt ihre Schatten voraus. Dies ist bei der kommenden Jahrestagung von IWF und Weltbank in West-Berlin nicht anders. Gegenwärtig prägnantestes Beispiel dafür ist:

Elmar Altvater/Kurt Hübner/Jochen Lorentzen/Raul Rojas (Hg.), Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Rotbuch-Verlag, West-Berlin 1987, 298 Seiten, 28 DM,

das explizit einen Versuch darstellt, Material für die Diskussion über die Schuldenkrise, ihre Lösungsmodelle und die Zukunft der Weltwirtschaft zu liefern. Nach einer Einführung über Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise folgen Beiträge über das internationale Schuldenkrisenmanagement, den Funktionswandel von IWF und Weltbank sowie über die Rolle der USA und der BRD in der Schuldenkrise.

Während C. Dziobek die binnenwirtschaftlichen Auswirkungen der Schuldenkrise auf den größten Schuldner der Welt und Umdenkungsversuche in den USA analysiert, sieht A. Schubert die BRD als Krisengewinnler, der durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse zur Verschärfung der Krise beiträgt. U. Menzel untersucht die ökonomische Schwerpunktverlagerung und langfristige Umorientierung der US-Wirtschaft vom atlantischen Raum nach Südostasien und Japan hin, das inzwischen zur größten Gläubigernation geworden ist. Da die USA ihre Führungsrolle nicht mehr allein finanzieren können, müßten sie in immer stärkerem Ausmaß auf Japan zurückgreifen. Neben der NATO sei das Land zum zweiten tragenden Pfeiler der US-Globalstrategie geworden.

Über die sich verschlechternde Stellung der Dritten Welt in der internationalen Arbeitsteilung machen sich Fröbel/Heinrichs/Kreye Gedanken. Gut dargestellt werden von D. Mezger und G. Junne die Ursachen des langfristigen Niedergangs der terms-of-trade für die Entwicklungsländer. Der Ausverkauf der Bodenschätze und die kompensationslose Vernichtung nichterneuerbarer mineralischer Rohstoffe erweisen sich in der Schuldenfalle als Sackgasse. Die Agrarexporte können nicht mit dem Preisverfall mithalten, weil für ihn strukturelle Ursachen verantwortlich sind. Eine dauerhafte Steigerung des Preisniveaus ist damit nahezu ausgeschlossen. Da für viele Länder landwirtschaftliche Exportprodukte die einzige Devisenquelle seien, müßten sie sich immer wieder verschulden, falls die Konzentration auf diese Produkte nicht durchbrochen würde.

Der Frage nach den Alternativen gehen W. Hein und T. Mutter mit einem Überblick über die neue entwicklungspolitische Diskussion nach. Die einzigen Hoffnungsschimmer in diesem etwas resignativen Aufsatz stellen für die Autoren eine gemischte Wirtschaft à la Nicaragua sowie Konzepte einer „moral economy“ dar. Das wichtigste Ziel sei die Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse. Auf der Suche nach neuen Wegen aus der Krise ist auch T. Hurtienne. Er versucht, eine konkrete Utopie für Entwicklung zu entwerfen und plädiert für demokratische Reformen, die die Überwindung der Strukturdefizite der Entwicklungsländer zum Ziel haben. Im Teil B finden sich schließlich 11 Länderbeispiele, die

unterschiedliche Ursachen, Verlaufsformen, Ausmaße und Folgen der Verschuldung verdeutlichen.

Die bereits früher vertretene These, daß die kontraktive Kreditpolitik der USA ein Schlüsselement der Verschuldungskrise sei und die Länder der Dritten Welt durch IWF-Programme für den Imperialismus sturmreif gemacht würden, versucht Herbert Schui, **Die Schuldenfalle. Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, 182 Seiten, 14,80 DM**

mit Zahlen, Statements und interessanten Hintergrundinformationen zu belegen. Seine Hauptthese: Die US-Zinspolitik ist eine bewußte Strategie. Die Schulden werden als Waffe eingesetzt, um den Ausverkauf der Dritten Welt zu erzwingen und soziale Reformen zu vereiteln. Nach Schui liegt der US-Politik eine wohlgedachte Gesamtstrategie zugrunde, deren Ziel die Verbesserung der Operationsmöglichkeiten der bedeutendsten US-Finanz- und Industriegruppen ist. Denn diese konnten durch die Hochzinspolitik ihre Marktanteile ausweiten und ihre Expansionsmöglichkeiten auf dem US-Markt verbessern, wohingegen kleinere Kapitale ruiniert wurden.

Die durch die hohen Zinsen ausgelösten Fälle von Zahlungsunfähigkeit seien in Feuerwehreaktionen von Gläubigerbanken, Regierungen, IWF, BIZ so reguliert worden, daß es in den Entwicklungsländern zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise kam. Die lokalen Unternehmen wurden ruiniert bzw. geschwächt und stünden für einen geringen Preis zur Übernahme durch transnationale Konzerne bereit. Gesetzliche Regelungen, die dies verhinderten, würden beseitigt. Diese Art struktureller An-

ELMAR ALTWATER
KURT HÜBNER
JOCHEN LORENTZEN
RAUL ROJAS (HG.)
ROTBUCH-VERLAG

**DIE ARMUT
DER NATIONEN**
HANDBUCH ZUR SCHULDENKRISE
VON ▲ ARGENTINIEN BIS ▼ ZAIRE

passung würde mit Weltbankkrediten belohnt oder sei Bedingung für neue Umschuldungen. Im Zusammenhang mit dem Schuldenmanagement spricht Schui von „organisierter Kapitalvernichtung und gründlich vorbereiteter und betreuter Plazierung von Kapital im Bereich von Produktion und Kredit“. Mittel und Ziele der Politik seien so ausgelegt, daß „das Big Business den Prozeß der Durchsetzung seiner endgültigen Vorteile“ schadlos übersteht. Verlierer seien kleine Kapitale, die abhängig Beschäftigten, die Armen und natürlich die Länder der Dritten Welt.

In diesem anregenden und materialreichen Buch erscheint die Verarbeitung der Schulden-

Räume sich überlagernde Schichten dar, die die Unterscheidung zwischen internen und externen Faktoren hinfällig mache. Da der Weltmarkt nicht außerhalb der nationalen Produktionsräume existiere, sondern als Bewegungsform des Kapitals in Ihnen, reproduzieren sich die Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten und Krisen zwar von Land zu Land und von Region zu Region unterschiedlich, aber dennoch notwendig auf nationaler und regionaler Ebene. Die Region sei somit der eigentliche Ort der Widersprüche zwischen den Funktionsräumen.

Das ökonomische Prinzip des Weltmarkts ist nun allerdings gegenüber den nationalstaatlichen Prinzipien der Hegemoniesicherung und der ökologischen Transformation der Region so dominant, daß von einer Art Sachzwang gegenüber politischen Instanzen und ökologischen Reproduktionsbedingungen gesprochen werden könne. Dieser führe zur Ausbeutung von Ressourcen – zum Zwang der „Inwertsetzung“ –, der auf ökologische Gleichgewichte keine Rücksicht nimmt und die Umwelt hem-

tig ist – die thermodynamischen Gesetze bemüht, sollten sie auch richtig dargestellt und bahnbrechende Neuerungen in der Forschung nicht nur zitiert, sondern auch inhaltlich verarbeitet werden. Fragwürdig erscheint die Übertragung des Entropiekonzepts und thermodynamischer Gesetze auf gesellschaftliche Systeme.

Elmar Altvater/Roland Bunzenthal/Wilhelm Hankel u.a., Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988, 230 Seiten, 22 DM

kommt ebenfalls frisch aus der Druckerei und vereint allgemeine Themen zu Entstehung und Verlauf der Verschuldung(krise) mit Länderbeispielen und alternativen Lösungsstrategien. Mit der Auswahl der Länder Peru, Südkorea und Ungarn ist eine interessante Zusammenstellung gelungen, die jeweils völlig unterschiedlich gelagerte Fälle behandelt.

H. Sangmeister untersucht mit Peru ein seit 1800 immer wieder überschuldetes Land. R. Werning und Du-Yul Song betten sachkundig die Verschuldung in die wirtschaftliche Entwicklung Koreas seit dem 2. Weltkrieg ein und beleuchten angesichts der bevorstehenden Olympiade Aspekte einer „Frontstaat“-Ökonomie“. H. Knabe untersucht mit Ungarn einen bislang weniger beachteten, aber prekären Fall eines gegenüber westlichen Gläubigern verschuldeten sozialistischen Landes.

Die Vorschläge zur Lösung der Verschuldungskrise haben ganz unterschiedliche Qualität. Ein Plädoyer für einen umfassenden Forderungsverzicht der Banken, der gleichzeitig ein erster strategischer Schritt zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung sein soll, falls sich Verschuldungskrisen nicht zukünftig immer wiederholen sollen, hält L. Vollmer (siehe Dokumentation). Er setzt sich detailliert und weitgehend überzeugend mit oft vertretenen Argumenten und Lösungsvorschlägen rechter und linker Kritiker auseinander und kann so den eigenen Vorschlag zusätzlich legitimieren. Neben einer Schuldenstreichung erblickt W. Hankel v.a. in strukturellen Reformen in den Entwicklungsländern, wie dem Aufbau eines effizienten Investmentbanksystems, einen Ausweg aus der Krise, da die Abhängigkeit der Dritten Welt von Fremdfinanzierung und Auslandsbanken durchbrochen werden müsse.

Zu denjenigen, die selbst noch in der schwärzesten Nacht ein Licht sehen und die Krise als Chance begreifen, gehört M. Mies mit ihrer Forderung nach Subsistenz statt „Entwicklung“. Anstatt Szenarien zur Krisenlösung zu entwerfen, und die (von weißen Männern beherrschte) kapitalistische Wachstumsmaschine wieder flott zu machen, macht sie sich Gedanken über eine zukünftige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, deren Grundlage nicht mehr die Ausbeutung und Unterwerfung der drei Kolonien (Natur, Frauen und Entwicklungsländer) des weißen Mannes ist.

Im folgenden umreißt sie die Konturen einer „öko-feministischen“ Gesellschaft auf der Grundlage einer „moral economy“, in der Subsistenzproduktion das Ziel ist. Das Auseinanderbrechen des zwangintegrierten Weltmarkts müsse besonders für die Armen der Dritten Welt als Chance gesehen werden. Diese und insbesondere die Frauen seien nämlich von der Krise nur wenig betroffen. Oftmals ginge es ihnen seit der Krise besser als vorher, da „Entwicklung“ nur Raub, Krieg, Gewalt und Zerstörung bedeute.

Mit dem Scheitern der Entwicklungsprogramme und dem Rückzug internationaler Organisationen scheint sich eine geradezu bukolische Idylle auszubreiten. Warum dann noch gegen eine im Kern menschenverachtende Politik gekämpft werden sollte, wird nicht ganz klar.

Peter Imbusch



krise im Interesse des transnationalen Kapitals als zu glatt und eindeutig. Die Krisenprozesse des Schuldenmanagements werden als zu jeder Zeit vom internationalen Finanzkapital beherrscht dargestellt, heikle Situationen durch das „klare politische Konzept der USA“ gemeistert. „Lösungsstrategien“ tauchen immer dann auf, wenn sie gebraucht werden. Die widersprüchlichen Elemente werden einfach glattgebügelt.

Das Verhältnis von Ökologie und Verschuldung thematisiert

Elmar Altvater, Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, VSA-Verlag, Hamburg 1987, 382 Seiten, 34 DM.

Er möchte „die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Krisentendenzen des Weltmarkts, den politischen Interventionsmöglichkeiten des Nationalstaats, materiellen Lebensbedingungen und politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung und den Bedingungen einer komplizierten und fragilen Ökologie einer Region“ am Beispiel Amazonien entfalten. Er versucht herauszufinden, was die Schuldenkrise mit der ökologischen Gefährdung einer Region zu tun hat. Für Altvater bildet die Verschuldung heute eine externe Schranke für eine nachholende Industrialisierung der Entwicklungsländer.

Die Vermittlungsschritte zwischen Weltmarkt, Nation und Region erklärt er mit der unterschiedlichen Reichweite von Wirkungszusammenhängen. Alle drei stellten als funktionale

mungslos zerstört. Dies wird im Buch eindrucksvoll an der Amazonas-Region aufgezeigt.

Um die Zerstörung aufzuhalten, scheint Altvater ein globaler Öko-Reformismus (Streichung der Schulden, Redimensionierung der Großprojekte, neue Weltwirtschaftsordnung, bessere Verteilung der Investitionen, Reduktion der Weltmarktabhängigkeit und Ausdehnung des Umweltschutzes) die einzig erfolgversprechende Strategie zu sein.

Ein Problem dieses lesenswerten Buches ist, daß es eigentlich drei Themen sind, die hier behandelt werden: die Verschuldungskrise und die Möglichkeiten nachholender Industrialisierung; das Potential und die Unterentwicklung Amaziens; der Versuch eines Modellentwurfs, um Ökologie und Ökonomie in einer Theorie zusammenzubringen. Alle drei Bereiche stehen jedoch relativ unverbunden nebeneinander.

Probleme inhaltlicher Art liegen in der relativ fatalistischen Konstruktion der Sachzwang-Logik, die letztlich auf eine völlig Ohnmacht des bürgerlichen Nationalstaats hinausläuft. Unverständlich bleibt auch, warum Inwertsetzung immer nur für den Weltmarkt erfolgen können soll und nicht für den Nationalstaat, und warum es ohne internationale ökonomische keine nationale politische Integration geben soll. Was für Brasilien noch richtig erscheint, wird für andere Regionen der Welt falsch.

Schließlich noch etwas zu Naturgesetzen und Physik. Wenn man schon – was sicherlich rich-

Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne '88

Auf dem Vorbereitungstreffen der IWF/Weltbank-Kampagne 1988 in Bonn wurde am 24. Januar d.J. die Plattform der Kampagne verabschiedet, die weitgehend mit der Fuldaer Erklärung des 11. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (28.-31. Mai 1987) identisch ist.

„Wohlstand und Frieden“ versprachen die Gründer der Weltbank den Menschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und kündigten ein neues Zeitalter an. Doch Wohlstand wurde nur den Reichen und den Metropolen zuteil. Die ungehemmte Jagd der Banken und Konzerne nach immer höheren Gewinnen hat zu einer drastischen Wirtschaftskrise geführt. Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Völker der „Dritten Welt“: Hunger, Armut, Krieg, Massenarbeitslosigkeit, weitere Zerstörung der bestehenden sozialen Beziehungen, der natürlichen Lebensgrundlagen wie auch der kulturellen Identität.

Betroffen sind auch wir, weil Arbeitslosigkeit und neue Armut in den Industrieländern nur ein anderer Ausdruck derselben Kapitalwertungskrise sind, die die „Dritte Welt“ in den Ruin treibt.

Wir wissen

- Die Verantwortung für die Verschuldungskrise tragen die Metropolen, ihre Konzerne, Banken und ihre Statthalter in der „Dritten Welt“ und nicht die Bevölkerung in den Schuldnerländern.
- Mit der gegenwärtigen Situation findet ein neokolonialer Prozeß, der mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bretton Woods 1944 auf die Hegemonialinteressen der USA zugeschnitten wurde, seinen vorläufigen Höhepunkt.
- Seit 1945 hat die wirtschaftliche Ausbeutung der „Dritten Welt“ mehr Tote durch Hunger, Armut und Elend gefordert als alle militärischen Auseinandersetzungen.
- Die Verschuldungskrise hat ihren Ursprung nicht nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt“, sondern bedarf darüber hinaus einer weitergehenden Analyse der Verknüpfung mit patriarchalischen Ausbeutungsstrukturen. Die Wirtschaftsstruktur der Länder der „Dritten Welt“, sowohl im agrarischen als auch im industriellen Bereich, ist auf die Interessen der kapitalistischen Industrieländer ausgerichtet. Die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt manifestieren sich in niedrig gehaltenen Preisen für Produkte aus diesen Ländern und extrem hohen Preisen für Exportprodukte der kapitalistischen Industrieländer.
- Durch eine Politik zunächst billiger Kredite, die sich durch die US-Hochzinspolitik schlagartig änderte, verschärfte sich das Problem der Verschuldung und der ungerechten Austauschverhältnisse. Die Länder der „Dritten Welt“ sind heute sogar Nettokapitalexporteur.
- Die Hochzinspolitik trug dazu bei, die Aufrüstung der USA zu finanzieren. Die kapitalistischen Industrieländer setzen ihre Interessen gegenüber der „Dritten Welt“ im Zweifelsfall auch rücksichtslos militärisch durch (z.B. Grenada, Nicaragua). Die BRD integriert sich mehr und mehr in dieses Konzept militärischer



Vom BUKO 1987 ging der Aufruf aus zur IWF/Weltbank-Kampagne '88

Konfliktlösung.

- Die Weltbank und andere Finanzorganisationen verursachen durch die direkte Förderung von unverantwortbaren Projekten und eine auf Monokulturen ausgerichtete Landwirtschaft eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Länder der „Dritten Welt“ werden gezwungen, durch Rohstoff- und Agrarexporte (z.B. Tropenholz) Schulden und Zinsen zu bezahlen.
- Die Krise wurde von den Eliten in vielen Ländern der „Dritten Welt“ durch hohe Rüstungsausgaben, teure Prestigeobjekte und Kapitalflucht noch verschärft.
- Immer mehr Menschen der „Dritten Welt“ versuchen dieser Situation zu entfliehen und werden hier als (Wirtschafts-)Flüchtlinge erneut unterdrückt oder gar in Ausbeutung, Folter und Tod abgeschoben.
- Die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Industrieländer ist in deren Interesse und dient dem Aufbau von Wirtschaftsstrukturen nach dem Muster der kapitalistischen Industrieländer. Dies führt zu einer systematischen Verelendung in den Ländern der „Dritten Welt“. Die Schulden der „Dritten Welt“ belaufen sich derzeit auf mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar (= 1.000.000.000.000 US-Dollar). Durch die hohen Zinszahlungen wurden bereits Beträge in Höhe der ursprünglichen Ausleihungen an die Banken zurückgezahlt. Die BRD-Banken haben einen Großteil ihrer Kredite bereits abgeschlossen. Die Schulden sind nicht rückzahlbar, da häufig

die Exporterlöse nicht einmal zur Zinszahlung ausreichen. Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldnerländer festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Deswegen unterstützen wir

die Forderungen nach Streichung der Schulden, die von der betroffenen Bevölkerung in der „Dritten Welt“ erhoben werden. Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagen verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.

Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.

Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den „freien“ Weltmarkt geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Mensch und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen.

Im September 1988 soll die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Dort stellen die führenden Industriestaaten und Großbanken die Weichen für die Schuldenpolitik und das Krisenmanagement der nächsten Jahre. Deshalb rufen wir zur IWF-/Weltbank-Kampagne 1988 auf.



IWF/Weltbank-Kampagne

Auf der 3. Aktionskonferenz der Kampagne, die am 23./24. April d.J. in West-Berlin tagte, wurde ein Fahrplan für die Aktionen gegen den Gipfel von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank (27.-30. September 1988 in West-Berlin) beschlossen. Er enthält folgende Elemente:

Gegenkongreß am 23./24. September

Der Gegenkongreß wird von einem internationalen Förderkreis vorbereitet, um Betroffenen aus der Dritten Welt die Möglichkeit zu geben, ihre Positionen darzustellen. An einem Tag sollen die Ursachen der Krise und am anderen Alternativen und Strategien diskutiert werden. **Demonstration und Kundgebung am 25. September**

Die Demonstration wird am Sonntag-Vormittag stattfinden, um so die Teilnahme von Gruppen aus der Bundesrepublik zu ermöglichen. Sie wird von einem offenen Trägerkreis mit Sitz in West-Berlin vorbereitet.

Internationales Tribunal vom 26.-29. September

Parallel zum IWF/Weltbank-Gipfel wird das „Internationale Tribunal zur Verteidigung der Rechte der Völker“, das von der italienischen Lelio-Basso-Stiftung getragen wird, tagen. Eine internationale Jury aus prominenten PolitikerInnen, JuristInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen wird über eine Anklageschrift befinden, die von der Lateinamerikanischen Juristenvereinigung erstellt wurde. Betroffene aus der Dritten Welt sind als Zeugen geladen.

Parallel zu den Veranstaltungen findet eine Aktionswoche statt, die von den einzelnen Gruppen und Organisationen eigenständig geplant und verantwortet wird. Mitte bis Ende Juni d.J. wird in West-Berlin die vierte Aktionskonferenz stattfinden, die die einzelnen Aktivitäten koordinieren soll.

Bücher

Neben den in diesem Heft rezensierten Neuerscheinungen zur Schuldenkrise sind in den beiden letzten Jahren eine Reihe von weiteren Büchern erschienen.

Nichts an Aktualität eingebüßt hat

D. Boris u.a. (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 240 S., 14,80 DM,

das bisher als einzige deutschsprachige Publikation Stellungnahmen unterschiedlicher politischer Couleur aus der Dritten Welt zu Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Schuldenkrise dokumentiert. Hierzu zählen Beiträge bekannter Politiker, Wissenschaftler und Vertreter von Massenorganisationen ebenso wie Resolutionen und Erklärungen von internatio-

nen Zusammenschlüssen von Staaten, Parteien und Gewerkschaften. In einer Einführung von Prof. Dieter Boris werden Ursachen der Verschuldung, die aufgezwungene Austeritätspolitik, Lösungsansätze aus der Dritten Welt und den Metropolen sowie Perspektiven der Krise diskutiert.

IMSF/ASK (Hg.), Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik. Diskussion um Alternativen, IMSF, Frankfurt 1986, 347 S., 38 DM

enthält die gesammelten Beiträge einer 1986 veranstalteten Konferenz. Es nimmt eine Bestandsaufnahme der Schuldenkrise vor und skizziert die hiesige Diskussion über Alternativen. Den Schwerpunkt bildet dabei die Politik der Bundesrepublik: Position in der Weltwirtschaft, Entwicklungspolitik, Strategie und Interessen der Banken.

Mit diesem Themenbereich befaßt sich auch **S. Pater (Hg.), Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico international Buch, Lamuv Verlag, Bomheim-Merten 1987, 175 S., 16,80 DM**

Es analysiert in verschiedenen Beiträgen die Rolle der bundesdeutschen Banken und Konzerne bei der Verschuldung. Weitere Aufsätze untersuchen, wie die Entwicklungshilfe zur verstärkten Ausbeutung der Dritten Welt beiträgt und wie durch die Verschuldung die Entwicklungsländer in noch stärkere Abhängigkeit von den Westmächten geraten.

J. Bortz/F. Castro/E. Mandel/W. Wolf, Schuldenkrise, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1987, 124 S., 14,80 DM

vereint sehr unterschiedliche Beiträge. W. Wolf untersucht die einzelnen Mechanismen zur Ausbeutung der Dritten Welt. F. Castro beschreibt Auswirkungen der Schuldenkrise in Lateinamerika und erläutert seinen Lösungsvorschlag. E. Mandel untersucht den Einsatz des Kredites als Motor der spätkapitalistischen Wirtschaft. J. Bortz weist auf den Zusammenhang zwischen lateinamerikanischen Schulden und den Zyklen der Weltwirtschaft hin.

Drei Publikationen von Paul Sander und Michael Sommer liefern eine leicht verständliche Einstiegslektüre in die Verschuldungsproblematik.

P. Sander/M. Sommer, Banken, Kredite und die 'Dritte Welt', Band I, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1988, 128 S., 9,50 DM

erläutert die Entwicklung der Verschuldungskrise, ihre Ursachen und das Krisenmanagement. Der zweite Band

„Südkorea, Argentinien, Tansania – Länderbeispiele, ca. 125 S., 9,50 DM, der in Kürze erscheinen soll, beschreibt die Probleme anhand von Beispielen.

P. Sandner/M. Sommer, IWF-Weltbank, Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die 'Dritte Welt', Schmetterling Verlag, Stuttgart 1987, 128 S., 9,50 DM

enthält einen historischen Abriss, eine Beschreibung der organisatorischen Strukturen der beiden Finanzinstitutionen und stellt die politischen und finanztechnischen Bedingungen für die Kreditvergabe dar. Desweiteren werden die erzielten „Erfolge“ und neue Tendenzen analysiert. Wie die beiden anderen Bücher enthält es viele Tabellen und Graphiken sowie ein Glossarium.

U.K. Laaser/K.E. Wendt (Hg.), Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt, Argument-Verlag, West-Berlin/Hamburg 1988, 216 S., 22 DM

beinhaltet 11 Einzelbeiträge u.a. von E. Altwater, A.G. Frank, H. Schui, F. Fröbel und N. Peach, zu zwei Schwerpunkten: Genese, Strukturen und Konsequenzen der Schulden-

krise sowie Strukturwandel internationaler Beziehungen vor dem Hintergrund technologischer Innovation und globalisierter Diversifizierung von Produktion und Reproduktion.

Anfang Mai d.J. ist in deutscher Übersetzung **S. George, Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt**, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1988, 384 S., 16,80 DM

erschienen. Leicht verständlich schildert Susan George anhand von vielen Beispielen Ursachen der Verschuldung und Auswirkungen der damit finanzierten Entwicklung in der Dritten Welt. Sie berichtet über die Verelendung, die durch die IWF-Programme ausgelöst wird und untersucht mögliche Wege aus der Krise.



Materialien

Eine knappe und verständliche Darstellung der Verschuldungsproblematik liefert „ASK aktuell. Die Schuldenbombe tickt“, ein vierseitiges Informationsblatt des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK). Es enthält Beiträge zu Auswirkungen und Ursachen der Schuldenkrise sowie zu den Folgen für die Dritte Welt. Es erläutert die Rückwirkungen auf die Metropolen wie die Gefahren, die die Krise in sich birgt. Und es enthält einen Forderungskatalog für ihre Lösung.

Das Blatt kann zur Verteilung bei Veranstaltungen und anderen Gelegenheiten beim ASK, Hamburger Alle 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060 bezogen werden (Staffelpreise je nach Stückzahl).

Dieselben Themen wie das ASK-Info behandelt auch eine achtseitige Sonderausgabe des **Publik-Forum**, Zeitung kritischer Christen: „Die Schuldenbombe. Dem Elend ein Ende setzen“. 20 Expl. kosten 15 DM, 100 Expl. 40 DM und 1.000 Expl. 250 DM. Bezug: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel.

Weiterhin erhältlich ist der Reader des BUKO „Elende Schuld – unverschuldetes Elend, (170 S. (DIN A 4), 15 DM), der Länderanalysen, Beiträge zu den Ursachen und zur Beschreibung der Krise, zu Lösungsansätzen sowie Aktionsvorschläge enthält. Bezug: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Film

Argentinien – ein Volk zwischen Schulden und Schuldigen, Regisseur Bob Hof, Niederlande/BRD 1985, Farbe, 43 Minuten

schildert die Beziehungen zwischen der verheerenden Wirtschaftspolitik der Militärs und ihrer Unterdrückungspolitik. Er zeigt das Dilemma der demokratischen Regierung, die in die Fußstapfen des Militärs treten muß, wenn sie die Rückzahlung der 50 Mrd \$ Schulden, die ihr die Diktatur überlassen hat, auf Kosten des Volkes erzwingen will.



Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Dieter Boris u. a. (Hg.)
Schuldenkrise und Dritte Welt
Stimmen aus der Peripherie
Pahl-Rugenstein
240 Seiten, 14,80 DM

Zwischen ihnen war es 1983 zum Bruch gekommen, als der syrische Präsident die gegen Arafat gerichtete Meuterei der pro-syrischen Fatah-Fraktion Abu Musas unterstützte.

Die Vereinigte Nationale Führung des Aufstands hatte in ihren Kommunikatons (so in Flugblatt Nr. 12 vom 2. April und in Nr. 15 vom 1. Mai d.J.)¹² wiederholt eine syrisch-palästinensische Aussöhnung befürwortet sowie eine Einigung in der arabischen Welt und deren Unterstützung des Palästinenseraufstands als wichtige Bedingung einer erfolgreichen Weiterführung dieses Kampfes bezeichnet.

Der mit dem Palästinenseraufstand verbundene Prestigezuwachs der PLO in der arabischen Welt hat die palästinensisch-syrische Aussöhnung beschleunigt. Die Ermordung des hochrangigen PLO-Funktionärs Abu Jihad bot schließlich den traurigen Anlaß der Aussöhnung.

Die Ermordung Abu Jihads wurde offensichtlich vom inneren Kreis des israelischen Parlaments geplant und vom israelischen Geheimdienst Mossad ausgeführt.¹³ Ein Ziel der Aktion war es, mit Abu Jihad, der als PLO-Verantwortlicher für die besetzten Gebiete galt, den führenden organisatorischen Kopf des Aufstands zu beseitigen und damit auch die Rebellion zu schwächen – eine Zielsetzung freilich, die genau das Gegenteil erreichte.

In den anlässlich der Beerdigung Abu Jihads in Syrien geführten Gesprächen Arafats mit Assad am 25. April d.J., die durch eine Palästinenserdelegation vorbereitet und von Libyen und Algerien vermittelt worden waren, ging es im wesentlichen um fünf Grundsatzfragen: die Beziehungen der PLO zu Ägypten, den Palästinenseraufstand in den besetzten Gebieten, das Spannungsverhältnis zwischen bewaffneter palästinensischer Präsenz und den Syrern im Libanon, die Ablehnung des Shultz-Plans¹⁴ sowie um den Golfkrieg.

Assad erhofft sich von einer syrisch-palästinensischen Aussöhnung, die Stellung Syriens in der arabischen Welt wieder zu stärken, die durch seine Unterstützung Irans im Golfkrieg gelitten hat. Zum anderen möchte Damaskus über verbesserte Beziehungen zur PLO Einfluß auf den Palästinenseraufstand in den besetzten Gebieten gewinnen.

Denn eines deutet sich schon heute an: Der Druck des Palästinenseraufstandes kann, wenn er äußere Rückendeckung erhält und lange genug andauert, die Kräfteverhältnisse in der Region verändern. Von maßgeblicher Bedeutung wird dabei die Haltung der arabischen Staaten sein. Über sie wird sicherlich die für Juni 1988 angesetzte, außerordentliche Arabische Gipfelkonferenz näheren Aufschluß bringen.



Von Besatzern in Nablus ermordeter Palästinenser – eines von mittlerweile über 200 Opfern seit dem 8. 12. 1987

Erich Fried

Von Opfern zu Tätern Schuld und Mitschuld am Verbrechen gegen das palästinensische Volk

Täglich die Nachrichten: „Zwei oder drei Palästinenser erschossen.“ Manchmal sind es mehr, sogar zehn oder zwölf. Doch irgendwie helfen einem die Medien, sich daran zu gewöhnen, so wie man sich früher an die Taten der USA in Vietnam oder an die Morde der Contras in Nicaragua gewöhnt hat. Aber man darf sich an die Verbrechen des Shamir-Rabin-Regimes in Israel an den Palästinensern genau so wenig gewöhnen wie an jene älteren Morde. Die israelische Unterdrückungsregierung ist ebenso wie ihre südafrikanischen Bundesgenossen zu einer Verbrechenregierung geworden. In der Bundesrepublik aber herrscht noch systematische Desinformation. Über den Mordüberfall des israelischen Geheimdienstes in Tunis wird gelogen, es handle sich vielleicht nur um innere Konflikte zwischen verschiedenen palästinensischen Terrorgruppen. Das ist bewußte Lüge. Einer der führenden israelischen Geheimdienstler hat kurz vor dem Morden in Tunis der rechtsradikalen israelischen Zeitung „Dawal“ gesagt, der Geheimdienst werde die Führung der PLO im Lande und jenseits der Grenzen liquidieren. Das war klare Sprache.

Es ist außerdem ebenso ungerecht, die palästinensische Freiheitsbewegung als Terroristen zu bezeichnen, wie es ungerecht war, wenn die Nazis die französischen oder jugoslawischen Widerstandskämpfer Terroristen nannten. Auch hier wie damals ist entscheidend, wer wessen Land besetzt hat, wer wen vertrieben hat.

Ich wurde als Kind jüdischer Eltern durch Hitlers Einmarsch in Österreich vor einem halben

Jahrhundert aus meinem Land vertrieben. Deshalb weiß ich, daß Solidarität den Vertriebenen gebührt, nicht den Vertreibern. Es ist auch nicht so, als gäbe es für den palästinensisch-israelischen Konflikt keine Lösung. Eine internationale Konferenz könnte zur Anerkennung eines Palästinenserstaates und gleichzeitigen Anerkennung Israels führen. Beide müßten durch die Großmächte garantiert sein. Gegen diese Lösung ist der rechtsradikale Shamir, und gegen diese Lösung ist die Reagan-Regierung in den USA.

In Deutschland sollte man sich daran erinnern, daß der Hitlerfaschismus sich nicht nur am Schicksal der Juden schuldig gemacht hat, sondern auch an dem Schicksal der Palästinenser mitschuldig ist. Ohne Hitlers Judenvertreibung und Judenmorde wären nie genug Einwanderer nach Palästina gekommen, um die Palästinenser unterdrücken zu können. Darum haben gerade Menschen in Deutschland die Pflicht, nicht den Blick abzuwenden von den Verbrechen an den Palästinensern, sondern in Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, in allen linken Gruppen, am Arbeitsplatz, an Schule und Hochschule mit den Palästinensern solidarisch zu sein, ob es sich um aufklärende Information handelt, um Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Spenden oder auch nur um die Diskussionen. Das alles gilt der Freiheit und dem Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und auf einen palästinensischen Staat.

(Quelle: Palästina-Bulletin, Bonn, Nr. 17/29.4.1988)

Anmerkungen:

- 1) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 31.3.1988 und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.3.1988
- 2) IHT, 1.4.1988 und Frankfurter Rundschau (FR), 2.4.1988
- 3) Süddeutsche Zeitung (SZ), 31.3./1.4.1988
- 4) IHT, 4.4.1988 und FR, 5.4.1988
- 5) IHT, 14.4.1988 und FAZ, 14.4.1988
- 6) Newsweek, New York, 18.4.1988
- 7) FAZ, 31.3.1988
- 8) die tageszeitung (TAZ), West-Berlin, 31.3.1988
- 9) Al-Qabas, Kuwait, 20./21.2.1988
- 10) Vgl. Palästina-Bulletin, Bonn, Nr. 14/

8.4.1988 sowie Nr. 15/15.4.1988

- 11) Siehe: Palästina Bulletin, Nr. 18/6.5.1988
- 12) Wortlaut siehe in: Palästina-Bulletin, Nr. 14/8.4.1988
- 13) IHT, 18.4.1988; FAZ, 20.4.1988; TAZ, 26.4.1988
- 14) Siehe: AIB 4/1988, S. 16

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bekanntgeben!**

AIB-Leserservice, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Tel. 0221-36002-0

Interview mit Getrudes Vitorino

Den Schrecken des Krieges trotzen

Im Rahmen der Kampagne „Apartheid tötet auch in Mosambik“ (siehe AIB 5/1988) informierte Getrudes Vitorino, Sekretärin für Auswärtige Beziehungen der Organisation der Mosambikanischen Frau (OMM), in zahlreichen Veranstaltungen über die dramatische Situation in ihrem Land. Joachim Becker und Urte Sperling sprachen für die „Dritte Welt“ mit ihr über Südafrikas Krieg gegen den Frontstaat, die Kriegsfolgen und die Gegenstrategien Mosambiks.

FRAGE: Wie ist die gegenwärtige militärische Lage in Mosambik?

G. VITORINO: Die allgemeine militärische Lage ist gekennzeichnet durch neuerliche brutale Massaker an der schutzlosen Bevölkerung. Ich beziehe mich auf den Fall des Massakers in Homoine im Juli 1987, gefolgt vom Massaker von Tanninga in der Nähe von Manhica sowie in Manjacaze in der Provinz Gaza.

Doch die Bevölkerung von Mosambik reagiert darauf, indem sie sich organisiert, militärisch trainiert. Ich spreche von den Milizen, von besonderen Wachsamkeitsgruppen, die von Frauen gebildet werden. Auch die Frauen beteiligen sich an der Verteidigung ihrer Dörfer, ihrer Felder, auf denen sie arbeiten. Und wir können feststellen, daß die Lage wieder ruhiger wird.

FRAGE: Wie funktioniert die Organisation von Milizen in Mosambik, insbesondere in bezug auf die Versorgung mit militärischen Ausrüstungen?

G. VITORINO: Gegenwärtig kommen aus der mosambikanischen Bevölkerung selbst Bitten an die Regierung um Waffen, damit sie sich gegen die Übergriffe der bewaffneten Banditen selbst schützen kann. Die Bevölkerung nimmt an politisch-militärischen Ausbildungskursen teil, in Gruppen, die von den regulären Streitkräften trainiert werden. Nach Abschluß der Ausbildung erhalten sie Waffen, mit denen sie patrouillieren und sich auf den Feldern verteidigen können. In den land- und viehwirtschaftlichen Kooperativen der Stadt Maputo (um die Hauptstadt herum gibt es eine „grüne Zone“ mit Agrarproduktion; d. Red.) zum Beispiel arbeiten die Frauen auf den Feldern mit der Waffe über der Schulter und der Hacke in der Hand.

Viele Milizionärinnen machen gemeinsame Aktionen mit den Streitkräften, waren bei der Einnahme von Stützpunkten der RNM (Nationaler Mosam-

bikanischer Widerstand; d. Red.) dabei. **FRAGE:** Welche Erfolge gibt es bei der Reorganisation der Volksbefreiungskräfte von Mosambik, der Armee?

G. VITORINO: In diesem Moment befinden wir uns in einem Prozeß der Reorganisation der Streitkräfte von Mosambik. Er ist darauf gerichtet, diese in ein fähiges, modernes Heer umzuwandeln, das in der Lage ist, die Angriffe seitens des vom rassistischen Südafrika ausgebildeten und bewaffneten RNM, denen wir ausgesetzt sind, wirkungsvoll zu beantworten.

Verschiedene Militärs haben gemeinsame Ausbildungsprogramme mit Unterstützernstaaten absolviert. So haben wir beispielsweise die Unterstützung der Vereinigten Republik Tansania, die uns Militärs entsendet, welche unsere Soldaten ausbilden. Wir haben das Beispiel der Provinz Zambézia, wo tansanische Truppen und Offiziere mit mosambikanischen zusammenarbeiten oder das Beispiel eines gemeinsamen Ausbildungscamps von simbabwischen und mosambikanischen Offizieren.

Oder — als weiteres Beispiel — der Korridor von Beira (er verbindet Simbabwe mit dem Hafen von Beira; d. Red.): Um ihn zu schützen, gibt es gemeinsame Truppen aus Simbabwe und Mosambik. Mit dieser Arbeitsweise haben wir Erfolge gehabt.

Neuerdings haben wir auch ein Kooperationsprojekt mit Portugal, sogar in bezug auf militärische Ausrüstungen, Ausbildung von mosambikanischem Personal bis hin zur Ausbildung von mosambikanischen Fachkräften, Kadern in Portugal. Auch mit England gibt es eine Zusammenarbeit.

FRAGE: Welche Ziele verfolgt Südafrika in Mosambik?

G. VITORINO: Südafrika verfolgt unseres Erachtens das Ziel, Mosambik zu destabilisieren, ein normales Leben in der Volksrepublik Mosambik unmöglich



zu machen, Mosambik in ein Land zu verwandeln, in dem die Menschen keine Lebensmöglichkeiten mehr sehen, nicht mehr in Frieden leben und arbeiten können.

Wir beobachten, daß sich die Angriffe des RNM hauptsächlich auf wirtschaftlich bedeutsame Objekte richten, auf Bewässerungsanlagen, Straßen, Eisenbahnstrecken, Schulen und Krankenhäuser. Mit ihren Destabilisierungsaktionen wollen sie erreichen, daß die Menschen dauernd außerhalb ihrer Häuser, ihrer angestammten Umwelt, ihrer Ortschaften leben. So können sie die Nahrungsmittel, die sie brauchen, nicht herstellen, ja können keinen Fortschritt in Mosambik erkennen.

Dies geschieht, weil Südafrika fühlt, daß die Entwicklung der Volksrepublik Mosambik, seine pure Existenz als ein Nachbarland, in dem alle Menschen gleich sind, in dem es keine Rassendiskriminierung gibt, dem Apartheidregime prinzipiell widerspricht. Südafrika verfolgt das Ziel, Mosambik und Angola zu

An den Schrecken und Schäden des Krieges, die gerade unsere Kinder erleiden, werden noch die nächsten Generationen schwer tragen

destabilisieren und an der Kolonisierung Namibias festzuhalten, um zu gewährleisten, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit aller Nachbarstaaten vom Regime in Südafrika und seine Vorherrschaft in der Region aufrechterhalten bleibt.

Südafrika will das Festhalten der Regierungen im Südlichen Afrika an einer eigenen politischen Option verunmöglichen.

FRAGE: Welches sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges von

seiten des Apartheidstaates?

G. VITORINO: Die Folgen dieses Aggressionskrieges sind schwerwiegend. Der RNM greift – wie gesagt – vor allem wirtschaftlich bedeutsame Objekte an, zerstört Brücken, Straßen, Schulen usw.

So wurden beispielsweise mehrere Male die Stromleitungen zerstört, über die Beira versorgt wird. Beira ist die wirtschaftlich zweitbedeutendste Stadt unseres Landes. Und wenn es in dieser Stadt weder Strom, noch Wasser gibt, kann die Industrie nicht funktionieren, geht die nationale Produktion insgesamt zurück.

Hinzu kommt, daß die Einwohner des Landes ständig auf der Flucht sind. Im Inneren Mosambiks gibt es Vertriebene, die außerhalb ihrer angestammten Dörfer leben, alle ihre Habe verloren haben, keine Häuser mehr besitzen, nichts haben, womit sie Nahrungsmittel herstellen könnten. Sie müssen von dem leben, was ihnen der Staat über internationale Zusammenarbeit und Hilfe zukommen läßt. Andere Teile der Bevölkerung leben als Flüchtlinge in den Nachbarstaaten, wie z.B. in Malawi, Simbabwe, Sambia usw.

Dieser Prozeß der Auflösung von mosambikanischen Familien zieht schwerwiegendste Konsequenzen nach sich. So sind die meisten Frauen im Lande Witwen, haben ihre Männer verloren oder wissen nicht, wo diese sind. Mütter, Väter, die getrennt wurden, Kinder, die ihre Eltern verloren haben, dies alles führt zu sozialen Auflösungserscheinungen. Und selbst wenn der Krieg bald beendet werden sollte, wird es lange dauern, bis die mosambikanischen Familien zu einer ihrer eigenen Kultur entsprechenden Situation zurückkehren können.

Bekanntlich besteht die mosambikanische, die afrikanische Familie nicht nur aus Vater, Mutter, Kind. Die afrikanische Familie beruht auf einem weiter gefaßten Konzept. Und wenn man jetzt keinen Onkel, keinen Großvater, keinen anderen Verwandten mehr hat, verliert man mit der Familie auch deren Schutz und verlieren sich die kulturellen Traditionen dieser Menschen.

FRAGE: Dies sind langfristige Folgen. Und ich denke, daß es viele Kinder gibt, die durch den Krieg schwere Traumata erlitten haben.

G. VITORINO: Es gibt Kinder, die schwere Erschütterungen erlitten, weil sie mit ansehen mußten, wie ihre Eltern ermordet wurden. Es gibt viele Kinder, die auf den Stützpunkten der bewaffneten Banditen lebten, all die Entbehrungen durchmachten, kaum etwas zu essen, keine Kleider hatten, nicht zur Schule gehen konnten und immer unter dem Eindruck des Schreckens lebten. Andere

Kinder wurden verlassen, weil Vater und Mutter jeweils woandershin flüchteten, um sich in Sicherheit zu bringen.

Wir gehen davon aus, daß bereits jetzt Grundlagen geschaffen werden müssen, damit, wenn die Menschen befreit werden, Ärzte, Psychologen, Soziologen und andere Fachkräfte zur Verfügung stehen, die analysieren, in welchem Ausmaß die Menschen geschädigt wurden, damit wir mit internationaler Hilfe Bedingungen zur Wiederherstellung der Gesundheit dieser Menschen schaffen. Doch wissen wir, daß dies ein langwieriger Prozeß, eine Arbeit sein wird, die Jahre in Anspruch nehmen wird.

Wir glauben, daß die nächste mosambikanische Generation beträchtliche Schäden verarbeiten müssen.

FRAGE: Wie macht sich das Programm zur wirtschaftlichen Wiederherstellung bemerkbar? Die wirtschaftliche Situation ist doch ziemlich kompliziert...

G. VITORINO: Der Krieg, der uns aufgezwungen worden ist sowie die Naturkatastrophen, mit denen wir konfrontiert waren, insbesondere die Dürreperioden, die wir seit ca. 4, 5, 6 Jahren in einigen Provinzen erleben, führten zu einem derartigen Zustand unserer Wirtschaft, daß wir praktisch nichts hatten, was die Menschen hätten kaufen können. Die Geschäfte waren leer, die Fabriken arbeiteten nicht oder nicht mit voller Kapazität. Sie erfüllten die Produktionsziele nicht, weil sie keine Rohstoffe hatten (denn die Rohstoffe werden importiert und wir brauchten dafür Devisen).

Angesichts dieser Lage haben unsere Regierung und die Partei im vergangenen Jahr das Programm für die wirtschaftliche Wiederherstellung verabschiedet. Zur Wiederankurbelung der Arbeit in den Fabriken wird nun um ausländische Investitionen geworben. Unsere Währung, der Metical, wurde abgewertet und es wurden Bedingungen dafür geschaffen, daß private Landwirte und andere mit Hilfe von Bankkrediten auf ihren Feldern, in Kooperativen oder Klein-

Dem RNM entkommen: Flüchtlinge in Sambesia



betrieben Aktivitäten entwickeln konnten.

Die ersten Ergebnisse dieser Orientierung, dies sehen wir nach den ersten sechs Monaten, sind positiv. Man spürt es schon an den Preisen, z.B. für Gemüse: Sie entsprechen dem realen Wert dessen, was die Landwirte herstellen. Es wird mehr produziert und die Menschen – die ja Geld in ihren Händen haben – können wieder Dinge kaufen, wenn auch für etwas höhere Preise.

Doch die Leute sind damit einverstanden, denn sie fühlen, daß sie arbeiten, um sich selbst versorgen zu können, daß sie für sich arbeiten, um selbst zu essen und um die Überschüsse an den Staat zu verkaufen, die der Staat danach an den Handel gibt. So halten wir die Ergebnisse des Programms für Wirtschaftliche Wiederherstellung für positiv.

FRAGE: Was halten Sie von der Forderung der Solidaritätsbewegung nach Sanktionen gegen Südafrika? Halten Sie diese Forderung für sinnvoll?

G. VITORINO: Ja. Wir in Mosambik halten Sanktionen gegen Südafrika für notwendig, denn wir wissen, daß Wirtschaftssanktionen dazu führen, daß das Apartheidregime zusammenbricht, jenes Regime, das für die Destabilisierung im Südlichen Afrika verantwortlich ist.

Wenn das Apartheidregime bis heute überlebt hat, so liegt das daran, daß es die Unterstützung der Länder Westeuropas hat. Hätte es diese Unterstützung nicht, dann wäre – unseres Erachtens – der Tag nahe, an welchem der Frieden ins Südliche Afrika zurückkehrte, weil Südafrika keine Möglichkeiten mehr hätte, materiell und militärisch Gruppen wie den RNM in Mosambik zu unterstützen. Deshalb sind für uns die Wirtschaftssanktionen willkommen.

Nun sagen manche – viele europäische Länder z.B. – daß, wenn man Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika verhängt, die Nachbarländer die eigentlichen Leidtragenden sein würden. Wir wissen jedoch, daß Südafrika zwar bis heute keine offiziellen Wirtschaftssanktionen gegen uns verhängt hat, aber daß in der Praxis solche Sanktionen funktionieren. In der Region, in Mosambik erleben wir, daß Südafrika unsere Häfen nicht benutzt, alternative Häfen gebaut hat. Es hat die Zahl unserer Minenarbeiter drastisch reduziert. Wir sind also effektiv von Sanktionen betroffen, auch wenn es keine offiziellen Sanktionen sind.

Wenn also die westlichen Länder Sanktionen gegen Südafrika verhängen, damit das Regime in Südafrika baldmöglichst zusammenbricht, werden wir möglicherweise ein wenig mehr leiden. Aber wir denken, daß es ein Leiden für eine beschränkte, kurze Zeit sein wird, ein Übel, das danach endgültig verschwindet.

Stefan Flaig

Die Contra in der Zerreißprobe

Mitte April d.J. kamen die Regierung Nicaraguas und eine Delegation der Contra zu der ersten Verhandlungsrunde auf der Grundlage der Vereinbarungen von Sapoá in Managua zusammen. Details eines endgültigen Waffenstillstands und die Integration der Contra in das nationale politische Leben standen auf der Tagesordnung.

In Sapoá war u.a. festgelegt worden, daß sich die Contra in den Nationalen Dialog von Regierung und Opposition integrieren kann, sobald sich ihre bewaffneten Verbände in die zu vereinbarenden Zonen begeben haben (siehe AIB 5/1988). Nach dem Treffen stellten beide Seiten, trotz divergierender Positionen – etwa bezüglich der Frage, welche neutrale Institution die humanitäre Hilfe an die Contras liefern soll – übereinstimmend fest, daß sichtbare Fortschritte gemacht worden seien.

Umso überraschender war der ergebnislose Ausgang der zweiten Runde vom 28.-30. April, die ebenfalls in der Hauptstadt stattfand. Die Delegation der Contras zeigte sich noch nicht einmal dazu bereit, einen genauen Termin und Ort für die Fortsetzung der Verhandlungen festzulegen und ein gemeinsames Kommuniqué zu veröffentlichen.

Es war der Höhepunkt einer Verweigerungsstrategie der Vertreter der Konterrevolution. Sie lehnten sämtliche Vorschläge der nicaraguanischen Regierung und ihrer Berater, darunter der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski und der US-Anwalt Paul Richter, ab. Dazu gehörte das Angebot, den Waffenstillstand um 30 Tage bis zum 30. Juni 1988 zu verlängern. Mit der Begründung, ihre Truppen litten schließlich keinen Hunger, weigerten sich die Contras, die humanitäre Hilfe an ihre Einheiten über das Rote Kreuz abzuwickeln. Wenige Tage zuvor hatte der honduranische Staatspräsident José Asconá noch verlauten lassen, die in Honduras eingetroffenen Hilfssendungen der USA – die eindeutig gegen die Vereinbarungen von Sapoá verstoßen – bewahrten die Contras vor dem Hunger.

Die Gründe für diese Obstruktion sind wohl in erster Linie bei dem in aller Schärfe entbrannten Machtkampf in der Führungsspitze der Contra und im Interesse der USA zu suchen, den sich anbahnenden Friedensprozeß zu torpedieren.

So versucht Enrique Bermudez, der militärische Chef der Contras und ehemalige

Oberbefehlshaber der Nationalgarde Somozas, das politische Direktorium unter Führung von Adolfo Calero dazu zu zwingen, den Krieg fortzusetzen. Dies geschieht nicht nur mittels politischen Drucks durch die USA, sondern, wie von einem Somozisten nicht anders zu erwarten ist, mit tödlicher Gewalt.

Erstes bekanntes Todesopfer des internen Machtkampfes der Contra wurde kurz vor der zweiten Verhandlungsrunde Gustavo Herdocia Salinas, Cousin von Arístides Sánchez, eines Mitgliedes der politischen Führung. Nach Informationen der Tageszeitungen „Barricada“ und „El Nuevo Diario“ wurde er von einem von Bermudez befehligten Kommando in der Region Choluteca (Honduras) ermordet.

Salinas unterstützte das Abkommen von Sapoá und trat offen dafür ein, die Contra-Truppen sollten sich in Choluteca den Vereinbarungen anschließen. Wegen ihrer Unterstützung für das Waffenstillstandsabkommen wurden der Koordinator des Kommandantenrates, Enrique Sánchez, sowie zwei Mitglieder des Generalstabes, die den Vertrag von Sapoá mitunterzeichnet hatten, vom Dienst suspendiert und aus der Organisation ausgeschlossen.

Bermudez kann sich der unbequemen Köpfe entledigen, weil er immer noch die Mehrheit des 17köpfigen Kommandantenrates hinter sich weiß. Aber augenscheinlich nehmen die Differenzen auch in der militärischen Führung der Contra immer mehr zu. Dies zeigt u.a. ein von 23, teilweise führenden Militärs unterzeichnetes Dokument, in dem diese die Absetzung von Bermudez fordern, da sie mit dessen diktatorischen und korrupten Methoden nicht mehr einverstanden sind.

Die Strategie Bermudez' und seiner Gefolgsleute, die Friedensverhandlungen zu sabotieren, wirkt sich auch auf die politische Führung aus. Zum einen ist zu fragen, ob das Direktorium der Contra überhaupt noch Einfluß auf den militärischen Flügel hat, und zum anderen, ob es noch an einem Strang zieht. Beides ist

zu verneinen.

So erhielt Bermudez eine Einladung zu einer Dringlichkeitssitzung der politischen Führung, woraufhin er sich weigerte, Folge zu leisten. Stattdessen beorderte er das fünfköpfige Direktorium nach Honduras. Bei dieser Versammlung gab er zu verstehen, daß „seine Männer niemals die Waffen niederlegen werden“.

Eine Aussage, die eine politische Führung zu Marionetten werden läßt, wenn zur selben Zeit, wo sie Waffenstillstandsverhandlungen führt, der militärische Arm der Bewegung weiter den Krieg propagiert.

Die gleiche Versammlung führte auch zu ersten Spaltungstendenzen innerhalb des Direktoriums, da sich Bermudez die Gefolgschaft des zweiten starken Mannes der politischen Führung, Alfredo Cesar, sichern konnte. Calero, der anscheinend solange mit den Sandinisten verhandeln will, bis nach der Präsidentschaftswahl in den USA die Republikaner wieder militärische Hilfe für die Contras beantragen können, scheint sich gegen die Hardliner und ultrarechten Kräfte in der Contra und in deren Umfeld auf dem Rückzug zu befinden. So scheiterte sein Antrag Bermudez abzusetzen bei der letzten Versammlung des Contra-Direktoriums mit zwei Ja-, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Die Reagan-Administration, die offensichtlich die Hardliner in der Contra unterstützt, kann sich aber nicht sicher sein, ob diesen bei der anstehenden Wahl zur 54köpfigen Contra-Versammlung in

Begrüßung zwischen einer sandinistischen Einheit (l.) und Contras nahe La Vagía im Nordwesten Nicaraguas



Miami und der daraus resultierenden Neuwahl des Direktoriums Erfolg beschieden sein wird. Sie versucht angesichts der prekären Situation, in der sich die Konterrevolutionäre befinden, auf verschiedenen Wegen zu intervenieren.

Einen Tag bevor die Verhandlungen am 28. April in Managua begannen, traf sich der Staatssekretär des Außenministeriums, Elliot Abrams mit den Teilen der Contras, die in Opposition zu den Vereinbarungen von Sapoa stehen. Er ließ verlauten, daß Bermudez militärischer Chef der Contra bleiben müsse, um eine Spaltung in verschiedene Gruppen zu verhindern. Allerdings scheint er der künftigen Durchsetzbarkeit des bewaffneten Kampfes nicht gänzlich zu vertrauen, da er zuletzt die Opposition in Nicaragua als Bündnispartner wiederentdeckte.

Den Sandinisten gelingt es, sich fortwährend Vorteile auf dem politischen Schauplatz gegenüber den USA und den Contras zu verschaffen

Nach seinen Worten habe sich der Kampf in Nicaragua von einem bewaffneten in einen unbewaffneten gewandelt. Aber das Geld fließe nur aus Kuba und der Sowjetunion. Die Freunde der USA, von der linken bis zur rechten Opposition, brauchten im Kampf um Demokratie in Nicaragua mehr finanzielle Hilfe aus Washington.

Wie gehabt, geht trotz des vorübergehenden Waffenstillstands der Krieg der USA gegen Nicaragua weiter. Ob es die bereits seit Wochen nach Honduras rollenden humanitären Hilfsgüter für die Contras sind oder das von Reagan um ein Jahr verlängerte Handelsembargo ist, die USA ignorieren jegliches internationales

Recht, um ihr Ziel, den Sturz der frei gewählten Regierung Nicaraguas, zu erreichen. Dabei stößt Reagan allerdings auf eine sandinistische Regierung, die nicht müde wird, auf allen Ebenen Schritte in Richtung Frieden zu tun und die Reintegration der Contra-Kämpfer in das zivile Leben Nicaraguas zu ermöglichen.

Fast unbemerkt, weil die Gespräche auf höchster Stufe natürlich im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen, knüpfte das Sandinistische Volksheer (EPS) Kontakte zu im Land befindlichen

Kommandanten und deren Truppen. Die von langer Hand vorbereiteten Gespräche und Treffen von Mitgliedern der nicaraguanischen Armee und Familienangehörigen mit den Contras führen zu einer Eigendynamik, die von der Contra-Führung nicht mehr zu kontrollieren sein wird. Dessen ist sich Bermudez anscheinend bewußt, denn er erließ Mitte April d.J. ein Dekret, das den Truppen den Kontakt mit dem EPS verbietet und verlangt, auf zivile Personen, die sich den Contra-Verbänden nähern, unverzüglich das Feuer zu eröffnen.

Trotz dieses Dekrets gehen die Treffen weiter. So haben sich im Pantasma-Tal, einem der Hauptschauplätze des Krieges, bereits mehr als 200 Familien mit ihren Söhnen, Männern und Vätern getroffen. Das nicaraguanische Heer führt Kämpfer der Contra zu Kooperativen, um ihnen ein Bild von den Sorgen und Nöten der Bauern zu verschaffen. Andernorts organisiert eine katholische Gemeinde gemeinsame Gebetsstunden von Bevölkerung und Contras.

Gleichzeitig ist die Tendenz sichtbar, daß im Zuge der Rückansiedlung der Miskito-Indianer viele ihrer bewaffneten Verbände dem Krieg den Rücken kehren. Beispielsweise integrierte sich am Tag des Beginns der zweiten Verhandlungsrunde ein 200 Mann starkes Kontingent offiziell in das zivile Leben. Die Bedingung, die sie an die Regierung stellten, war, daß ihnen weiterhin der Schutz ihrer Gemeinden am Rio Coco überlassen wird und man ihnen Munition, Lebensmittel und Medikamente zur Verfügung stellt.

Trotz tiefer wirtschaftlicher Depression schafft es die nicaraguanische Regierung, sich fortwährend auf dem politischen Schauplatz Vorteile gegenüber der Contra und der Reagan-Administration zu verschaffen. Eine Tatsache, derer sich die USA bewußt sind, weshalb sie versuchen, die Hardliner innerhalb der Contra zu unterstützen, um so bald wie möglich wieder in die kriegerische Auseinandersetzung eintreten zu können. Für diesen Fall hat ihnen der Staatspräsident Nicaraguas, Daniel Ortega, die totale Konfrontation angekündigt.

Asien

Kleines Nachschlagewerk

Herausgeber:
Roland Felber, Diethelm Weidemann
542 Seiten - Mit 42 Karten
Leinen - 19,80 DM
ISBN 3-320-00801-3
738 255 2/Asien,Nachschl.werk

Asien

Kleines
Nachschlagewerk

Nach »Afrika« und »Lateinamerika« legt der Verlag ein weiteres Nachschlagewerk vor, das Geographie, Geschichte, Politik und Ökonomie aller Länder dieses Kontinents, Entwicklungstendenzen und viele andere Fakten umfangreich vorstellt.

Malte Letz

Kurze Geschichte der sandinistischen Revolution

Wurzeln, Verlauf, erste Ergebnisse
Herausgeber: Akademie
für Gesellschaftswissenschaften
beim ZK der SED
Etwa 240 Seiten - Mit 7 Abbildungen,
11 Tabellen und 2 Karten
Broschur - Etwa 11,80 DM
ISBN 3-320-00955-9
738 348 3/Letz,Gesch.sandinist.Rev.



Der Autor beginnt mit einem Überblick über die Entwicklung Nicaraguas während der Somoza-Diktatur. Mit der Analyse des Werdens, des konkreten Verlaufs und der ersten Ergebnisse der sandinistischen Revolution werden zugleich revolutionstheoretische Fragen aufgegriffen.

Fragen Sie in Ihrer Buchhandlung.

DIETZ VERLAG BERLIN

Wallstraße 76-79
Berlin
DDR - 1020



Adalbert Krims

Die neue Sozialenzyklika Papst Johannes Pauls II. Vorrang für die Armen, aber sachte

Die Probleme der Dritten Welt, die ihm „so sehr am Herzen liegt“, stehen im Mittelpunkt des jüngsten Lehrschreibens (Enzyklika) von Papst Johannes Paul II. Veröffentlicht am 19. Februar d.J. in Rom, ist dies bereits die siebte Enzyklika, seit der polnische Kardinal Karol Wojtyla im Oktober 1978 zum Papst gewählt wurde. Seither suchte er mit einer regen Reisetätigkeit in die Dritte Welt eine stärkere Hinwendung der römischen Kurie zu den Problemen dieser Weltregion zu demonstrieren. Und die Publizierung der neuen Sozialenzyklika just zu dem Zeitpunkt, da sich Papst Pauls VI. Enzyklika „*Populorum progressio*“ (Entwicklung der Völker) zum 20. Mal jährte, unterstreicht dies. Auf welche Weise das Johannes Paul II. tut, hat Adalbert Krims anhand des zwischenzeitlich in deutscher Fassung vorliegenden 110-Seiten-Dokuments überprüft. Unser Autor ist leitender Redakteur der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Kritisches Christentum“ und Verfasser des Buches „Karol Wojtyla – Papst und Politiker“.

Papst Johannes Pauls II. Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“ (Die soziale Sorge der Kirche) ist nach „*Laborem exercens*“ (Über die menschliche Arbeit) die zweite Sozialenzyklika des polnischen Papstes. Während erstere der kirchlichen Soziallehre im allgemeinen gewidmet war, beschäftigt sich „*Sollicitudo rei socialis*“ im speziellen mit der Entwicklung der Dritten Welt. Johannes Paul II. beginnt seine Enzyklika mit einer Würdigung von „*Populorum progressio*“ (Pauls VI. im Jahr 1968), um dann auf die Veränderungen der letzten 20 Jahre aus seiner Sicht einzugehen. Hier meint er zuerst, daß vor 20 Jahren ein gewisser Entwicklungs-

Optimismus bestanden hat, während die gegenwärtige Weltsituation in bezug auf die Entwicklung eher einen negativen Eindruck biete. „Die erste negative Feststellung, die es zu machen gilt, ist das Fortbestehen und oft sogar die Verbreiterung des Grabens zwischen dem sogenannten entwickelten Norden und dem unterentwickelten Süden.“ (Nr. 14) Neben der Vergrößerung des wirtschaftlichen und sozialen Rückstands der Dritten Welt kämen noch besorgniserregende Faktoren im kulturellen Bereich (vom Analphabetismus über politische und religiöse Unterdrückung bis zur Rassen-diskriminierung) hinzu. Solche Mißstände gebe es auch im entwickelten

Norden, doch seien sie „in den Entwicklungsländern ohne Zweifel häufiger, langfristiger und schwerer zu beseitigen“. (15) Besonders hebt der Papst dann hervor, „daß in der heutigen Welt unter den anderen Rechten oft auch das Recht auf unternehmerische Initiative unterdrückt wird... Die Erfahrung lehrt uns, daß die Leugnung eines solchen Rechtes oder seine Einschränkung im Namen einer angeblichen 'Gleichheit' aller in der Gesellschaft tatsächlich den Unternehmungsgeist, das heißt, die Kreativität des Bürgers als eines aktiven Subjektes, lähmt oder sogar zerstört.“

Die Folge sei nicht echte Gleichheit, sondern eine „Nivellierung nach unten“. Es komme zu „Passivität, Abhängigkeit und Unterwerfung unter den bürokratischen Apparat. ... Das ruft ein Gefühl von Frustration oder Resignation hervor und bringt die Menschen dazu, sich aus dem Leben der Nation zurückzuziehen, indem viele zur Auswanderung gedrängt werden und ebenso eine Form von 'innerer' Emigration gefördert wird.“ (15)

Ferner betont der Papst, „daß keine gesellschaftliche Gruppe, wie zum Beispiel eine politische Partei, das Recht hat, das Führungsmonopol an sich zu reißen; denn das führt zur Zerstörung des wahren Subjektcharakters der Gesellschaft

und der Bürger als Personen, wie es bei jedem Totalitarismus geschieht". (15)

Aus diesen Passagen spricht ganz der polnische Papst – und sie klingen eigentlich mehr nach einem Dokument der polnischen Opposition als nach einem päpstlichen Schreiben über Probleme der Dritten Welt.

Dann kommt der Papst auf die Ursachen der Verschlechterung der Situation in der Dritten Welt zu sprechen. Als erste nennt er die „schwerwiegenden Unterlassungen der Entwicklungsländer selber und insbesondere jener Personen, die dort die wirtschaftliche und politische Macht in Händen halten". (16) Dies dürfe aber nicht dazu führen, die Verantwortung der Industrieländer zu übersehen. „Auf jeden Fall muß man das Bestehen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Mechanismen anprangern, die, obgleich vom Willen des Menschen gelenkt, doch fast automatisch wirken, wobei sie die Situation des Reichtums der einen und der Armut der anderen verfestigen." (16) Welche Mechanismen damit im einzelnen gemeint sind, wird nicht näher ausgeführt.

Die politischen Ursachen der heutigen Situation sieht der Papst vor allem in der „Existenz zweier entgegengesetzter Blöcke, die allgemein mit den gebräuchlichen Namen Ost und West ... bezeichnet werden". (20) Der Westen sei „historisch" an den Prinzipien des „liberalistischen Kapitalismus" orientiert, während sich der Osten am „marxistischen Kollektivismus" orientiere. „Es war unvermeidlich, daß der ideologische Gegensatz durch die Entwicklung von miteinander ringenden Systemen und Machtzentren und mit je eigenen Formen von Propaganda und Indoktrination zu einem wachsenden militärischen Gegensatz führte und so zwei Blöcke bewaffneter Macht entstehen ließ, von denen jeder die Vorherrschaft des anderen mißtrauisch fürchtet." (20)

Besonders negative Auswirkungen habe dies auf die Entwicklungsländer, da der Gegensatz der beiden Blöcke in jene Länder eingeführt werde und so zur Verbreiterung des Grabens zwischen Nord und Süd beitrage. Die unabhängig gewordenen Ländern würden in ideologische Konflikte hineingezogen, „die im Innern des Landes unvermeidlich Spaltungen erzeugen und in gewissen Fällen sogar wahre Bürgerkriege entfesseln". (21)

Der Ost-West-Konflikt ist für den Papst – nicht nur gemessen an der im Vergleich zu anderen Faktoren weit ausführlicheren Beschreibung – offenbar die Hauptursache für den „Rückstand" der Entwicklungsländer, ja sogar für interne Konflikte. Hier zeigt sich wieder, daß der polnische Papst Probleme der Dritten Welt sehr stark aus der Ost-West-Perspektive sieht und daraus sogar „Spaltungen"

und „Bürgerkriege" in diesen Ländern erklärt. Durch diese Fixierung auf das Ost-West-Schema übersieht oder verharmlost er die viel wichtigeren Ursachen: nämlich die externen und internen Ausbeutungsverhältnisse.

Nach einer Verurteilung des Terrorismus (übrigens erwähnt Wojtyla im Gegensatz zu Paul VI. keinerlei Recht auf Revolution oder begrenzte Gewalt) streift die Enzyklika auch das Problem der Bevölkerungsentwicklung, wobei er zugibt, daß im Süden ein „demographisches Problem ... Schwierigkeiten für die Entwicklung bereitet". (25) Umgekehrt behindere jedoch auch der Abfall der Geburtenziffern im Norden die Entwicklung, wo die Bevölkerung unfähig werde, „sich biologisch zu erneuern". Johannes Paul geht jedoch auf das Bevölkerungsproblem nicht näher ein, sondern verurteilt nur „systematische Kampagnen zur Geburtenkontrolle". (25)

Positiv vermerkt der Papst ein wachsendes Menschenrechtsbewußtsein sowie die Zunahme der Zahl einschlägiger privater Vereinigungen. Auch die Sorge um die Umwelt sei ein „positives Zeichen der Gegenwart".

Im nächsten Kapitel geht Johannes Paul auf die „wahre menschliche Entwicklung" ein, die mehr als bloßes wirtschaftliches Wachstum sei. Dabei betont er auch „die Ungerechtigkeit der schlechten Verteilung der Güter und Dienstleistungen, die ursprünglich für alle bestimmt sind". (28)

**Als Ursache
des „Rückstands" der Ent-
wicklungsländer sieht der Papst den
Ost-West-Konflikt an, nicht aber
die äußeren und inneren
Ausbeutungsverhältnisse**

In einer „theologischen Analyse der modernen Probleme" betont Johannes Paul sehr stark den Begriff „Strukturen der Sünde", die in einer Welt herrschten, die in Blöcke geteilt, von starren Ideologien gestützt und von verschiedenen Formen des Imperialismus geprägt sei. Allerdings hätten diese „Strukturen der Sünde" immer „in persönlicher Sünde ihre Wurzeln" und hingen „daher immer mit konkreten Taten von Personen zusammen". (36) Daß Strukturen und Systeme unabhängig vom guten oder bösen Willen des Einzelnen sündhaft sein können, wie dies etwa die „Theologie der Befreiung" sagt, hat im Denken des Papstes keinen Platz. Als wichtigste Verhaltensweisen, die zu diesen „Strukturen der Sünde" führen, sieht der Papst die „ausschließliche Gier nach Profit" und das „Verlangen nach Macht".

Auf der anderen Seite gebe es jedoch als

positives Zeichen „das wachsende Bewußtsein für die Solidarität der Armen untereinander". (39) Solidarität sei der Weg zum Frieden und zugleich zur Entwicklung, betont der Papst.

Die Kirche habe zum Problem der Unterentwicklung keine technischen Lösungen anzubieten, aber sie habe „ein Wort zu sagen zur Natur, zu den Bedingungen, den Anforderungen, den Zielen einer echten Entwicklung und ebenso zu den Hindernissen, die sich dieser entgegenstellen". (14) Als Mittel benutze sie ihre Soziallehre, die kein „dritter Weg" zwischen liberalistischem Kapitalismus und marxistischem Kollektivismus sei, sondern etwas Eigenständiges. Besonders hebt der Papst die „Option oder vorrangige Liebe für die Armen" hervor. Bei diesem Einsatz für die Armen dürfe man aber nicht auf „jene besondere Formen der Armut" vergessen, „wie sie der Entzug der Grundrechte der Person, insbesondere des Rechtes auf die Religionsfreiheit bis zum Recht auf freie wirtschaftliche Initiative, darstellt". (42)

In eher allgemeiner Form spricht sich Johannes Paul dann für eine Reform des internationalen Handels- Währungs- und Finanzsystems sowie für eine Überprüfung des Technologietransfers und der Struktur der bestehenden internationalen Organisationen aus. In bezug auf die Entwicklungsländer schreibt er: „Die Entwicklung erfordert auf seiten der betroffenen Länder selbst vor allem Unternehmungsgest." (44) Einige Nationen müßten die Nahrungsmittelproduktion steigern, andere bräuchten „die Reform einiger ungerechter Strukturen".

Im Schlußkapitel beginnt der Papst mit dem Hinweis, daß in einigen Bereichen der katholischen Kirche, besonders in Lateinamerika, die Probleme des Elends und der Unterentwicklung unter dem Aspekt der Befreiung gesehen werden. Dazu stellt er fest: „Die positiven Werte, aber auch die Fehlentwicklungen und die Gefahren, die mit dieser Form theologischer Reflexion und Arbeit verbunden sind, hat das kirchliche Lehramt in entsprechender Weise aufgezeigt." (46) Interessant ist, daß hier in der Fußnote ausschließlich auf das Dokument der Glaubenskongregation „Über einige Aspekte der 'Theologie der Befreiung'" hingewiesen wird, das sich bekanntlich ziemlich negativ mit dieser Strömung in Lateinamerika auseinandergesetzt hat. Um sich deutlich von „Populorum progressio" abzugrenzen, wo Paul VI. in Ausnahmesituationen die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt hat, betont Johannes Paul II. im Schlußkapitel nochmals: „Jeder ist aufgerufen, seinen Platz in diesem friedlichen Kampf einzunehmen, den es mit friedlichen Mitteln zu führen gilt." (47)

Im Vergleich zu „Populorum progres-

sio" ist „Sollicitudo rei socialis" mehr lehrhaft als prophetisch, mehr „reformistisch" als „revolutionär", mehr dem Ost-West- als dem Nord-Süd-Konflikt verhaftet. Während man Paul VI. 1967 den Vorwurf des Antikapitalismus, ja sogar der Unternehmerfeindlichkeit" machte, wird sich Johannes Paul II. solchen Angriffen kaum stellen müssen (außer von einigen ganz rechten Kreisen).

Natürlich enthält die neue Enzyklika auch viele richtige Aussagen und bedenkenswerte analytische Ansätze. Was sie allerdings (negativ) auszeichnet, ist ihre Relativierung von Begriffen: da werden grundlegende Menschen- und Lebensrechte auf eine Stufe gestellt mit dem Recht auf unternehmerische Initiative — und dessen Fehlen wird in einem Atemzug mit Armut genannt, womit wiederum die „Option für die Armen" relativiert und ihres prophetischen Inhalts beraubt wird.

Dies kann nicht verwundern, galt Wojtylas „soziale Sorge" doch von jeher mehr der Kontinuität als der Erneuerung.

IKA

Zeitschrift für Kulturaustausch
Kulturkalender „Dritte Welt"

Nr. 33, Februar · März · April 1988, DM 5.00

Kultur im Südlichen Afrika

Literatur in Angola und Mosambik

Interviews mit V. Malangatana und U. Xitu

Theater in Zimbabwe

Musik in den Frontstaaten

Unser Thema:

Die „Dritte" Welt in Literatur, Film,
Grafik, Musik und Fotografie
mit ausführlichem Kulturkalender

4 x im Jahr für DM 20,-

Einzelheft DM 5,- (zuzügl. Porto),

Probeheft DM 3,- (in Briefmarken)

IKA Vertrieb — Kulturbüro „3. Welt"
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Kultur

Hanne Denk

Garcia Marquez' Lust am A

Seit Monaten führen die beiden jüngsten Werke des Kolumbianers Gabriel Garcia Marquez (60) die hiesigen Bestsellerlisten an. Mit „Die Liebe in den Zeiten der Cholera" gelang dem Literatur-Nobelpreisträger der Romanhit, mit „Das Abenteuer des Miguel Littin" der Reportagecoup des Jahres. Der Allroundschreiber ist eben immer für eine Überraschung gut.

Keinen Roman, keine Erzählung werde er mehr veröffentlichen, solange Pinochet an der Macht ist,¹ dies gelobte einst Gabriel García Márquez, Nobelpreisträger und Autor der weltberühmten Werke „Hundert Jahre Einsamkeit" (1967) und „Herbst des Patriarchen" (1975).

Mit seinem literarischen Schweigen wollte der bedeutendste Vertreter der lateinamerikanischen Literatur seine Leser zu solidarischen Protest gegen das chilenische Militärregime auffordern. Voller Empörung über das Blutbad und die Ermordung seines engen Freundes, des Präsidenten Salvador Allende, im September 1973 hielt García Márquez politisches Engagement fortan für wichtiger als sein literarisches Schaffen.

So schwor der Kolumbianer, sich nur noch in journalistischen Arbeiten, also nützlichen Werken der Information und Aufklärung, zu äußern.

Inzwischen bekannte er jedoch: „Ich bin zu der Schlußfolgerung gelangt, daß ich Pinochet mehr schade, wenn ich gute Bücher schreibe, als wenn ich aufhöre zu schreiben."² Nicht zuletzt auch das Zureden guter Freunde bewog den engagierten Literaten zum Bruch seines Schwures.

Infolgedessen kamen weitere Meisterwerke ans Licht: die 1981 veröffentlichte „Chronik eines angekündigten Todes", der große Roman „Die Liebe in den Zeiten der Cholera" (1985) und die spannende Reportage „Das Abenteuer des Miguel Littin" (1985; deutsche Übersetzung 1987).

Und „Gabo", wie ihn seine Freunde nennen, führte auf seine Weise, mit der Schreibmaschine, den Kampf gegen Pinochet fort. Anfang 1985 hielt sich der bekannte chilenische Filmemacher Miguel Littin in seiner Heimat auf, illegal, denn der Regisseur zählt zu den 5.000 Chilenen, denen eine Rückkehr streng untersagt ist. Littin nahm das Verbot nicht hin.

Mit falscher Identität und der Unterstützung der im Lande arbeitenden Widerstandsorganisationen wagte der Künstler, nach monatelanger Vorbereitung,

eine heimliche Rückkehr, um einen Dokumentarfilm über das Leben im Chile der Militärdiktatur zu drehen. Dort warteten drei internationale Filmteams, die unter verschiedenen offiziellen Vorwänden eingereist waren.

Nach Littins Anweisung filmten sie, unterstützt von jungen Amateurfilmern aus dem Widerstand, u.a. in der Hauptstadt, in Elendsvierteln, in den Bergwerksregionen. Das italienische Team erhielt sogar eine Dreherlaubnis im Moneda-Palast. Littin, getarnt als Beleuchtungsassistent, befand sich mitten unter ihnen.

Die vollen Filmrollen wurden ins Ausland geschleust. Das Endprodukt: eine vierstündige Fernsehdokumentation und eine halb so lange Kinofassung mit dem Titel „Acta general de Chile", Protokoll über Chile.

Littin hat sein Versprechen wahrgemacht und dem Diktator, ganz nach Art des chilenischen Kinderspiels, einen 32.000 m langen Eselsschwanz angehängt. Doch noch ein weiteres Dokument ging aus dem riskanten Unternehmen hervor.

Zurück im Madrider Exil erzählte der Chilene seinem Schriftstellerfreund von seiner abenteuerlichen Reise. Sogleich erkannte der „allzeit pffiffige" García Márquez, „daß hinter Littins Film ein anderer, nicht gedrehter Film verborgen war, der Gefahr lief, unveröffentlicht zu bleiben".³

Der Filmemacher erklärte sich bereit, dem professionellen Schreiber in einem erschöpfenden Interview — die Tonbandfassung dauerte 18 Stunden — Rede und Antwort zu stehen. Diesen hochaktuellen und brisanten Stoff faßte García Márquez dann, literarisch verarbeitet, zur Reportage „Das Abenteuer des Miguel Littin" zusammen.

„Ich habe es vorgezogen, den Bericht in der Ich-Form zu lassen, so wie ihn Littin mir erzählt hat. Der Stil des Buches", erklärt García Márquez weiter, „ist selbstverständlich mein eigener, denn die Stimme eines Schriftstellers ist nicht austauschbar." Trotzdem hat er versucht, in vielen Fällen die chilenischen Redewen-

Abenteuer

dungen der ursprünglichen Erzählung beizubehalten und insgesamt die Ansichten Littíns zu respektieren, auch wenn sie nicht immer mit den seinen übereinstimmen.⁴

Das Buch ist mehr als nur ein Reisetagebuch, eine Reportage über das heutige Chile. Meisterhaft gelingt es dem Romancier, Littíns Abenteuer mit seiner Feder lebendig werden zu lassen. García Márquez schildert eindrucksvoll Littíns Gefühle, seinen seelischen Konflikt, in der eigenen Heimat Fremder bleiben zu müssen, „ein im eigenen Land Exilierter“ zu sein, „was die bitterste Art des Exils“ ist.

änderungen nach 12 Jahren Exil wahr. Er sieht in die unbeweglichen Gesichter seiner Landsleute, um zu erkennen, daß sie ebensolche Vertriebenen sind wie er selbst.

Äußerst bewegend ist auch der Moment der eher zufälligen Einkehr Littíns ins Haus seiner Mutter. „Du mußt ein Freund meines Sohnes sein.“ Die eigene Mutter läßt sich von seiner Maskerade täuschen.

Aber auch Passagen voller Komik, Beispiele gabielsker Anekdoten findet der Leser auf den 153 Seiten chilenischer Realität und Hoffnung. So bei Littíns Zusammentreffen mit einer in der Konspiration aufblühenden alten Dame, oder Littíns vergeblichem Bemühen, einen Barbier zu finden, da er für „rasieren“ ein in Chile heute nicht mehr gebräuchliches Wort benutzt.

Das Polizeinetz zieht sich immer enger, der Regisseur muß ein zweites Mal seine Heimat verlassen. Da gelingt ein letzter Coup; grotesk-komischer Höhepunkt der Erzählung: Carabineros begleiten

Gabo, der 1949 sein kaum begonnenes Jurastudium abbrach, zeichnete sich als bald als hervorragender Berichtersteller aus. Seine Karriere als Journalist begann bei der linken kolumbianischen Oppositionszeitung „El Expectador“, die ihren talentierten Mitarbeiter als Korrespondenten nach Europa schickte.

Später arbeitete García Márquez für die kubanische Presseagentur „Prensa Latina“. In Bogota beteiligte er sich 1974 an der Gründung der linken Wochenzeitschrift „Alternativa“. Heute liefert der unermüdete Schreiber Beiträge für zahlreiche lateinamerikanische, besonders mexikanische Zeitungen. Seine Kolumnen werden von mehreren Zeitungen der spanischsprachigen Welt, u.a. von „El País“, übernommen.

Seine Tätigkeit bei „Prensa Latina“, das prägende Ereignis der kubanischen Revolution, festigten die Überzeugung des jungen Redakteurs, sich entschlossen in die politischen Ereignisse einzumischen. Der Putsch in Chile verstärkte sein politisches Engagement.

Der Nobelpreisträger begann zudem, sein beträchtliches Kapital der Berühmtheit einzusetzen. Er wurde zum Kommentator des internationalen Geschehens, wobei der meist im mexikanischen Exil lebende Literat immer Partei für die Unterdrückten ergreift.

Er berichtete zu Vietnam, Kuba, Angola, dem Malwienkrieg. Er schrieb über die Papstreise, sympathisiert mit den Müttern vom Plaza Mayo. Und er prangert die US-Politik in Mittelamerika an.

Ziel des Vorkämpfers für ein anderes Lateinamerika ist die systematische Aufklärung über die Repression in Lateinamerika, insbesondere im Cono Sur (Südgürtel). Dies bewog ihn auch 1975, als Geschworener beim Russell-Tribunal mitzuwirken. Zum anderen hat der Karibe seine Solidarität zu Kuba bewahrt und macht aus seiner Bewunderung für den kubanischen Staatschef Fidel Castro keinen Hehl. Mit Vergnügen übernahm García Márquez die Aufgabe, für die von dem italienischen Journalisten Mina verfaßte Castro-Biographie, das Vorwort zu schreiben.⁶

Immer wieder wird der persönliche Freund Castros, Camillo Torres', Torrijos', Mitterrands sowie führender Sandinisten in geheimdiplomatische Aktivitäten eingeschaltet, sei es als politischer Vermittler in seiner Heimat Kolumbien oder in Mittelamerika. Besonders letzterer Region gilt heute sein Augenmerk. Gemeinsam mit dem argentinischen Friedensnobelpreisträger Esquivel und J. Bosch, dem früheren Präsidenten der Dominikanischen Republik, unterzeichnete der Schriftsteller ein Dokument zur Unterstützung der Contadora-Bemühungen für eine Friedenslösung in Mittelamerika.⁷



Gabriel García Márquez (l.) mit Filmregisseur Miguel Littín

Der Leser erfährt von Littíns Verwandlung zum uruguayischen Geschäftsmann, erlebt, wie er durch veränderte Gesten und Sprache seine eigene Identität tilgt, immer bemüht, nicht den wahren Miguel hervorscheinen zu lassen. „Ich mußte lernen nicht auf charakteristische Weise zu lachen, es hätte mich trotz meiner Maskierung verraten. Wenn du lachst, stirbst du, warnte man mich.“ „Gabo“ beschreibt, wie der Künstler Stück für Stück die Vergangenheit erobert, wie er im Laufe seiner Reise feststellt, daß die Putschgeneräle das Gedächtnis an Allende nicht auszulöschen vermochten, wie auch Neruda in der Erinnerung des Volkes weiterlebt. Mit wachem Auge nimmt Littín die Ver-

den vermeintlichen Geschäftsmann zum Flughafen. Ohne Zweifel ist es dem 60jährigen García Márquez gelungen, mit diesem Buch seinem dringenden Anliegen gerecht zu werden, die chilenische Diktatur vor der Weltöffentlichkeit bloßzustellen.

Erneut hatte sich der bekannte Kolumbianer dem Genre der Reportage zugewandt. Stets hatte der größte Schriftsteller spanischer Sprache und gleichzeitig hartnäckigste Kämpfer für die Wiederherstellung der Demokratie in Lateinamerika, neben seinen Romanen, Novellen und Drehbüchern aktuelle politische Berichte verfaßt. Leider waren sie bisher dem europäischen Publikum weitgehend nicht zugänglich.⁵

Bücher zu LATEINAMERIKA



Der andere Buchladen, Köln
Informationsstelle Lateinamerika (ila), Bonn

Über 500 Kurz- bzw. Sammelrezensionen lieferbarer deutschsprachiger Titeln zu bzw. aus Lateinamerika.

Ein Autorenregister und eine übersichtliche Gliederung (nach Ländern und Sachthemen) erleichtern das Nachschlagen. Besprochen werden:

- Sachbücher zu Lateinamerika
- Lateinamerikanische Belletristik in deutschen Übersetzungen
- eine Auswahl von Büchern die sich allgemein mit dem Nord-Süd-Verhältnis beschäftigen

Der Literaturteil enthält neben den Angaben zu den Büchern auch kurze Biographien der entsprechenden SchriftstellerInnen.

Das ganze kostet **nur 5,— DM** (+ 2,— DM Versandkosten — ab 10 Expl. versandkostenfrei). Nur gegen Vorkasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck.

Bestellungen an:

Informationsstelle Lateinamerika
Oscar-Romero-Haus
Heerstraße 205
5300 Bonn 1

oder

Der Andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41

Endlich!

Der Journalist García Márquez ist immer auch Romanautor geblieben. Mit seinem Werk „Hundert Jahre Einsamkeit“ erlangte er Weltruhm. Für diesen Roman, der die Geschichte eines ganzen Kontinents widerspiegelt, wurde dem kolumbianischen Schriftsteller im Herbst 1982 der Nobelpreis für Literatur zugesprochen.

Im Vergleich zu den eher nüchternen Frühwerken „Laubsturm“ (1955), „Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt“ (1958) und „Die böse Stunde“ (1961) wird nun die Verbindung von Wirklichkeit und Fiktion zum Kennzeichen García Márquez'.. „Magischen Realismus“ nennt die Literaturwissenschaft die dem Autor eigene Vermischung von Mythischem und Historischem.

Mittlerweile führt ein neues literarisches Oeuvre die Bestsellerlisten an, García Márquez' Roman „Die Liebe in den Zeiten der Cholera“. Das mit Spannung erwartete Buch, das in einer Startauflage von mehr als 1 Mio Exemplaren erschien, ist das verlegerische Ereignis der letzten Jahre.

Das Werk erinnert in seiner Gesamtheit an „Hundert Jahre Einsamkeit“, in der fließenden Sprache, der Transparenz, dem retrospektivischen Erzählzyklus, dem Wechsel von Vergangenheit und Gegenwart. Wieder übt García Márquez seine „burla“, seinen unverwechselbaren Sprachstil, seine Lust am Fabulieren, an genialen Übertreibungen. Verflochten mit autobiographischen Erfahrungen und Erinnerungen findet sich auch der García Márquez eigene klare Blick für die soziale und politische Realität seiner Heimat, ein weiteres Kennzeichen des Autors, wieder.

Der Roman über die scheinbar vergebliche, beharrliche und schließlich siegreiche Liebe erzählt von der lebenslangen Zuneigung des 76jährigen Florentino Arizas zu Fermina Daza, die sich in ihrer Jugend für die Heirat mit einem Arzt entschieden hatte. Wenige Stunden nach dem Tode des Gatten, kommt der inzwischen zum Direktor der Karibischen Flußfahrtsgesellschaft aufgestiegene Florentino in das Haus der Witwe, um der 72jährigen seine 51 Jahre, 9 Monate und 4 Tage währende Liebe erneut zu bekunden.

Und Florentino beginnt die langwierige Rückeroberung seiner Jugendliebe. „Endlich am Ziel seiner Wünsche, fährt er mit der Frau seines Lebens, die die Frau seines Alters ist, auf einem Dampfer..., und da hissen sie die gelbe Choleraflagge, um die Welt von ihrer jungen Liebe auszuschließen.“ Gabos Roman ist mehr als ein zärtlicher, lebenskluger Liebesroman, es ist die Rehabilitation der Liebe im Greisenalter, ungeachtet aller Konventionen und Vorurteile.⁸ Die „Lie-

be in den verschiedenen Lebensphasen“ zu erfassen, García Márquez Vorhaben, ist ihm meisterhaft gelungen.

Die Ausdauer, der Glaube Florentinos an die Erfüllung seiner Liebe — spiegelt sie nicht ein Stück lateinamerikanischer Geduld und Hoffnung wider?

Schon nimmt der unermüdliche García Márquez neue Aufgaben wahr. Als Vorsitzender der vor zwei Jahren begründeten Neuen Lateinamerikanischen Film-Stiftung, deren Ziele er aus dem Erlös seines Buches „Das Abenteuer des Miguel Littín“ unterstützt, engagiert sich der vielseitige Kulturschaffende für die Förderung der lateinamerikanischen Filmkunst. Gleichzeitig lehrt er an der

**Auch in „Die
Liebe in Zeiten der Cholera“
findet sich die dem Autor eigene
Vermischung von Mythischem
und Geschichtlichem**

aus dem Fonds hervorgegangenen Internationalen Filmakademie auf Kuba.

Auch literarische Zukunftspläne hegt der weltbekannte Autor. Langfristig möchte er seine Memoiren in Form einer fiktiven Biographie schreiben. Gegenwärtig widmet sich der Karibe einem neuen Buchprojekt, einem Roman über Simon Bolívar.

Bolívars Vision von einem autonomen und vereinten Lateinamerika, ein Traum, den auch der entschiedene Antimperialist García Márquez verwirklicht sehen möchte, will der große Schriftsteller zu einem neuen literarischen Werk verweben.⁹ García Márquez' nächstes Buch bleibt mit Spannung zu erwarten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. O. Collazos, Gabriel García Márquez. Sein Leben und sein Werk, Köln 1987, S. 149, S. 183
- 2) Zit. in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), Prag, Nr. 1/1988, S. 118
- 3) Siehe das Vorwort in: Gabriel García Márquez, Das Abenteuer des Miguel Littín. Illegal in Chile, Köln 1987
- 4) Ebd., S. 10
- 5) Eine mehrbändige Auswahl seiner frühen journalistischen Arbeiten ist bei Kiepenheuer & Witsch erschienen: Die Giraffe aus Barranquilla, Köln 1984; Der Beobachter aus Bogotá, Köln 1985; Zwischen Karibik und Moskau, Köln 1986
- 6) Vgl. Frankfurter Rundschau, 19.3. 1988
- 7) Vgl. O. Collazos, Gabriel..., a.a.O. und Gabriel García Márquez, Der Geruch der Guayave. Gespräche mit Plinio Apuleyo Mendoza, Köln 1982
- 8) Siehe O. Collazos, Gabriel..., a.a.O., S. 219ff., außerdem: A. Cornejo Polar, in: Revista de crítica literaria latinoamericana, Lima, Nr. 23, 1986, S. 162ff; El amor en los tiempos del cólera, in: Cuadernos Hispanoamericanos, Madrid, Bd. 432, Juni 1986, S. 131ff.
- 9) Nach einem Interview mit: International Herald Tribune, Paris, 26.2.1988

Das Gespenst der Reislamisierung

R. Werle/R. Kreile, Renaissance des Islam. Das Beispiel Türkei, Junius-Verlag, Hamburg 1987, 170 S., 19,80 DM.

Seit der zumindest vorläufigen Konsolidierung der Herrschaft der schiitischen Mullahs in Teheran hat das bis dahin in den bürgerlichen Medien umgehende Gespenst des Kommunismus dem des islamischen Fundamentalismus Platz gemacht, einem Gespenst, das wegen seiner kulturellen Andersartigkeit irrationaler und damit noch bedrohlicher erscheint. Eine „Reislamisierung“ wurde allenthalben entdeckt. Das NATO-Land Türkei, dessen historische Vorreiterrolle für den Laizismus und bürgerlichen Nationalismus im Nahen Osten bekannt war, das sich bis dahin ungeachtet seiner geographischen Zugehörigkeit als ein europäisches Land betrachtete und das speziell in der Bundesrepublik durch seine hier arbeitenden und lebenden Menschen stark präsent ist, machte davon keine Ausnahme.

Das 1987 erschienene Buch von Rainer Werle und Renate Kreile versucht, der Realität und den Gründen dieser „Renaissance des Islam“ unter den türkischen Staatsangehörigen zuhause und im Ausland nachzugehen. In neun Kapiteln gehen die Autoren auf zentrale Fragen des historischen und sozialökonomischen Kontextes, innerhalb dessen die festzustellende Zunahme des Einflusses des Islams stattfand, sowie auf dessen konkrete Ausformung in der Türkei und in der bundesrepublikanischen Diaspora ein. Sie untersuchen so der Reihenfolge nach das „Schlagwort Reislamisierung“, den „Nationalismus und Islam bei Atatürk“, den „Volksislam in der Türkei“, die „sozio-ökonomische Krisenentwicklung und Reislamisierung“, die Frage, warum es statt zu einer Linksentwicklung zur Reislamisierung gekommen sei, die MSP und MHP als Parteien des islamischen Fundamentalismus, die „Reislamisierungstendenzen unter Türken in der Bundesrepublik“ und das generelle Problem des Verhältnisses von „Reislamisierung und Modernisierung“. Es sei bereits an dieser Stelle angemerkt, daß es sich bei der vorliegenden Arbeit lediglich um eine Einführung in die Problematik handelt.

Die Hauptthesen der Autoren können wie folgt zusammengefaßt werden: Die teilweise

formal antiislamischen Reformen Mustafa Kemals hatten einen etatistisch-kapitalistischen Charakter und basierten nicht auf einer aktiven Unterstützung durch die überwiegend ländliche und traditionalistische Bevölkerung. Die weitere sozialökonomische Entwicklung des Landes führte zur Marginalisierung (= an den Rand gedrängt werden; d. Red.) verschiedener traditioneller Klassen und Schichten zugunsten der Herausbildung einer herrschenden industriellen Großbourgeoisie. Der etatistische Charakter der Modernisierungsmaßnahmen der Kemalisten, denen keine wirkliche integrierte Entwicklung entsprach, machte den Islam zum Fluchtpunkt für einen großen Teil jener, die durch die Politik des Staates sozial marginalisiert wurden, aber auch zum bewußt genutzten Mittel, dessen sich die verschiedensten bürgerlichen in Opposition zur kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) stehenden Parteien bedienten und bedienen. Das galt für die wesentlich großindustriell und prowestlich orientierte Demokratische Partei von Adnan Menderes nach 1946 und deren Nachfolgeparteien, Süleyman Demirels Gerechtigkeitspartei und Partei des Rechten Weges ebenso wie für die offiziell islamistische MSP Erbakans und die faschistische MHP von Oberst Türkeş, die beide vor allem die Interessen der nicht-exportorientierten und mittelständischen Unternehmer zum Ausdruck bringen. Aber auch die regierende Vaterlandspartei (ANAP), die im Gegensatz dazu voll den Interessen des exportorientierten großindustriellen Sektors zum Durchbruch verhilft, bedient sich des Islam als Herrschaftsideologie. Die Kräfte, die den Islam wie verschiedene Sekten von der Art der Nurcular oder Süleymançilar in einer eher präkapitalistischen Form zum Daseinszweck haben, kooperieren zwar teilweise mit den erwähnten Parteien, werden von diesen letztlich aber höchstens als militante Stoßtruppe oder als Stimmvieh instrumentalisiert.

Für die Beantwortung der noch vor nicht allzulanger Zeit mit Bangen gestellten Frage, ob in der Türkei eine „islamische Revolution“ nach iranischem Muster anstehe, sind weitere Faktoren ausschlaggebend. Anders als der schiitische Klerus im Iran haben die sunnitischen

Schriftgelehrten in der Türkei keine ökonomische und soziale Eigenständigkeit gegenüber dem Staat, nicht einmal gegenüber dem kemalistischen, einem Staat, der im übrigen – wie gezeigt – mittels verschiedener seiner Parteien die proislamische Stimmung im Volk kanalisiert. Darüber hinaus sind einerseits die zahlreichen Angehörigen der alevitischen Konfession in der Türkei für den von ihnen zu Recht als Bedrohung verstandenen sunnitischen Fundamentalismus nicht empfänglich, sondern tendieren politisch eher zur Linken.

Auch für die ca. 10 Mio Kurden in der Türkei ist die Religion, die sie überwiegend mit den Türken teilen, kein Bereich, innerhalb dessen sie ihre oppositionelle Haltung gegenüber dem türkischen Staat adäquat zum Ausdruck bringen könnten. Hier war stets der Nationalismus der bestimmende Faktor, auch wenn er bis zum Ende der 30er Jahre mit islamischem Bewußtsein Hand in Hand ging. Der Islam ist hier seit Entwicklung einer modernen Nationalbewegung seit Mitte der 60er Jahre fast ausschließlich Herrschaftsinstrument. Da die Autoren, ihren ideologischen Präferenzen folgend, einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Sichtweise von Seiten der linken Organisation Dev Yol beziehen, ist ihnen die Bedeutung des kurdischen Widerstandes auch für das Problem der Islamisierung in der Türkei leider nur unzureichend bewußt geworden. In der Tat war auch schon zur Zeit des Erscheinens des Buches eine Tendenz auszumachen, die sich immer deutlicher manifestiert. Der „Reislamisierung“ hat in den Medien der Türkei unterdessen das Kurdenproblem deutlich den Rang abgelaufen. Überhaupt ist festzustellen, daß der Islam parallel zur Entwicklung der Aktivitäten alter und neuer – überwiegend linker – Oppositionskräfte und gewerkschaftlicher Kämpfe als Ausweg der Hoffungslosen und Desorientierten – eine Funktion, die er in der Bundesrepublik zum Teil noch deutlicher als in der Türkei selbst ausübt –, wenn auch nicht unbedingt seine kulturelle, so doch zumindest seine politische Kraft, tendenziell einbüßt.

So kann man heute die Auffassung der Autoren, daß eine „islamische Revolution“ in der Türkei kaum ansteht, nur bekräftigen. Die Rolle, die der Islam in verschiedener Ausprägung trotzdem spielt und weiter spielen wird, hängt wesentlich davon ab, ob sich in der Türkei laizistische Kräfte formieren, die auch den besonders anfälligen sozial marginalisierten Schichten und Klassen eine sie in ihrer Ganzheit – also nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell – ansprechende Perspektive vermitteln können.

Lothar A. Heinrich

EIN AUFRUF ZUR HILFE

DER TOD IST EIN MEISTER AUS DEUTSCHLAND

Der fünftausendfache Tod in der kurdischen Stadt Halabdscha hatte die Farbe gelb-weiß. Der Stempel seiner Herkunft lautet: Deutschland. Denn die gnadenlosen Spätgeburten der deutschen Todeskultur, die das Nervengift Schwefelost als Erben einer geschäftsmäßig betriebenen Massenvernichtung von ihren Vorgängern aus den Gasangriffsplätzen von Ypern (1. Weltkrieg) und Auschwitz (2. Weltkrieg) übernommen haben, lieferten die petrochemischen Grundstoffe, die Technologie und das Know how für jene industrielle Giftküche im irakischen Samarra, aus der die Stoffe stammen, die zur flächendeckenden Massenermordung gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Aus Deutschland kommt die Ausrüstung der Herstellungsfabriken, getarnt als Produktionsstätten für „Pestizide“, die in der skrupellosen Fortsetzung der nazistischen Unmenschlichkeit zur Vernichtung des „Menschenungeziefers“ dienen.

Diese chemischen Kampfstoffe, deren einziger Verwendungszweck die wahllose, rationale und kostengünstige Vernichtung von möglichst vielen Menschen ist, wirken sowohl auf die Atemwege wie auf die Haut. Sie dringen durch Kleidung und Lederstiefel und versuchen als „seßhafte Gifte“ ein betroffenes Gebiet und verhindern weiteres Leben. Die Wirkung: Qualvoller Tod oder furchtbare Langzeitfolgen mit Hautgeschwüren, Erstickungsanfällen und Lungenschäden. In Halabdscha sah man die aufgeblähten Kadaver toter Menschen & Tiere und die gekrümmte Gestalt eines Vaters, der vergebens die schützende Hand über sein ermordetes Kind hält.

Die mutmaßlichen geschäftsführenden Mittäter haben in Deutschland Name, Anschrift & Adresse. Seit 3 Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft Darmstadt gegen sie. Vorzuwerfen ist den Verantwortlichen die aktive Beihilfe an einem ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschheit und die Menschlichkeit. Die heute möglicherweise zweifelnden Mitarbeiter beteiligter Unternehmen, ihre informierten Freunde und entsetzten Familienangehörigen können sich sofort vertrauensvoll und unter Zusage äußerster Diskretion an uns wenden, sollte ihr Gewissen sie zwingen, die Lieferung entsprechender Materialien an den Irak publik zu machen.

Jede Aufrechterhaltung der Loyalität gegenüber den Herstellern und Lieferanten solcher Giftstoffe dient der Fortsetzung offenkundiger Massenmorde. Die Bundesregierung ist ihrerseits unüberhörbar aufgefordert, jeglichen Transfer von Produkten und Technologien zur Herstellung von Nervengiften auf der Stelle zu unterbinden.

MEDICO INTERNATIONAL · OBERMAINANLAGE 7
6 FRANKFURT 1 · TEL. 069 / 499 00 41

Spenden zur medizinischen Hilfe für bedrohte Kurden
Konto 1800 Stadtparkasse Frankfurt oder Post giro 6999-508 Köln.
Stichwort: Kurdistan
Kostenlose Unterschriftenlisten zum Appell an die Bundesregierung
in obiger Sache erhältlich



Keine „Grauzonen“ bei BRD-Atomexporten!

Betr.: AIB 4/88, „Atomexportpolitik der BRD, Teil I“

Bernhard Sulzer irrt, wenn er beim deutschen Atomexport eine besondere „Grauzonenproblematik“ vermutet (S. 6). Ein kleiner Blick in die sehr umfangreiche „Kernenergieliste“ (Teil I B der AWV zum AWG) mit ihren technischen Beschreibungen würde ihn eines Besseren belehren.

Im übrigen wird die Genehmigungsstatistik über offiziell genehmigte Atomexporte (z.B. über Empfänger, Empfängerland, Art der Nuklearlieferungen) seit über einem Jahrzehnt vor Bundestag und Öffentlichkeit bewußt geheim gehalten. Es wird Zeit, daß die Dritte-Welt-Initiativen zusammen mit der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung eine grundlegende Demokratisierung der deutschen Außenpolitik fordern.

Bernhard Faltin, Emmendingen

Zum „Dorfschützersystem“ in Türkei-Kurdistan

Betreff: Kurdische Leserbriefkritik an D. Falk in AIB 5/1988, S. 52

Bis auf ein paar Einzelheiten möchte ich der Darstellung der verschiedenen Aspekte des „Dorfschützersystems“ durch den Kollegen X keineswegs widersprechen. Das Problem ist vielmehr das der Einschätzung der Strategien und Methoden des nationalen Befreiungskampfes speziell in Kurdistan, aber darüber hinaus auch seiner allgemeinen Gesetzmäßigkeiten.

1. Die Kritik an der PKK/ERNK oder anderen Befreiungsbewegungen ist in der Tat keineswegs nur Sache der Kurden bzw. der anderen unmittelbar betroffenen Völker, da ihre Kämpfe Teil des weltweiten antiimperialistischen Kampfes sind. Praktisch wirksam wird eine Kritik allerdings nur nachrangig durch akademische Erörterungen aus der Ferne, sondern primär durch eine bessere Praxis in der Heimat, wobei der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für die Güte der Theorie und Praxis ist, aber beileibe auch nicht das unwichtigste.

Für Nordkurdistan gilt heute, daß dort die PKK weitgehend alleine aktiv ist. Die Zeugen für diese Behauptung sind mannigfaltig. Sie reichen von beruflich mit der Unterdrückung der kurdischen Nationalbewegung befaßten türkischen Kräften über wichtige Teile der unabhängigen Linken der Türkei bis zu Vertretern kurdischer Parteien aus den anderen Teilen Kurdistans, von Feinden der PKK bis zu ernsthaften Kritikern. Die ins Hintertreffen geratenen kurdischen Konkurrenzorganisationen gehören natürlich nicht dazu.

2. Warum hat der türkische Staat nach 1984 erstmalig seit osmanischer Zeit einen Teil des kurdischen Volkes bewaffnet, z.T. auf Stammesbasis? Er hat dieses Mittel ergriffen, obwohl es die Fähigkeit seiner Armee – der zweitgrößten der NATO –, die Ruhe in Kurdistan selbst herzustellen, in Frage stellt. Der wesentliche Grund ist unverkennbar dar, daß er durch den seit dem 15.8.1984 von der PKK/ARGK geführten Guerillakrieg dazu gezwungen wurde.

3. Das System der „Dorfschützer“ hat sich selbst nach Einschätzung aufgeklärter Teile

der türkischen Bourgeoisie nicht bewährt. Es hat zu Übergriffen von asozialen Elementen auf ihre Nachbarn geführt und dadurch bei diesen die Liebe zum Staat, der ihnen diese nunmehr bewaffneten Dorfgänger beschert hat, nicht gefördert. Es hat gleichzeitig das Interesse der ARGK-Peschmergas auf die Dörfer gezogen, deren „Dorfschützer“ am aktivsten waren und gezeigt, daß die Dorfschützer sich selbst nicht schützen können, geschweige denn den türkischen Staat, in dessen Sold sie stehen.

Das System hat in der Tat Stammeskongflikte geschürt, da diese nun wieder bewaffnet ausgetragen werden können. Daran hat jedoch die Guerilla keinen nennenswerten Anteil, denn sie ist selbst keine Stammesarmee, sondern setzt sich aus – überdies im allgemeinen nicht individuell identifizierbaren – Angehörigen von Stämmen und Familien aus nahezu allen Teilen Nordkurdistans zusammen. Richtig ist sicher, daß die Chefs der verschiedenen Stämme, wie auch in anderen Teilen Kurdistans, ihre Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf oft weniger an dessen Zielen festmachen, als vielmehr an der Haltung der mit ihnen aus völlig anderen Gründen verfeindeten Nachbar-Chefs. Keine Befreiungsbewegung kann es sich leisten, aufgrund der damit verbundenen, von ihr nicht geschaffenen, sondern vorgefundenen Probleme die bewaffnet gegen die Nationalbewegung stehenden Kräfte des eigenen Volkes nicht zu bekämpfen.

4. Es ist eine Illusion zu glauben, es gebe einen nationalen Befreiungskampf, in dem nicht auch der Kolonialherr es mit verschiedenen Mitteln – Gewalt, Bestechung – stets erreichen kann, daß ein Teil der kolonisierten Bevölkerung für ihn kämpft. Eines der deutlichsten Beispiele dafür war Algerien, wo die FLN Abertausende von „Harkis“ getötet hat. In Vietnam war es nicht anders, in Angola, Mosambik und Nicaragua ist es nicht anders. Dabei sind die einfachen Soldaten der jeweiligen Konterrevolution in der Tat kaum je Bourgeois, sondern Bauern und Arbeiter, kurz sozial die gleichen wie die, die in den Reihen der nationalen Befreiungsarmee kämpfen.

Es war und ist Aufgabe der Befreiungsbewegung, die Kollaborateure entweder für sich zu gewinnen, zu neutralisieren oder zu liquidieren. Dabei hat sich die exemplarische Bestrafung der aktivsten unter ihnen erfahrungsgemäß immer positiv auf die Mitläufer ausgewirkt. Sie zeigt ihre Schwäche gegenüber der Guerilla und lähmt die anderen entweder vor Angst oder zieht neue Kräfte für die Guerilla, die ihre Stärke gezeigt hat. Speziell für die PKK gilt, wie der Fortgang des Kampfes seit Ende 1987 zeigt, daß der spektakuläre Kampf gegen das Dorfschützersystem nur eine strategische Phase war, die als notwendig erachtet wurde, da die Dorfschützer eines der wichtigsten Hindernisse für den direkten Kontakt zwischen der Zivilbevölkerung und der Guerilla darstellten.

Inzwischen ist die ARGK nach teilweise erfolgreichem Abschluß dieser Phase wieder dazu übergegangen, ihre Hauptkraft in Operationen gegen die türkische Armee zu werfen. Die Großoperation vom 1.4.1988 in der Region Nusarybin ist dafür eines der besten, wenn auch nicht das einzige Beispiel. Ob die Art, in der im vergangenen Jahr einige der Operationen gegen das Dorfschützernetz durchgeführt worden sind und die eine große Zahl von unerschulden Opfern gefordert hat, optimal war, ob es sich dabei um eine unnötige Grausamkeit gehandelt hat, die den Befreiungskampf z.T. moralisch diskreditiert hat, oder ob sie das

leider unvermeidliche Ergebnis militärischer Notwendigkeiten war, wie es die PKK behauptet, ist aus der Ferne, aus der letztlich auch der kurdische Kollege schreibt, schwer festzustellen.

5. Daß die Gewinnung der Massen eine Voraussetzung für den Erfolg des nationalen Befreiungskampfes ist, darin hat der Kollege X zweifellos recht. Ob bereits die Mehrzahl der kurdischen Bauern die erst seit 10 Jahren existierende und seit nicht einmal vier Jahren bewaffnet kämpfende PKK unterstützt, weiß ich nicht. Man kann darüber in Kurdistan bekanntlich keine verlässlichen Meinungsumfragen durchführen.

Im Gegensatz zum Kollegen X bin ich jedoch der Meinung, daß alles darauf hindeutet, daß die Unterstützung für die PKK im Volk wächst. Wie wären die zweischneidigen Maßnahmen des türkischen Staates – „Dorfschützer“, „Supergouverneur“ für die kurdischen Provinzen – und wie die bis dahin nicht gekannte öffentliche Diskussion über die Kurden, deren pure Existenz noch vor wenigen Jahren negiert wurde, zu verstehen, wenn sich nicht der Kampf des kurdischen Volkes trotz aller objektiver und subjektiver Probleme entwickeln würde. Kein Volk kann jedoch einen jahrelang andauernden Kampf dieser Art führen, ohne die Existenz einer führenden revolutionären Organisation. Diejenigen, die leugnen, daß diese in Nordkurdistan z.Z. die PKK ist, sollen offen sagen, welche Partei den Kampf anführt und ihre konkreten Erfolge – Organisation von Streiks, Demonstrationen, Hungerstreiks in den Gefängnissen, Kampf gegen die türkische Armee – nennen.

Der Kollege X wirft in seiner Kritik wichtige Probleme auf. Leider enthält er sich jedoch jeden Versuchs, konkrete Lösungen vorzuschlagen.

Dieter Falk



südostasien informationen

Heft Nr. 1/88

Menschenrechte

- Menschenbild im Buddhismus
- Menschenrechte in Vietnam
- Internierungen in Malaysia
- Interviews zur Lage in Thailand und den Philippinen

und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
2/88 Arbeiterbewegung

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich

Einzelverkauf: 6,- DM
Jahresabonnement:
24,- DM für Einzelpersonen
48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-Informationstelle
Josephinenstr. 71,
4630 Bochum,
Tel. (0234) 50 27 48



Medien

Kinohandbuch „Dritte Welt“

Einen Überblick über 170 abendfüllende Filme aus der und über die Dritte Welt, die einen Verleih in der BRD haben, bietet

Wolfgang Troisdorf, **Das internationale Repertoire. Kinohandbuch „Dritte Welt“**, Evangelisches Zentrum für Entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart, 1988, 74 Seiten, 7 DM. Vorgestellt wird ein breites Spektrum, von Dokumentarfilmen oder solchen mit dokumentarischem Hintergrund über Polit-Thriller bis hin zu Abenteuer- und Expeditionen. Die Kurzbesprechungen enthalten jeweils filmografische Angaben.

Das Kinohandbuch versteht sich als ein Beitrag dazu, die stiefmütterliche Behandlung von Dritte-Welt-Filmen im Kulturbetrieb aufzubrechen. Das Buch wendet sich vor allem an engagierte Kinomacher, aber auch an Initiativen, Verbände, Gemeinden und Einzelpersonen, die mit Kinobesitzern zusammenarbeiten könnten.

Südafrika

AABs fordern umfassende Sanktionen

Anlässlich des Außenministertreffens von EG- und AKP-Staaten (mit EG seit Lomé-Abkommen 1975 assoziierte Länder Afrikas, der Karibik und des Südpazifik) am 26. April d.J. in Luxemburg wandten sich die westeuropäischen Anti-Apartheid-Bewegungen mit einem offenen Brief an den Präsidenten des EG-Ministerrats, den bundesdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Sie äußerten darin ihre Bestürzung darüber, dass die Europäische Gemeinschaft trotz der verschärften Krisenlage im Südlichen Afrika wirksame Maßnahmen gegen den Apartheidstaat unterlassen hat.

Diese Untätigkeit der EG, so reklamieren die Briefschreiber, sei „insofern von besonderer Bedeutung, als die EG nach wie vor der wichtigste Handelspartner Apartheid-Südafrikas und größter Auslandsinvestor in der Apartheid-Wirtschaft und im besetzten Namibia ist“. Verurteilenswert finden sie insbesondere das Nichtreagieren des EG-Ministerrats auf die seit Februar d.J. drastisch verschärften Repressionsmaßnahmen Pretorias. Damit habe man das Botha-Regime nicht nur „ermutigt, seine Politik der Unterdrückung im Südlichen Afrika zu verstärken, sondern auch seinen Krieg gegen Apartheidgegner bis in die Hauptstädte Europas auszudehnen“.

Die westeuropäischen Apartheid-Gegner knüpfen daran in ihrem offenen Brief folgende Vorschläge für wirksame Aktionen der EG zum Südlichen Afrika:

„Unserer Meinung nach ist der EG-Ministerrat

Südafrika

AAB-Mitgliederversammlung zieht Bilanz

Vom 5.-8. Mai 1988 trafen sich in Köln die Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), um über das vergangene, insbesondere aber über das kommende Jahr zu beraten.

Die Forderung nach Sanktionen gegen Apartheid wurde 1987/88 in der BRD von mehr Kräften unterstützt als in der Vergangenheit, u.a. in den Kirchen und Gewerkschaften. Auch für das kommende Jahr wird die Forderung nach Boykott gegen Apartheid im Vordergrund der AAB-Aktivitäten stehen. Als Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Monate wurden beschlossen: Bekämpfung des illegalen Uranimports aus Namibia, der Bankenboykott und die Aktionen gegen Daimler-Benz sowie die Kampagne für den Freiheitssender des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und Aktionen zum 70. Geburtstag von Nelson Mandela am 18.7.1988.

Auch der Vertreter des ANC, Tony Seedat, und der Generalsekretär der namibischen Bergarbeitergewerkschaft MUN, Ben Ulunga, die vor der Mitgliederversammlung sprachen, unterstrichen die Bedeutung der Sanktionsforderung.

Am Samstag unterstützte die gesamte MV der AAB die Aktion zum 8. Mai der Christlichen Initiative Freiheit für Südafrika und Namibia vor der südafrikanischen Botschaft. Seit 1985 macht die Christliche Initiative mit dieser Aktion auf die Parallelen zwischen der Situation in Südafrika und Namibia und dem deutschen Faschismus aufmerksam.

durch die heutige Situation im Südlichen Afrika aufgefordert, seine Politik der Kollaboration mit Pretoria zu beenden und ein Aktionsprogramm zu verabschieden, das zur vollständigen Abschaffung des Apartheidsystems, zur Sicherung der Unabhängigkeit Namibias, der Schaffung eines nicht-rassistischen und demokratischen Südafrika sowie der Herstellung von Frieden in der Region direkt beiträgt.

Wir fordern daher den EG-Ministerrat insbesondere dazu auf,

1. bei der südafrikanischen Regierung unverzüglich und scharf dafür einzutreten, daß der Ausnahmezustand am 11. Juni 1988 nicht verlängert wird, daß die Gesetzesvorlage gegen die Auslandsfinanzierung von kirchlichen und anderen Organisationen Südafrikas und die drakonischen Presserestriktionen zurückgezogen werden;

2. daß ANC und SWAPO für die Verstärkung des Befreiungskampfes jede mögliche Unterstützung einschließlich vollen Schutzes für deren Vertreter in den EG-Ländern gewährt wird;

3. daß dieser die Verhängung umfassender, bindender Sanktionen gegen Südafrika nach Paragraph 7 der UNO-Charta durch den UN-Sicherheitsrat unterstützt;

4. daß dieser bis zur Verhängung dieser Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat: a) alle bestehenden EG-Sanktionen strikt anwendet und diese zu bindenden Sanktionen erklärt; b) alle bestehenden zukünftigen EG-Sanktionen auf Namibia ausdehnt; c) ein für alle EG-Mit-

gliedsstaaten bindendes Sanktionspaket verabschiedet, das sich auf die Sanktionsbeschlüsse der skandinavischen Länder und auf das Umfassende Anti-Apartheid-Gesetz der USA stützt und das insbesondere einen bindenden Kohleboycott der EG beinhaltet; d) daß dieser die diplomatischen Beziehungen zwischen Südafrika und der EG und alle Visa-freien Abkommen zwischen EG-Mitgliedsstaaten und Südafrika beendet.“

Die Außenminister der 12 afrikanischen AKP-Staaten erhoben in Luxemburg ihrerseits die Forderung, daß alle neuen EG-Investitionsvorhaben, Kreditvergaben und wichtige Handelsgeschäfte mit Südafrika (besonders Militärgüter, Atomtechnologie, Kohle, Uran) umgehend einzustellen seien. Genscher verband hingegen verbalradikale Bekenntnisse gegen Apartheid mit einer Absage an neue Sanktionen der EG.

Allerdings einigte man sich in Luxemburg auf einen gemeinsamen Appell an Pretoria, den Ausnahmezustand aufzuheben, die politischen Gefangenen freizulassen und das Oppositionsverbot vom Februar 1988 aufzuheben.

Buch-Tip

Israel und Palästina

Die Zusammenarbeit mit reaktionären bzw. faschistischen Regimes wie Chile oder Paraguay und die Einbettung Israels in die Nahoststrategie der USA sind einige der Themen, die in

Benjamin Beit-Hallahmi, **Schmutzige Allianzen. Die geheimen Geschäfte Israels**, Kindler Verlag, München 1988, 322 S., 29,80 DM

behandelt werden. Großen Raum nimmt ferner die Darstellung der Zusammenarbeit mit Südafrika, von der de facto-Anerkennung 1946 über die gemeinsamen militärisch-strategischen Planungen bis hin zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit, ein. Es beschreibt, wie Israel durch Unterstützung der Homeland-Politik in Südafrika zur Festigung der Apartheid beiträgt und wie es den Krieg der angolanischen und mosambikanischen Contra mitträgt. Der israelische Wissenschaftler Beit-Hallahmi besticht durch seinen Detail- und Faktenreichtum.

Georg Stein, **Die Palästinenser. Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes**, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, 160 S., 48 DM

ist ein vierfarbiger, kostbar gedruckter Fotoalbum, der Leben und Widerstand der Palästinenser eindrucksvoll dokumentiert.

Die insgesamt 140 Fotos schildern die Unterdrückung und Zerstörung, zeigen junge und alte Menschen, wie sie leben, feiern und kämpfen. Ihre Gesichter lächeln, sind traurig oder strahlen Hoffnung und Zuversicht aus. In einer viersprachigen Einführung wird die historische Entwicklung des Palästinakonflikts nachgezeichnet.





Präsident Roh bei der Stimmabgabe

Südkorea

Die Opposition unterliegt bei Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen vom 26. April d.J. mußten die beiden oppositionellen Parteien, die Demokratische Wiedervereinigungspartei (RDK) Kim Young Sams und die Demokratische Friedenspartei (PPD) Kim Dae Jungs gegenüber den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1987 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen. Die RDP ging von 27,5 auf 23,6% und die PPD von 26,5 auf 19,0% zurück. Mit 35,4% und Verlusten von 2% konnte die Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) das Ergebnis des jetzigen Präsidenten Roh Tae Woo vom Dezember nahezu halten. Eigentlicher Wahlsieger ist die rechtsextreme Neue Demokratisch-Republikanische Partei (NDRP) Kim Jong Pils, eines ehemaligen Premierministers unter Diktator Park Chung Hee. Ihr Anteil stieg von 7,9 auf 15,3%. Obwohl das Wahlsystem die stärkste Partei bei der Sitzvergabe begünstigt – die Zahl der Sitze hängt u.a. von der Zahl der gewonnenen Direktmandate ab –, verlor die regierende DJP ihre absolute Mehrheit. Trotz geringeren Stimmenanteils erhielt die PPD mehr Sitze als die RDP, weil sie mehr Direktmandate erringen konnte. Wie bereits im Dezember 1987 verspielte die Opposition die Möglichkeit eines Sieges, indem sie getrennt kandidierte. Mit einer gemeinsamen Liste wäre ihr eine absolute Mehrheit im Parlament sicher gewesen. Präsident Roh Tae Woo ist jetzt auf die Zusammenarbeit mit der noch weiter rechts stehenden NDRP angewiesen, um im Parlament weiter über eine Mehrheit zu verfügen.

Sri Lanka

Kein Frieden in Sicht

Bei den Wahlen zu den Provinzräten in vier Provinzen Sri Lankas am 28. April d.J. hat die regierende Vereinigte Nationalpartei (UNP) 88 von insgesamt 155 Sitzen erringen können. Die am 21. Februar d.J. aus der Kommunistischen

Partei (CPSL), der Sozialistischen Partei (LSSP), der Volkspartei (SLMP) und der Neuen Sozialistischen Partei (NSSP) gebildete Vereinigte Sozialistische Allianz (USA) erreichte überraschend 64 Sitze und der muslimische Kongreß drei Mandate.

Die Wahlen sind in dem Abkommen vorgesehen, das am 29.7.1987 von Indien und Sri Lanka geschlossen wurde, um den Konflikt zwischen der Regierung und den tamilischen Guerillagruppen beizulegen (vgl. AIB 8 und 9/1987). Da dies nicht gelang und die Kämpfe mit den 50.000 Mann starken indischen „Friedenstruppen“ andauern, wurde in den tamilischen Gebieten nicht gewählt.

In den anderen Provinzen erreichte die Wahlbeteiligung nur zwischen 30 und 55%, da die Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP) und die extrem nationalistische Volksbefreiungsfront (JVP) zum Wahlboykott aufgerufen hatten. Sie betrachten das Abkommen als Ausverkauf der Interessen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit zugunsten eines tamilischen Separatstaates, weswegen sie es – im Falle der JVP auch mit militärischen Mitteln – bekämpfen. Überfälle der JVP vor und während den Wahlen forderten mehrere Tote. Am 10. Mai d.J. kam jedoch ein Abkommen zwischen JVP und Regierung zustande, das eine Einstellung der bewaffneten Aktionen der JVP und im Gegenzug deren Legalisierung vorsieht.

Begleitet wurden die Wahlen von einem Hungerstreik von Frauen der sog. „Mütterfront“. Sie wollen einen Waffenstillstand zwischen den indischen Truppen und der Guerillaorganisation Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) erreichen. Am 19. April hungerte sich die erste Frau zu Tode.

Persischer Golf

Der Iran muß zurückstecken

Am 18. April d.J. kam es im Golf zur schwersten amerikanisch-iranischen Konfrontation seit Oktober 1987 (siehe AIB 11/1987). Die US-Kriegsmarine zerstörte die beiden iranischen Ölplattformen Sasan und Sirri und versenkte das Patrouillenboot „Joshan“. Sie nannte dies Vergeltung iranischen Minenlegens. Der Iran konterte mit dem Beschuß

Ein irakischer Soldat posiert vor einem Khomeini-Bildnis auf der zurückeroberten Halbinsel Fao



einer nahegelegenen Ölförderinsel der Vereinigten Arabischen Emirate, die von US-Multis betrieben wird, sowie mit der Beschädigung des britischen Öltankers „York Marine“. Zeitgleich startete der Irak eine Offensive zur Rückeroberung der Halbinsel Fao, welche seit Februar 1986 in iranischer Hand war. Am 24. April wurden die letzten gegnerischen Truppen von der Ölverladeinsel vertrieben. Der Verlust von Fao wiegt aus Teheraner Sicht schwer, da der Irak damit sein Eingangstor vom Golf zum Schatt al Arab und zur Hafenstadt Basrah wieder aufstoßen konnte. Für den Irak zählt dieser Erfolg auch als eine Art Ausgleich der in letzter Zeit an der Nordfront (Kurdengebiete) erlittenen Terrainverluste im Landkrieg.

Die Reagan-Administration kündigte überdies an, ihre Flottenpräsenz im Persischen Golf (derzeit 30 US-Kriegsschiffe) um 13 Schiffe aufzustocken und ihre „Schutzbefugnis“ über die umflaggten kuwaitischen Tanker hinaus auf andere Handelsschiffe, die Beistand anfordern, ausweiten zu wollen. Während die USA also ihr Engagement im Golf erneut erweitern, erlitt ihr Drängen im UN-Sicherheitsrat auf die Verhängung eines Waffenembargos gegen den Iran einen Dämpfer. China, einer der Hauptwaffenlieferanten Teherans, informierte Washington, daß nach den jüngsten schweren Zusammenstößen man einem Embargo nicht zustimmen könne.

Kolumbien

Wachsender Terror gegen Linkskräfte

Bei Anschlägen rechtsgerichteter Todesschwadronen sind zwischen dem 4. und 11. April d.J. in der Kleinstadt La Mejor Esquina 33 und in der Bananenregion Uraba weitere 13 Menschen ermordet worden. Schon knapp einen Monat zuvor waren in derselben Region 21 Menschen getötet worden.

Nach den Anschlägen verhängte die Regierung über die betroffene Provinz den Notstand und setzte an die Spitze der Verwaltung einen Militär. Von der Opposition wurde dies kritisiert, da es nicht zu einer friedlichen Lösung des Konflikts führen könne, weil sich das Militär durch seine Kumpanei mit den Todesschwadronen mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen gemacht habe.

Opfer und Hauptzielscheibe der Terroraktivitäten sind Landarbeiter, die Land besetzen, Gewerkschafter der größten Gewerkschaftszentrale CUT sowie Angehörige des Linksbündnisses Patriotische Union (UP). Gerade in der Bananenregion Uraba hatte die UP am 13. März d.J. mehrere Bürgermeisterposten gewinnen können (siehe AIB 5/1988).

Wegen der verschärften Übergriffe der Todesschwadronen ist mit einer weiteren Zunahme der in der Guerillakoordination Simon Bolívar (CGSB) zusammengeschlossenen Organisationen zu rechnen.

Neukaledonien

Aktionen für die Unabhängigkeit

Bei einem Angriff von Sondereinheiten der französischen Polizei kamen am 5. Mai d.J. auf der Insel Ouvéa mindestens 15 Kämpfer der Kanakischen Sozialistischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS) sowie zwei Polizisten



Straßenblockade der FLNKS während der französischen Präsidentschaftswahlen

ums Leben. 22 Polizisten und ein stellvertretender Staatsanwalt, die die FLNKS teils seit dem 22. April in ihrer Gewalt hatte, konnten befreit werden.

Die FLNKS war vor den französischen Präsidentschaftswahlen und dem gleichzeitigen Urnengang für ein Regionalparlament in Neukaledonien am 24. April zu militanteren Aktionen – darunter auch die Gefangennahme von Polizisten – übergegangen. Sie will damit den Abzug der 9.500 Mann französischer Sicherheitskräfte und Verhandlungen über ein neues Unabhängigkeitsreferendum erzwingen. Eine Abstimmung im September 1987 hatte die FLNKS boykottiert, da daran auch die meist französischen Siedler, die inzwischen die Mehrheit der 150.000 Einwohner bilden, teilnehmen durften.

Zu den Protestaktionen der FLNKS, die die melanesischen Ureinwohner vertritt, gehörte auch der Kampf gegen die Regionalwahlen. In 31 von 139 Wahllokalen konnte nicht gewählt werden. Die Wahlenthaltung betrug 44%.

Panama

Strategie Washingtons Verfehlt

Am 30. April d.J. kündigte das US-Finanzministerium an, daß einige der Sanktionen, die die USA Anfang April gegen Panama verhängt hatten, aufgehoben würden. U.a. waren allen US-Unternehmen und -Bürgern jegliche Zahlungen an die Regierung verboten worden. Durch wirtschaftlichen Druck, militärische Drohungen und Unterstützung der rechten Opposition wollen die USA den Rücktritt und die Ausreise des Armeechefs, General Manuel Noriegas, erzwingen (siehe AIB 5/1988).

Auf ein Scheitern dieser Politik deuten auch die direkten Gespräche zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Michael G. Kozak, Ende April hin. Eine Verlautbarung der Reagan-Administration, man habe sich dabei auf den Rücktritt Noriegas geeinigt, wurde von diesem umgehend dementiert.

Ein Grund für diese teilweise Abkehr von der Konfrontationspolitik besteht darin, daß es den USA nicht gelang, für ihre Panama-Politik Verbündete in der Region zu gewinnen. So verurteilten auf einer Tagung der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) Ende April in Rio de Janeiro alle 22 lateinamerikanischen Staaten die Sanktionen und protestierten gegen die US-Einmischung. Die Sanktionen stießen sogar bei Teilen der rechten Opposition auf Kritik, da auch die Unternehmer davon betroffen sind und es ihr angesichts der flagranten Einmischung der USA immer weniger gelingt, Massen gegen die

Regierung zu mobilisieren. Das Parlament hob deshalb am 20. April den Ausnahmezustand auf, der einen Monat vorher verhängt worden war. Dadurch soll ein nationaler Dialog mit der Opposition erleichtert werden.

Auf eine Stärkung der Position Noriegas deutet auch die Umbildung der Regierung am 24. April und die Wiedereröffnung der Banken Anfang Mai d.J. hin. Sieben Minister des Kabinetts wurden vornehmlich durch nationalistiche Persönlichkeiten ersetzt.

Südafrika

Sanktionsbilanz der ILO

In einem am 25. April d.J. in Genf vorgelegten Bericht über Südafrika gelangt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zu dem Schluß, daß der Apartheidstaat durch Sanktionen „äußerst verwundbar“ sei. In dem Dokument der UN-Unterorganisation wird betont, daß die Wirkung eines Wirtschaftsboykotts insbesondere von der Beteiligung von sechs Ländern, nämlich von Frankreich, der BRD, Japan, Großbritannien, der Schweiz und den USA, abhängt.

Trotz des Rückzugs zahlreicher westlicher Unternehmen (USA 1986/87: 189) unterhielten noch immer 25 Industriestaaten Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika. Davon hätten im Vorjahr 20 Staaten Neuinvestitionen vorgenommen und 18 Staaten Gold importiert. Aus neun Staaten habe Pretoria Anleihen bekommen. Die USA, Italien, Frankreich und Israel werden wegen Verstoßes gegen das UN-Waffenembargo namentlich erwähnt.

Im übrigen hätten sich bei einer Umfrage unter schwarzen Arbeitern und Angestellten in Südafrika lediglich 26% gegen einen Wirtschaftsboykott ausgesprochen.

China

Volkskongreß bestätigt Reformkurs

Der 59jährige Ingenieur und Energiefachmann Li Peng wurde von den 2.877 Delegierten des Nationalen Volkskongresses (NVK) auf dessen Plenartagung vom 25. März - 15. April zum Ministerpräsidenten der VR China gewählt. Dieses Amt führte er bereits kommissarisch seit November 1987 als Nachfolger des jetzigen Parteivorsitzenden Zhao Ziyang. Zum neuen Staatspräsidenten wählten die Delegierten des 7. NVK den 83jährigen Yang Shanguh, der damit den bisherigen Amtsinhaber Li Xiannian ablöst.

Als die beiden wichtigsten wirtschaftlichen Probleme hatte Li Peng in seinem Arbeitsbe-

TERMINE:

2.-5. Juni

12. Bundeskongreß **entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)** in Frankfurt. Thema: „Gegen die Macht des Geldes – Wege aus Verschuldung und Elend“.

Kontakt: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

11. Juni

Hearing „Menschenrechte in der Türkei“ in Hamburg. Veranstalter: Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten.

Kontakt: Christian Rahn, Cremon 11, 2000 Hamburg 11, Tel. 040-373099

17.-19. Juni

Bundestreffen der **Mittelamerikasolidarität** in West-Berlin.

Kontakt: Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202-4936305

25./26. Juni

Seminar „**Philippinen: 15 Jahre Nationale Demokratische Front (NDF)**“ mit einer Sprecherin der NDF in Mendig.

Kontakt: agphi, Postfach 32, 5444 Poilch, Tel. 02654-6776

richt die zunehmende, offiziell auf 8% bezifferte Inflation und die sich nur schleppend entwickelnde Getreideproduktion benannt. Li Peng verwies zudem auf die Notwendigkeit des Ausbaus weiterer Reformmaßnahmen, darunter vor allem eine nach wie vor ausstehende Preisreform.

Neben der Wahl einer neuen Staatsführung beschloß der 7. NVK auch eine Umgestaltung der Regierungsorgane. So soll die Anzahl der zentralen Ministerien von 45 auf 41 reduziert werden. Damit soll der zentrale staatliche Verwaltungsapparat seinen neuen Aufgaben, die Wirtschaft nicht mehr direkt, sondern indirekt zu lenken, besser gerecht werden, anstatt als Bremsklotz bei den Reformen und als Hindernis für den Einbau marktwirtschaftlicher Elemente zu wirken.

Die in dieser Hinsicht größten Erwartungen richten sich auf ein ebenfalls neu beschlossenes Unternehmensgesetz, das die Parteisekretäre in den Staatsbetrieben aus der Managementverantwortung ausschaltet, und – außenwirtschaftlich – auf die Erklärung der im südchinesischen Meer gelegenen Tropeninsel Hainan zur 30. Provinz der VR China. Sie wird zugleich zur fünften und größten Sonderwirtschaftszone des Landes.

HANS-JOACHIM SCHABEDOTH
RUTH WECKENMANN

**STRATEGIEN
FÜR DIE
ZUKUNFT**

NEUE TECHNOLOGIEN ZWISCHEN
FORTSCHRITTSERWARTUNG
UND GESTALTUNGSAUFRAG

NEU

Hans-Joachim Schabedoth/Ruth Weckenmann

STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

Neue Technologien zwischen
Fortschrittserwartung und Gestaltungsauftrag
1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM, ISBN 3-924800-91-X

Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).

Hans-Jürgen Lange

BONN AM DRAHT

Politische Herrschaft in der technisierten Demokratie
April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM, ISBN 3-924800-92-8

Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.



SP-Verlag
Schüren
Deutschhaus-
straße 31
3550 Marburg
☎ 0 64 21 /
6 30 84

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung

SPENDENKAMPAGNE GEGEN

Mein Herd für Äthiopien

TAKALIGN



Erneut sieht sich Äthiopien einer Hungerkrise gegenüber (siehe Titelstory in AIB 1-2/88). Internationale Sonderhilfsmaßnahmen sind angelaufen. Doch es bleibt die bange Frage, ob die Wiederholung der Hungerkatastrophe von 1984/85 abzuwenden ist.

Wir meinen, die aktuellen Nothilfemaßnahmen für die äthiopischen Notstandsgebiete sind unverzichtbar, reichen aber nicht hin. Was flankierend gebraucht wird, sind Schritte, die den Entwaldungs- bzw. Erosionsprozeß des ostafrikanischen Landes aufhalten.

Der Boden Äthiopiens ist ökologisch schwerstens geschädigt. In manchen Teilen des Landes gibt es kein Leben mehr, hat die Erosion ganze Landstriche in gespenstische zerrissene Schluchten verwandelt.

Die Holzressourcen – Holz ist der Hauptenergieträger der Äthiopier – sind erschöpft. Nur mehr 4% des gesamten äthiopischen Territoriums sind bewaldet.

Der Brennholzverbrauch aber kann gesenkt werden – durch einen den Bedingungen der Bevölkerung angepaßten Kochherdtyp. Die Energieausbeute beträgt am offenen Feuer nur 5%. Im geschlossenen Behälter kann der Grad der Energieausnutzung drastisch erhöht werden.

Der Herd wird mit Ernteabfällen gestopft – nicht mit Holz.

Eine Gruppe Äthiopier hat diesen Herd konstruiert. Äthiopische Schmiede stellen ihn in einer Bauernkooperative in Tadelle, Westshoa, auf traditionelle Weise her. Wir unterstützen die Verbreitung dieses Herdes.

Wir rufen zur Teilnahme an der Kampagne „Mein Herd für Äthiopien – TAKALIGN“ auf.

Helfen Sie mit!

Eine Spendenkampagne der Gesellschaft Österreich-Äthiopien und der äthiopischen Relief and Rehabilitation Commission, unterstützt vom AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Österreichische Postsparkasse,
Gesellschaft Österreich – Äthiopien
Konto-Nummer 72 11 548
Marburger Volksbank, Nico Biver
Konto-Nummer 436577
BLZ 533 900 00
Stichwort: Herd für Äthiopien